

Das Politikangebot der deutschen Landesparteien im
Spannungsverhältnis zwischen Einflussnahme durch die Bundespartei
und Anpassung an die regionale Ebene

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der
Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

vorgelegt von

Nicole Michaela Votteler, geb. Seher

am

17.12.2014

Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften:

Prof. Dr. Michael Diehl

Erstgutachter:

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Marc Debus

Datum der Disputation: 21.05.2015

Vorwort

Vor inzwischen fast 8 Jahren begann die Arbeit an der nun vorliegenden Dissertation. Im Anschluss an meine Magisterarbeit, die sich ebenfalls mit der Analyse von Politikpositionen beschäftigt hat, hatte ich die Möglichkeit mich in einem Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi weiterhin mit dieser Thematik zu beschäftigen und daraus auch das Thema meiner Dissertation zu entwickeln. Die Projektarbeit am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) war eine spannende und lehrreiche Zeit, sowohl im Hinblick auf die wissenschaftliche als auch die persönliche Weiterentwicklung. An den Zusammenhalt und die gute Atmosphäre am MZES denke ich immer gerne zurück. Mein Dank gilt daher den Leitern des Projekts Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi, Prof. Dr. Susumu Shikano und Prof. Dr. Eric Linhart, die mir die Mitarbeit in ihrem Projekt ermöglichten und durch regelmäßige Treffen und den inhaltlichen Austausch eine große Unterstützung bei der Entstehung meiner Dissertation waren.

Wie wohl in den meisten Fällen war auch das Schreiben dieser Arbeit mit vielen Höhen und Tiefen verbunden. Dass die Arbeit letztlich zu einem positiven Abschluss gebracht werden konnte, ist insbesondere der Unterstützung und der regelmäßigen Motivation in meinem Umfeld zu verdanken. Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi, der mich immer wieder motiviert hat und durch viele hilfreiche Gespräche zum Gelingen dieser Dissertation beigetragen hat. Mein herzlicher Dank gilt auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Marc Debus und dem Vorsitzenden der Prüfungskommission Prof. Dr. Thomas Bräuninger, für wichtige Hinweise und Unterstützung sowie die schnelle Bewertung der Dissertation und die angenehme Durchführung der mündlichen Prüfung.

Auch meinen Kollegen am MZES möchte ich für die Unterstützung im fachlichen wie auch menschlichen Bereich meinen herzlichen Dank aussprechen. Unter allen Kollegen möchte ich die folgenden Kollegen hervorheben und Ihnen ganz besonders danken: Dr. Michael Stoffel, Dr. Tanja Dannwolf, Connie Nickel, Stephan Marc Solomon und Dr. Thomas Meyer.

Mein großer Dank gilt auch meiner Familie und meinem Mann, die in den letzten Jahren häufiger zurückstehen und auch meine Hochs und Tiefs ertragen mussten. Sie gaben mir den notwendigen Halt, machten mir Mut, boten aber immer wieder auch Anlass zu schönen Unterbrechungen und Abstand von der Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
2.	Programmatische Positionierung von Parteien	8
2.1.	Parteien in föderalen Mehrebenensystemen.....	9
2.1.1.	Kompetenzverteilung und Kooperation in Föderalstaaten	12
2.1.2.	Territoriale (A)Symmetrie des Parteienwettbewerbs	20
2.1.3.	Innerparteiliche Beziehungen.....	29
2.2.	Parteienwettbewerb und programmatische Parteipositionierung	34
2.2.1.	Die Themengewichtung in politischen Programmen.....	36
2.2.2.	Politische Ökonomie	39
2.2.3.	Politische Soziologie	46
2.2.4.	Politikfeldforschung	50
2.3.	Forschungsstand Deutschland.....	58
3.	Das Politikangebot auf subnationaler Ebene.....	63
3.1.	Vertikale Integration und Autonomie subnationaler Parteien	70
3.1.1.	Nationaler Kontext	73
3.1.2.	Nationale Partei	94
3.1.3.	Subnationaler Kontext	100
3.1.4.	Subnationale Partei.....	105
3.1.5.	Zusammenfassung	112
3.2.	Subnationale Parteien im regionalen Parteienwettbewerb	113
3.2.1.	Subnationale Kontextfaktoren	115
3.2.2.	Subnationale Partiefaktoren.....	123
3.2.3.	Zusammenfassung	133
3.3.	Die deutschen Landesparteien im Spannungsverhältnis zwischen Einflussnahme der Bundespartei und Anpassung an regionale Bedingungen	135
4.	Daten und Untersuchungsplan	138
4.1.	Bestimmung der Politikpositionen und Politikfeldsalienzen	138
4.1.1.	Messung von Politikpositionen	138
4.1.2.	Schätzung der Politikpositionen der deutschen Parteien	152
4.1.3.	Messung von Politikfeldsalienzen	164
4.1.4.	Deskription der Salienzen und Positionen.....	166
4.1.5.	Reliabilität und Validität	172
4.2.	Untersuchungsplan.....	175
4.2.1.	Fehlende Werte.....	176
4.2.2.	Abhängige Variable.....	181
4.2.3.	Probleme bei der Analyse von Time-Series-Cross-Section-Daten	182
4.2.4.	Modelle und Modellauswahl	187
5.	Ergebnisse	191
5.1.	Politikfeldsalienzen in Abhängigkeit von der Bundespartei	193
5.2.	Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von der Bundespartei	200

5.2.1.	Deskription der Positionsunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene.....	204
5.2.2.	Multivariate Analyse des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landespositionen	212
5.3.	Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von regionalen Bedingungen	222
5.4.	Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von der Bundespartei und regionalen Bedingungen	227
5.5.	Zusammenfassung.....	231
6.	Zusammenfassende Betrachtung und Ausblick	233
7.	Anhang.....	239
7.1.	Verschlüsselungsschema.....	239
7.2.	Tabellen zur Absicherung der Analysen in Kapitel 5	241
7.2.1.	Einfluss der Bundesposition auf die Landespositionen	241
7.2.2.	Einfluss regionaler Bedingungen auf die Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld ASB.....	248
7.2.3.	Einfluss regionaler Bedingungen im Politikfeld Kultus	252
7.2.4.	Einfluss der Bundespartei und regionaler Bedingungen.....	256
8.	Literaturverzeichnis	259

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einflussfaktoren auf die programmatische Positionierung subnationaler Parteien	5
Abbildung 2: Häufigkeitsverteilung der Nähe zur Bundestagswahl	103
Abbildung 3: Quotient der Salienzen im Politikfeld ASB von Bundes- und Landespartei.....	111
Abbildung 4: Quotient der Salienzen im Politikfeld Kultus von Bundes- und Landespartei.....	112
Abbildung 5: Lage der zweidimensionalen ideologischen Zentren in den Bundesländern.....	122
Abbildung 6: Quotient der Sitzanteile der Parteien aus den beiden vorherigen Wahlen.....	130
Abbildung 7: Verschlüsselte Wahlprogramme von 1990 bis 2010.....	167
Abbildung 8: Positionen von CDU und SPD im Politikfeld ASB, 1990-2010	170
Abbildung 9: Positionen von CDU und SPD im Politikfeld Kultus, 1990-2010	171
Abbildung 10: Salienz des Politikfelds ASB auf Bundes- und Landesebene	195
Abbildung 11: Salienz des Politikfelds Kultus auf Bundes- und Landesebene.....	196
Abbildung 12: Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld ASB, 1990-2010	201
Abbildung 13: Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld Kultus, 1990-2010	202
Abbildung 14: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen im Zeitverlauf.....	205

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einflussfaktoren auf den Grad des Zusammenhangs zwischen Politikpositionen nationaler und subnationaler Parteien	73
Tabelle 2: Partei des Bundeskanzlers 1990-2010.....	99
Tabelle 3: Stimmverteilung im Bundesrat 1990-2010.....	104
Tabelle 4: Zusammenhang zwischen Politikpositionen auf nationaler und subnationaler Ebene in Abhängigkeit von der Bedeutung eines Politikfeldes für die Parteebenen	106
Tabelle 5: Durchschnittlicher Erfolgswert der Landesparteien im Untersuchungszeitraum	109
Tabelle 6: Hypothesen zur vertikalen Integration und Autonomie der deutschen Landesparteien	113
Tabelle 7: Koalitionsregierungen in den deutschen Bundesländern.....	133
Tabelle 8: Hypothesen zur programmatischen Positionierung der deutschen Landesparteien im regionalen Parteienwettbewerb	135
Tabelle 9: Salienzen der Bundes- und Landesverbände von CDU und SPD 1990 bis 2010.....	169
Tabelle 10: Zuteilung der Landtagswahlen zu Bundeslegislaturperioden.....	180
Tabelle 11: Durchschnittliche Salienzen der Bundes- und Landesverbände von CDU und SPD 1990 bis 2010 in 5 Politikfeldern.....	193
Tabelle 12: Varianzanalyse der Salienzen der Landesparteien von CDU und SPD nach Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	194
Tabelle 13: Varianzanalyse der Salienzunterschiede zwischen Bund und Ländern.....	199
Tabelle 14: Korrelation zwischen Bundes- und Landespositionen	203
Tabelle 15: Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen.....	204
Tabelle 16: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach dem Status der Bundespartei.....	207
Tabelle 17: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen in Zusammenhang mit der zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl.....	208
Tabelle 18: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach der Bedeutung des Bundeslandes.....	209
Tabelle 19: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach dem Status der Landespartei	210
Tabelle 20: Korrelation der durchschnittlichen Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach der Bedeutung des Politikfeldes für Landes- und Bundesebene.....	211
Tabelle 21: Varianzanalyse der Politikpositionen der Landesparteien.....	213
Tabelle 22: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld ASB.....	215
Tabelle 23: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld Kultus.....	219
Tabelle 24: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld Kultus.....	221
Tabelle 25: Der Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen im Politikfeld ASB..	223
Tabelle 26: Der Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen im Politikfeld Kultus	226
Tabelle 27: Der Zusammenhang zwischen Landespositionen und dem Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen im Politikfeld ASB.....	229
Tabelle 28: Der Zusammenhang zwischen Landespositionen und dem Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen im Politikfeld Kultus	230

Tabelle A 1: Verschlüsselungsschema für Wahlprogramme.....	239
Tabelle A 2: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB.....	241
Tabelle A 3: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus.....	241
Tabelle A 4: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB.....	242
Tabelle A 5: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus.....	242
Tabelle A 6: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB.....	243
Tabelle A 7: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB.....	244
Tabelle A 8: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB.....	245
Tabelle A 9: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - Kultus.....	246
Tabelle A 10: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - Kultus	247
Tabelle A 11: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB	248
Tabelle A 12: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB	248
Tabelle A 13: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB	249
Tabelle A 14: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB	250
Tabelle A 15: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB	251
Tabelle A 16: Korrelation der unabhängigen Variablen— Kultus	252
Tabelle A 17: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus	252
Tabelle A 18: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus.....	253
Tabelle A 19: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus.....	254
Tabelle A 20: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus.....	255
Tabelle A 21: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB.....	256
Tabelle A 22: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB.....	256
Tabelle A 23: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB.....	257
Tabelle A 24: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus.....	257
Tabelle A 25: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus.....	258
Tabelle A 26: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus.....	258

1. Einleitung

„Es ist mir egal, wer unter mir Kanzler wird“ verkündete Franz Josef Strauß nach dem Verzicht auf die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1976 (Der Spiegel 17/1975) und drückte damit die in seinen Augen großen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Landesebene aus. Demgegenüber herrschte in der Politikwissenschaft lange Zeit die Meinung, die Länder seien reine Verwaltungseinheiten ohne politische Entscheidungskraft. Wie ist es nun tatsächlich um die Beziehungen zwischen den Parteien auf Bundes- und Landesebene bestellt und wie unterscheiden sich die Bundesländer untereinander? Diese Fragen werden im Folgenden ausführlich und aus verschiedenen Perspektiven behandelt. Im Mittelpunkt steht dabei allerdings nicht die tatsächlich von den einzelnen Ebenen bzw. Bundesländern umgesetzte Politik, sondern das von den Parteien auf Bundes- und Landesebene vertretene politische Programm. Der Begriff politisches Programm umfasst dabei sowohl die politische Positionierung zu verschiedenen Themen als auch die Stärke der Betonung einzelner Themengebiete bzw. Politikfelder.

Der Fokus auf dem politischen Programm von Parteien wurde aus verschiedenen Gründen ausgewählt. Zum einen sind die umgesetzten Politikinhalt sehr schwer messbar. Häufig wird hierfür die Höhe der Staatsausgaben herangezogen, die über den tatsächlichen Politikinhalt jedoch keine Aussage treffen kann. Diese Betrachtungsweise bietet sich daher eher für Einzelfallstudien, die Gesetze qualitativ untersuchen und vergleichen, als für größere Untersuchungen über einen längeren Zeitraum, wie sie hier vorgenommen wird, an. Zum anderen interessieren hier insbesondere die Beziehungen zwischen den Parteien auf verschiedenen Ebenen, bei der Untersuchung der tatsächlich umgesetzten Politik ist es jedoch schwierig Rückschlüsse auf einzelne Parteien zu ziehen, da in Deutschland häufig Koalitionen aus verschiedenen Parteien regieren und Politikinhalt folglich nicht eindeutig einer einzelnen Partei zugewiesen werden können. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Bundesländer und der Bund über verschiedene Gesetzgebungskompetenzen verfügen und umgesetzte Politik, insbesondere in Form von Gesetzen, daher schwer vergleichbar ist. In gewisser Weise trifft dies auch auf politische Programme zu, die sich ebenfalls an den Zuständigkeiten der einzelnen Ebenen orientieren sollten. Wie stark dies allerdings tatsächlich der Fall ist wird im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls zu klären sein.

Neben der Festlegung des Untersuchungsgegenstands, der Politikpositionen und Politikfeldsalienzen der Parteien auf subnationaler Ebene, muss auch geklärt werden, für welchen Zeitraum und für welche Fälle die Analyse durchgeführt werden soll. Die Fälle werden hier insoweit eingegrenzt, als nur die Positionierung der Landesverbände von CDU und SPD untersucht werden soll. Dies bedeutet zum einen eine Eingrenzung auf die deutschen Bundesländer und zum anderen auf die beiden größten Parteien in Deutschland. Die Eingrenzung der Untersuchung auf Deutschland hat den großen Vorteil, dass man Landesparteien in 16 unterschiedlichen Bundesländern untersuchen kann, die jedoch alle den grundsätzlich gleichen Rahmenbedingungen unterliegen. Um diese während des Untersuchungszeitraums möglichst konstant zu halten, umfasst die Analyse nur den Zeitraum nach der Wiedervereinigung (1990-2010). Die Eingrenzung auf CDU und SPD hat hingegen den Vorteil, dass beide Parteien während des gesamten Untersuchungszeitraums in allen Landtagen vertreten waren. Dadurch werden Verzerrungen, die dadurch entstehen können, dass beispielsweise die FDP vor allem in westdeutschen Landtagen vertreten war, ausgeschlossen. Diese Bedingung kann keine andere deutsche Partei erfüllen.

Der Föderalismus gibt den Parteien die Möglichkeit, in der nationalen und der subnationalen Arena bei Wahlen anzutreten und dabei ihre organisatorische Stärke einzusetzen. Auf Basis von erfolgreichen Wahlen können wiederum starke föderale Organisationen aufgebaut werden, sodass die Gesamtpartei profitiert. Umgekehrt können auch einzelne Landesparteien von den Erfolgen der Bundespartei profitieren. Allerdings führt diese Interdependenz auch zu Problemen, insbesondere dann, wenn sich die Bedingungen und Prioritäten zwischen den verschiedenen Ebenen unterscheiden oder es die Bundespartei für die Landesparteien schwierig macht auf ihre regionale Basis einzugehen ohne in Konflikt mit der nationalen Ebene zu geraten (Kramer 1994, Filippov et al. 2004, Thorlakson 2009). Hieraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Parteiebenen. Es stellt sich hier die Frage, wie autonom die regionalen Parteigliederungen ihre Politikentscheidungen treffen können bzw. inwieweit die Bundespartei Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen kann.

Diese potentielle Abhängigkeit der Parteiebenen untereinander liegt darin begründet, dass zum einen die Ebenen wie auch die verschiedenen subnationalen Einheiten durch die Wähler nicht als eindeutig voneinander getrennt wahrgenommen werden. Zum anderen liegt diese potentielle Abhängigkeit untereinander auch darin begründet, dass die Parteien der verschiedenen Ebenen in bestimmten Fällen, beispielsweise durch den Bundesrat, kooperieren und sich so entweder einigen oder die Uneinigkeit zwischen Parteigliederungen gegenüber

der Öffentlichkeit vertreten müssen. Dies kann jedoch schnell mit einem Verlust der Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler einhergehen. Es soll daher Gegenstand dieser Arbeit sein, das politische Programm der subnationalen Parteigliederungen zu erklären. Zum einen wird dabei überprüft, wie groß der Einfluss der Bundespartei auf die jeweiligen Landesparteien ist. Zum anderen wird untersucht, welche Faktoren auf der subnationalen Ebene die Positionierung der Landesparteien beeinflussen. Letztlich soll ein Modell entstehen, das die Positionierung der Landesparteien insgesamt, das heißt sowohl unter Einbeziehung der Bundesebene, als auch unter Berücksichtigung von Faktoren auf Landesebene erklärt. Zusätzlich soll auch untersucht werden, mit welchen Politikfeldern sich die Parteien auf Landesebene hauptsächlich beschäftigen und wie diese Politikfeldsalienzen erklärt werden können. Die verschiedenen Politikfeldsalienzen sind innerhalb dieser Arbeit auch bei der Auswahl der Politikfelder für die Analyse der politischen Positionen der Landesparteien von Bedeutung.

Von besonderer Wichtigkeit für die Autonomie der politischen Positionierung der Landesparteien ist die Bedeutung der subnationalen Ebene. Wie zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt wurde in der Politikwissenschaft lange Zeit davon ausgegangen, dass die Landesebene eine reine Verwaltungseinheit ist, die lediglich die Entscheidungen der Bundesebene umsetzt. In dieser Perspektive verfügen die Landesparteien folglich über keinen politischen Entscheidungsspielraum und vertreten somit auch kein eigenes politisches Programm. Diese Perspektive kann für die deutschen Bundesländer jedoch nicht aufrecht erhalten werden. Zum einen liegt dies an der Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen, die im Grundgesetz festgeschrieben ist und der Landesebene Gesetzgebungskompetenzen zuweist, die darüber hinaus durch Grundgesetzänderungen, wie beispielsweise die Föderalismusreform, noch weiter gestärkt wurden. Zum anderen wird in Deutschland, insbesondere seit der Wiedervereinigung, eine zunehmende Regionalisierung des Parteienwettbewerbs festgestellt, sodass auch hier davon ausgegangen werden kann, dass die Parteien auf der subnationalen Ebene zumindest in gewissem Rahmen ein eigenes politisches Programm vertreten. Inwieweit dies tatsächlich geschieht, kann aber auch durch die einzelnen nationalen Parteien bzw. ihre Charakteristika bestimmt werden. Diese Charakteristika können die Einflussmöglichkeiten bzw. den Gebrauch von Einflussmöglichkeiten der nationalen Partei auf die subnationale Partei beeinflussen. Neben diesen Faktoren, die auf der nationalen Ebene angesiedelt sind, kann die Autonomie der subnationalen Parteien auch durch Faktoren auf der subnationalen Ebene beeinflusst werden.

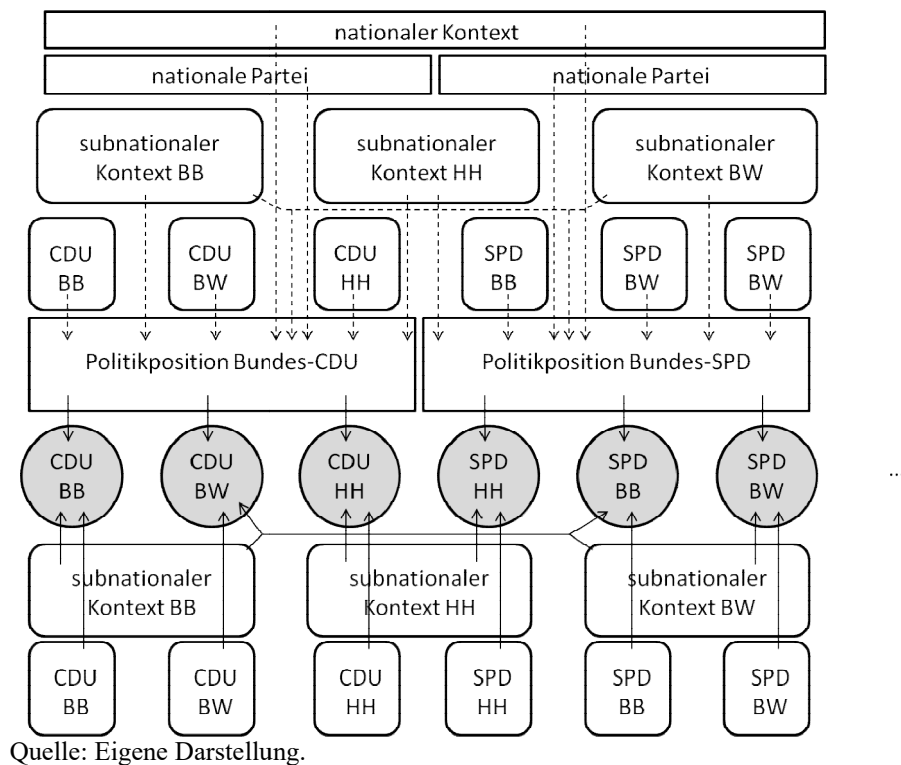
Hierbei ist zwischen Faktoren zu unterscheiden, die für alle Parteien einer subnationalen Ebene gleich sind, und Faktoren, die nur für einzelne subnationale Parteien zutreffen. Ein Merkmal, das die Positionierung einer subnationalen Partei beeinflussen kann, wenn es ihr möglich ist eigene, von der nationalen Ebene unabhängige, Programmentscheidungen zu treffen, ist beispielsweise das Parteiensystem im jeweiligen Bundesland. Hier gibt es große Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, die von den Parteien programmatische Anpassungen an diese Rahmenbedingungen erfordern. Neben diesen subnationalen Kontextbedingungen, die für alle Parteien eines Bundeslandes in gleicher Weise zutreffen, kann sich die programmatische Unabhängigkeit der subnationalen Ebene auch zwischen einzelnen subnationalen Parteien unterscheiden. Vorstellbar sind hier verschiedene Faktoren, wie beispielsweise der Status einer subnationalen Partei.

Diese zuletzt besprochenen Faktoren der subnationalen Ebene können nicht nur die Unabhängigkeit der subnationalen Partei von der nationalen Partei beeinflussen, sondern sind auch bei der Erklärung der subnationalen Parteipositionen, unabhängig von der nationalen Partei, von Bedeutung. Beispielsweise kann eine Koalitionsregierung auf Landesebene die Politikpositionen der subnationalen Parteien beeinflussen, da sich die Parteien dem jeweiligen Koalitionspartner annähern, wenn die Koalition fortgesetzt werden soll, oder sich auseinander entwickeln, um ihre Eigenständigkeit zu betonen, wenn die Koalition nicht fortgesetzt werden soll. Welche Einflüsse auf die Positionen der subnationalen Parteien im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden, stellt Abbildung 1 dar.

Die Kreise in der Mitte von Abbildung 1 stellen die Politikpositionen der subnationalen Parteien in Deutschland und somit die zu erklärende Variable dar. Um diese Variable angeordnet sind die bei der Erklärung zu berücksichtigenden Einflussfaktoren. Diese sind zum einen unterteilt nach der Ebene (dargestellt durch die eckigen bzw. abgerundeten Rechtecke), auf der sie sich befinden – national vs. subnational – und innerhalb dieser Unterteilung wiederum unterteilt nach Kontext- und Partiefaktoren. Für die Partiefaktoren folgt daraus auf der nationalen Ebene eine Unterteilung in CDU und SPD, auf der subnationalen Ebene in die verschiedenen Landesparteien. Innerhalb dieser Faktorengruppen können verschiedenste Faktoren Einfluss auf die politische Positionierung der subnationalen Parteien nehmen. Der obere Teil von Abbildung 1 stellt die Abhängigkeit der Politikpositionen der Landesparteien von der Politikposition der jeweiligen Bundespartei dar. Die Bundesposition kann die jeweiligen Landespositionen einerseits direkt beeinflussen. Es werden andererseits aber auch Faktoren aufgeführt, die den Einfluss der Bundesposition auf

die Positionen der Landesparteien moderieren können. Diese Faktoren sind durch gestrichelte Pfeile mit der Bundesposition verbunden. Beispielsweise kann der Status der nationalen Partei (ein nationaler Partiefaktor) Einfluss darauf haben, wie stark die Bundesposition die jeweiligen Landespositionen beeinflusst. Im unteren Teil der Abbildung sind subnationale Faktoren dargestellt, die direkt und ohne Berücksichtigung der Bundesposition Einfluss auf die Positionierung der Landesparteien ausüben können. Ein solcher Faktor kann beispielsweise der Parteienwettbewerb in einem Bundesland (subnationaler Kontextfaktor) sein.

Abbildung 1: Einflussfaktoren auf die programmatische Positionierung subnationaler Parteien



Zur Beantwortung der Frage nach einer Erklärung für die Positionierung der deutschen Landesparteien im Spannungsverhältnis zwischen Einfluss der Bundespartei und Anpassung an subnationale Gegebenheiten, wird in Kapitel 2 zunächst ein Überblick über verschiedene Ansätze zur Erklärung der programmatischen Positionierung von Parteien gegeben. Dabei wird in Kapitel 2.1 darauf eingegangen, welchen Besonderheiten Parteien in einem föderalen Mehrebenensystem ausgesetzt sind. Dieses Kapitel ist dabei nicht ausschließlich auf den deutschen Föderalismus zugeschnitten, sodass es auch bei der Analyse von subnationalen Parteien in anderen Föderalstaaten hilfreiche Hinweise geben kann. Kapitel 2.2 befasst sich hingegen, ganz unabhängig von den Besonderheiten eines Mehrebenensystems, mit den

klassischen Theorien zur Erklärung von Politikpositionen bzw. Politikinhalten. Kapitel 2.3 gibt anschließend einen kurzen Überblick über den Forschungsstand zur politischen Programmatik der deutschen Landesparteien.

Kapitel 3 knüpft an diesen Forschungsstand, die klassischen Ansätze zur Erklärung von Parteiprogrammatik und die Besonderheiten in föderalen Mehrebenensystemen, an und entwickelt auf dieser Basis Hypothesen, die im empirischen Teil der Arbeit getestet werden. Das dritte Kapitel ist in drei Abschnitte unterteilt, wobei sich der erste Abschnitt zum einen mit der Erklärung der Politikfeldsalienzen der Landesparteien auf Basis der nationalen Rahmenbedingungen und zum anderen mit dem Einfluss der Position der Bundespartei auf die politische Positionierung der Landesparteien beschäftigt. Hier werden insbesondere die Konzepte der vertikalen Integration von Parteien wie auch der Autonomie von Landesparteien berücksichtigt. Letztlich werden so auf den deutschen Fall zugeschnittene Hypothesen über die Gewichtung verschiedener Politikfelder in den Wahlprogrammen der Landesparteien wie auch Hypothesen zum Einfluss der Bundespartei auf die Positionierung der Landesparteien entwickelt. In letzterem Fall wird ein besonderes Augenmerk auf Faktoren gelegt, die den Einfluss der Bundespartei auf die Positionierung der Landesparteien moderieren. Kapitel 3.1 befasst sich folglich mit dem oberen Teil von Abbildung 1. Der zweite Teil des dritten Kapitels lässt die Bundesebene hingegen außen vor und versucht die politische Positionierung der Landesparteien auf Basis von regionalen Faktoren zu erklären. Dieser Abschnitt beschäftigt sich somit mit dem unteren Teil von Abbildung 1. Auch hier werden konkrete Hypothesen zur Erklärung der politischen Positionierung der deutschen Landesparteien entwickelt. Kapitel 3.3 fasst abschließend das Spannungsverhältnis zwischen Einfluss der Bundespartei und der Anpassung an die Landesebene zusammen, in dem sich die deutschen Landesparteien bei der Entwicklung ihrer politischen Programmatik befinden.

Kapitel 4 widmet sich den methodischen Herausforderungen der angestrebten Untersuchung. Der erste Teil befasst sich damit, eine valide und reliable Methode zur Bestimmung der Politikpositionen und Politikfeldsalienzen auszuwählen. Zunächst werden daher verschiedene Methoden diskutiert. Daraufhin wird eine Methode ausgewählt und das methodische Vorgehen zur Bestimmung der Politikfeldsalienzen und der Politikpositionen der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene detailliert erläutert. Danach folgt eine deskriptive Darstellung der ermittelten Positionen und Salienzen sowie eine Überprüfung der Reliabilität und Validität der gewählten Methode. Der zweite Teil von Kapitel 4 widmet sich dem Untersuchungsplan und diskutiert die spezifischen Probleme des vorliegenden Datensatzes

sowie potentielle Lösungsmöglichkeiten. Abschließend werden das Vorgehen und die statistischen Modelle zur Überprüfung der in Kapitel 3 aufgestellten Hypothesen besprochen.

Die Analyse der Hypothesen erfolgt schließlich in Kapitel 5, das in fünf Abschnitte unterteilt ist. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Erklärung der Politikfeldsalienzen der deutschen Landesparteien und untersucht folglich lediglich die Hypothesen 1 und 4, die sich mit der Erklärung der Salienzen beschäftigen. Der zweite Abschnitt analysiert die Politikpositionen der deutschen Landesparteien in Abhängigkeit von der Politikposition der jeweiligen Bundespartei, beschäftigt sich also mit dem oberen Teil von Abbildung 1. Zum besseren Verständnis des Datensatzes werden die Positionsunterschiede in diesem Abschnitt zunächst deskriptiv untersucht. Daraufhin folgt die multivariate Analyse des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landespositionen. Der dritte Abschnitt von Kapitel 5 widmet sich hingegen der Erklärung der Landespositionen auf Basis regionaler Gegebenheiten, lässt den Einfluss der Bundespartei also außen vor und überprüft daher nur die Zusammenhänge aus dem unteren Teil von Abbildung 1. Daraufhin werden im vierten Abschnitt die einflussreichsten Variablen aus den beiden vorangegangenen Abschnitten in einer Analyse zusammengefasst. Diese Analyse gibt Aufschluss darüber, wie die Politikpositionen unter Berücksichtigung sowohl der Politikposition der Bundespartei als auch der regionalen Bedingungen erklärt werden können. Dem folgt im letzten Abschnitt von Kapitel 5 eine kurze Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse.

2. Programmatische Positionierung von Parteien

Welches Politikangebot machen subnationale Parteien und wie kann es erklärt werden? Diesen Fragen wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit nachgegangen. Zunächst muss allerdings noch definiert werden, was unter dem Begriff Politikangebot verstanden wird. Neben der tatsächlich umgesetzten Politik, die von der Politikfeldforschung untersucht wird, kann unter dem Begriff Politikangebot auch das von den Parteien unterbreitete Angebot an politischen Inhalten verstanden werden. Dieses Politikangebot, das Parteien insbesondere im Rahmen ihrer Wahl- und Parteiprogramme veröffentlichen, zeichnet sich zum einen durch die unterschiedlich starke Betonung verschiedener Themen (Salienzen) und zum anderen durch unterschiedliche Positionen zu diesen Themen aus. Das bedeutet, dass sich die verschiedenen subnationalen Parteigliederungen einer Gesamtpartei einerseits durch die Betonung unterschiedlicher, teilweise regionenspezifischer, Themen sowie andererseits auch durch unterschiedliche Positionen zu den gleichen Themen unterscheiden können.

Ziel dieses Kapitels ist es einen Überblick über den Forschungsstand zur programmatischen Positionierung und Themenbetonung subnationaler Parteien und somit Ansatzpunkte für die Bearbeitung der Fragestellung zu geben.¹ Parteien auf der subnationalen Ebene stehen in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen der Anpassung an regionale Gegebenheiten und der Anpassung an die übrigen Parteigliederungen sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene. Zunächst werden daher Überlegungen zu den Beziehungen zwischen den Parteigliederungen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Regionen, den Voraussetzungen für die Entwicklung eines eigenständigen subnationalen Politikangebots sowie hemmende Faktoren hierfür diskutiert. Im Anschluss daran wird der internationale Forschungsstand dargestellt. Dazu werden konkrete Untersuchungen und Erklärungsmodelle für Salienzen und Politikpositionen subnationaler Parteien vorgestellt. Der abschließende Abschnitt beschäftigt sich schließlich mit Arbeiten zu Salienzen und Positionen der deutschen Landesparteien.

Der Großteil der Politikwissenschaft ging lange Zeit von einer nationalisierten Politik und einem nationalisierten Parteienwettbewerb aus (Caramani 2004, Jeffery 2009). Die regionale Ebene wird in diesen Arbeiten daher als weitestgehend unbedeutend betrachtet. So konnten

¹ In der Regel handelt es sich dabei um Parteien, die in verschiedenen Regionen bei subnationalen Wahlen und landesweit bei nationalen Wahlen antreten, und nicht um regionalistische Parteien, deren Wirkungsbereich auf einzelne Regionen begrenzt ist. Für Studien zu regionalistischen Parteien vgl. (De Winter und Türsan 1998, Jeffery 2009, Massetti 2009).

verschiedene Untersuchungen beispielsweise keinen regionalen Einfluss auf das Wahlverhalten nachweisen (Rose und Urwin 1975: 40ff., Rokkan und Urwin 1983: 165, Caramani 2004: 291). Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass in diesen Untersuchungen nationale statt regionale Wahlen als Untersuchungseinheit herangezogen wurden, obwohl ein regionaler Einfluss untersucht wurde. Dieses Beispiel macht den methodologischen Nationalismus (Jeffery 2009: 640, Jeffery und Wincott 2010: 171ff.), der erst in den letzten zehn Jahren verstärkt aufgebrochen wurde, deutlich. Teilweise erklärt werden kann dieser methodologische Nationalismus dadurch, dass die regionale Ebene in Europa lange Zeit nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz von Bedeutung war und erst seit den 1970er Jahren durch die zunehmende Dezentralisierung weiterer Staaten² wie Spanien, Großbritannien oder Belgien an Aufmerksamkeit in der Politikwissenschaft gewonnen hat.

Da sich die Forschung bisher folglich nicht sehr intensiv mit subnationalen Parteien im Allgemeinen und mit ihrem Politikangebot im Besonderen auseinandergesetzt hat, werden hier sowohl qualitative als auch quantitative ebenso wie deskriptiv, explorativ und induktiv vorgehende Arbeiten, die sich mit der Programmatik subnationaler Parteien beschäftigen, berücksichtigt, um Anhaltspunkte für die geplante Untersuchung zu erhalten. Von besonderer Bedeutung für diese Arbeit sind allerdings Untersuchungen, die das Politikangebot der subnationalen Parteien als abhängige Variable betrachten. Daher wird der Schwerpunkt in der folgenden Darstellung auf solche Arbeiten gelegt.

2.1. Parteien in föderalen Mehrebenensystemen

Mit den Besonderheiten von Mehrebenensystemen befassen sich unterschiedliche Strömungen der Politikwissenschaft. In der Literatur findet man hauptsächlich Ausführungen zum Mehrebenensystem der EU (Hooghe und Marks 2001, Benz 2003, Jachtenfuchs und Kohler-Koch 2004, Enderlein, et al. 2010). Aber auch Arbeiten zu anderen internationalen Mehrebenensystemen (Schreurs 2010) sowie Länder- beziehungsweise Einzelfallstudien zu föderalen Staaten, die sich insbesondere mit Wahlen und vor allem in jüngerer Zeit auch mit Parteien in Mehrebenensystemen beschäftigen (Deschouwer 2003, Hough und Jeffery 2003b, 2006a), liegen vor.³ Unter Mehrebenensystemen werden ganz allgemein politische Systeme verstanden, die ihre Ressourcen und Kompetenzen auf verschiedene territoriale Einheiten

² Vgl. dazu auch den „regional authority index“ von Hooghe et al. (2008), der seit den 70er Jahren eine zunehmende Regionalisierung in Europa zeigt.

³ Vgl. auch zahlreiche Beiträge in *Regional & Federal Studies* und *European Urban and Regional Studies*.

aufgeteilt haben (Benz 2009: 17). Mehrebenensysteme gibt es in verschiedenen Formen und Ausprägungen sowie mit einer unterschiedlichen Anzahl von Ebenen. Diese Charakteristika eines Mehrebenensystems wirken sich auf die Beziehungen zwischen den Ebenen im Allgemeinen und zwischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen im Besonderen aus. Innerhalb der Mehrebenensysteme bilden föderale Staaten eine eigene Gruppe mit besonderen Charakteristika. Auf ihnen soll der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen liegen.⁴ Ein Großteil der hier vorgestellten Überlegungen ist dennoch in gleicher oder leicht abgewandelter Form auch auf andere Mehrebenensysteme übertragbar.

Föderalismus im weiteren Sinne bezeichnet einen „Bund von mehreren weitgehend selbständigen Teilen“ im staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich (Schmidt 1995: 307). Am häufigsten wird der Begriff Föderalismus, wie auch in dieser Arbeit, jedoch für die Bezeichnung eines Staatsaufbaus verwendet, in dem sich Gliedstaaten mit formeller Staatsqualität zusammenschließen und einen gemeinsamen Zentralstaat bilden (Schmidt 1995: 307).⁵ Der interne Aufbau föderaler Staaten kann dabei sehr unterschiedlich sein, dennoch haben alle föderalen Staaten einige Gemeinsamkeiten. Alle föderalen Staaten verfügen über mindestens zwei Ebenen. Die obere Ebene ist der Nationalstaat, die untere Ebene setzt sich aus den einzelnen Gliedstaaten zusammen. Im Unterschied zu konföderalen Staaten und regionalisierten Einheitsstaaten üben sowohl die nationale als auch die subnationale Ebene im Föderalismus getrennt voneinander Hoheitsrechte aus (Renzsch, et al. 2010: 1). In föderalen Staaten werden zudem auf beiden Ebenen Wahlen abgehalten, dadurch stehen die zur Wahl antretenden Parteien auf beiden Ebenen im Wettbewerb zueinander. Dieser Parteienwettbewerb unterliegt, unter anderem durch die institutionelle Ausgestaltung des jeweiligen föderalen Systems, bestimmten Bedingungen.

Durch den Einfluss des Staatsaufbaus auf Parteien kann aber nur eine Seite des Verhältnisses zwischen Parteien und föderalen Strukturen beschrieben werden. Ronald L. Watts (2004: 203) beschreibt dieses komplexe Verhältnis jedoch als „two-way mutual interaction“. Damit hebt er darauf ab, dass zwar einerseits die föderale Ordnung eines Staates einen Teil der institutionellen Rahmenbedingungen bildet, in denen sich die Parteien bewegen, andererseits in Demokratien aber auch Parteien an der Gestaltung eben dieser institutionellen

⁴ Zwar gibt es häufig auch in nicht föderal organisierten Staaten in gewissem Umfang Mehrebenenpolitik, im Vergleich dazu ist der Mehrebenencharakter in föderativ organisierten Staaten in der Regel jedoch deutlich stärker ausgeprägt.

⁵ Zur den Schwierigkeiten und verschiedenen Versuchen der Definition des Begriffs Föderalismus in der Literatur vgl. (Benz 2002: 13ff.).

Rahmenbedingungen beteiligt sind. Da diese Arbeit die politische Positionierung von Parteien in Mehrebenensystemen erklären möchte, bleiben die Aspekte der Institutionenbildung hier jedoch außen vor.

Um nicht unnötig zu verwirren und im Vorgriff auf das deutsche Bund-Länder-System, mit dem sich diese Arbeit beschäftigt, wird im Folgenden von Systemen mit zwei Ebenen, der nationalen und der subnationalen Ebene⁶, ausgegangen, obwohl beispielsweise durch die Hinzunahme der EU oder lokaler Gebietseinheiten problemlos weitere Ebenen hinzugefügt werden könnten. Neben den Institutionen und Akteuren auf nationaler Ebene gibt es in Föderalstaaten häufig ähnliche oder sogar gleiche Institutionen und Akteure in den einzelnen Gliedstaaten. Durch die verschiedenen Arenen des politischen Wettbewerbs kommt es somit zu einer Vervielfachung von Institutionen und politischen Akteuren. Um hier für begriffliche Klarheit zu sorgen, werden Institutionen und Akteure der nationalen Ebene als Bundesinstitutionen und Bundesakteure bzw. nationale Institutionen und nationale Akteure bezeichnet. Institutionen und Akteure der subnationalen Ebene werden hingegen als Landesinstitutionen und Landesakteure bzw. subnationale oder regionale Institutionen und subnationale oder regionale Akteure bezeichnet. Bei Parteien werden folglich Parteien auf nationaler Ebene als Bundespartei bzw. nationale Partei und die zugehörigen subnationalen Einheiten der Partei als Landesparteien, Landesverbände oder subnationale Parteien bezeichnet. Existiert eine Partei nur auf subnationaler Ebene wird sie hingegen Regionalpartei genannt. Eine Ausnahme bildet hier die CSU, die aufgrund der engen Kooperation mit der CDU auf Bundesebene als subnationale Parteigliederung der CDU betrachtet wird.

Ein föderalistischer Staatsaufbau bietet auf nationaler und subnationaler Ebene Arenen, in denen die Parteien bzw. die jeweiligen Parteiführungen mehr oder weniger unabhängig voneinander handeln und so auf die Interessen der jeweiligen Wählerschaft eingehen können (Chandler und Chandler 1987). Je nachdem wie heterogen ein Staat insgesamt ist, wie sehr sich die Gliedstaaten beispielsweise in Faktoren wie Größe, Wirtschaftskraft, Kultur und Sprache unterscheiden, sind die Präferenzen und Bedürfnisse der Bevölkerungen der einzelnen Gliedstaaten eher ähnlicher oder unterschiedlicher (Burgess und Gress 1999: 48ff.).⁷ Die Handlungsmöglichkeiten der Parteien der subnationalen Ebene, um auf die unterschiedlichen Interessen ihrer Wählerschaft eingehen zu können, sind zweigeteilt. Zum

⁶ Äquivalent werden für die subnationale Ebene auch die Bezeichnungen regionale oder gliedstaatliche Ebene sowie Landesebene oder Region und für die nationale Ebene der Begriff Bundesebene verwendet.

⁷ Vgl. beispielsweise im Hinblick auf unterschiedliche Präferenzen der Wählerschaft in Abhängigkeit von der Sozialstruktur auch Kapitel 2.2.3 zur Cleavage-Theorie.

einen können sie in Politikbereichen, die im Zuständigkeitsbereich der subnationalen Ebene liegen, die Gesetzgebung direkt beeinflussen, zum anderen können sie die Interessen der Regionen auch auf der nationalen Ebene vertreten (Chandler und Chandler 1987: 87). Die Möglichkeiten, die der föderalistische Staatsaufbau den Parteien bezüglich der Berücksichtigung regionaler Interessen, sowohl auf regionaler wie auch auf nationaler Ebene bietet, wirken sich somit auf den Parteienwettbewerb und die Parteiorganisation in föderalen Staaten aus (Chandler und Chandler 1987: 88).

Im Folgenden werden die Beziehungen zwischen Parteien im Föderalismus sowohl vertikal als auch horizontal, also zwischen nationaler und subnationaler Ebene und zwischen den verschiedenen Einheiten der subnationalen Ebene, betrachtet. Zunächst werden daher die verschiedenen Möglichkeiten der institutionellen Ausgestaltung des Föderalismus und ihre Auswirkungen auf die Parteien aufgezeigt. Im zweiten Abschnitt werden Forschungsergebnisse zur territorialen (A)Symmetrie zwischen den Arenen des Parteiwettbewerbs und schließlich, im dritten Abschnitt, Untersuchungen zu den innerparteilichen Beziehungen in föderalen Systemen dargestellt.

2.1.1. Kompetenzverteilung und Kooperation in Föderalstaaten

Der Wettbewerb zwischen Parteien auf verschiedenen Ebenen eines föderalen Staates wird durch die konkrete Ausgestaltung des Föderalismus beeinflusst. Von besonderer Bedeutung für die Rolle und Organisation der Parteien sowie den Parteienwettbewerb sind dabei die Beziehungen zwischen politischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen und die Beziehungen zwischen politischen Akteuren verschiedener subnationaler Einheiten. Diese Beziehungen werden insbesondere durch die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der subnationalen auf der nationalen Ebene und Kooperationen zwischen den Einheiten der subnationalen Ebene bestimmt (Deschouwer 2003: 222, Thorlakson 2009: 163f.). Kompetenzverteilung, Mitwirkungsrechte und Kooperationen werden in den nächsten Abschnitten genauer betrachtet, da sie auch Auswirkungen auf die Gestaltung der Parteiprogrammatik und insbesondere auf die Ähnlichkeit bzw. Unterschiedlichkeit der politischen Programme von Parteien in verschiedenen Arenen haben können. Bevor die institutionellen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs näher beleuchtet werden, muss allerdings auch erwähnt werden, dass es noch weitere institutionelle (wie beispielsweise das Wahl- und Regierungssystem) und nicht-institutionelle (wie beispielsweise gesellschaftliche Rahmenbedingungen) Faktoren gibt, die das Verhalten von

Parteien ebenfalls beeinflussen können (Detterbeck 2010: 197). Diese sind sowohl in föderalen als auch nicht-föderalen Staaten relevant und werden daher bei der Darstellung der verschiedenen Theorien des Parteienwettbewerbs in Kapitel 2.2 besprochen. In den folgenden Abschnitten wird das Augenmerk hingegen auf die Besonderheiten des Parteienwettbewerbs in Föderalstaaten gerichtet.

Kompetenzverteilung

Zu den Kernbestandteilen eines föderalen Staates gehört die Aufteilung der Kompetenzen zur Erledigung staatlicher Aufgaben zwischen den einzelnen Ebenen und die Festlegung von Mitwirkungsrechten der regionalen Ebene an der Gesetzgebung auf nationaler Ebene (Schlüter 2010). Oder wie Elazar (1987: 12) es einprägsam benennt „self-rule plus shared-rule“. Je nachdem wie die Kompetenzverteilung in einem Föderalstaat geregelt ist, spricht man von stärker zentralisiertem oder stärker dezentralisiertem Föderalismus. Zwar gibt es auch zwischen Einheitsstaaten eine große Variation des Dezentalisierungsgrades, allerdings existiert nur in Föderalstaaten eine verfassungsrechtlich legitimierte und geschützte territoriale Machtaufteilung, die nicht einseitig von einer Ebene geändert werden kann (Chandler 1987: 149, Renzsch, et al. 2010: 1).

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen im Föderalismus kann integriert oder getrennt erfolgen (Anderson 2008: 34f.). Keine Föderation setzt die Modelle der Integration oder Trennung von Kompetenzen idealtypisch um, sondern es handelt sich hierbei stets um Mischformen, die eher der einen oder der anderen Seite zuzurechnen sind. Beim integrierten Modell gibt es viele gemeinsame Zuständigkeiten, die eine ausgeprägte Koordination zwischen den Ebenen und somit auch zwischen den politischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen erfordern. Durch dieses ausgeprägte Kooperationserfordernis und geteilte Verantwortlichkeiten führt das integrierte Modell zu einer eher ähnlichen Parteiprogrammatik der Parteigliederungen auf nationaler und subnationaler Ebene. Das getrennte Modell setzt hingegen auf die alleinige Zuständigkeit einer Ebene und somit auf die strikte Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen. Diese Aufteilung kann wiederum dual oder funktional erfolgen (Chandler 1987: 157).

Das duale Modell weist jeder staatlichen Ebene die Kompetenzen für bestimmte inhaltliche Politikbereiche zu. In diesen Bereichen ist die jeweilige Ebene exklusiv für den Beschluss, die Umsetzung und die Verwaltung politischer Programme zuständig. Häufig werden der

regionalen Ebene Kompetenzen in Politikbereichen wie Kultur oder Bildung, in denen sich die Interessen zwischen Regionen bzw. zwischen ihren Bevölkerungen stark unterscheiden oder die von den Regionen als elementar für ihre Unterschiedlichkeit angesehen werden, übertragen (Smiley und Watts 1985: 4). Die duale Kompetenzaufteilung bietet regionalen Parteigliederungen somit die Möglichkeit sich unabhängig von der nationalen Ebene zu positionieren und sich als Verteidiger regionaler Interessen zu profilieren (Chandler 1987: 158, Keating 1998b: 196). In der Folge kann es in den Kompetenzbereichen der Gliedstaaten Unterschiede in der Gesetzgebung geben, mit denen die politischen Akteure auf die unterschiedlichen Bedürfnisse in den Regionen reagieren.⁸

Bei der funktionalen Kompetenzverteilung werden hingegen nicht inhaltliche Politikbereiche, sondern die Zuständigkeit für verschiedene Stufen im Politikprozess zwischen den Ebenen aufgeteilt (Chandler und Chandler 1987: 94). So ist häufig die nationale Ebene für die Gesetzgebung und die subnationale Ebene für die Ausführung dieser Gesetze zuständig. Die subnationale Ebene übernimmt also exekutive Aufgaben, während die nationale Ebene für die legislativen Aufgaben zuständig ist. Bei einer funktionalen Gewaltenteilung besteht folglich größerer Abstimmungsbedarf zwischen den Ebenen, da nationale Gesetze durch die Gliedstaaten ausgeführt werden müssen. Es kann jedoch auch vorkommen, dass sich formal getrennte Zuständigkeiten auf die gleiche Frage auswirken und somit trotz getrennter Zuständigkeiten eine Koordination zwischen den Ebenen erforderlich ist. Den regionalen politischen Akteuren bleiben hier, abgesehen von unterschiedlicher Verwaltungspraxis im Rahmen der nationalen Gesetze, folglich keine Politikbereiche, die sie unabhängig von der nationalen Ebene gestalten können (Chandler und Chandler 1987: 94). Eine inhaltliche Profilierung subnationaler Parteien ist in diesen Systemen daher erschwert. Die regionalen politischen Akteure treten in diesem Fall eher als Abbild der Akteure auf nationaler Ebene auf. Dies führt dazu, dass sich subnationale Wahlkämpfe verstärkt mit Fragestellungen der nationalen Ebene beschäftigen (Chandler 1987: 158ff.). Insgesamt hat eine funktionale Kompetenzverteilung somit eine eher integrierende Wirkung auf die Parteien der verschiedenen Ebenen, wohingegen eine duale Kompetenzverteilung entgegengesetzt wirkt (Chandler 1987: 160, Scharpf 1995).

In der Regel haben alle Gliedstaaten in einem föderalen Staat die gleichen Kompetenzen. Allerdings gibt es in einigen Staaten auch Gliedstaaten mit besonderen Kompetenzen. Man

⁸ Zu unterschiedlichen Politikgehalten in den Gliedstaaten vgl. Kapitel 2.2.4 zur Politikfeldforschung.

spricht in diesem Fall von einem asymmetrischem Föderalismus (Keating 1998b: 196f., Agranoff 1999). Im Gegensatz zu den Provinzen Kanadas unterstehen die kanadischen Territorien beispielsweise als besondere regionale Einheiten direkt der Zentralregierung; Quebec hingegen verfügt über besondere Kompetenzen im Bereich des Privatrechts (Brede und Schultze 2008: 325). Typisches Beispiel für asymmetrische Kompetenzverteilung⁹ in Europa ist das stark dezentralisierte Spanien. Aber auch im Vereinigten Königreich ist die Macht zwischen den Regionen ungleich verteilt. So verfügt zum Beispiel Schottland über besondere Rechte in Bezug auf die EU-Politik des Vereinigten Königreiches (Keating 1999). Diese besonderen Kompetenzen werden in der Regel allerdings nicht verfassungsrechtlich verankert, sondern zwischen den Gliedstaaten und der Zentralregierung ausgehandelt (Anderson 2008: 40f.). Dennoch hat diese asymmetrische Kompetenzverteilung Auswirkungen auf das Politikangebot in den Regionen. In Gliedstaaten mit besonderen Kompetenzen ist es wahrscheinlicher, dass regionale Themen die Politik bestimmen, sich beispielsweise rein regionale Parteien bilden oder politische Programme sich von den Programmen der Schwesterparteien in anderen Gliedstaaten und auf der nationalen Ebene unterscheiden (Pogorelis, et al. 2005).

Aufgrund der Verflechtung von Kompetenzen und Zuständigkeiten ist in föderalen Mehrebenensystemen somit häufig Kooperation und Koordination zwischen den Ebenen erforderlich (Chandler 1987: 157). Die Ausgestaltung der Verfahren von Kooperation und Koordination sowie die Autonomie einzelner Ebenen unterscheiden sich dabei beträchtlich zwischen verschiedenen föderalen Staaten und, unter anderem in Abhängigkeit von der Ausgestaltung der Kompetenzverteilung, auch zwischen verschiedenen Politikfeldern (Simeon 1972: 146, Thorlakson 2000: 136).

Zwar existieren in allen Föderationen Verflechtungen zwischen den Ebenen, wie stark diese ausgeprägt sind hängt jedoch nicht nur davon ab, wie viele konkurrierende und gemeinsame Zuständigkeiten zwischen den Ebenen bestehen, sondern auch davon, wie stark die regionale Ebene von Finanzausweisungen der nationalen Ebene abhängig ist. Die Ausgabenkompetenz der Zentralregierung in Bereichen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches kann unterschiedlich geregelt sein. Sind der nationalen Regierung zweckgebundene Zahlungen an die Gliedstaaten erlaubt, erhält die nationale Ebene damit die Möglichkeit Politikinhalte außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu beeinflussen (Gibbins 1987: 23f.). Für die

⁹ Bei den aufgeführten Staaten handelt es sich nicht um föderalistische, aber dezentralisierte Staaten.

Unabhängigkeit der Gliedstaaten und der gliedstaatlichen Akteure von der nationalen Ebene sind eigene fiskalische Kompetenzen und somit das Recht Steuern zu erheben bzw. Steuersätze festzulegen und folglich über eigene Einnahmen zu verfügen und über die Ausgabe dieser Einnahmen bestimmen zu können daher von besonderer Bedeutung (Agranoff 2004: 42ff., Thorlakson 2007: 74).

Zweite Kammern

Wie bereits beschrieben findet Politik in föderalen Systemen nicht strikt getrennt auf den einzelnen Ebenen statt, sondern erfordert sowohl horizontale als auch vertikale Koordination zwischen den politischen Akteuren der verschiedenen Ebenen. In den USA entstand in diesem Zusammenhang der Begriff der „intergouvernemental relations“ (Wright 1988), der die ebenenübergreifende Zusammenarbeit insbesondere zwischen Regierungen, aber auch Parlamenten, beschreibt. Bezüglich des deutschen Föderalismus wurde der Begriff der Politikverflechtung geprägt, der ebenfalls das Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen erfasst (Scharpf, et al. 1976). Eine besondere Einrichtung der vertikalen Kooperation in föderalen Staaten sind Zweite Kammern, die es den Gliedstaaten ermöglichen die Gesetzgebung auf der nationalen Ebene zu beeinflussen und die daher zur Folge haben, dass sich subnationale Parteien auch mit Themen der nationalen Ebene beschäftigen (Smiley und Watts 1985: 2f., Watts 2010: 33f.). Dabei ist die Existenz einer Zweiten Kammer kein Alleinstellungsmerkmal föderaler Staaten, da auch Einheitsstaaten wie beispielsweise Frankreich oder das Vereinigte Königreich über Zweite Kammern verfügen (Burgess 2006: 204).¹⁰ Da in Zweiten Kammern in föderalen Staaten in der Regel verschiedene Parteigliederungen einer Partei aufeinandertreffen und diese gleichzeitig Einfluss auf die Politik auf nationaler Ebene hat, das Handeln der subnationalen Parteien in der Zweiten Kammer also auch mit den Positionen der nationalen Partei verglichen wird, spricht die Existenz Zweiter Kammern grundsätzlich für die Notwendigkeit innerparteilicher Abstimmung der Politikpositionen, die von verschiedenen Einheiten einer Partei vertreten werden. Wie stark diese innerparteiliche Abstimmung ausgeprägt ist, hängt unter anderem von den Zuständigkeiten und der Zusammensetzung einer Zweiten Kammer ab.

¹⁰ Neben der Vertretung der Gliedstaaten können Zweite Kammern, insbesondere in Einheitsstaaten, auch dazu dienen Gruppen- und Minderheitsinteressen in den Gesamtstaat zu integrieren oder andere Verfassungsorgane zu kontrollieren (Haas 2010).

Zwar verfügen nahezu alle föderalen Demokratien über eine Zweite Kammer (Leunig 2009: 15, Swenden 2010: 104), Kompetenzen und Zusammensetzung der Zweiten Kammern variieren allerdings stark zwischen den verschiedenen Systemen (Smiley und Watts 1985: 39, Watts 2010: 35). Aufgabe der Zweiten Kammer in föderalen Systemen ist es, die Interessen der Gliedstaaten auf nationaler Ebene zu vertreten, tatsächlich überwiegen teilweise jedoch die Parteiinteressen gegenüber den Landesinteressen (Sturm und Zimmermann-Steinhart 2005: 49f.). Inwieweit die vorhandenen Einflussmöglichkeiten einer Zweiten Kammer im Föderalismus tatsächlich zur Repräsentation subnationaler Interessen genutzt werden, hängt von der Ausgestaltung der Kompetenzen der Zweiten Kammer und dem Verständnis der Mitglieder als Vertreter subnationaler Interessen ab (Lijphart 1984, Swenden 2010: 105ff.).

Die Ausgestaltung der Kompetenzen Zweiter Kammern in föderalen Staaten wird zum einen durch die Stärke der jeweiligen Kompetenz (bspw. absolutes oder nur aufschiebendes Veto) und zum anderen durch die inhaltlichen Bereiche, auf die sich die Kompetenzen erstrecken, bestimmt (Sturm und Zimmermann-Steinhart 2005: 50ff.). Für die Repräsentation regionaler Interessen sind weitreichende Kompetenzen insbesondere bei Fragen mit großer Bedeutung für die subnationale Ebene ausschlaggebend. Neben den Kompetenzen ist auch das Selbstverständnis der Mitglieder einer Zweiten Kammer als Repräsentanten der subnationalen Ebene und nicht etwa ihrer Partei bedeutsam. Die Mitglieder können Repräsentanten der Regierung, des Parlaments oder der Bevölkerung der Regionen sein und sich somit auch in ihrer Rolle, beispielsweise ob sie über ein freies Mandat verfügen oder weisungsgebunden sind, unterscheiden (Sharman 1987: 84). Sie können direkt oder indirekt gewählt oder auch ernannt werden, es können pro Gliedstaat gleich viele Mitglieder in der Zweiten Kammer vertreten sein oder die Zahl der Mitglieder eines Gliedstaates in der Zweiten Kammer richtet sich mehr oder weniger proportional nach dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Gliedstaates (Smiley und Watts 1985: 58).

All diese Faktoren können beeinflussen, in welchem Verhältnis Parteiinteressen und subnationale Interessen innerhalb einer Zweiten Kammern stehen. Zum einen sind überwiegende Parteiinteressen wahrscheinlicher, wenn die Mitglieder der Zweiten Kammer nicht direkt von der regionalen Bevölkerung gewählt werden (Watts 2010: 38) beziehungsweise die Mitglieder insbesondere aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit Mitglieder der Zweiten Kammer sind (Swenden 2010: 114ff.). Zum anderen ist entscheidend, ob in beiden Kammern die gleichen Parteien vertreten sind und somit je nach Mehrheitsverhältnissen Parteipolitik für oder gegen die nationale Regierung gemacht werden

kann oder ob auch regionale Parteien vertreten sind (Swenden 2010: 115). Sind in der Zweiten Kammer überwiegend die gleichen Parteien vertreten wie in der Ersten Kammer und sind Parteiinteressen bei Entscheidungen in der Zweiten Kammer von zentraler Bedeutung, wird in der Literatur grundsätzlich davon ausgegangen, dass dies zu einer engen Bindung zwischen der nationalen Partei und ihren subnationalen Gliederungen sowie zu einer mächtigen nationalen Ebene innerhalb der Parteien führt (Chandler 1987, Scharpf 1995).

Sonstige Kooperationsformen

Neben der beschriebenen vertikalen Kooperation zwischen Nationalstaat und Gliedstaaten durch Zweite Kammern gibt es weitere Möglichkeiten der Kooperation und Koordination zwischen der nationalen und subnationalen Ebene sowie zwischen den verschiedenen subnationalen Staaten, die sich ebenso auf die Ähnlichkeit der Parteiprogrammatik zwischen den Ebenen einer Partei auswirken können.

Form und Ausmaß dieser Zusammenarbeit sind in den verschiedenen föderalen Systemen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Zunächst können die verschiedenen Kooperationsformen anhand der beteiligten Akteure unterschieden werden. Der Begriff vertikale Kooperation beschreibt Kooperation zwischen Akteuren verschiedener Ebenen. Dementsprechend bezeichnet horizontale Kooperation die Zusammenarbeit zwischen den Einheiten einer Ebene ohne die Einbeziehung einer anderen Ebene. Horizontale Kooperationsformen innerhalb eines Nationalstaates werden in der Literatur, im Gegensatz zur horizontalen Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten der EU, bisher nur selten berücksichtigt (Bochsler 2009: 349, Bolleyer und Börzel 2010: 159). Sowohl vertikale als auch horizontale Kooperation kann darüber hinaus auch danach unterschieden werden, ob es sich um bilaterale oder multilaterale Kooperation handelt, wobei im Falle einer multilateralen Kooperation wiederum danach unterschieden werden kann, ob alle Länder beteiligt sind oder nicht. Die Ausgestaltung solcher Kooperationsformen beeinflusst die Auswirkungen dieser Kooperation auf die politische Positionierung von Parteigliederungen.

Typische Kooperationsformen in föderalen Systemen sind Treffen zwischen Fachministern und Regierungschefs der Gliedstaaten, teilweise auch unter Einbeziehung der nationalen Ebene (Swenden 2010: 119f.). Die Zusammenarbeit zwischen den Exekutiven der Gliedstaaten kann zu einer Vereinheitlichung der Politik führen und wird aus demokratietheoretischer Sicht eher kritisch betrachtet, da die Gefahr der zunehmenden

Bedeutungslosigkeit der Parlamente besteht (Poirier 2001: 137). Jedoch gibt es große Unterschiede dahingehend, inwieweit diese Treffen tatsächlich zu einer horizontalen Kooperation beziehungsweise Koordination zwischen den Gliedstaaten führen (Leunig 2010b: 191f.). Kooperation kann von einfacher Politiknachahmung durch andere Einheiten über informelle Vereinbarungen bis hin zu bindenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen reichen (Bowman 2004: 537f., Bolleyer und Börzel 2010). Bei der Betrachtung der Bedeutung dieser Vereinbarungen ist zu berücksichtigen, ob sie nur einstimmig oder auch gegen den Willen einer Minderheit geschlossen werden können und ob sie der Zustimmungspflicht durch die betroffenen Parlamente unterliegen (Bowman 2004: 537, Bolleyer und Börzel 2010: 181f.). Neben der Abstimmung der Politik, die innerhalb der Gliedstaaten umgesetzt wird, können Treffen von Regierungsmitgliedern der Gliedstaaten auch der gemeinsamen Positionsbestimmung gegenüber der nationalen Ebene und somit der Unabhängigkeit der subnationalen Parteien dienen (Abromeit 1992: 30f., Broschek 2004).

Obwohl Kooperation in föderalen Staaten in der Literatur in erster Linie als Aufgabe der Regierungen und Verwaltungen angesehen wird, rücken in letzter Zeit auch Kooperationen zwischen den Parlamenten in den wissenschaftlichen Fokus (Kropp 2010: 193). Der Hauptgrund für Zusammenarbeit zwischen Parlamenten ist jedoch nicht Abstimmung oder Informationsaustausch bezüglich verschiedener Politikinhalte, sondern die Koordination gemeinsamer institutioneller Interessen (Kropp 2010: 194f.). Dies kann sich sowohl auf horizontale als auch auf vertikale Kooperationen beziehen (Kropp 2010: 194f.). Mit Blick auf die Parteiprogrammatik kann jede Form der Kooperation zwischen politischen Akteuren, die in der Regel Mitglieder einer Partei sind, bewirken, dass sich die Parteiprogrammatik der beteiligten Akteure aneinander angleicht, sodass Ziele gemeinsam verfolgt werden können.

In der Literatur zu föderalen Staaten lassen sich anhand der Kompetenzaufteilung und Kooperation zwei Idealtypen des Föderalismus unterscheiden. Zum einen der Wettbewerbsföderalismus, der die Gewaltenteilung zwischen den Ebenen betont und daher auf eine möglichst große Autonomie der Gliedstaaten gegenüber der nationalen Ebene setzt. Diese Autonomie wird durch eine duale Kompetenzverteilung und eine direkt gewählte Zweite Kammer nach dem Senatsprinzip umgesetzt, es dominieren bilaterale Verhandlungen und politische Alleingänge der einzelnen Einheiten (Börzel 2001: 372f.). Zum anderen der Konkordanzföderalismus, der auf eine Verschränkung der Zuständigkeiten zwischen den Ebenen, Konsens als Entscheidungsprinzip und eine Angleichung der Lebensbedingungen in den Gliedstaaten setzt. Die Gliedstaaten werden an der nationalen Gesetzgebung durch eine

Zweite Kammer, die dem Bundesratsprinzip entspricht, weitgehend beteiligt und in der zwischenstaatlichen Kooperation überwiegen multilaterale Vereinbarungen (Börzel 2001: 373). Mit Blick auf die Parteiprogrammatik der einzelnen Parteigliederungen bedeutet dies, dass die programmatischen Unterschiede zwischen nationaler und subnationaler Ebene im Wettbewerbsföderalismus deutlich stärker ausgeprägt sein sollten als im Konkordanzföderalismus.

2.1.2. Territoriale (A)Symmetrie des Parteienwettbewerbs

Mit Ausnahme der Zweiten Kammern sind die legislativen und exekutiven Institutionen auf den verschiedenen Ebenen eines Föderalstaates in der Regel ähnlich ausgestaltet, die Wahl- und Parteiensysteme hingegen unterscheiden sich häufig stark (Anderson 2008: 55f.). Während im vorigen Kapitel auf die institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten föderaler Systeme und ihren Einfluss auf die Beziehungen zwischen der nationalen und subnationalen Ebene eingegangen wurde, um sich ein Bild von den Rahmenbedingungen, unter denen Parteien in föderalen Staaten agieren, zu machen, geht es in diesem und dem folgenden Kapitel stärker um die Rolle von Parteien in föderalen Staaten. Diese beeinflusst wiederum, in welchem Maße die Parteien sich bei der Ausgestaltung ihrer Programmatik abstimmen oder auch bewusst unabhängig sein wollen. Die Literatur unterscheidet zwei Dimensionen zur Bestimmung der föderalen Rolle von Parteien. Zum einen untersucht sie den Grad der Symmetrie des Parteienwettbewerbs zwischen den Ebenen und Regionen eines föderalen Systems. Zum anderen beschäftigt sie sich mit der Ausgestaltung der innerparteilichen Interaktion (vgl. Kapitel 2.1.3). Ist die territoriale Symmetrie zwischen den Ebenen hoch, wird davon ausgegangen, dass die Parteiprogrammatik sich zwischen den Ebenen weniger stark unterscheidet als im Falle einer geringen territorialen Symmetrie, da bei hoher territorialer Symmetrie die Rahmenbedingungen, unter denen Parteien ihre Programme entwickeln, ähnlicher sind. Zu den bedeutendsten Indikatoren der territorialen Symmetrie des Parteienwettbewerbs zählen das Wahlverhalten, das Parteiensystem und die Regierungsbildung (Detterbeck 2010: 203). Mit diesen Indikatoren beschäftigen sich daher die folgenden Abschnitte.

Wahlen

In föderalen Staaten werden sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene Wahlen abgehalten. Dadurch ist die Zahl der Arenen des elektoralen Parteienwettbewerbs gegenüber

Einheitsstaaten deutlich erhöht. Diese Arenen können sich im Wahlrecht oder Wahlsystem unterscheiden, es können sich unterschiedliche Parteiensysteme bilden und folglich unterschiedliche Parteien zur Wahl stehen, ebenso können auch die Wähler für verschiedene Ebenen verschiedene Parteipräferenzen oder Parteiidentifikationen entwickeln (Jennings und Niemi 1966, Cotter und Stovall 1992, Stewart und Clarke 1998, Deschouwer 2003: 222, Detterbeck 2010: 203). In der Literatur zu regionalen Wahlen wird jedoch meist nicht zwischen nationalen und subnationalen Wahlen unterschieden, sondern alle Wahlen werden aus nationalstaatlicher Perspektive betrachtet. Einige Zeitschriften, wie *die Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *German Politics* und *Regional and Federal Studies*, veröffentlichen allerdings regelmäßig Analysen subnationaler Wahlen (Jeffery und Hough 2003, Pallarés und Keating 2003). Insgesamt hat das Interesse an den Beziehungen zwischen regionalen und nationalen Wahlen in den letzten Jahren erheblich zugenommen (Jeffery 2010: 139). Fraglich ist dabei zunächst, ob Wahlen und Wahlentscheidungen auf regionaler und nationaler Ebene, insbesondere wenn die gleichen Parteien antreten, unabhängig voneinander sind.

Um die Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen auf regionaler und nationaler Ebene messbar zu machen, wird in der Literatur der „index of dissimilarity“ vorgeschlagen (Johnston 1980, Abedi und Siaroff 1999). Dieser wird durch den Vergleich der Wahlergebnisse in einer Region bei der letzten regionalen und der letzten nationalen Wahl gebildet und gibt somit den Anteil der Stimmen an, die anders abgegeben werden müssten, um auf beiden Ebenen das gleiche Wahlergebnis für alle Parteien zu erhalten (Jeffery und Hough 2003: 209). Finden nationale und regionale Wahlen allerdings nicht zum gleichen Zeitpunkt statt, können die gefundenen Unterschiede auch lediglich Ausdruck der normalen Volatilität von Wahlentscheidungen sein, müssen also nicht zwangsläufig auf Unterschiede zwischen den Ebenen hindeuten.¹¹

Geht man davon aus, dass zwischen Wahlen auf der nationalen und der subnationalen Ebene eine Beziehung besteht, kann diese aus zwei unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Zunächst kann ein Top-Down-Ansatz gewählt werden, der sich hauptsächlich mit dem Einfluss nationaler Faktoren auf regionale Wahlen beschäftigt. Alternativ kann aber auch, im Rahmen eines Bottom-Up-Ansatzes, untersucht werden, inwieweit regionale Politik Wahlen auf nationaler Ebene beeinflusst (Jeffery und Hough 2003). Daneben ist

¹¹ Parteien können aufgrund der demographischen Unterschiede in der Bevölkerung in verschiedenen Regionen unterschiedlich stark sein, deshalb bietet es sich an unabhängig vom Stimmanteil einer Partei in verschiedenen Regionen, zu überprüfen, ob sich der Stimmanteil in den Regionen in die gleiche Richtung und in gleichem Maße wie auf nationaler Ebene entwickelt (Thorlakson 2007: 77f.)

selbstverständlich auch eine Kombination beider Ansätze denkbar (Deschouwer 2003). Der Top-Down-Perspektive folgend wird in der Literatur häufig davon ausgegangen, dass subnationale Wahlen nationalen Wahlzyklen folgen (Van der Eijk 1987, Alesina und Rosenthal 1989, Born 1990), nur „second order Wahlen“ sind (Reif und Schmitt 1980), die Stimmung gegenüber der nationalen Regierung abbilden (Anderson und Ward 1996), ausbalancierend (Erikson und Filippov 2001) oder koordinierend (Mebane und Sekhorn 2002) wirken.

Die Idee der „second order Wahlen“ stammt aus einer Untersuchung der Europäischen Parlamentswahlen von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt (1980), in der sie die Wahlen zum Europäischen Parlament als den nationalen Wahlen untergeordnete Wahlen betrachten.¹² Nach Reif und Schmitt (1980) sind allerdings nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament den nationalen Wahlen untergeordnet, sondern beispielweise auch regionale Wahlen. Das hat in der Betrachtungsweise der Autoren zur Folge, dass die Wahlergebnisse dieser nachgeordneten Wahlen als Ergebnis der politischen Situation auf der nationalen, der ersten Ebene, betrachtet werden (Van der Eijk, et al. 1996). Die Hauptannahmen von Reif und Schmitt (1980) basieren zum einen darauf, dass bei „second order Wahlen“ weniger auf dem Spiel steht, und zum anderen, dass Ergebnisse von „second order Wahlen“ eine Beurteilung der Leistung der Regierung der Hauptebene darstellen. Daher wird auch angenommen, dass die Wahlbeteiligung bei „second order Wahlen“ geringer ist, die Wähler andererseits aber auch eher bereit sind neue oder kleine Parteien zu wählen, also zu experimentieren. Während Wähler bei „second order Wahlen“ häufig die amtierenden Regierungsparteien auf der Hauptebene abstrafen, haben sie die Möglichkeit bei der nächsten nationalen Wahl, der in ihren Augen also bedeutenderen Wahl, wieder ihre tatsächlich präferierte Partei zu wählen. Hinweise für eine nennenswerte regionale Mobilisierung der Wähler bei nationalen Wahlen konnten hingegen nicht gefunden werden (Rokkan und Urwin 1983: 165, Caramani 2004: 291). Das trifft jedoch ausdrücklich nicht auf Wahlen zu regionalen Parlamenten zu, die durchaus von den nationalen Mustern abweichen und daher auch Einfluss auf die nationale Ebene der Politik haben können. In Deutschland geschieht dies beispielweise dadurch, dass sich die Mehrheiten im Bundesrat aufgrund von Landtagswahlen verändern können (Jeffery und Hough 2001, Kern und Hainmueller 2006).

¹² Zur Unterscheidung nach dem Grad der Nachrangigkeit einer Wahl vgl. (Heath und McLean 1999).

Eine bekannte Untersuchung von regionalen Wahlen im nationalen Kontext in Deutschland stammt von Dinkel (1977). Er untersuchte darin, in Anlehnung an amerikanische Forschungsergebnisse (Erikson 1988), die Hypothese, dass Parteien, die an der nationalen Regierung beteiligt sind, bei regionalen Wahlen an Unterstützung verlieren. Dabei geht er zunächst davon aus, dass die Stimmentwicklung bei Landtagswahlen der Stimmentwicklung bei Bundestagswahlen im jeweiligen Bundesland entspricht, sich das Landesergebnis einer Partei also aus den Landesergebnissen dieser Partei bei den Bundestagswahlen vor und nach der betrachteten Landtagswahl ergibt (Dinkel 1977: 349). Dinkel (1977: 349) kann so zeigen, dass das Landtagswahlergebnis einer an der Bundesregierung beteiligten Partei in der Regel unterhalb dieses erwarteten Wahlergebnisses liegt. Dies kann als „Bestrafung“ der an der Bundesregierung beteiligten Parteien gedeutet werden. Zugleich wird hier aber auch schon der große Nachteil der Betrachtungsweise von Dinkel (1977), nämlich ihr retrospektiver Charakter, deutlich. Andererseits ist es das einzige Modell, das sich systematisch mit dem Zusammenhang von Wahlergebnissen auf verschiedenen Ebenen beschäftigt hat (Jeffery und Hough 2003: 201).

Darüber hinaus untersucht Dinkel (1977: 351), ob sich mit dem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl Veränderungen im Stimmverlust der an der Bundesregierung beteiligten Parteien bei Landtagswahlen ergeben (Jeffery und Hough 2001, Hough und Jeffery 2003b, 2003a, Kern und Hainmueller 2006). Die an der Bundesregierung beteiligten Parteien erzielen bei Landtagswahlen demzufolge umso schlechtere Ergebnisse, je größer der Abstand zur vorherigen oder nächsten Bundestagswahl ist; das bedeutet, dass die Verluste dieser Parteien im direkten zeitlichen Umfeld einer Bundestagswahl am niedrigsten sind (Dinkel 1977: 351).¹³ Kleine Parteien hingegen erzielen in der Mitte eines Bundestagswahlzyklus die besten Wahlergebnisse. Das deutet auf eine höhere Experimentierfreudigkeit der Wähler, wie sie auch in den Überlegungen zu „second order Wahlen“ vermutet wird, hin. Allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen grundsätzlich niedriger ist als bei Bundestagswahlen und der Zuwachs im Stimmenanteil kleiner Parteien somit nicht zwangsläufig mit einer Zunahme ihrer Wähler einhergehen muss (Jeffery und Hough 2003: 202).

Jeffery und Hough untersuchen diese Hypothese auch am Beispiel Spaniens und kommen insgesamt zu zwei vorläufigen Schlussfolgerungen. Zum einen stellen sie fest, dass das

¹³ Für eine aktuelle Analyse dieses Zusammenhangs, die jedoch die Popularität der Bundesregierung und nicht den Abstand zur Bundestagswahl als Ausgangspunkt nimmt, vgl. (Burkhart 2005).

Fehlen einer regionalen Debatte bzw. einer territorialen Spaltung dazu führt, dass regionale Wahlen eher dem nationalen Wahlzyklus folgen und die Wahlergebnisse zwischen den Ebenen ähnlicher sind. Zum anderen stellen sie aber auch fest, dass zunehmende territoriale Heterogenität diese Beziehung aufbrechen kann und so zu einer größeren Autonomie der regionalen Wahlen von nationalen Wahlen führen kann und es folglich auch zwischen den Regionen Unterschiede in der Beziehung zur nationalen Ebene geben kann (Jeffery 2010: 141). Wichtig ist dabei unter anderem, ob die politische Debatte auf den verschiedenen Ebenen von den gleichen Parteien geführt wird und ähnlichen Mustern folgt, dies ist insbesondere dann der Fall, wenn regionale und nationale Wahlen oder viele regionale Wahlen gleichzeitig stattfinden (Deschouwer 2003: 223). Die Stichworte territoriale Heterogenität und regionale Debatte sind auch Hinweise auf mögliche Zusammenhänge beziehungsweise Unterschiede der politischen Programmatik der Parteien in den verschiedenen Wahlarenen.

Parteien und Parteiensystem

Unter dem Begriff Parteiensystem werden die einzelnen politischen Parteien, die gemeinsam das Parteiensystem bilden, ihre Eigenschaften und die Beziehungen zwischen ihnen verstanden. Unterschiedliche Parteiensysteme auf unterschiedlichen Ebenen eines Nationalstaates oder in verschiedenen Regionen können Folge unterschiedlicher Wahlsysteme sein oder auf dem speziellen Charakter regionaler Wahlen beispielsweise als „second order Wahlen“ basieren (Deschouwer 2003). Sie können aber auch aus verschiedenen Konfliktlinien beziehungsweise unterschiedlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in verschiedenen Regionen resultieren (Deschouwer 2003: 222). Es gibt eine Vielzahl an Eigenschaften, die zur Charakterisierung eines Parteiensystems und damit für den Vergleich verschiedener Parteiensystemen herangezogen werden können. Die bedeutendsten Eigenschaften eines Parteiensystems sind Format, Asymmetrie und Polarisierung sowie Anzahl und Art der Konfliktlinien (Niedermayer 2003: 263ff.). Diese Eigenschaften sind gleichzeitig ausschlaggebend für die Form des Parteienwettbewerbs im jeweiligen System und beeinflussen daher auch die programmatische Positionierung der Parteien und sind dadurch im Rahmen dieser Arbeit von besonderer Relevanz.

Das Format eines Parteiensystems beschreibt die Anzahl und die Art der relevanten Parteien eines Systems (Niedermayer 2003: 264). Neben dem bloßen Abzählen der vorhandenen Parteien hat sich in der Politikwissenschaft die Verwendung der effektiven Parteienzahl als

Maß zur Bestimmung der Fragmentierung eines Parteiensystems durchgesetzt. Dadurch werden auch die Größenrelationen zwischen den Parteien berücksichtigt. Zur Berechnung der effektiven Parteienzahl wird nach Laakso und Taagepera (1979) 1 durch die Summe der quadrierten Stimm- oder Sitzanteile aller Parteien dividiert.¹⁴ Die Asymmetrie eines Parteiensystems beschreibt hingegen das Größenverhältnis zwischen den beiden größten Parteien, diese konkurrieren im Allgemeinen um die Regierungsmehrheit beziehungsweise um die Führungsposition in einer Koalitionsregierung.¹⁵ Diese strukturellen Merkmale eines Parteiensystems geben auch Hinweise auf die politische Positionierung der Parteien, so wird davon ausgegangen, dass sich die Parteien in einem Zweiparteiensystem zur Position des Medians bewegen (Downs 1957). In Mehrparteiensystemen sind hingegen zumeist Regierungskoalitionen erforderlich und der Parteienwettbewerb ist häufig mehrdimensional, da die Parteien nicht zum Median auf einer Dimension konvergieren.

Neben diesen strukturellen Parteienseigenschaftensystemen werden bei der Untersuchung eines Parteiensystems jedoch auch inhaltliche Eigenschaften berücksichtigt (Niedermayer 2003: 264ff.). Die bedeutendste dieser Eigenschaften ist die Polarisierung eines Parteiensystems. Polarisierung beschreibt entweder die ideologische Distanz zwischen den beiden Polparteien eines Parteiensystems oder die mittlere Distanz aller Parteien. In engem Zusammenhang zur Polarisierung steht die Untersuchung der bestimmenden Konfliktlinien des Parteienwettbewerbs. Hierbei muss zwischen Anzahl, Art und Intensität der Konfliktlinien unterschieden werden (Niedermayer 2003: 265ff.). Eine weitere inhaltliche Parteienseigenschaft, die insbesondere in Systemen mit Koalitionsregierungen von Bedeutung ist, ist die Segmentierung, das bedeutet inwieweit sich die Parteien gegeneinander abschotten oder zu Kooperation in Form von Koalitionen bereit sind.

Neben diesen allgemeinen Indikatoren, die auch zum Vergleich zwischen den Ebenen oder zwischen Regionen in Föderalstaaten herangezogen werden können, können Parteien in föderal aufgebauten Systemen zum einen auch danach unterschieden werden, ob sie nur auf der regionalen, nur auf der nationalen oder auf beiden Ebenen zu Wahlen antreten (Smiley 1987, Dyck 1991). Zum anderen können Parteien danach unterschieden werden, ob sie nur in einer, in mehreren oder allen Regionen antreten (Deschouwer 2006: 292). Zu den

¹⁴ Die Verwendung der Stimmanteile hat den Vorteil, dass mögliche Verzerrungen, die durch die auf dem jeweiligen Wahlsystem basierende Umwandlung von Stimmen in Sitzen entstehen, das Ergebnis nicht beeinflussen.

¹⁵ Weitere Parteien werden hier jedoch nicht berücksichtigt. Andere Maße, beispielsweise das Entropiemaß, berücksichtigen hingegen die Sitz- oder Wähleranteile aller relevanten Parteien (Theil 1969, Engel 1984).

bekanntesten Regionalparteien gehören dabei regionalistische Parteien, die die Identität einer territorial definierten Gruppe, wie beispielsweise die der Basken in Spanien, schützen und mobilisieren möchten (Pallarés, et al. 1997, Jeffery 2010: 142). Ihr Hauptziel ist es Selbstverwaltungsrechte zu etablieren, zu stärken oder sogar sich ganz vom Föderalstaat abzuspalten (De Winter und Türsan 1998: 241). Neben diesen Parteien gibt es aber auch regionale Parteien, die zwar ebenfalls nur in einem oder wenigen Gliedstaaten zu Wahlen antreten, aber nicht für eine charakteristische regionale Identität stehen, sondern sich aufgrund der institutionellen Gegebenheiten in föderalen oder stark dezentralisierten Staaten gebildet haben und sich an die Bedürfnisse der jeweiligen Region anpassen (Pallarés, et al. 1997: 168). Gibt es in einzelnen Regionen eines Bundesstaates relevante rein regionale Parteien, unterscheidet sich der Parteienwettbewerb in diesen Regionen signifikant vom Wettbewerb in Regionen ohne regionale Parteien sowie vom nationalen Parteienwettbewerb (Jeffery 2010: 145). Dies hat in der Regel auch Auswirkungen auf die politische Positionierung der Parteien in diesen Regionen.

Regierungstypen und Regierungsbildung

Außer an Wahlen und dem Parteiensystem kann territoriale (A)Symmetrie auch anhand der Regierungstypen sowie der Regierungs- bzw. Koalitionsmuster untersucht werden. Bezüglich des Regierungstyps können beispielsweise Mehrheits- von Minderheitsregierungen, Einparteienregierung von Koalitionsregierungen oder verschiedene Typen von Koalitionsregierungen (minimale Gewinnkoalitionen, übergroße Koalitionen etc.) unterschieden werden. Ein Vergleich der Kongruenz der Regierungs- bzw. Koalitionsbildung zwischen den Ebenen und zwischen den Regionen ist insbesondere in Mehrparteiensystemen interessant, in denen keine Partei alleine über eine Mehrheit verfügt, da die Regierungsbildung ansonsten im Allgemeinen durch das Wahlergebnis bereits determiniert ist und den Parteien kaum Entscheidungsfreiheit lässt.

In Mehrparteiensystemen erreicht eine Partei hingegen selten die absolute Mehrheit, sodass eine Regierung entweder nur über eine Minderheit der Stimmen im Parlament verfügt und sich für jede Abstimmung eine Mehrheit suchen muss oder sich eine feste Regierungskoalition aus verschiedenen Parteien bildet.¹⁶ Im Falle einer Regierungskoalition

¹⁶ Neben exekutiven Koalitionen (Regierungskoalitionen) gibt es auch legislative Koalitionen. Wenn im Folgenden nur von Koalitionen gesprochen wird, sind aber immer Regierungskoalitionen gemeint.

müssen sich die Koalitionsparteien auf eine Verteilung der von der Regierung zu besetzenden Ämter und auf die umzusetzenden Politikinhalte einigen.

Politikwissenschaftliche Arbeiten zur Koalitionsbildung beschäftigen sich meist mit der Koalitionsbildung auf nationaler Ebene und berücksichtigen eine eventuell vorhandene zweite Ebene nicht (Ştefuriuc 2009c: 2). Die Forschung zur Koalitionsbildung befindet sich allerdings seit einigen Jahren in einem Kreislauf, da nur eine begrenzte Zahl an Fällen zur Verfügung steht, aus denen neue Koalitionstheorien entwickelt werden können, die aber gleichzeitig auch zum Test dieser neu entwickelten Koalitionstheorien herangezogen werden (Laver 1989: 16f., Bäck 2003: 16). Aus diesem Grund und auch aufgrund des insgesamt zunehmenden Interesses an der subnationalen Ebene wurden in den letzten Jahren vermehrt Koalitionstheorien auf Koalitionsbildungen auf der subnationalen Ebene angewandt (Downs 1998, Pappi, et al. 2005, Debus 2008a, Pappi und Seher 2014). Koalitionsbildungen auf subnationaler Ebene sind jedoch deutlich komplexer als auf nationaler Ebene, da neben den office- und policy-Orientierungen der Parteien auch die Besonderheiten eines Mehrebenensystems berücksichtigt werden müssen. So ist beispielsweise die Kongruenz mit der Regierungskoalition auf nationaler Ebene zu berücksichtigen (Downs 1998, Buelens und Deschouwer 2007, Ştefuriuc 2009a).¹⁷

In föderalen Systemen wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass sich die Koalitionsbildung auf subnationaler Ebene an der Koalitionssituation auf der nationalen Ebene orientiert, indem, wenn möglich, Koalitionen gebildet werden, deren Parteizusammensetzung der Parteizusammensetzung der Koalition auf nationaler Ebene entspricht (Roberts 1989, Swenden 2002, Pappi, et al. 2005, Bräuninger und Debus 2012). Dabei können verschiedene Ausprägungen der Kongruenz bzw. Inkongruenz zwischen Koalitionen unterschieden werden (Deschouwer 2009: 15f.). Alternativ zur Parteienzusammensetzung der Koalitionen kann die Kongruenz von Koalitionen allerdings auch über die programmatischen Positionen der einzelnen Koalitionsregierungen gemessen werden (Bolleyer und Bytzek 2009).

Folgt man Däubler und Debus (2009: 78) beeinflusst auch die Nähe zur nächsten Wahl auf nationaler Ebene die Koalitionsbildung auf regionaler Ebene, da sich die nationalen Parteien

¹⁷ Dies ist grundsätzlich zwar auch bei der Koalitionsbildung auf nationaler Ebene in föderalen Systemen der Fall (vgl. Koalitionsbildung in Belgien), jedoch werden Mehrebenenfaktoren in der Literatur insbesondere im Zusammenhang mit Koalitionsbildung auf der subnationalen Ebene thematisiert.

im Wahlkampf häufig auf einen präferierten Koalitionspartner festlegen und daher zu verhindern versuchen, dass sich auf regionaler Ebene eine Koalition bildet, die diesem Beschluss widerspricht. Hängt von den subnationalen Regierungen zudem die Mehrheit in der Zweiten Kammer ab und hat diese ein Veto in der Gesetzgebung, wie es in Deutschland häufig der Fall ist, ist es für den Erfolg der Gesetzentwürfe der nationalen Regierung besonders wichtig, dass sich auf Landesebene kongruente Koalitionen bilden (König, et al. 2003, Hough und Jeffery 2006b: 119). Die Bildung von kongruenten Koalitionen ist wiederum dann wahrscheinlicher, wenn die Parteien auf nationaler und subnationaler Ebene ähnliche Interessen vertreten. Umgekehrt kann ebenso davon ausgegangen werden, dass die politische Programmatik einer Partei in die eine oder andere Richtung durch ihren Koalitionspartner beeinflusst wird und inkongruente Koalitionen auf verschiedenen Ebenen daher auch die Entstehung oder Verschärfung programmatischer Unterschiede zwischen verschiedenen Gliederungen einer Partei zur Folge haben können.

Ähnlich wie bei Wahlen und der Entstehung neuer Parteien kann die regionale Ebene allerdings auch bei der Bildung von Koalitionen als Experimentierfeld zum Test neuer Koalitionsmöglichkeiten angesehen werden, die, wenn sie sich bewährt haben, auf der nationalen Ebene übernommen werden können, wie es beispielsweise in Deutschland bei der Zusammenarbeit von SPD und Grünen der Fall war (Dodd 1976, Downs 1998: 221ff.). Bei der Koalitionsbildung auf subnationaler Ebene verhandeln die regionalen Parteiführer gleichzeitig mit mehreren Partnern, den potentiellen Koalitionspartnern auf der regionalen Ebene und der eigenen Parteiführung auf nationaler Ebene (Downs 1998: 55). Dies steht in engem Zusammenhang mit Beziehungen zwischen den Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene und mit der Außenwirkung der Parteien, die möglichst einheitlich erscheinen möchten. Daher beeinflusst neben den Verhandlungsmöglichkeiten auf der regionalen Ebene auch die Unabhängigkeit der regionalen von der nationalen Parteiführung die Koalitionsverhandlungen (Ştefuriuc 2009c: 6). In diesem Zusammenhang sind darüber hinaus die territoriale Struktur einer Partei sowie persönliche Beziehungen zwischen den Partieliten auf regionaler und nationaler Ebene als potentielle Einflussfaktoren zu nennen (Ştefuriuc 2009c: 7). Mit der Integration und der Autonomie regionaler Parteigliederungen von der nationalen Partei und den Beziehungen zwischen den regionalen Einheiten einer Partei beschäftigt sich daher das nächste Kapitel.

2.1.3. Innerparteiliche Beziehungen

Bereits in den vorangegangenen Kapiteln wurden Beziehungen zwischen nationaler und subnationaler Ebene sowie zwischen den Gliedstaaten, beispielsweise beim Wahlverhalten oder der Kompetenzverteilung, angesprochen. Sie bilden den Kontext, in dem sich Parteien bewegen. Teilweise wurde auch dabei schon auf die vertikalen und horizontalen innerparteilichen Beziehungen eingegangen, so zum Beispiel bei der Diskussion der Kongruenz der Koalitionsbildung auf nationaler und regionaler Ebene. In diesem Kapitel wird der Fokus nun explizit auf Parteien als politische Akteure im Föderalismus gelenkt. Während bei der nationalstaatlichen Betrachtung von Parteien nur Interaktionen zwischen den verschiedenen Parteien auf der nationalen Ebene berücksichtigt werden, gibt es in Mehrebenensystemen eine Reihe zusätzlicher Interaktionsmöglichkeiten zwischen Parteien. Deschouwer (2003) unterscheidet insgesamt fünf Interaktionstypen: 1) vertikale Interaktionen innerhalb von Parteien 2) vertikale Interaktionen zwischen Parteien 3) horizontale Interaktionen zwischen den Parteien eines Landes 4) horizontale Interaktionen innerhalb einer Partei zwischen Ländern und 5) horizontale Interaktionen zwischen verschiedenen Parteien aus verschiedenen Ländern.

Die Frage nach den vertikalen innerparteilichen Beziehungen stellt sich, wenn eine Partei auf verschiedenen Ebenen eines Mehrebenensystems in Erscheinung tritt, wohingegen horizontale innerparteiliche Beziehungen nur dann auftreten können, wenn eine Partei in verschiedenen Einheiten einer Ebene aktiv ist.¹⁸ In diesem Kapitel und dieser Arbeit insgesamt stehen vertikale innerparteiliche Beziehungen (Typ 1) und horizontale innerparteiliche Beziehungen (Typ 4) im Mittelpunkt. Die folgenden Abschnitte setzen folglich voraus, dass eine Partei auf verschiedenen Ebenen beziehungsweise in verschiedenen Einheiten der subnationalen Ebene vertreten ist. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die Art und Ausprägung der Beziehungen zwischen der elektoralen, der parlamentarischen und der exekutiven Arena sowie zwischen verschiedenen Politikfeldern, verschiedenen Regionen und im Zeitverlauf unterscheiden können (Deschouwer 2003: 221).

¹⁸ Die Unterscheidung zwischen innerparteilichen und zwischenparteilichen Beziehungen zwischen den Ebenen ist in föderalen Systemen teilweise allerdings nicht unproblematisch (Deschouwer 2003, 2006).

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurden bereits Eigenschaften föderaler Systeme angesprochen, die sich auf die innere Organisation¹⁹ von Parteien, die in diesen Systemen agieren, auswirken. Diese sind die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen, vertikale und horizontale Kooperationen, Zweite Kammern und territoriale Asymmetrien des Parteienwettbewerbs zwischen den Regionen beziehungsweise zwischen einer oder mehreren Regionen und der nationalen Ebene. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch auf den Grad der Zentralisierung beziehungsweise Dezentralisierung eines Staates Bezug genommen (Duverger 1963: 55, Lawson 1976: 79). Diese Eigenschaften föderaler Systeme werden von der Literatur auch im Hinblick auf Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Parteiorganisation betrachtet. Unterscheiden kann man hier zwischen verfassungsrechtlichen Veränderungen im Hinblick auf die Macht- und Ressourcenverteilung (Scharpf 1995: 32, Chhibber und Kollman 2004, Thorlakson 2009: 163f.) sowie in der Verfassung vorgesehenen Interaktionen zwischen den Ebenen (Chandler und Chandler 1987: 104, Scharpf 1995: 33) und nicht verfassungsrechtlich initiierten Veränderungen wie beispielsweise die fortschreitende Regionalisierung und Föderalisierung eines Staates (Shaw 2002, Hopkin 2003, Hopkin und Bradbury 2006, Fabre 2008, Hopkin 2009).

Wenn Parteien ihre Organisationsweise an die Strukturen des Staates anpassen, ist auch davon auszugehen, dass es in Folge institutioneller Asymmetrien zwischen Gliedstaaten zu Asymmetrien in der Parteiorganisation kommt (Fabre 2008: 310).²⁰ Da es jedoch auch innerhalb von Staaten Variationen in der innerparteilichen Organisation gibt (Fabre 2008: 324), müssen neben institutionellen Faktoren weitere potentielle Faktoren, die Einfluss auf die Parteiorganisation haben können, berücksichtigt werden. Dazu zählen insbesondere akteurspezifische Faktoren, die beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der Pfadabhängigkeit die Entwicklung der Parteiorganisation beschreiben (Thorlakson 2009: 165). Faktoren, die in diesem Zusammenhang Bedeutung erlangen, sind die Geschichte und Traditionen einer Partei sowie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteifamilie (LaPalombara und Weiner 1966, Epstein 1967, Panebianco 1988, Hopkin und Bradbury 2006, Fabre 2008: 326, Thorlakson 2010). Darüber hinaus kann auch der Status als Regierungs- oder Oppositionspartei innerparteiliche Beziehungen beeinflussen, da das Regierungsamt der jeweiligen Parteigliederung Ressourcen zur Verfügung stellt, die diese auch in innerparteilichen

¹⁹ Innere Organisation meint hier insbesondere die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Parteigliederungen, beispielsweise beidseitige Kooperationen oder einseitige Einflussnahme zwischen den Gliederungen einer Partei.

²⁰ Vergleiche hierzu die Besprechung von Arten der Machtverteilung und Interaktionen zwischen den Ebenen in Kapitel 2.1.1.

Beziehungen nutzen kann. Ein Faktor, der solche Unterschiede erklären kann, ist der Status einer Partei. So wird häufig davon ausgegangen, dass Regierungsparteien unabhängiger sind als Parteien in der Opposition (Poguntke 1997: 266). Neben der bereits angesprochenen institutionellen Asymmetrie können folglich auch die historische Entwicklung und Status-Asymmetrie zu Unterschieden zwischen den Landesparteien und ihren Beziehungen zur nationalen Partei führen (Schmid 1990, Fabre 2008: 325, Fabre und Méndez-Lago 2009, Thorlakson 2009: 165).

Vertikale innerparteiliche Beziehungen

Parteien, die auf verschiedenen Ebenen eines Staates aktiv und organisatorisch miteinander verbunden sind, werden als vertikal integriert bezeichnet. Das Konzept der vertikalen Integration bezieht sich folglich auf den Grad der organisatorischen Verbindungen zwischen den Parteigliederungen auf verschiedenen Ebenen sowie die Interdependenz und Kooperation zwischen ihnen (Smiley 1987: 103, Dyck 1991: 130, Filippov, et al. 2004: 190ff., Thorlakson 2009). Es ist anzunehmen, dass der Grad der vertikalen innerparteilichen Beziehungen sich auch auf die Ähnlichkeit der Parteiprogrammatik auf den verschiedenen Ebenen auswirkt. Dem Grad der vertikalen Integration von Parteien wird in der Literatur große Bedeutung für die Beurteilung föderaler Systeme und des Parteienwettbewerbs zugestanden. So soll ein hoher Grad vertikaler Integration zur Stabilität eines politischen Systems beitragen (Filippov, et al. 2004: 193f.) sowie exzessiver Zentralisierung und Dezentralisierung vorbeugen (Filippov, et al. 2004: 195). Gleichzeitig beeinflussen engere Verbindungen zwischen den Ebenen Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung (Deschouwer 2003, Thorlakson 2006, Van Biezen und Hopkin 2006: 18f., Ștefuriuc 2009b, Bäck, et al. 2013).

Zwar hat sich die Literatur ausführlich mit dem Konzept der vertikalen Integration beschäftigt, dennoch besteht keine Einigkeit über die Operationalisierung (Thorlakson 2011: 2). Zur Erfassung des Ausmaßes vertikaler Integration von Parteien wurden unter anderem die formalen Beziehungen zwischen den Organisationsstrukturen der Parteien wie einheitliche Parteistatuten oder Mitgliedschaft, geteilte Ressourcen wie Geld oder Personal und Kooperation bei Wahlkämpfen und Programmformulierung untersucht (Thorlakson 2009: 161, 2011: 4f.). Thorlakson (2009, 2011) schafft hier eine gewisse Klarheit, indem sie auch zwischen Ländern vergleichbare Maße vertikaler Integration entwickelt, die einmal auf formalen Parteistatuten und einmal auf Umfragen unter Parteieliten beruhen. Zu beachten ist

allerdings, dass das Maß der vertikalen Integration einer Partei nichts über die Hierarchie zwischen den Parteiebenen aussagt (Huckshorn, et al. 1986).

In einer vertikal integrierten Partei müssen jedoch Entscheidungen darüber getroffen werden, wie die innerparteilichen Beziehungen ausgestaltet werden sollen. Die nationale Partei muss entscheiden ob und wie eng sie mit den Parteieinheiten der subnationalen Ebene kooperieren möchte, wie viel Autonomie sie bereit ist den subnationalen Parteien einzuräumen und wie die potentiell verschiedenen Interessen der regionalen Parteigliederungen ausbalanciert werden können (Thorlakson 2010). Die regionalen Parteigliederungen wiederum müssen entscheiden, ob und wie stark sie mit der nationalen Partei und deren Programm auf nationaler Ebene in Verbindung gebracht werden möchten und wie viel regionale Autonomie sie bereit sind gegen politischen Einfluss, der häufig auf der Stärke der nationalen Partei basiert, einzutauschen (Thorlakson 2010). Letztlich haben diese Entscheidungen auch Einfluss darauf, wie ähnlich sich die politischen Programme der Parteigliederungen auf nationaler und subnationaler Ebene sind.

Mit dieser Verteilung der Macht zwischen Parteiebenen aus der Perspektive der subnationalen Partei beschäftigen sich die Konzepte der Autonomie und des Einflusses (Fabre 2008: 311f., Thorlakson 2009). Untersucht wird dabei einerseits, wie viel Einfluss die subnationalen Parteien auf die jeweilige nationale Partei ausüben können, beispielsweise über die Vertretung regionaler Parteiführer in Gremien auf der nationalen Ebene (Thorlakson 2009: 162), und andererseits wie unabhängig die subnationalen Parteien von der nationalen Partei, beispielsweise in den Bereichen Programmformulierung und Kandidatenauswahl, sind (Thorlakson 2009: 163).

Basierend auf einer Umfrage unter subnationalen Parteieliten verschiedener Länder untersucht Thorlakson (2011: 8ff.) überblicksartig die Muster vertikaler Integration und Autonomie sowie Unterschiede zwischen Ländern und Parteifamilien. Auch die Beziehung zwischen diesen beiden Konzepten untersucht sie auf Basis dieser Umfragedaten (Thorlakson 2011: 8ff.). Zwar scheint es naheliegend, dass zunehmende vertikale Integration zu einer Abnahme der Autonomie der subnationalen Parteien führt, allerdings wurde dieser Zusammenhang empirisch bisher nicht bestätigt und auch Thorlakson (2011: 12) findet allenfalls einen schwachen Zusammenhang.

Ebenfalls mit der Machtverteilung zwischen den Ebenen einer Partei beschäftigt sich das Konzept des Kerns von Deschouwer (2003). Deschouwer (2003) betrachtet, wie auch Thorlakson (2009), Autonomie und Einflussnahme zwischen den Ebenen und bezeichnet die Ebene mit der größten Autonomie und den größten Einflussmöglichkeiten auf die jeweils andere Ebene als Machtzentrale beziehungsweise Kern einer Partei. Die Lage des Kerns einer Partei wiederum kann Hinweise darauf geben, welche Beziehungen, auch im Hinblick auf die Parteiprogrammatik, zwischen den Ebenen bestehen. Neben den von Thorlakson (2009) beschriebenen parteispezifischen Faktoren wie Kandidatenauswahl oder politische Karrieren zieht Deschouwer zur Identifikation des Kerns auch Variablen auf Systemebene, insbesondere die Bedeutung von Wahlen auf den verschiedenen Ebenen, heran (Deschouwer 2003: 217ff.). Wie auch Einfluss und Autonomie kann die Lage des Kerns zwischen Parteien, Regionen, Politikfeldern, politischen Arenen sowie über die Zeit variieren (Deschouwer 2003: 216f.). Je nachdem auf welcher Ebene der Kern einer Partei liegt und wie die Beziehungen zwischen den Ebenen ausgestaltet sind, unterscheidet Deschouwer (2003: 220) fünf Parteitypen. Zunächst unterscheidet er Parteien auf regionaler und nationaler Ebene. Bei den regionalen Parteien gibt es wiederum drei verschiedene Typen. Parteien mit Kern auf der nationalen Ebene, Parteien mit Kern auf der regionalen Ebene und Parteien ohne zugehörige Organisation auf nationaler Ebene. Dieser letzte Typ entspricht einer vertikal nicht integrierten Partei nach Thorlakson (2009: 161). Auf nationaler Ebene unterscheidet Deschouwer (2003) hingegen nur zwei verschiedene Parteitypen. Parteien mit losen Verbindungen zu regionalen Parteigliederungen und Parteien mit gut integrierten regionalen Gliederungen, das heißt in den Worten von Thorlakson (2009) schwach und stark integrierte Parteien. Je nachdem welchem Typ eine Partei zuzuordnen ist, können Rückschlüsse auf die bestehenden Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Parteiprogrammatik gezogen werden.

Horizontale innerparteiliche Beziehungen

Verfügen subnationale Parteien über ein gewisses Maß an Autonomie von der nationalen Partei, können sie ein eigenes Profil ausbilden und sich dadurch voneinander unterscheiden (Thorlakson 2009: 162, 2010). Subnationale Parteien können dann beispielsweise eigene Interessen verfolgen, selbst über Kandidaten und die interne Machtverteilung entscheiden und auch eigene, an die regionalen Bedürfnisse angepasste, Politikinhalt vertreten (Laffin, et al. 2007). In diesem Fall besteht auch die Möglichkeit unabhängiger horizontaler innerparteilicher Beziehungen zwischen subnationalen Parteigliederungen. Im Rahmen der horizontalen Beziehungen innerhalb von Parteien ist im Unterschied zu den vertikalen

Beziehungen jedoch nicht zu erwarten, dass eine subnationale Partei die Autonomie einer anderen subnationalen Partei beschneiden kann. Vielmehr wird hier von freiwilliger Kooperation und Koordination, beispielsweise um subnationale Interessen gegenüber der nationalen Partei durchsetzen zu können, ausgegangen. Subnationale Parteien werden allerdings trotz ihrer Autonomie in der Regel als Mitglieder der Gesamtpartei wahrgenommen, sodass Aktivitäten einer subnationalen Partei Einfluss auf andere subnationale Gliederungen dieser Partei oder auch die Gesamtpartei haben können (Deschouwer 2003: 215). Daher ist sowohl horizontale wie auch vertikale Kooperation und Koordination verschiedener Parteiakteure beispielsweise durch Treffen der Fraktionsvorsitzenden, der Parteivorsitzenden oder Parteivorstände zur Gewährleistung einer gemeinsamen parteipolitischen Linie notwendig (Kropp 2010: 200).

Nachdem die vorherigen Kapitel die Besonderheiten der Rahmenbedingungen für Parteien und der Parteiorganisation in föderalen Mehrebenensystemen betrachtet haben, befassen sich die folgenden Kapitel mit verschiedenen Erklärungsansätzen des Parteienwettbewerbs und der programmatischen Positionierung von Parteien im Allgemeinen.

2.2. Parteienwettbewerb und programmatische Parteipositionierung

In der Politikwissenschaft gibt es verschiedene Ansätze zur Erklärung des Parteienwettbewerbs, die in den folgenden Kapiteln überblicksartig dargestellt werden, um daraus Hinweise für die Analyse der Parteiprogrammatik auf subnationaler Ebene ableiten zu können. Zunächst wird die Themengewichtung in politischen Programmen betrachtet, dann folgt die Darstellung von drei Forschungsansätzen, die teilweise die gleichen Faktoren zur Erklärung des Parteienwettbewerbs, der programmatischen Positionierung von Parteien und der tatsächlich umgesetzten Politik aus unterschiedlicher Perspektive betrachten. Im letzten Abschnitt wird dann gezielt auf Forschungsarbeiten eingegangen, die sich mit dem politischen Angebot der deutschen Parteien auf der hier untersuchten Ebene der Bundesländer befassen. Zunächst werden jedoch anschließend an die in Kapitel 2.1 besprochene Einbettung von Parteien in föderale Strukturen einige Überlegungen zur programmatischen Unabhängigkeit subnationaler Parteien von der nationalen Partei angestellt.

Bei der Untersuchung der programmatischen Unabhängigkeit geht es zum einen darum zu klären, ob es überhaupt Unterschiede zwischen den subnationalen Parteigliederungen einer Partei und zur nationalen Partei gibt und wie zum anderen diese Unterschiede, wenn sie denn

vorhanden sind, zu erklären sind. Subnationale Parteien können in diesem Zusammenhang aus zwei grundsätzlich gegenläufigen Perspektiven betrachtet werden. Zum einen können subnationale Parteien als unabhängige Einheiten, die Entscheidungen wie beispielsweise Themenschwerpunkte und Politikpositionen vollkommen unabhängig treffen, aufgefasst werden. In diesem Fall unterscheiden sich subnationale Parteien nicht von nationalen Parteien, sodass die Theorien für die nationale Ebene analog zur Erklärung der Positionierung subnationaler Parteien angewendet werden können. Besonders interessant an der Beschäftigung mit subnationalen Parteien ist in diesem Fall, dass die gleichen Parteien mit unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen sowie unterschiedlichen Mitglieder- und Wählerstrukturen konfrontiert sein können und daher erwartet werden kann, dass sie ihre programmatischen Inhalte entsprechend anpassen. Zum anderen können subnationale Parteien aber auch als Akteure betrachtet werden, die in ein vielfältiges innerparteiliches Beziehungsgeflecht sowohl zur nationalen Partei als auch zu anderen subnationalen Parteieinheiten eingebunden und dadurch in ihrer Handlungsfreiheit stark eingeschränkt sind. Das hat zur Folge, dass neben den üblichen Erklärungsfaktoren für die inhaltliche Positionierung von Parteien auch eine mögliche Einflussnahme der nationalen Partei oder anderer subnationaler Parteieinheiten berücksichtigt werden muss.

Zwingende Voraussetzung für programmatische Unterschiede zwischen subnationalen Parteigliederungen einer Partei ist jedoch, dass die subnationalen Parteien bei der Programmgestaltung zumindest über eine gewisse Autonomie von der nationalen Partei verfügen. Grundsätzlich muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Autonomie der subnationalen Parteien von der jeweiligen nationalen Partei nicht zwangsläufig Unterschiede in der Parteiprogrammatik zur Folge haben muss. Fraglich ist daher, unter welchen Umständen die subnationalen Parteien von der Möglichkeit eigene Schwerpunkte und Positionen zu entwickeln Gebrauch machen. Unterscheiden sich die regionale Basis einer Partei, die regionale Wählerschaft oder auch die regionalen Problemlagen beziehungsweise der Status Quo von der nationalen Ebene, dann haben autonome Parteien die Möglichkeit ihr Politikangebot an die Region anzupassen und es kommt folglich zu einem unterschiedlichen Politikangebot auf subnationaler und nationaler Ebene, wohingegen gleiche Bedingungen gleiche oder zumindest ähnliche Politikangebote zur Folge haben sollten, da die subnationalen Gliederungen einer Partei über eine gemeinsame, beispielsweise sozialdemokratisch geprägte, Grundhaltung verfügen.

Unterschiede bei der Zusammensetzung der Parteibasis einer Partei zwischen verschiedenen Regionen oder eng damit verbunden auch zwischen der subnationalen und der nationalen Ebene wurden in der Literatur häufig und auch für verschiedene Länder untersucht (Golosov und Ponarin 1999). Erklärt werden solche Unterschiede in der Regel mit der politischen Kultur, der Geschichte und Traditionen einer Region. Zudem werden häufig auch Makrofaktoren wie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Region sowie der Status Quo als Einflussfaktoren betrachtet. Wesentlich seltener wird hingegen auf institutionelle Faktoren wie beispielsweise Wahlsysteme und daraus folgend Parteisysteme und somit politische Wettbewerbsbedingungen in den Regionen hingewiesen. Grundsätzlich ist zu erwarten, dass auch große institutionelle Unterschiede zwischen den Regionen zu Unterschieden im regionalen Parteienwettbewerb führen, an die sich die Parteien anpassen können, wenn sie über die nötige Autonomie verfügen (Hodge 1987, Hadley und Morass 1989, Jeffery 2010: 145).

Die nächsten Kapitel beschäftigen sich nun mit den verschiedenen Erklärungsansätzen zum Politikangebot von Parteien, die bisher allerdings hauptsächlich auf die nationale Ebene angewendet wurden. Dennoch können sie, je nach Grad der Unabhängigkeit der subnationalen Parteien, auch wertvolle Dienste bei der Erklärung des politischen Angebots von subnationalen Parteien leisten. Teil des hier betrachteten politischen Angebots sind nicht nur politische Positionen, sondern auch die Auswahl der behandelten Themen und somit die Schwerpunktsetzung in politischen Programmen, die im nächsten Abschnitt betrachtet wird.

2.2.1. Die Themengewichtung in politischen Programmen

Über die Gewichtung verschiedener Themengebiete können die Parteien programmatische Schwerpunkte setzen. Sie können sich beispielsweise zu Themen, in denen sie kompetent sind bzw. für kompetent gehalten werden oder die für ihre Wähler von besonderer Bedeutung sind, umfassend äußern und andere Themen weniger stark betonen. Die Salienzen einzelner Themengebiete in den Wahlprogrammen subnationaler Parteien wurden deskriptiv beispielsweise von Ashworth (2000), Hopkin und Bradbury (2006) und Agasøster (2001) für Großbritannien bzw. lokale Parteien in Wales untersucht. Neben solch deskriptiven Arbeiten gibt es auch vereinzelte Beiträge, die sich mit der Erklärung der Themensalienzen auf subnationaler Ebene beschäftigen, und daher für diese Arbeit von weit größerer Relevanz sind.

Bei der Erklärung der Salienzen ist, wie oben angesprochen, die Autonomie der subnationalen Parteigliederungen von der nationalen Gesamtpartei von großer Bedeutung. Als klassische Variable für die Zentralisierung der Parteiorganisation und damit die Autonomie der subnationalen von der nationalen Parteiebene dient in vielen Untersuchungen die Parteifamilie als Variable für den Grad der Zentralisierung einer Partei (Pogorelis, et al. 2005: 998f., Libbrecht, et al. 2009: 63, Maddens und Libbrecht 2009). Die empirischen Ergebnisse sind bislang allerdings wenig überzeugend. So konnte die Hypothese eines Zusammenhangs zwischen dem Grad der Zentralisierung einer Partei und dem Grad der Unterschiedlichkeit der Salienzprofile der Parteigliederungen von Libbrecht et al. (2009) sowie Maddens und Libbrecht (2009: 75) nur eingeschränkt und von Pogorelis et al. (2005: 1006) nicht bestätigt werden. Als alternative Erklärung für die gefundenen Unterschiede in den Salienzprofilen führen Maddens und Libbrecht (2009) sowie Libbrecht et al. (2009) die Regierungsbeteiligung einer Partei auf nationaler Ebene an, die sie bezüglich Abweichungen regionaler Parteien verwundbarer machen, und somit einen Anreiz setzen soll, die Wahlprogramme der regionalen Parteien stärker zu kontrollieren und dadurch ihre Autonomie einzuschränken (Libbrecht, et al. 2009: 76).

Libbrecht et al. (2009) und Pogorelis et al. (2005) betrachten außerdem die Asymmetrie der Kompetenzverteilung zwischen Regionen und erwarten, dass sich die Themenprofile von subnationalen Parteien in Abhängigkeit von den Kompetenzen der jeweiligen Region unterscheiden (Pogorelis, et al. 2005: 996, Libbrecht, et al. 2009: 62). Bezüglich der Kompetenzverteilung finden Libbrecht et al. (2009: 76) ebenso wie Pogorelios et al. (2005: 1002) einen Zusammenhang zwischen den in den Wahlprogrammen behandelten Themen und der Kompetenz einer Region.

Als weitere unabhängige Variable werden Wahlen herangezogen, hierbei setzen die Autoren jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. Während Libbrecht et al. (2009: 62) auf den Wahlzyklus abheben und davon ausgehen, dass regionale Wahlen, die zeitgleich stattfinden oder regionale Wahlen, die am selben Tag wie nationale Wahlen stattfinden, einer stärkeren Nationalisierung ausgesetzt sind und sich daher ein weniger regional geprägtes Themenprofil in den Wahlprogrammen der subnationalen Parteien findet (Libbrecht, et al. 2009: 62), betrachten Pogorelis et al. (2005: 997f.) den Einfluss verschiedener Wahlsysteme²¹, der Anzahl der Parteien sowie daraus resultierend des vorherrschenden Regierungstyps. Ihre

²¹ Vgl. zur Untersuchung des Einflusses von Wahlsystemänderungen auf der subnationalen Ebene auch (Pétry und Landry 2001).

Erwartung, dass sich Parteien in konsensualen Systemen stärker voneinander unterscheiden als in majoritären Systemen, können sie allerdings nur eingeschränkt belegen (Pogorelis, et al. 2005). Libbrecht et al. konnten ihre Hypothese bezüglich des Einflusses des Zeitpunktes einer subnationalen Wahl im Wahlzyklus allerdings ebenfalls nicht bestätigen (Libbrecht, et al. 2009: 74), beschäftigen sich jedoch auch mit dem Parteiensystem als unabhängige Variable und gehen davon aus, dass der Charakter des regionalen Parteiensystems Einfluss auf die Betonung verschiedener Themen in den Wahlprogrammen hat (Libbrecht, et al. 2009: 63). Dabei betrachten sie zum einen die Fragmentierung des Parteiensystems und zum anderen das Vorhandensein regionaler Parteien, die sich mit explizit regionalistischen Themen beschäftigen. Die daraus folgende Hypothese, dass sich die Themenprofile subnationaler Parteien umso stärker vom Themenprofil der nationalen Partei unterscheiden, je mehr sich das regionale Parteiensystem von dem Parteiensystem auf nationaler Ebene unterscheidet, konnte jedoch nicht bestätigt werden (Libbrecht, et al. 2009: 74).

Im Gegensatz zu den bisher angesprochenen institutionellen Bedingungen und dem politischen Wettbewerb lenkt Conger (2010) den Blick auf Überlegungen aus der Politischen Soziologie. Für die Wahlprogramme der Republikaner auf Staatsebene in den USA untersucht Conger (2010) den Einfluss der christlichen Rechten auf die Aufnahme von Themen, die dieser Gruppe besonders wichtig sind (beispielsweise Abtreibung, traditionelles Familienbild und Kreationismus). Sie findet einen positiven Zusammenhang zwischen der absoluten Häufigkeit solcher Aussagen in den Wahlprogrammen und dem Grad des Konservatismus der Parteilite sowie dem Einfluss der christlichen Rechten in einem Bundesstaat (Conger 2010: 662f.). Die Ergebnisse sind jedoch nicht eindeutig, da bei Verwendung der relativen Häufigkeit ein negativer Effekt des Einflusses der christlichen Rechten in der Partei festgestellt wird (Conger 2010: 662).

Neben der Untersuchung der Themenprofile von Wahlprogrammen können auch die in den Wahlprogrammen zum Ausdruck gebrachten politischen Positionen näher betrachtet werden. In den letzten Jahren wurden hierzu verschiedene Untersuchungen veröffentlicht, die sich dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven nähern. Zum einen werden programmatische Positionen von Parteien auf regionaler Ebene häufig in deskriptiver Form dargestellt (Hopkin und Bradbury 2006, Laffin, et al. 2007), zum anderen gibt es aber auch vermehrt quantitative Untersuchungen, die Parteipositionen als abhängige oder unabhängige Variablen verwenden (Ashworth und Boyne 2000, Debus 2007, Müller 2009, Ștefuriuc 2009a, Müller 2010, Bräuninger und Debus 2012, Bäck, et al. 2013). Die folgenden Kapitel werden daher

verschiedenen theoretischen Ansätzen zur Untersuchung der politischen Positionierung von Parteien gewidmet.

2.2.2. Politische Ökonomie

In demokratischen Systemen stehen verschiedene Parteien in regelmäßig durchgeführten Wahlen miteinander im Wettbewerb. In der politikwissenschaftlichen Diskussion besteht jedoch keine Einigkeit darüber, um was die politischen Parteien konkurrieren. Geht es ihnen in erster Linie um den Gewinn möglichst vieler Wählerstimmen, um die Besetzung verschiedener Ämter durch Parteimitglieder oder um die Umsetzung bestimmter Politikinhalt (Strøm 1990, Müller und Strøm 1999)?

Versteht man unter dem Streben nach Ämtern die Besetzung von Regierungsämtern, ist das Streben nach Stimmenmaximierung im Falle einer Einparteienregierung gleichbedeutend mit dem Streben nach möglichst vielen Ämtern. Im Allgemeinen wird das Streben nach einer Maximierung der Wählerstimmen als Instrument zur Erreichung anderer Ziele begriffen (Müller und Strøm 1999: 9). Betrachtet man allerdings Koalitionsregierungen und geht von einer proportionalen Ämteraufteilung zwischen den Koalitionspartnern aus, kann es für kleinere Parteien im Streben nach Ämtern sogar hilfreich sein weniger Stimmen zu erhalten, um im Sinne einer Gewinnkoalition kleinster Größe²² Teil einer Regierungskoalition zu werden und eine entsprechende Anzahl an Ämtern zu erhalten (Gamson 1961). Eine Regierungsteilnahme und somit die Teilnahme an der Verteilung von Ämtern kann sich jedoch auch negativ auf die nächste Wahl auswirken. In diesen Fällen besteht folglich ein Zielkonflikt zwischen Stimmen- und Ämtermaximierung. Zielkonflikte können ebenso zwischen Ämter- und Politikmotivation auftreten, wenn das Eintreten für bestimmte Politikinhalt eine potentielle Koalitionsteilnahme erschwert oder verhindert. Auch zwischen Stimmenmaximierung und Politikmotivation kann es zu Zielkonflikten kommen, wenn bei den Wählern unpopuläre Politikinhalt vertreten werden (Müller und Strøm 1999: 9ff.).

Das bekannteste Modell des Parteienwettbewerbs stammt von Downs (1957), der von Parteien ausgeht, die nach einer Maximierung der Wählerstimmen streben, und ihre Politikposition daher auf Basis ihres Wissens über die Präferenzverteilung in der Wählerschaft definieren. In einem Zweiparteiensystem folgt daraus, dass beide Parteien im

²² Gemeint ist die Mehrheitskoalition mit den wenigsten Abgeordneten, sodass die Koalitionspartner möglichst viele Ämter bekommen (Gamson 1961, Riker 1962).

eindimensionalen Politikraum die Position des Medianwählers vertreten, da so ein Nash-Gleichgewicht entsteht und sich beide Parteien durch eine Abweichung von dieser Position schlechter stellen würden. Das Nash-Gleichgewicht im Modell von Downs ist allerdings an viele restriktive Annahmen, wie beispielsweise die Annahme eines Zweiparteiensystem, eines eindimensionalen Politikraumes und rein stimmmaximierender Parteien, geknüpft.²³ Diese Annahmen, vor allem aber das alleinige Interesse der Parteien an einer Maximierung der Wählerstimmen, werden in der Literatur häufig kritisiert (Robertson 1976, Grofman 2004).²⁴ Sind Parteien nämlich nicht nur an Stimmenmaximierung interessiert, sondern auch policy-orientiert, kann es sich für die Parteien durchaus lohnen von der Position des Medianwählers abzuweichen.

Empirisch kann die Konvergenz der Parteien zur Position des Medianwählers nicht einmal in den USA, die Downs Modell inspiriert haben, gezeigt werden (Frendreis, et al. 2003, Stonecash, et al. 2003). Es gibt verschiedene Faktoren, die eine Konvergenz zum Medianwähler verhindern können, beispielsweise Kandidaten dritter Parteien (Palfrey und Rosenthal 1984, Bender und Haas 1996), politische Aktivisten (Davis, et al. 1970), Interessengruppen (Baron 1994) und Parteieliten (Aldrich 1983: 985). Empirisch überprüft wurde der Einfluss dieser Faktoren jedoch selten. Frendreis et al. (2003) finden in ihrer Untersuchung zur Positionierung von Kandidaten in den Vereinigten Staaten allerdings einen Einfluss der Parteielite, der Charakteristika des Wahlkreises und der Art der Einbeziehung von Gewerkschaften in die Wahlkampagne auf die Position des Kandidaten. Insgesamt kann die Annahme von Parteien, die ausschließlich eines der drei Ziele verfolgen, der empirischen Überprüfung nicht standhalten (Strøm 1990: 569f.). Alle drei klassischen Modelle des Parteienwettbewerbs teilen in ihrer allgemeinen Form, neben dieser mangelnden empirischen Bestätigung, drei bedeutende Annahmen, die in der Literatur ebenfalls kritisch diskutiert werden (Strøm 1990, Grofman 2004).

Die klassischen Modelle des Parteienwettbewerbs sind statisch. Es geht ihnen lediglich darum vorauszusagen, welche Politikpositionen die Parteien bei einzelnen Wahlen, das heißt ohne die Berücksichtigung von Vergangenheit und Zukunft, einnehmen. Parteien werden ihre Politikpositionen aber aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Wählern und

²³ Für eine übersichtliche Darstellung und Besprechung aller Annahmen und der Auswirkungen des Verletzens einzelner Annahmen vgl. Grofman (2004)

²⁴ Für eine nähere Auseinandersetzung mit dem Modell von Downs (1957) und mit Wittman (1973), der annimmt, dass Parteien Politikpräferenzen haben und die Politik vorschlagen, die ihren Nutzen maximiert, vergleiche Roemer (2001).

anderen politischen Akteuren in der Regel nicht unabhängig von den Politikpositionen, die sie in der Vergangenheit vertreten haben, festlegen (Downs 1957: 103ff., Budge 1994: 457). Es besteht folglich eine Pfadabhängigkeit der aktuellen Politikpositionen von früheren Politikpositionen einer Partei.²⁵ Ebenso werden die Parteien auch langfristige Überlegungen und zukünftige Vorteile bei der Festlegung ihrer Politikposition berücksichtigen. Folglich ist eine statische Betrachtungsweise nicht ausreichend, sondern eine dynamische Betrachtung des Wandels von Parteipositionen über die Zeit erforderlich.

Zudem gehen die Modelle im Allgemeinen von Parteien als einheitlich handelnde Akteure aus, die in ihrem Handeln keinerlei Einschränkungen unterworfen sind. Es gibt Situationen, wie beispielsweise Koalitionsverhandlungen oder Wahlkämpfe, in denen Parteien tatsächlich eher als einheitlich handelnde Akteure auftreten (Daalder 1983: 21). Grundsätzlich muss jedoch davon ausgegangen werden, dass es innerhalb einer Partei eine Vielzahl verschiedener Interessen gibt, die durch interne Aushandlungsprozesse zu einer gemeinsamen Parteiposition vereinigt werden müssen. Ebenso wie diesen internen Einschränkungen kann eine Partei aber auch externen Beschränkungen ihrer Handlungsfreiheit unterliegen beispielsweise durch Vorgaben einer anderen Ebene, beispielsweise der EU (Strøm 1990: 569).

Des Weiteren wird die institutionelle Umgebung, in der sich Parteien bewegen, in den meisten Modellen nicht berücksichtigt, obwohl sie, wie beispielsweise das Wahl- oder Regierungssystem, bedeutenden Einfluss auf das Parteiverhalten haben können (Strøm 1990: 569f., Strøm und Müller 1999: 19ff.). Diese einseitige Konzentration auf die „demand side“, das heißt die Präferenzen der Parteien bzw. ihres Führungspersonals, und die damit einhergehende Vernachlässigung der „supply side“ beispielweise der politischen Einflussmöglichkeiten, verkennt jedoch, dass das Verhalten von Parteien auch vom zu verteilenden Nutzen abhängig ist (Strøm 1990: 570).

Dynamische Modelle

Die Untersuchung von Parteipositionen über die Zeit findet in der Politikwissenschaft bisher hauptsächlich im Rahmen von deskriptiven Arbeiten (Budge, et al. 2001) und Einzelfallstudien (Panebianco 1988: 253ff.) statt. In letzter Zeit ist jedoch eine Zunahme von Arbeiten, die dynamische Modelle des Parteienwettbewerbs entwickeln, zu verzeichnen

²⁵ Für nähere Informationen zum Konzept der Pfadabhängigkeit vgl. (Levi 1997: 28f., Pierson 2000).

(Kollman, et al. 1992, Adams, et al. 2004, Martin und Plümper 2005, Bräuninger 2009, Shikano 2009).

Zu programmatischem Wandel kann es unter verschiedenen Bedingungen kommen. In einem Parteiensystem mit Gleichgewicht nehmen die Parteien die für sie optimale Position ein und haben zunächst keinen Grund diese wieder zu verlassen, da sie sich dadurch *ceteris paribus* schlechter stellen würden. Kommt es allerdings zu einer Verschiebung in den Präferenzen der Wählerschaft, müssen die Parteien ihre Positionen an diese neue Wählerverteilung anpassen (Bräuninger 2009). In Parteiensystemen ohne Gleichgewichtslösung können ebenfalls Verschiebungen in der Wählerverteilung zu einer Veränderung der Parteipositionen führen, dieser Wandel ist für eine Dynamik der Parteipositionen jedoch nicht notwendig. Parteien in diesen Systemen müssen ständig auf den Wandel ihrer Mitbewerber reagieren bzw. diesen antizipieren und ihre Position entsprechend anpassen (Bräuninger 2009: 32).

Die klassische Perspektive der Politischen Ökonomie geht, wie oben beschrieben, davon aus, dass Positionsveränderungen von Parteien als Reaktion auf Veränderungen in der Wählernachfrage betrachtet werden können (Adams, et al. 2004, Bräuninger 2009: 33, Picot 2009). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Parteien in diesem Fall über vollständige Informationen über die Präferenzverteilung der Wähler und auch darüber, wie sich diese auf die Wahlentscheidungen auswirkt, verfügen müssten. Diese Annahmen sind äußerst restriktiv und es darf wohl bezweifelt werden, dass Parteien über derartig detaillierte und zuverlässige Informationen verfügen. In der Literatur wird den Bedenken bezüglich vollständiger Informationen über die Wählerverteilung damit begegnet, dass Hypothesen entwickelt werden, die keine genaue Kenntnis der Wählerverteilung bzw. ihrer Veränderung seitens der Parteien voraussetzen, sondern diese durch einfachere Annahmen ersetzen (Budge 1994, Adams, et al. 2004, Shikano 2009).

Geht man von Parteiensystemen ohne Gleichgewicht oder von nicht vollständiger Information der Parteien über die Wählerverteilung aus, existieren keine Strategien für Parteien, die mit Sicherheit zu einer Maximierung der Stimmen führen (Bräuninger 2009: 33). In der Literatur wurden für solche Situationen verschiedene mögliche Strategien der Parteien untersucht (Martin und Plümper 2006). Budge (1994) geht davon aus, dass Parteien aus Gewinnen oder Verlusten bei der vorangegangenen Wahl ableiten, ob ihre Positionsveränderung bei dieser Wahl in die richtige oder falsche Richtung ging und ihre Position für die nachfolgende Wahl dementsprechend anpassen oder im Erfolgsfall eventuell auch beibehalten und somit indirekt

auf Präferenzen in der Wählerschaft eingehen (Budge 1994: 453f.). Die Parteien lernen also aus ihren Erfahrungen bei vergangenen Wahlen und benötigen kein Wissen über die Präferenzverteilung der Wählerschaft. Auf die Erfahrungen aus vergangenen Wahlen setzen auch Adams und Somer-Topcu (2009) und untersuchen, ob Parteien auf Positionsänderungen von Konkurrenten durch eine Positionsverschiebung in dieselbe Richtung reagieren und ob Positionsveränderungen innerhalb der gleichen Parteifamilie stärkere Auswirkungen haben. Beide Hypothesen können in einer länderübergreifenden Untersuchung von 25 Demokratien bestätigt werden (Adams und Zeynep 2009: 836). Laver (2005) vergleicht in einer Simulationsstudie verschiedene Strategien der Stimmenmaximierung für Parteien in einem Mehrparteiensystem mit zwei Dimensionen und somit ohne Gleichgewicht. Dabei unterscheidet er zwischen Parteien, die ihre Position der Idealposition der Parteiunterstützer anpassen, Parteien, die erfolgreiche Positionsveränderungen wiederholen und ihre Position ansonsten zufällig verändern, Parteien, die ihre Position in Richtung der größten Partei verschieben, und Parteien, die ihre Politikposition nie verändern (Laver 2005: 267ff.). Parteien, die die letztgenannte Strategie verfolgen nennt, Laver (2005: 274) „Sticker“. Dies kann als Modellierung einer Partei mit reiner Policy-Motivation verstanden werden, da sie ihre Position nicht zum Zwecke der Stimmenmaximierung verändert.

Damit wird ein weiterer Kritikpunkt, neben den bereits erwähnten Zweifeln an der vollständigen Information von Parteien, angesprochen. Im Großteil der Literatur, die sich mit dynamischem Parteiverhalten beschäftigt, wird von rein stimmenmaximierenden Parteien ausgegangen, jedoch muss bedacht werden, dass Parteien zumindest teilweise policy-orientiert sein können und nicht blind Verschiebungen in der Präferenzverteilung der Wähler folgen werden. Diese Sichtweise beschreibt beispielsweise Budge (1994: 460), wenn er davon spricht, dass Parteien entsprechend ihrer Ideologie nur einen bestimmten Bereich des politischen Raumes besetzen und in der Regel nicht die Positionen ihrer Konkurrenten überspringen (leapfrogging).

Parteien als nicht einheitlich handelnde Akteure

Obwohl Parteien in vielen politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Parteienwettbewerb vereinfachend als einheitlich handelnde Akteure betrachtet werden, besteht kein Zweifel daran, dass Parteien äußerst komplexe Organisationen in der Regel mit vielen tausend Mitgliedern sind und es innerhalb der Parteien Akteure mit unterschiedlichen Interessen bezüglich politischer und organisatorischer Fragen gibt (Daalder 1983, Meyer 2010: 163).

Studien, die sich mit den internen Mechanismen und Aushandlungsprozessen politischer Parteien beschäftigen, haben in der Politikwissenschaft daher Tradition und nehmen einen bedeutenden Platz ein, können jedoch aufgrund mangelnder Daten meist nicht empirisch untermauert werden (Duverger 1962, Michels 1962, Panebianco 1988, Druckman 1996: 398, Köllner, et al. 2006).

Für Parteien ist es grundsätzlich wichtig nach außen geschlossen aufzutreten und der Öffentlichkeit so einen Markenkern anzubieten (Druckman 1996: 399, Snyder und Ting 2002). Wie wichtig diese einheitliche Außenwirkung für eine Partei ist, hängt jedoch von der Situation ab, in der sich eine Partei befindet. Interne Diskussionen sind in Zeiten der Programmentwicklung wahrscheinlicher und unproblematischer als beispielsweise während Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien (Sinnott 1989: 691, Laver und Schofield 1990: 16). Zudem hängt die Bedeutung, die der Parteikohäsion zugemessen wird, vom Parteityp ab. Ist eine Partei eher basisdemokratisch geprägt, sind interne Diskussionen weitaus stärker akzeptiert als in Parteien mit stark hierarchischer Prägung (Bäck 2008: 75). Darüber hinaus kann angenommen werden, dass in kleinen Parteien, die sich hauptsächlich mit einem Thema beschäftigen, die Heterogenität grundsätzlich kleiner ist als in großen Volksparteien mit einem breiten Themenspektrum. Neben der glaubwürdigen Außenwirkung hat die Parteiführung auch ein ureigenes Interesse daran, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht überhand nehmen, da diese eine Gefährdung der Parteiführung selbst darstellen können (Luebbert 1986: 46).

Um die gewünschte Parteikohäsion zu erreichen, müssen in internen Aushandlungsprozessen Kompromisse zwischen den widerstreitenden Interessen innerhalb einer Partei gefunden werden. In der Literatur findet sich eine Vielzahl von Studien, die sich mit innerparteilichen Entscheidungsprozessen beschäftigen. Diese untersuchen zumeist die formalen Regeln der Elitenauswahl und der Kandidatenaufstellung in Parteien (Schattschneider 1942, Crotty 1968: 260, Ranney 1981, Roberts 1988). Innerparteiliche Entscheidungsprozesse können aber auch durch verschiedene institutionelle Faktoren beeinflusst werden. Untersucht wurde in diesem Zusammenhang beispielsweise der Einfluss des Wahlsystems und des Föderalismus auf die Kandidatenaufstellung (Gallagher und Marsh 1988, Lundell 2004). Es gibt jedoch nur wenige Studien, die sich mit den Auswirkungen dieser innerparteilichen Entscheidungsmechanismen auf die von einer Partei vertretenen Politikinhalt beschäftigen. Diese untersuchen häufig den Einfluss von Führungswechseln oder dem Wechsel einer dominanten Faktion innerhalb der Partei (Harmel und Janda 1994, Harmel, et al. 1995, Bille 1997). Conger (2010) hingegen

untersucht, wie oben bereits beschrieben, unter anderem den innerparteilichen Einfluss der christlichen Rechten und damit einer innerparteilichen Faktion auf die Wahlprogramme der republikanischen Partei in den amerikanischen Bundesstaaten.

Berücksichtigung von Rahmenbedingungen

Neben diesen innerparteilichen Verhandlungen kann eine Partei aber auch durch äußere Umstände in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt sein. Dies kann beispielsweise aufgrund von Vereinbarungen mit anderen Parteien, beispielsweise Koalitionspartnern, aber auch durch externe Vorgaben, die von den Parteien nicht oder nur indirekt beeinflusst werden können, der Fall sein (Strøm 1990). Rahmenbedingungen bezeichnen hier Faktoren, die das System kennzeichnen, in dem sich Parteien bewegen, und an das sie sich zumindest zu einem gewissen Grad anpassen müssen, um erfolgreich zu sein (Harmel und Janda 1982: 11, Deschouwer 2003). Dabei soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass Parteien diese Faktoren durch Gesetzgebung langfristig auch beeinflussen können (Harmel und Janda 1982: 11, Deschouwer 2003). Unter systemischen Faktoren werden insbesondere sozioökonomische und institutionelle Merkmale eines politischen Systems, aber beispielsweise auch seine Größe verstanden (Harmel und Janda 1982: 11). Daraus folgt, dass sich alle Parteien innerhalb eines politischen Systems mit den gleichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen müssen. Dabei ist allerdings fraglich, ob sich die gegebenen Rahmenbedingungen auf alle Parteien gleichermaßen auswirken oder sich die Auswirkungen zwischen Parteien unterscheiden.

Harmel und Janda (1982: 31ff.) verwenden zur Charakterisierung dieser Rahmenbedingungen das Wahlsystem, die Anzahl der Parteien, die Wahrscheinlichkeit von Koalitionsregierungen, die Einflussmöglichkeiten der Opposition sowie die sozioökonomische Heterogenität der Gesellschaft und untersuchen ihren Einfluss auf den Extremismus, die Konsistenz und die Distanz der Parteiideologien in einem Parteiensystem.²⁶ In einer bivariaten Korrelationsanalyse zeigen sie, dass die Wahrscheinlichkeit von Koalitionsregierungen, die Anzahl der Parteien und ein proportionales Wahlsystem positiv mit Extremismus und Distanz korreliert sind (Harmel und Janda 1982: 34). Gleichzeitig bezweifeln sie allerdings, dass diese Zusammenhänge auf der individuellen Parteiebene bestehen und erklären damit auch ein

²⁶ Die abhängigen Variablen werden hier auf Systemebene betrachtet, das heißt es wird die extremste Partei, die Partei mit der größten Konsistenz und die Distanz zwischen den beiden am weitesten voneinander entfernten Parteien verwendet.

anderes Ergebnis ihrer Untersuchung, nämlich dass nur 29% der Varianz der Parteipositionen durch Rahmenbedingungen erklärt werden können (Harmel und Janda 1982: 21).

All diese Überlegungen zur Erklärung der politischen Positionierung von Parteien auf der nationalen Ebene können auch auf die subnationale Ebene übertragen werden und unter Berücksichtigung der genannten Kritikpunkte zur Erklärung der subnationalen Parteipositionen beitragen.

2.2.3. Politische Soziologie

Neben den Ansätzen der Politischen Ökonomie kann auch die Politische Soziologie einen Beitrag zur Erklärung der programmatischen Positionierung von Parteien leisten. Bereits vor der Entwicklung der Cleavage-Theorie durch Lipset und Rokkan (1967b) war die Idee, dass der Wettbewerb zwischen Parteien durch Konflikte zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung, wie beispielsweise „town vs. country, church vs. anti-clericals, one estate against another“ (Daalder 1983: 16), bestimmt wird, verbreitet. In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Frage der Verbindung zwischen Parteien und Gesellschaft zunächst noch durch einfache Feststellungen wie „[...] conflict among different groups is expressed through political parties which basically represent a “democratic translation of class struggle.““ (Lipset 1960: 220) thematisiert. In späteren Veröffentlichungen wird die Verbindung zwischen gesellschaftlichen Spaltungslinien und politischen Parteien hingegen ausführlicher und differenzierter besprochen (Lipset und Rokkan 1967a, Rokkan 1970, 1975, Rokkan und Flora 2000: 332ff.). Es wird argumentiert, dass die Nationalstaatsbildung und die industrielle Revolution zu Spaltungen innerhalb der Gesellschaft geführt haben, die durch die Entstehung von Parteien politisiert wurden (Siavelis 2006: 360). Eine Definition, was unter einem Cleavage, also einer gesellschaftlichen Spaltungslinie, genau zu verstehen ist, liefern Lipset und Rokkan (1967a) jedoch nicht. Nach Bartolini und Mair (1990) müssen gesellschaftliche Konflikte, damit sie politisch relevant und damit zu einem Cleavage werden, drei verschiedene Charakteristika aufweisen: sie müssen erstens Ausdruck einer Spaltung zwischen verschiedenen in der Gesellschaft vertretenen sozio-strukturell definierten Gruppen sein, zweitens müssen diese Gruppen sich ihrer gemeinsamen Identität bewusst sein und drittens müssen die Gruppeninteressen durch eine Organisation nach außen repräsentiert werden (Bartolini und Mair 1990: 211ff., Gallagher, et al. 2006: 235f.).

Die Cleavage-Theorie betrachtet Parteien als Interessenvertretungen bestimmter sozialer Gruppen, sodass eine Bindung dieser sozialen Gruppen, eventuell vermittelt über andere Organisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften, an bestimmte Parteien besteht und somit eine politisierte Sozialstruktur²⁷ entsteht (Pappi 1986, 2002). Aufgrund der Vielzahl möglicher Spaltungslinien in einer Gesellschaft kann es zu Überlagerungen einzelner Spaltungslinien kommen. Die Spaltungsstruktur einer Gesellschaft und damit auch die Entwicklung des jeweiligen Parteiensystems hängt also zum einen damit zusammen, welche relevanten Spaltungslinien vorhanden sind, und zum anderen wie diese relativ zueinander verlaufen (Gallagher, et al. 2006: 241f.).

Kritik an der Cleavage-Theorie, zum einen bezogen auf methodische Punkte wie die Messung der Konzepte (Urwin 1973: 192f.), zum anderen aber auch inhaltlicher Natur, insbesondere durch den einsetzenden Wandel der Parteiensysteme in den 70er Jahren, der mit der Cleavage-Theorie, die von eingefrorenen Parteiensystemen ausgeht, nicht erklärt werden konnte (Shamir 1984), wurde in der Literatur umfassend geäußert. Dennoch basieren auch aktuelle Konzepte zur Verbindung zwischen Parteien und Gesellschaft und sogar zur Veränderung von Parteien und Parteiensystemen auf der Cleavage-Theorie (Kitschelt 1994, 1995, Inglehart 1997). Obwohl schon bei Lipset und Rokkan (Lipset und Rokkan 1967a: 53) angeregt, wurden Untersuchungen der Cleavage-Strukturen innerhalb von Staaten erst in den letzten Jahren vermehrt in Angriff genommen. Anwendungen der Cleavage-Theorie zur Erklärung von Unterschieden innerhalb von Staaten beschäftigen sich vereinzelt mit Unterschieden zwischen subnationalen Parteiensystemen²⁸ und der Parteifragmentierung in subnationalen Parlamenten²⁹, beziehen sich aber in erster Linie auf die soziostrukturellen Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens³⁰.

Zur Erklärung des Wahlverhaltens auf Basis sozialstruktureller Merkmale haben sich drei Ansätze etabliert, der Interaktions-, der Identifikations- und der Interessenansatz (Kohler 2002: 33ff.). Der Interessensansatz geht davon aus, dass die Sozialstruktur Einfluss auf das Wahlverhalten ausübt. Dies geschieht unter Rückgriff auf die oben erläuterte Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (Lipset und Rokkan 1967a). Ein Wähler sollte folglich die

²⁷ Die politisierte Sozialstruktur beschreibt eine besondere Verbindung zwischen Gesellschaft und Politik. Man spricht dann von einer politisierten Sozialstruktur, wenn „wichtige soziale Gruppen dauerhafte Koalitionen mit politischen Parteien“ (Pappi 1986: 369) geschlossen haben.

²⁸ Für subnationale Parteiensysteme in der Schweiz (Vatter 2002: 117ff., 2003, Ladner 2004), in Belgien (Geys 2006) und in Spanien (Lago Penas 2004).

²⁹ Für die deutschen Landtage (Flick und Vatter 2007).

³⁰ Für Deutschland (Magin, et al. 2009), für Kanada (Blake 1978, Johnston 1991, Bélanger und Eagles 2006), für die USA (Darmofal 2008) und für Großbritannien (Johnston und Pattie 2006).

Partei wählen, die die Interessen seiner sozialen Gruppe vertritt, sich also auf der gleichen Seite einer gesellschaftlichen Spaltungslinie befindet (Magin, et al. 2009: 234). In engem Zusammenhang dazu stehen auch die anderen beiden Ansätze, die Wahlverhalten unter Rückgriff auf die Identifikation mit beziehungsweise die Interaktion innerhalb einer sozialen Gruppe (Lazarsfeld, et al. 1944, Berelson, et al. 1954), die über eine Gruppennorm verfügt und auch auf politische Fragen bezogen ist, erklären (Weßels 2000: 131). Letztlich laufen alle drei Ansätze darauf hinaus, dass Personen mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen bestimmte Parteien präferieren. Dementsprechend wird die Cleavage-Theorie häufig getestet, indem die Beziehung zwischen verschiedenen sozialstrukturellen Charakteristika einzelner Individuen und der Wahl oder Wahlabsicht bestimmter Parteien untersucht wird (Emmert und Roth 1995, Schnell und Kohler 1995, Debus 2010). Die Bindung bestimmter Wählersegmente an einzelne Parteien (Pappi 1986, Müller 1998, Debus 2010, Pappi und Brandenburg 2010) bedeutet folglich, dass sich Parteien bei der Formulierung ihrer politischen Programme an den Interessen eben jener Wählersegmente orientieren sollten, um sich die Wahlunterstützung dieser Gruppen zu sichern. Somit kann die Politische Soziologie auch einen Beitrag zur Erklärung der politischen Positionierung von Parteien leisten.

Wie groß die Relevanz gesellschaftlicher Konflikte für die heutigen Parteien tatsächlich noch ist, kann untersucht werden, indem man die programmatische Positionierung einer Partei im Vergleich zu ihrer Wählerschaft betrachtet. Besonders gut kann dies untersucht werden, wenn ein und die gleiche Partei mit sozialstrukturell unterschiedlich zusammengesetzten Wählerschaften zu tun hat, beispielsweise in verschiedenen Regionen eines Nationalstaates (Magin, et al. 2009, Müller 2009, Giger, et al. 2011: 263). Alternativ besteht auch die Möglichkeit, aufgrund der sozialstrukturellen Zusammensetzung der gesamten Gesellschaft Rückschlüsse auf die Stärke einzelner Parteien zu ziehen. So gehen Magin et al. (2009: 233) davon aus, dass die soziostrukturelle Zusammensetzung einer Gesellschaft in Verbindung mit den ideologischen Präferenzen der Region steht. Das heißt Unterschiede in der ideologischen Ausrichtung einzelner Regionen, gemessen über die Wahlergebnisse, die verschiedene Parteien in einer Region erzielen, sollen mit der soziostrukturellen Zusammensetzung der Wahlbevölkerung in dieser Region erklärt werden. Umgekehrt können auch ideologische Unterschiede zwischen Parteien in verschiedenen Regionen mit der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft erklärt werden.

Giger et al. (2011) untersuchen die Positionierung subnationaler Parteien in der Tradition der Politischen Soziologie, indem sie davon ausgehen, dass unterschiedlich zusammengesetzte

Wählerschaften in den Gliedstaaten dazu führen, dass die Parteien ihr politisches Angebot im Wettbewerb um Wählerstimmen an die jeweiligen regionalen Gegebenheiten anpassen. Sie untersuchen diese Hypothese am Beispiel der regionalen Parteigliederungen in den Schweizer Kantonen. Die klassischen Cleavage-Variablen Katholikenanteil und Stärke der Gewerkschaften haben auf der gesellschaftspolitischen bzw. wirtschaftspolitischen Dimension jedoch nicht den erwarteten Einfluss (Giger, et al. 2011: 276f.). Dagegen steht der Urbanisierungsgrad eines Kantons sowohl mit den wirtschaftspolitischen als auch mit den gesellschaftspolitischen Positionen der Kantonalparteien in Zusammenhang (Giger, et al. 2011: 277f.). Darüber hinaus hat eine höhere Arbeitslosenquote in einem Kanton zur Folge, dass die Parteien sich auf der sozioökonomischen Dimension weiter rechts positionieren als in Kantonen mit niedrigerer Arbeitslosenquote (Giger, et al. 2011: 278).

Ebenfalls mit den Kantonalparteien in der Schweiz beschäftigt sich Ladner und Brändle (2001), Klöti (1995) sowie Ladner (2004). Ladner und Brändle (2001) bestimmen die Politikpositionen der Parteien auf zwei Dimensionen sowie die Einstellung zu konkreten Fragen auf Basis einer Befragung von Parteimitgliedern und bilden darauf basierend Cluster von Kantonalparteien mit ähnlichen ideologischen Positionen. Dabei finden sie sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb von Parteien in verschiedenen Kantonen nennenswerte programmatische Unterschiede. Ebenso mit einer Befragung, allerdings einer Befragung der Parteisekretariate, ermittelt Klöti (1995: 52ff.) die Positionen der schweizerischen Kantonalparteien zu neun Themen. Darüber hinaus verwendet er für eine Links-Rechts-Einstufung der Parteien die durchschnittliche Einstufung der jeweiligen Wähler auf der Links-Rechts-Achse (Klöti 1995: 64ff.). Auf Basis dieser Daten kann Klöti (1995) sowohl Unterschiede bezüglich der einzelnen Issues als auch der Links-Rechts-Positionen zwischen den Kantonen zeigen, ferner ermittelt er mit Hilfe einer Faktoranalyse unterschiedliche Konstellationen der Konfliktlinien in den Kantonen (Klöti 1995: 68ff.). Der Fokus von Ladner (2004) liegt hingegen nicht auf den Positionen einzelner Parteien, sondern auf der daraus ermittelten Positionierung und Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme. Er verwendet dafür das Konzept des center of gravity von Gross und Sigelmann (1984) und kann auf Basis seiner Analyse die Vermutung, dass linke Parteiensysteme stärker polarisiert sind, überprüfen. Wie auch Lane (1994) kann er diese Annahme allerdings nicht bestätigen, findet jedoch sowohl hinsichtlich der Positionierung als auch der Polarisierung nennenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen kantonalen Parteiensystemen (Ladner 2004: 142ff.).

Diese Untersuchungen geben Hinweise darauf, dass zwischen Parteigliederungen in unterschiedlichen subnationalen Einheiten durchaus Unterschiede bestehen können, sodass die Beschäftigung mit der programmatischen Positionierung subnationaler Parteien lohnenswert erscheint.

2.2.4. Politikfeldforschung

Mit den tatsächlich umgesetzten Inhalten der Politik beschäftigt sich die aus den USA stammende Politikfeldforschung, die sich inzwischen auch in Deutschland etabliert hat. Im Mittelpunkt dieser Forschung steht das Handeln politischer Akteure. Sie fragt danach, was politische Akteure tun, warum sie etwas tun und was sie damit bewirken (Dye 1972: 1). In der Politikfeldforschung existieren viele theoretische Ansätze nebeneinander, die jedoch nicht zu einem einheitlichen Theoriegebäude zusammengeführt wurden (Blum und Schubert 2009a: 34). Gemeinsam ist allen Ansätzen die abhängige Variable. Dabei handelt es sich immer um die policy, also die umgesetzten Politikinhalte, wobei darunter auch die Veränderung von Politikgehalten verstanden werden kann.³¹

Der Großteil der Literatur zur Erklärung der Regierungspolitik befasst sich dabei mit der Erklärung von Wohlfahrtspolitik (Schmidt 1982), die in diesem Zusammenhang zumeist als Höhe der Sozialausgaben operationalisiert wird (Hicks und Swank 1992, Huber, et al. 1993: 712). Vereinzelt befassen sich auch mit anderen Politikfeldern wie Bildungs- (Castles 1989, Busemeyer 2007), Landwirtschafts- (Sheingate 2009) oder Umweltpolitik (Seeger 2003). Auch bei der Untersuchung dieser Politikfelder werden jedoch häufig Ausgaben als abhängige Variable herangezogen. Bei der Operationalisierung der Politikinhalte über Ausgaben muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Ausgabenhöhe nicht immer Auskunft über Politikinhalte gibt, sondern auch ohne eine Änderung der Politikinhalte von externen Faktoren, beispielsweise steigender Arbeitslosigkeit und somit höheren Ausgaben im Bereich des Arbeitslosengeldes, beeinflusst werden können (Turner 2011: 1f.).

Bei der ebenfalls verwendeten indirekten Messung der Regierungspolitik über wirtschaftliche Variablen, wie Wirtschaftswachstum, Inflation oder Arbeitslosenquote, muss wiederum berücksichtigt werden, dass diese nur in sehr begrenzter Weise dem Einfluss der Politik

³¹ Bezüglich der Forschung zur Veränderung von Politikgehalten vgl. den advocacy-Koalitionsansatz von Sabatier (1988), die punctuated equilibrium Theorie von Baumgartner und Jones (1993) und den multiple stream Ansatz von Kingdon (1984).

unterliegen, was auch die wenig überzeugenden Ergebnisse dieser Arbeiten erklären kann (Alvarez, et al. 1991, Busch 1995). Die Operationalisierung der zu erklärenden Politikinhalte ist folglich eines der größten Probleme der gesamten Politikfeldforschung.³²

Der Politikfeldforschung liegt also zunächst eine andere abhängige Variable als dieser Arbeit zu Grunde. Dennoch sind ihre Überlegungen, wie in diesem Kapitel gezeigt werden wird, zum Teil auf die programmatische Positionierung von Parteien übertragbar, da zum einen die Faktoren, die die Umsetzung der Parteipräferenzen in Regierungspolitik beeinflussen, auch Einfluss auf die Gestaltung des politischen Programms der Parteien haben können und zum anderen einige theoretische Überlegungen an den veränderten Kontext angepasst werden können. Insgesamt kann auch hier von einer Fokussierung der Forschung auf die nationalstaatliche Ebene gesprochen werden (Turner 2011: 2). Allerdings gibt es für die Vereinigten Staaten, Kanada und die Schweiz auch umfassende Werke, die sich mit der Politik auf subnationaler Ebene befassen (Elkins und Simeon 1980, Dunn 1996, Vatter 2002, Gray und Hanson 2004). Ein Vorteil der Untersuchung subnationaler Einheiten eines Nationalstaates ist, dass bestimmte Faktoren zwischen den subnationalen Einheiten konstant gehalten werden können. Gleichzeitig müssen hier allerdings auch Faktoren berücksichtigt werden, die außerhalb der einzelnen subnationalen Einheiten, beispielsweise auf der Ebene des Nationalstaates, liegen. Zur Verdeutlichung werden in den nächsten Abschnitten einige beispielhafte Untersuchungen auf regionaler Ebene besprochen.

Bei der Betrachtung der Regierungspolitik in föderalen Staaten muss, wie bereits in Kapitel 2.1.1 erläutert, die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen berücksichtigt werden. Politische Freiräume der Gliedstaaten ermöglichen es den Gesetzgebern der Gliedstaaten eigene Politikinhalte zu verwirklichen, sodass in der Literatur von „Sinatra-Föderalismus“, frei nach dem Motto „I did it my way“, die Rede ist (Jeffery 1999a). Gezeigt werden kann dies für Deutschland unter anderem an der Umsetzung von europäischen Vorgaben, die sich je nach Regierungszusammensetzung, Einfluss von Interessengruppen, aber auch der speziellen programmatischen Ausrichtung der an der Regierung beteiligten Landesparteien unterscheidet (Sack 2010: 638). Einzelne Studien, insbesondere aus den 1980er Jahren, beschäftigen sich mit den unterschiedlichen Politikgehalten, die von den Parteien in Gliedstaaten umgesetzt werden, wobei hier ein Schwerpunkt auf den Parteien in den amerikanischen Bundesstaaten liegt (Dye 1984, Tucker und Herzik 1986, Erikson, et al.

³² Zur Operationalisierung von Politikgehalten im Sinne von programmatischen Positionen vgl. Kapitel 4.1.

1989)³³. Zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Bundesstaaten finden in der Regel zwei verschiedene Typen von unabhängigen Variablen Berücksichtigung, dies sind sozioökonomische und politische Variablen.

Das konventionelle Modell zur Erklärung der Wohlfahrtspolitik geht davon aus, dass eine positive sozioökonomische Entwicklung einen positiven Effekt auf die Ausgaben im Wohlfahrtsstaatsbereich hat (Tucker und Herzik 1986: 86). Zudem wird davon ausgegangen, dass mehr Wettbewerb zwischen den Parteien in einem Bundesstaat sich indirekt ebenfalls positiv auf die Höhe der Sozialausgaben auswirkt (Dawson und Robinson 1963, Holbrook und Van Dunk 1993). Die Forschungsergebnisse sind allerdings uneinheitlich und kommen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen bezüglich der Bedeutung sozioökonomischer und politischer Variablen (Tucker und Herzik 1986: 84, Holbrook und Van Dunk 1993). Tucker und Herzik (1986) erklären Unterschiede zwischen den Regionen mit kulturellen Unterschieden, verschiedenen Politikpräferenzen und historischen Unterschieden bei den Politikgehalten, insbesondere mit Blick auf die Unterschiede zwischen den Nord- und den Südstaaten. Die uneinheitlichen Ergebnisse in der Politikfeldforschung der Vereinigten Staaten werden in der Literatur darüber hinaus mit Unterschieden in den Theorien, der Operationalisierung der Variablen, dem Analyselevel, der Analyseeinheit und dem Umgang mit dem Faktor Zeit erklärt (Tucker 1982: 176).

Entgegen der Annahme des Sinatra-Föderalismus, auf deren Basis viele Untersuchungen und teils widerstreitende Erklärungen von regionalen Politikunterschieden entstanden, gibt es auch die These der zunehmenden Nationalisierung und Homogenisierung der Politik (Hofferbert 1971, Rose 1973), die empirisch allerdings ebenfalls unklare Ergebnisse liefert (Kemp 1978). Hier muss dem Faktor Zeit und anderen Kontextvariablen eine große Bedeutung eingeräumt werden, so kann es sowohl Perioden der Konvergenz als auch der Divergenz in einem Staat geben (Simeon 2010). Rose (1973) kritisiert an vielen Untersuchungen, die sich mit der Politik in den amerikanischen Staaten befassen, dass diese die nationale Ebene beziehungsweise Beziehungen zwischen regionaler und nationaler Ebene nicht einbeziehen, obwohl sich nationale und regionale Regierungen in ihrem Handeln gegenseitig beeinflussen. Durch die zunehmende Regionalisierung in den Einheitsstaaten Europas (Vereinigtes Königreich, Belgien und Spanien) (Hooghe, et al. 2008), rücken auch die Auswirkungen

³³ Zur regionalen Variation der Politikhalte in Kanada vgl. (Simeon und Robert 1980). Unter dem Blickwinkel eines race to the bottom in Nationalstaaten vgl. (Harrison 2006).

dieser Regionalisierungen auf die in den Regionen umgesetzten Politikinhalt stärker in den Vordergrund der Politikfeldforschung (Keating und McEwen 2005).

Die klassische Theorie betrachtet den Wettbewerbsföderalismus vor allem als Standortwettbewerb, der versucht wirtschaftlich leistungsfähige Akteure anzuziehen oder wirtschaftlich nicht leistungsfähige Akteure durch Leistungskürzungen zu verdrängen (Peterson 1995: 121).³⁴ Neben dem Steuerwettbewerb ist der Wettbewerb um Politiklösungen, die die Bürgerschaft zufriedenstellen und somit durch eine positive Bewertung der Regierungsleistung, insbesondere im Vergleich mit den Leistungen der Regierungen in anderen Gliedstaaten, deren Wiederwahl sicherstellen, von großer Bedeutung (Salmon 1987: 32, Benz 2009: 75f.). Durch diesen Wettbewerb um die beste Politiklösung können verschiedene Ansätze erprobt werden und der so ermittelte beste Ansatz von allen Gliedstaaten nach und nach übernommen werden.³⁵ Diese Suche nach erfolgreichen Politikinhalt in anderen Gebietseinheiten erfolgt in erster Linie entlang von Raum und Zeit (Rose 1993), wobei eine große Ähnlichkeit zwischen zwei Gliedstaaten die Übertragung von Politikinhalt vereinfacht (Schmid 2003).³⁶

Nach diesem Einblick in die Untersuchungen auf regionaler Ebene werden die verschiedenen Schulen der Staatstätigkeitsforschung, die unterschiedliche Faktoren zur Erklärung der umgesetzten Politikinhalt heranziehen, im Folgenden vorgestellt und bezüglich ihrer Übertragbarkeit auf die Fragestellung dieser Arbeit bewertet.³⁷ Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die verschiedenen Schulen der Staatstätigkeitsforschung nicht gegenseitig ausschließen, sondern im Gegenteil als Ergänzungen verstanden werden sollen und die größte

³⁴ Dies kann beispielsweise über Steuerkompetenzen der Gliedstaaten geschehen. Zum einen kann der steuerliche Wettbewerb zwischen Gliedstaaten dazu führen, dass bessere politische Maßnahmen gefördert werden, die Ausgaben also sorgfältiger ausgewählt werden, zum anderen kann zu viel Steuerwettbewerb aber auch in einer Abwärtsspirale enden (Holzinger 2002, Anderson 2008: 44f.).

³⁵ Vergleiche Schmid (2001: 292ff., 2002: 292ff.) für die Untersuchung von Politikdiffusion in der Arbeits- und Sozialpolitik zwischen deutschen Bundesländern. In der Politikwissenschaft wurden verschiedene lerntheoretische Ansätze, die sich mit der Übertragung von Politiklösungen zwischen verschiedenen Einheiten, wie beispielsweise Nationalstaaten oder Gliedstaaten beschäftigten, entwickelt (Biegelbauer 2007, Blum und Schubert 2009b: 156ff.). Politikdiffusion muss jedoch nicht immer mit Lernprozessen einhergehen, vielmehr kann sie auch durch das Kopieren bzw. Borgen von Politikinhalt entstehen (Schmid 1990: 24ff. und 194ff., 2003: 206, Blancke 2004)

³⁶ Zum politischen Lernen zwischen deutschen Ländern vgl. (Haus 2006, Schmid und Blancke 2006).

³⁷ Die Betrachtung im Rahmen dieser Arbeit wird auf die vergleichende Staatstätigkeitsforschung begrenzt, da die vorliegende Untersuchung auf der Makro-Ebene angesiedelt ist. Weitere Ansätze innerhalb der Policy-Forschung sind die akteurszentrierte Mikro-Policy-Analyse vgl. (Nullmeier, et al. 2003: 9, Blum und Schubert 2009a: 46f.), die sich mit Routinen und Regeln in den einzelnen Politikfeldern beschäftigt, und der auf der Meso-Ebene angesiedelte akteurszentrierte Institutionalismus, der sich mit Akteurskonstellationen und Interaktionsformen beschäftigt, vgl. (Mayntz und Scharpf 1995, Scharpf 2000b).

Erklärungskraft aus einer auf die jeweilige Forschungsfrage und das untersuchte Politikfeld angepassten Kombination verschiedener Schulen entsteht (Schmidt 1993: 382).

In der politisch-institutionalistischen Schule der Staatstätigkeitsforschung wird der Einfluss von Institutionen auf die Staatstätigkeit betrachtet. Einerseits sind dies Institutionen, die die Entscheidungsprozesse strukturieren, also beispielsweise festlegen, welche Akteure mitentscheiden (Zohlnhöfer 2008: 160). In diesem Zusammenhang ist das Vetospielertheorem von Tsebelis (1995) von besonderer Bedeutung. In dieser Schule werden Institutionen untersucht, die nationale Regierungen in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen (Huber, et al. 1993), beispielsweise wenn subnationale Regierungen über bestimmte Kompetenzen verfügen (Manow 2005, Zohlnhöfer 2008: 160). Empirisch konnte gezeigt werden, dass Staatstätigkeit durch diese institutionellen Gegebenheiten maßgeblich beeinflusst wird (Huber, et al. 1993). Sie determinieren die Staatstätigkeit jedoch nicht, sondern eröffnen nur Gelegenheitsstrukturen (Zohlnhöfer 2008: 161).

Die internationale Hypothese lenkt das Augenmerk hingegen auf Effekte der Globalisierung und Europäisierung (Zohlnhöfer 2008: 161). Im Rahmen der Globalisierung wird insbesondere die Internationalisierung der Märkte und ihre Auswirkung auf Sozialausgaben, Staatsquote und Steuern betrachtet (Cameron 1978, Scharpf 2000a). Die Europäisierung hat beispielsweise dazu geführt, dass die Mitgliedsstaaten Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen haben und Entscheidungen der Europäischen Union auf diesen Gebieten nun umsetzen müssen und so in ihrer Handlungsfreiheit in bestimmten Politikfeldern eingeschränkt sind (Börzel 2006). Beide Schulen sollen im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht näher betrachtet werden, da die untersuchten Einflussfaktoren (institutionelle und internationale Rahmenbedingungen) bei der Betrachtung deutscher Parteien in den Ländern und im Bund kaum variieren und somit keinen Beitrag zur Erklärung von Unterschieden zwischen den Landesparteien sowie den Landes- und den Bundesparteien leisten können.

Im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Arbeiten in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung steht die Parteiendifferenzthese, die häufig auch mit dem Terminus „do parties matter?“ umschrieben wird. Wie der Name schon sagt wird hier der Einfluss von Parteien, in Form der Parteizusammensetzung der zuständigen Regierung, auf die umgesetzten Politikinhalt untersucht (Schmidt 1996, Zohlnhöfer 2008: 158). Die Parteiendifferenzthese geht allgemein formuliert davon aus, dass jede Partei versucht eine Politik umzusetzen, die den Interessen ihrer Wähler entspricht und übernimmt somit die Idee

der Cleavage-Theorie. Der Einfluss von Regierungsparteien im Vergleich zu Oppositionsparteien wird dabei als sehr hoch eingeschätzt (Zohlnhöfer 2008: 159). Nachdem in den 1980er und 1990er Jahren zunächst empirische Erfolge der Parteiendifferenzthese gefeiert wurden (Schmidt 1996: 169), stellen neuere Untersuchungen ein Verschwinden der Parteeffekte auf Politikinhalt in den 1990er Jahren fest (Zohlnhöfer 2008: 167).

Eine andere Schule, die sich ebenfalls auf gesellschaftliche Konfliktlinien bezieht, fordert die Berücksichtigung der Machtressourcen organisierter Interessen. Damit sind in erster Linie Interessenorganisationen entlang der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, und erst nachrangig die mit den Konfliktlinien verbundenen politischen Parteien, gemeint (Esping-Andersen 1990, Alvarez, et al. 1991, Zohlnhöfer 2008: 158f., Blum und Schubert 2009a: 41).³⁸ Dieser Ansatz ist insbesondere für den Vergleich ähnlich entwickelter Staaten geeignet, hat allerdings Nachteile im Bereich der Operationalisierung, der weitgehenden Einschränkung auf Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der mangelnden Berücksichtigung institutioneller Bedingungen wie beispielsweise eines föderalistischen Staatswesens (Zohlnhöfer 2008: 158).

Wie die Parteiendifferenzthese und der Machtressourcenansatz betrachtet auch die sozioökonomische Schule die Bedürfnisse der Wählerschaft beziehungsweise der Bevölkerung, die von den Regierenden berücksichtigt werden müssen. Diese Bedürfnisse und damit auch die Staatstätigkeit wird hier auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen zurückgeführt (Zöllner 1963, Wilensky 1975, Zohlnhöfer 2008: 157). Die sozioökonomische Schule sieht wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren als deterministisch für die umgesetzten Politikinhalt an und lässt daher keinen Raum für den Einfluss politischer Wertvorstellungen (Zohlnhöfer 2008: 158, Blum und Schubert 2009a: 41). Dieser Determinismus ist einer der Hauptkritikpunkte an der sozioökonomischen Schule, die sich insbesondere zur Erklärung von Unterschieden zwischen sehr verschiedenen Ländern eignet und bei Ländern mit ähnlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen nur als einer unter vielen Einflussfaktoren bedeutsam sein kann (Zohlnhöfer 2008: 158).

Eine vollkommen andere Perspektive nimmt die Theorie des Politikerbes bzw. der Pfadabhängigkeit von Politik ein (Rose 1990, Wolf 2006). Sie betrachtet den Status Quo der

³⁸ Neben dieser kritisch marxistischen Variante der Machtressourcentheorie gibt es auch eine liberale Variante, die erwartet, dass mit steigender Dauer von Wohlstand und Stabilität in einem Staat Koalitionen entstehen, die versuchen den eigenen Anteil an der Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands zu vergrößern. Dies geht zu Lasten von Effizienz und Wachstum (Olson 1985). Im Vergleich zum kritisch marxistischen Theoriezweig ist die liberale Variante in der Forschung jedoch unbedeutender (Schmidt 1993: 377).

Politik, mit dem eine Regierung konfrontiert wird, als einen entscheidenden Faktor für politische Entscheidungen (Zohlnhöfer 2008: 163, Blum und Schubert 2009a: 43). Zwar ist es einer Regierung möglich den Status Quo durch weitreichende Gesetzesänderungen zu verändern, jedoch erscheint dies, zumindest mittelfristig, aus verschiedenen Gründen nicht sehr wahrscheinlich (Zohlnhöfer 2008: 163). Dies wird unter anderem auf den Einfluss von Interessengruppen sowie die wahlpolitischen Risiken und hohen Kosten plötzlicher Veränderungen zurückgeführt (Pierson 2000). Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Staatstätigkeitsforschung in der Tradition des Politikerbes und der Pfadabhängigkeit für die Regierungen nur einen äußerst begrenzten Handlungsspielraum erwartet.

Obwohl sich die Staatstätigkeitsforschung, entsprechend ihrer Bezeichnung, mit der Staatstätigkeit, also der umgesetzten Regierungspolitik beschäftigt, können ihre theoretischen Ansätze auf Politikpositionen von Parteien übertragen werden, die ja nichts anderes sind als die angestrebte beziehungsweise dem Wähler in Aussicht gestellte Regierungspolitik, wenn die jeweilige Partei an die Macht kommt. Am offensichtlichsten ist diese Übertragbarkeit für die Parteidifferenzthese, die davon ausgeht, dass jede Partei versucht in der Regierung ihre Interessen umzusetzen, die also per se verschiedene Politikpositionen voraussetzt. Die Interessen einer Partei werden bei dieser Überlegung auf die Interessen der Wähler einer Partei zurückgeführt. Da eine Partei den Wählern in Form ihres Wahlprogramms ein Angebot macht und versucht möglichst viele Wähler zu überzeugen, kann auch hier davon ausgegangen werden, dass sich das im Wahlprogramm dargestellte Politikangebot an den Interessen der Wähler orientiert. Letztlich ist der Zusammenhang zwischen Wählerinteressen und Politikposition im Wahlprogramm sogar direkter als der Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und Wählerinteressen, da einschränkende Faktoren³⁹, wie beispielsweise die generelle Umsetzbarkeit der Vorschläge, ihre Finanzierung oder auch der Einfluss eventueller Vetospieler, bei der Formulierung des Wahlprogramms nur bedingt durch die Antizipation dieser Einschränkungen zum Tragen kommen. Ob die Kritik an der Parteidifferenzthese, die von einer Konvergenz der Parteien bedingt durch eine Annäherung der Wähler oder eine Orientierung der Parteien am Medianwähler (vgl. Kapitel 2.2.2) ausgeht, zutrifft, kann anhand der Politikpositionen der Parteien im Zeitverlauf direkt überprüft werden.

³⁹ Vgl. zu möglichen einschränkenden Faktoren (Schmidt 1996: 170ff.).

Die sozioökonomische Schule betrachtet wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren als Determinanten des Regierungshandelns, kann in dieser strikten Form allerdings nicht auf die Parteipositionen übertragen werden, da Parteipositionen weiteren wichtigen Einflussfaktoren, wie beispielsweise Wertvorstellungen, unterliegen. Verzichtet man jedoch auf diesen Determinismus, kann durchaus davon ausgegangen werden, dass Parteien bereits ihre Wahlprogramme an die bestehenden Verhältnisse und somit an die Bedürfnisse der Wählerschaft anpassen. Auch der Machtressourcen-Ansatz ist nicht nur auf Regierungspolitik, sondern auch auf Parteipositionen anwendbar, da organisierte Interessen Politik und Parteien insgesamt prägen und sich ihr Einfluss nicht auf Regierungspolitik beschränkt. Zum einen bestehen historische wie ideologische Verbindungen zwischen Parteien und Interessenorganisationen, insbesondere bezüglich der Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital, zum anderen wirken Mitglieder von Interessenorganisationen auch direkt als Parteimitglieder bei der Gestaltung von Wahlprogrammen mit. Ausdruck der teilweise recht engen Verbindung ist beispielsweise die Forderung von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes standardmäßig als Vorstandsmitglied der SPD zu kooptieren.⁴⁰

Die drei genannten Schulen beziehen sich in der einen oder anderen Weise letztlich alle auf die Interessen oder Bedürfnisse der Wähler oder bestimmter Wählergruppen, die von den Parteien berücksichtigt werden. Die Theorie des Politikerbes hingegen betrachtet den Status Quo in einem politischen System, mit dem sich eine Partei in der Regierungsverantwortung, letztlich aber auch schon im Wahlprogramm, auseinandersetzen muss. Genauso wie eine Partei ihr tatsächliches Regierungshandeln am Status Quo orientiert, kann auch die Bestimmung ihrer Politikposition nicht unabhängig vom Status Quo erfolgen, da eine Position immer im Bezug zum Status Quo steht, den sie entweder in die eine oder andere Richtung verändern oder beibehalten möchte. Die genannten Schulen der Staatstätigkeitsforschung können also auch für die Untersuchung der Politikpositionen von Parteien wichtige Ergänzungen zu den Theorien der Politischen Ökonomie und der Politischen Soziologie liefern.

⁴⁰ Vgl. dazu den Artikel der Online-Ausgabe der Zeit vom 4.11.2011 (heruntergeladen am 8.3.2012 von <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-11/dgb-spd-sommer-2>).

2.3. Forschungsstand Deutschland

Ebenso wie in der internationalen Politikwissenschaft hat die Analyse von subnationalen Parteien und ihren Programmen auch in der deutschen Politikwissenschaft im letzten Jahrzehnt einen Aufschwung erlebt. Dies trifft auf deskriptive, insbesondere aber auf quantitativ-empirische Arbeiten zu.

Deskriptive Arbeiten zu den subnationalen Parteien in Deutschland beschäftigen sich meistens mit einer einzelnen Partei oder mit den Parteien eines Bundeslandes beziehungsweise weniger Bundesländer. Die ideologische Positionierung der subnationalen Parteien spielt dabei bisher eher eine untergeordnete Rolle, das Hauptaugenmerk liegt meist auf der historischen Entwicklung der Landespartei(en), der Regierungserfahrung, der Parteiorganisation und/oder den Beziehungen zur Bundespartei (Lösche 1993, Linnemann 1994, Eilfort 2006). Einzelne Untersuchungen setzen sich jedoch auch mit den von den Landesparteien vertretenen Positionen auseinander. So entwickelte Schmid (1989: 261f.) eine Typologie der CDU-Landesverbände. Den Landesverbänden von Rheinland-Pfalz (1960er und Anfang der 1970er Jahre), Baden-Württemberg (1980er Jahre) und Berlin (1980er Jahre) spricht er dabei die Entwicklung neuer Politiken und programmatischer Standpunkte zu, die auch von der Bundespartei übernommen wurden (Schmid 1989: 261). Den hessischen Landesverband in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts sieht Schmid (Schmid 1989: 261) hingegen als den rechten Flügel innerhalb der CDU, insbesondere in den Themenfeldern Bildung, Innere Sicherheit und Außenpolitik (Schmid 1990, Oberndörfer und Schmitt 1991).

Auch im in Kapitel 2.2.4 besprochenen Bereich der Politikfeldforschung liegen für Deutschland in erster Linie deskriptive Studien, die in der Form von Sammelbänden verschiedene Politikfelder vergleichen, vor (Schneider und Wehling 2006, Scheller und Schmid 2008). In einem Sammelband von Hildebrandt und Wolf (2008) werden Politikinhalt in vielen verschiedenen Politikfeldern unter dem Einfluss der parteilichen Zusammensetzung der Landesregierung und anderen Faktoren mit potentielltem Einfluss auf Politikinhalt untersucht. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Politikfeldern. Für die Bildungspolitik hat die Parteizusammensetzung einen großen Einfluss, jedoch verfügen in anderen Politikfeldern die Indikatoren Pfadabhängigkeit und Interessengruppen ebenfalls über großen Einfluss (Hildebrandt und Wolf 2008: 364f.). In der Tradition der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, genauer gesagt der Schule der Parteiendifferenz, der sozioökonomischen Determination und des Politikerbes, bearbeitet Hildebrandt (2009:

47ff.) die Verschuldung der deutschen Bundesländer und Turner (2011) beschäftigt sich mit den Politikfeldern Bildung, Familie und Arbeit. Als bedeutendste Arbeit in diesem Bereich kann allerdings wohl Schmidt (1980) betrachtet werden. Er untersucht Bildungspolitik, Innenpolitik, Politik für benachteiligte Gruppen sowie den öffentlichen Sektor der Bundesländer im Hinblick auf den Einfluss der Parteizusammensetzung der jeweiligen Landesregierung. Unterschiede zwischen den Parteien findet Schmidt (1980: 129ff.) vor allem in der Bildungspolitik und der Politik für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen. Gleichzeitig nennt er aber auch Bedingungen, unter denen diese Unterschiede auftreten, sodass kein Automatismus zwischen der Parteizusammensetzung der Regierung und den umgesetzten Politikgehalten postuliert wird (Schmidt 1980: 131).

Ein Schwerpunkt der Forschung zu Politikgehalten in den deutschen Bundesländern liegt, entsprechend der Kompetenzverteilung zwischen nationaler und subnationaler Ebene, auf dem Politikbereich Bildung (Göbel und Schlaffke 1991, Hepp 2011). Zwei neuere Studien zur Bildungspolitik in den deutschen Ländern bestätigen den Einfluss der Parteizusammensetzung von Regierungen (Stern 2000: 310, Payk 2009). Payk (2009) untersucht die Bildungspolitik in den deutschen Ländern jedoch mit Blick auf den durch die PISA-Studie ausgelösten externen Schock und das darauffolgende Policy-Window. Seine Ergebnisse bezüglich der Parteiendifferenzhypothese sind jedoch nicht eindeutig. Einerseits findet er weiterhin auf der Parteizusammensetzung der Regierung beruhende Unterschiede in der Bildungspolitik, andererseits stellt er, insbesondere bei relativ neuen Themen der Bildungspolitik, die nicht von bereits lange bestehende Konfliktlinien zwischen den Parteien geprägt sind, schwächere parteipolitische Unterschiede fest (Payk 2009: 278ff.).

Konkrete Politikpositionen, die sich für quantitative Auswertungen eignen, lagen lange Zeit nur für die nationale Ebene vor, da die Verfahren der Gewinnung von Politikpositionen so aufwändig waren, dass eine Anwendung auf die subnationale Ebene nicht vorgenommen wurde. Hierin dürfte einer der Hauptgründe für die späte Berücksichtigung der deutschen Landesparteien in der quantitativ arbeitenden Politikwissenschaft zu finden sein. Zunächst wurden daher, entsprechend der Annahme, dass sich die Positionierung der Landesparteien nicht oder nur marginal von der Positionierung der entsprechenden Bundespartei unterscheidet, die Positionen der Bundesparteien auf die jeweiligen Landesparteien übertragen (Bräuninger und König 1999, Pappi, et al. 2005), um mit diesen als unabhängige Variablen Koalitionsbildungen oder legislative Prozesse auf der Ebene der Bundesländer zu erklären. Die Annahme, dass Parteien ebenenübergreifend die gleichen Positionen vertreten,

wurde in der jüngeren Forschung jedoch vermehrt angezweifelt und auch widerlegt, obwohl die ordinale Anordnung der subnationalen Parteien in den deutschen Bundesländern meist dem nationalen Benelux-Muster entspricht (Debus 2007: 53, 2008a: 65f., Müller 2009: 374, Seher und Pappi 2011).

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Bundes- und der Landesebene in Deutschland sind ein Kritikpunkt an der Übertragung der Politikpositionen der Bundesparteien auf die Landesparteien. Da die Bundesebene beispielsweise nicht für Bildungspolitik zuständig ist, ist fraglich, ob die Bundesparteien zu einem solchen Thema Positionen entwickeln und diese, wenn sie denn aufgrund fehlender Gesetzgebungskompetenz und somit fehlender Relevanz überhaupt zu ermitteln sind, auf die Landesebene übertragen werden können (Pappi, et al. 2009). Zudem können bestimmte Fragestellungen, wie beispielsweise die Frage nach den Unterschieden zwischen den Landesverbänden einer Partei oder zwischen den Landesparteien und der Bundespartei, nicht beantwortet werden, wenn keine eigenständigen Politikpositionen für die Landesparteien vorliegen.

Erst mit der Entwicklung computergestützter Verfahren zur Ermittlung von Parteipositionen um die Jahrtausendwende wurden vermehrt auch die Politikpositionen der subnationalen Parteien in Deutschland untersucht.⁴¹ In den letzten Jahren wurden daher zunehmend quantitativ-empirische Arbeiten veröffentlicht, die sich in verschiedenen Zusammenhängen mit den Politikpositionen der deutschen Landesparteien beschäftigen (Debus 2007, 2008a, Grabow 2008, Holtman 2008, Müller 2009, Pappi, et al. 2009, Pappi, et al. 2011, Seher und Pappi 2011, Bräuninger und Debus 2012).

Als unabhängige Variable werden die Politikpositionen der deutschen Landesparteien besonders häufig zur Erklärung der Koalitionsbildung in den Bundesländern herangezogen (Bräuninger und Debus 2008, Debus 2008a, 2008b). Im Kontext dieser Arbeit sind Untersuchungen, die die Politikpositionen der Landesparteien als abhängige Variable betrachten, jedoch weitaus bedeutender. Untersuchungen zur Erklärung der Politikpositionen der deutschen Landesparteien wurden allerdings erst in den letzten Jahren veröffentlicht. Viele dieser Untersuchungen stützen sich auf einen Datensatz, der Politikpositionen auf einer sozioökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension enthält, die mit dem Programm wordscores ermittelt wurden (Müller 2009, Bräuninger und Debus 2012: 153ff.). Aus diesem Datensatz ist ersichtlich, dass sich die Politikpositionen der Landesparteien zwar

⁴¹ Zu den verschiedenen Verfahren zur Ermittlung der Politikpositionen von Parteien vgl. Kapitel 4.1.1.

untereinander und auch von den Positionen der jeweiligen Bundespartei unterscheiden, die Zugehörigkeit zu einer Bundespartei allerdings dennoch in hohem Maße die Politikpositionen der Landesparteien bestimmt (Müller 2009: 376, Bräuninger und Debus 2012: 171, Debus (2008a: 65). Allerdings kann der Einfluss der Bundespartei zwischen den Parteien und auch zwischen den einzelnen Landesparteien variieren. Für die Unterschiede zwischen Bundes- und Landesparteien sowie zwischen den Landesparteien in verschiedenen Bundesländern wurden verschiedene Erklärungsfaktoren untersucht.

Für die CDU/CSU stellt Debus (2007: 50) fest, dass die Landesparteien zwischen 2002 und 2005 sowohl auf der wirtschaftspolitischen als auch auf der gesellschaftspolitischen Dimension durchschnittlich eine moderatere Position einnehmen als die Bundespartei. Die SPD war in diesem Zeitraum auf Landesebene eher links orientiert als auf Bundesebene (Debus 2007: 52). Allerdings wurden nur Parteien in Bundesländern betrachtet, die in diesem Zeitraum Wahlen abgehalten haben, sodass dieses Ergebnis auch auf die Auswahl der untersuchten Bundesländer zurückzuführen sein kann. Debus (2007: 54ff.) findet in seiner Untersuchung einen schwachen Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl und der Abweichung der Landespositionen der Parteien von der Bundesposition. Dieser variiert jedoch zwischen den Parteien und zwischen den betrachteten Politikdimensionen. Neben den Positionen der zugehörigen Bundesparteien sind auch die sozioökonomischen Bedingungen in den Bundesländern von Bedeutung. So haben die Konfessionsstruktur, die Siedlungsstruktur sowie die wirtschaftliche Lage in einem Bundesland Einfluss auf die programmatische Positionierung der Landesparteien (Müller 2009: 376ff., Bräuninger und Debus 2012: 166ff.). Teilweise konnten auch Unterschiede zwischen den Parteien in den alten und den neuen Bundesländern nachgewiesen werden (Bräuninger und Debus 2012: 170). Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich die Landesparteien im Untersuchungszeitraum von 1991 bis 2008 auf beiden Dimensionen nach rechts bewegt haben, also wirtschaftspolitisch liberaler und gesellschaftspolitisch konservativer wurden (Bräuninger und Debus 2012: 169).

Auch die Erklärung solcher Positionsveränderungen der Landesparteien über die Zeit war Gegenstand einiger Untersuchungen für die deutsche Landesebene (Debus 2007, Bräuninger 2009, Müller 2010, Bräuninger und Debus 2012). Aufgrund des Mangels an Positionsdaten und der Komplexität der Prozesse, die Positionierung und Positionswandel von Parteien beeinflussen, gibt es bisher allerdings nur wenige empirische Arbeiten, die sich mit dem Positionswandel subnationaler Parteien in Deutschland beschäftigen. Zu nennen sind

insbesondere die Untersuchung von Bräuninger und Debus (2012: 187-201) und damit eng verwandt die Untersuchung von Müller (2010). Beide verwenden als unabhängige Variablen die Wählernachfrage sowie Effekte des Parteienwettbewerbs. Bezüglich der Wählernachfrage ergeben sich die erwarteten Ergebnisse, nämlich dass Parteien der Position des Durchschnittswählers folgen, wenn er sich von ihnen entfernt und ihm andererseits entgegengehen, wenn sich die Position des Durchschnittswählers in ihre Richtung bewegt (Bräuninger und Debus 2012: 196ff.). Was den Einfluss des Parteienwettbewerbs betrifft stellen Bräuninger und Debus (2012: 196ff.) fest, dass die deutschen Landesparteien einer Predator-Strategie⁴² zuneigen, sich also der Position des Siegers der vorangegangenen Wahl annähern. Diese Ergebnisse stehen in Einklang mit den Ergebnissen der in Kapitel 2.2.2 angesprochenen Studien von Budge (Budge 1994) und Adams et al. (Adams, et al. 2004). Ein auch von den Autoren angesprochener Nachteil dieses Vorgehens ist jedoch die fehlende Berücksichtigung eines möglichen Einflusses der Bundesebene auf die politische Positionierung der Landesparteien sowie die Begrenzung der Untersuchung auf die sozioökonomische Links-Rechts-Dimension (Bräuninger und Debus 2012: 201).

Müller (2010) untersucht ebenfalls den Einfluss der Wählerpräferenzen und des Parteienwettbewerbs auf die Politikpositionen der deutschen Landesparteien, berücksichtigt darüber hinaus aber auch den Einfluss der Bundespartei. Zudem untersucht er Politikpositionen auf zwei Dimensionen und kommt je nach Dimension zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich des Einflusses der untersuchten Faktoren auf den Positionswandel der Parteien. Auch einen Einfluss der Bundespartei kann er dahingehend zeigen, dass Landesverbände bei Positionsänderungen darauf achten, dass der Abstand zur Bundespartei nicht zu groß wird (Müller 2010). Dadurch wird deutlich, dass das zu Beginn dieses Kapitels angesprochene Spannungsverhältnis zwischen subnationaler Autonomie und Anpassung an regionale Gegebenheiten auf der einen Seite und der Zugehörigkeit zu einer national agierenden Partei auf der anderen Seite für die deutschen Landesparteien bezüglich ihrer Positionen und Salienzen von Bedeutung zu sein scheint.

⁴² Vgl. Laver (2005) zur Erläuterung der verschiedenen Parteistrategien.

3. Das Politikangebot auf subnationaler Ebene

Untersuchungen des Politikangebots von Parteien sind in der Regel auf die nationale Parteiebene eines Landes begrenzt und vergleichen die Positionen verschiedener Parteien innerhalb eines Staates (Laver und Hunt 1992, Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006). Aus dieser klassischen Parteilforschung, die in den vorherigen Kapiteln dargestellt wurde, ist bekannt, dass sich Parteien in ihrer programmatischen Positionierung voneinander unterscheiden. In dieser Arbeit steht jedoch nicht der Vergleich der Programmatik unterschiedlicher Parteien auf nationaler Ebene, sondern der Vergleich der Programmatik ein und derselben Partei auf verschiedenen Ebenen beziehungsweise in verschiedenen Regionen innerhalb eines Nationalstaates im Mittelpunkt.

Untersuchungen zu regionalen Parteien in Belgien, der Schweiz und Großbritannien zeigen, dass sich die programmatischen Standpunkte subnationaler Parteien in diesen Staaten von den Politikpositionen der entsprechenden Parteien auf nationaler Ebene unterscheiden (Swenden 2002, Pogorelis, et al. 2005, Giger, et al. 2011). Für die deutschen Landesparteien wurde die programmatische Positionierung jedoch erst in den letzten Jahren umfassend untersucht (Müller 2009, Seher 2010, Seher und Pappi 2011, Bräuninger und Debus 2012). Frühere Untersuchungen befassen sich lediglich mit einzelnen Landesparteien und/oder einzelnen sehr konkreten Themen in den Wahlprogrammen der Landesparteien (Schmid 1990, Lösche 1993).

In der Politikwissenschaft herrschte lange das Bild eines stark verflochtenen politischen Systems und daraus folgend eines von der nationalen Ebene bestimmten politischen Wettbewerbs in den Bundesländern vor, obwohl die deutschen Parteien aus den Ländern heraus gegründet wurden und die Bundesländer über Kompetenzen in vielen verschiedenen Politikbereichen verfügen. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch die in den 1970er und 1980er Jahren zunehmende Interdependenz zwischen den Ebenen. Dies hatte zur Folge, dass Landtagswahlkämpfe, obwohl regionale Bedingungen, Problemstellung und Kandidaten auch eine Rolle gespielt haben, häufig von bundespolitischen Themen dominiert wurden (Dinkel 1989, Sturm 1999, 2001). Die Bundesländer wurden in dieser Zeit in erster Linie als Verwaltungseinheiten des Bundes verstanden, die politische Entscheidungen der Bundesebene umsetzen, aber keine eigenständige Politik machen. Exemplarisch kann hier die Aussage von Hennis (2000: 16) herangezogen werden, nach der es „keinen christlich-demokratischen Straßenbau und keine sozialdemokratische Wasserwirtschaft“ gibt.

Frühere Untersuchungen der Gesetzgebung und Koalitionsbildung in den Bundesländern übertragen dementsprechend häufig die Politikpositionen der Bundesparteien direkt auf die jeweiligen Landesparteien (Bräuninger und König 1999, Pappi, et al. 2005). Tatsächlich zeigen neuere Untersuchungen jedoch, dass sich die Politikpositionen und Salienzen der deutschen Landesparteien signifikant von den Positionen und Salienzen der jeweiligen Bundesparteien und auch zwischen den Landesparteien in verschiedenen Bundesländern unterscheiden (Debus 2008b, Müller 2009, Seher 2010, Seher und Pappi 2011, Bräuninger und Debus 2012). Die Landesparteien scheinen ihre Programmatik also zumindest in gewissem Maße an die regionalen Kontexte und Wettbewerbsbedingungen anzupassen und sollten folglich auch als eigenständige Akteure betrachtet werden.

Landesparteien, die zu einer Partei gehören, die auch auf nationaler Ebene bei Wahlen antritt, befinden sich automatisch in einem Spannungsverhältnis zwischen für den Wahlerfolg auf der subnationalen Ebene notwendigen Anpassungen an regionale Gegebenheiten sowie Bedürfnissen der regionalen Wählerschaft und dem Anpassungsdruck an die nationale Ebene, um für die Gesamtwählerschaft bei nationalen Wahlen ein einheitliches und glaubwürdiges Bild, das Parteilabel der Gesamtpartei, zu vermitteln (Detterbeck und Jeffery 2009: 64, Van Houten 2009a: 169). Dieses Spannungsverhältnis wird von Detterbeck und Jeffery (2009) folgendermaßen beschrieben: „On the one hand Land parties [...] are increasingly willing to diverge from statewide party positions in order to tailor their appeal to specific Land conditions. On the other hand, Land parties still value a strong presence within their federal party’s organizational structure.” (Detterbeck und Jeffery 2009: 64).

Würden sich Parteien und Wähler nur für die Wahlen auf der jeweiligen Ebene interessieren, gäbe es hingegen kaum Konfliktpotential. Da es den Wählern in der Regel jedoch nicht gelingt, klar zwischen den Ebenen zu trennen, ist eine gewisse Kohärenz der verschiedenen Parteigliederungen, die unter einem Namen antreten, aus Gründen der Glaubwürdigkeit erforderlich. Von besonders großer Bedeutung ist dies in föderalen Systemen, in denen, wie in Deutschland, die politischen Kompetenzen nicht immer eindeutig einer Ebene zugewiesen sind, sodass Parteigliederungen verschiedener Ebenen inhaltlich zusammenarbeiten müssen. Vertreten die Gliederungen einer Partei hier unterschiedliche Meinungen und tragen sie diesen Konflikt öffentlich aus, kann das zu einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust führen, da für die Wähler nicht mehr klar ist, für welche Inhalte eine Partei steht (Detterbeck und Jeffery 2009: 71). Des Weiteren können insbesondere in föderalen Systemen regionale Entwicklungen und auch Wahlergebnisse den Erfolg einer Partei bei nationalen Wahlen

beeinflussen (Van Houten 2009b). Obwohl oben davon gesprochen wurde, dass die subnationalen Parteien sich an die nationale Ebene anpassen müssen, ist dieser Zusammenhang ebenso umgekehrt denkbar, sodass insgesamt davon ausgegangen werden kann, dass die verschiedenen Gliederungen einer Partei grundsätzlich in einem Interdependenzverhältnis zueinander stehen. Nationale Parteien müssen sich daher entscheiden, wie eng sie mit ihren subnationalen Gliederungen kooperieren, wie viel Autonomie sie diesen einräumen und wie sie, unter Umständen widerstreitende, Interessen ausgleichen können. Die subnationalen Parteien wiederum müssen entscheiden, wie eng sie mit dem politischen Programm sowie dem Führungspersonal ihrer nationalen Mutterpartei in Verbindung gebracht werden wollen und wie viel Autonomie sie bereit sind abzugeben (Thorlakson 2010).

In der Literatur herrscht heute insgesamt Uneinigkeit darüber, ob die deutschen Parteien durch eine Überbetonung der nationalen Ebene und zentralistische Parteidisziplin die föderalen Werte untergraben oder ob die regionale Ebene durch die Überbetonung regionaler Interesse ein einheitliches Parteiprofil beschädigt (Leonardy 2004: 183). Bezüglich der innerparteilichen Beziehungen zwischen nationaler und subnationaler Ebene können zwei grundsätzliche Sichtweisen unterschieden werden. Aus der Perspektive des ehernen Gesetzes der Oligarchie nach Michels (1989) sind Parteien oligarchisch strukturiert, die Willensbildung vollzieht sich folglich von oben nach unten. Diese Meinung vertritt auch Detterbeck (Detterbeck und Jeffery 2009: 80f.), der die deutschen Parteien im Hinblick auf die Organisation der Mitgliedschaft, die Parlamentspartei und die Parteiführung als stark vertikal integriert beschreibt. Dieser Sichtweise widerspricht Lösche (1992), indem er insbesondere die beiden Großparteien CDU und SPD als lose verkoppelte Anarchien beschreibt. Parteien werden in dieser Perspektive sowohl organisatorisch als auch programmatisch als stark dezentralisiert und fragmentiert wahrgenommen. Inwieweit Lösche (1992) mit der Annahme programmatisch stark dezentralisierter Parteien richtig liegt, wird die Analyse in Kapitel 5 zeigen. Hier soll zunächst der Aufbau der innerparteilichen Beziehungen im Mittelpunkt stehen und nicht die Effektivität der Einflussnahme der einen auf die andere Ebene.

Formal gesehen liegen Landesparteiprogramme und auch die in den Ländern umgesetzte Politik in der alleinigen Zuständigkeit der Landesparteien (Detterbeck und Jeffery 2009: 75). Die Landesparteien haben dafür in unterschiedlicher Ausprägung organisatorische Strukturen geschaffen, die die Entwicklung spezieller Landesprogramme und Politikinhalte für die Länder ermöglichen (Schneider 2001: 399f.). Diese formale Unabhängigkeit erlaubt es, dass

es innerhalb der deutschen Landesparteien ein gewisses Maß an programmatischer Heterogenität, mit eher pragmatisch und eher ideologisch orientierten Landesparteien, gibt (Schmid 1990: 402ff., Oberndörfer und Schmitt 1991, Seher und Pappi 2011, Bräuninger und Debus 2012). Diese grundsätzliche Ausrichtung einzelner Landesverbände erweist sich in verschiedenen Untersuchungen als über die Zeit relativ stabil, sodass vermutet werden kann, dass die Landesparteien dadurch auf politische Traditionen, politische Kulturen oder grundlegende Besonderheiten des sozioökonomischen Kontextes bzw. des Parteienwettbewerbs in einzelnen Ländern reagieren (Schmid 1990: 137ff., Schneider 2001: 402ff.). Die Heterogenität der programmatischen Ausrichtung der Landesparteien einer Partei bewegt sich insgesamt jedoch in einem begrenzten Rahmen, da alle Gliederungen einer Partei Werte und Ideologien teilen, gemeinsame Ziele verfolgen und daher darauf achten müssen, auch auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Ländern eine im Großen und Ganzen einheitliche politische Linie zu vertreten (Detterbeck und Jeffery 2009: 76). Auch die Ausgestaltung des deutschen Föderalismus (Kompetenzverteilung und notwendige Kooperation zwischen den Ebenen), ähnliche Muster des Parteienwettbewerbs im Sinne von gleichen politischen Alternativen und Konfliktdimensionen sowie Koalitionsmustern führt dazu, dass eine Verknüpfung zwischen den Parteiebenen in Deutschland möglich und die Heterogenität der Parteiprogrammatik innerhalb einzelner Parteien somit begrenzt ist (Detterbeck und Renzsch 2008)(vgl. Abschnitt 2.1).

Wie die innerparteilichen Beziehungen zwischen den Ebenen tatsächlich ausgestaltet sind, wird durch verschiedene Faktoren, die die vertikale Integration einer Partei und die Unabhängigkeit der subnationalen Parteigliederungen beeinflussen, bestimmt. Von Alemann (Alemann 2000: 128) beschreibt die Beziehungen zwischen Bundes- und Landesparteien in Deutschland als „Gebietliche Aufgliederung der Partei mit gewissen Kompetenzen der nachgeordneten Verbände, allerdings starkes Durchgriffsrecht der Spitze gegen dissentierende Teilverbände möglich“. Diese innerparteilichen Beziehungen sollen in den folgenden Abschnitten anhand des Konzepts des Kerns einer Partei (Deschouwer 2003: 216) genauer betrachtet werden.

Die Bestimmung des Kerns einer Partei im Mehrebenensystem erfolgt über fünf Indikatoren: Wahlergebnisse, Parteidisziplin, Kandidatenauswahl, politische Karrieren sowie Finanzen und Personal (Deschouwer 2003). Da der formale Aufbau und die innerparteiliche Machtverteilung in Deutschland durch das Wahl- und Parteiengesetz detailliert geregelt sind, kann von einem Standardmodell der Parteiorganisation in Deutschland ausgegangen werden,

von dem Abweichungen nur in geringem Maße möglich sind (Poguntke 1997: 265). In besonderem Maße gilt dies für die hier untersuchten Parteien CDU/CSU und SPD, deren organisatorischen Strukturen sich im Zeitverlauf immer ähnlicher wurden (Gabriel 1989: 67). Anhand der von Deschouwer (2003) aufgeführten Indikatoren wird die Lage des Kerns für die deutschen Parteien insgesamt identifiziert.

Die deutschen Landtagswahlen werden im Allgemeinen als untergeordnete second order Wahlen beschrieben, obwohl seit Beginn der 1990er Jahre in der Literatur eine zunehmende Regionalisierung der Landtagswahlen festgestellt wird (Keating 1998a, Sturm 1999, Thorlakson 2000: 129, 40, Detterbeck und Renzsch 2003: 257). Für die, im Vergleich mit den Bundestagswahlen, geringe Bedeutung der Wahlen auf Landesebene werden verschiedene Indikatoren aufgeführt. Diese sind insbesondere die relativ geringe Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen, die im Durchschnitt 10 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen liegt und die im Zeitverlauf relativ zur Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen auch stärker abgenommen hat (Detterbeck und Renzsch 2008), die Abstrafung der an der Bundesregierung beteiligten Parteien bei Landtagswahlen sowie der Erfolg kleiner und extremistischer Parteien bei Landtagswahlen, was als Experimentierfreude der Wähler auf vermeintlich unbedeutenderem Gebiet gedeutet wird (Detterbeck und Renzsch 2008).

Der zweite Indikator, die Fraktionsdisziplin, hilft bei der Bestimmung der Lage des Kerns deutscher Parteien nicht weiter, da die Abstimmungsdisziplin sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen ausgesprochen hoch ist.

Die Landesparteien bzw. im Fall der Direktkandidaten die Parteiverbände auf lokaler Ebene haben das Recht, die Kandidaten für die Bundestagswahl sowie die Parteiführung auf Landesebene unabhängig von der Bundespartei auszuwählen (Gabriel 1989: 68f., Detterbeck und Jeffery 2009: 73f.). Zwar bleibt der jeweils höheren Parteiebene, also der Bundespartei, im Fall von Listenkandidaten und der Landespartei im Fall von Wahlkreiskandidaten, ein Vetorecht, dieses hat praktisch jedoch keine Relevanz, sodass die Parteien auch unliebsame Kandidaten akzeptieren, solange diese die Unterstützung der innerparteilichen Auswahlgremien haben (Poguntke 1994: 73, Schüttemeyer 1999: 48f., Detterbeck und Jeffery 2009: 73). Dass die Bundesparteien dennoch in der Lage sind, in gewissem Maße Einfluss zu

nehmen, zeigt allerdings die Einführung von Frauenquoten durch die Bundesparteien von SPD, Grünen, Linke und CDU⁴³, die auch für die Landesebene Gültigkeit haben.

Bei der Betrachtung politischer Karrieren in Deutschland stellt man fest, dass der Großteil der politischen Karrieren auf der lokalen Ebene beginnt. So hatten 75% der Landesparlamentarier zuvor ein öffentliches Amt auf lokaler Ebene inne (Borchert und Stolz 2003: 158). Zwischen der Landes- und Bundesebene findet dagegen sehr viel weniger Bewegung statt, wenn es allerdings zu Wechseln kommt, vollziehen sich diese in der Regel von der Landes- auf die Bundesebene (Eilfort 2006: 211). Ende der 1990er Jahre hatten 15% der Bundestagsabgeordneten vor ihrer Zeit im Bundestag bereits Erfahrungen in einem Landesparlament gesammelt (Stolz 2003: 230f.). In die entgegengesetzte Richtung gilt dies nur für 3% der Abgeordneten (Best und Jahr 2006: 72f.). Auf der Ebene der Regierungsmitglieder ist dieses Bild sogar noch deutlicher: Die Mehrheit der Bundeskanzler und viele Bundesminister wurden von der Landesebene (häufig aus Landesregierungen) rekrutiert (Schüttemeyer 1999: 51ff.).

Im Hinblick auf ihre Finanzen sind die Landesparteien von den Bundesparteien unabhängig (Detterbeck und Jeffery 2009: 75). Genauer gesagt verfügen sie sogar über einen höheren Anteil an den gesamten Einnahmen der Partei, müssen aber nur einen geringeren Anteil an den Gesamtausgaben der Partei als die Bundespartei tragen, sodass sie finanziell in der Regel besser ausgestattet sind als die Bundesebene und somit in die organisatorische Infrastruktur, Wahlkampagnen und Programmentwicklung auf Landesebene investieren können (Detterbeck und Jeffery 2009: 75). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die finanzielle Situation zwischen den einzelnen Landesverbänden erheblich unterscheiden kann. Das Übergewicht der Landesebene gilt auch für die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Mit der Mitgliedschaft in einer lokalen oder regionalen Parteiorganisation ist man zwar automatisch auch Mitglied der jeweiligen Bundespartei und die Mitgliedsbeiträge werden dementsprechend zwischen den Ebenen aufgeteilt, dies geschieht jedoch mit einem deutlichen Vorteil für die Landesparteien (Detterbeck und Jeffery 2009: 80).

Bei der Gestaltung und Durchführung von Wahlkampagnen für Landtagswahlen sind die Landesparteien grundsätzlich unabhängig, allerdings zeigen sich auch hier Unterschiede

⁴³ Die Quote der CDU ist allerdings nicht bindend. Zwar verfügt auch die CSU seit neuestem über eine Frauenquote, da die CSU eine Regionalpartei ist, kann hier jedoch nicht davon gesprochen werden, dass die Bundespartei diese Quote beschlossen hat.

zwischen den Landesverbänden. Insbesondere von schwachen Landesparteien wird häufig organisatorische oder sogar finanzielle Hilfe von der Bundesebene angenommen (Detterbeck und Jeffery 2009: 77). Starke Landesparteien, die eine breite Mitgliederbasis und Zugang zu Regierungsressourcen im Land haben, führen ihre Wahlkampagnen hingegen weitestgehend unabhängig von der Bundespartei (Detterbeck und Jeffery 2009: 77). Darüber hinaus wird die Einmischung der Bundespartei in den Landtagswahlkampf beispielsweise durch Auftritte prominenter Bundespolitiker auch danach beurteilt, ob davon ein positiver Effekt für die jeweilige Landespartei zu erwarten oder eher mit bundespolitischem Gegenwind zu rechnen ist (Detterbeck und Jeffery 2009: 78). Neben der Stärke der Landesparteien und dem Nutzen bundespolitischer Einmischung für die Landespartei hat auch das Interesse der Bundespartei an einer konkreten Landtagswahl Einfluss auf die Mitwirkung der Bundespartei bei Landtagswahlkämpfen. Das Interesse der Bundespartei an einer einzelnen Landtagswahl hängt von verschiedenen Faktoren wie dem Zeitpunkt der Landtagswahl, der Größe des Bundeslandes und damit der Anzahl der Stimmen des Landes im Bundesrat, den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat und letztlich auch von der Knappheit des zu erwartenden Wahlausgangs ab (Sturm 1999: 203ff.).

Die vorausgegangene Betrachtung der Indikatoren für die Lage des Kerns in Deutschland liefert recht uneinheitliche Ergebnisse. Insgesamt fällt allerdings auf, dass sie abgesehen von der Parteidisziplin, die auf beiden Ebenen sehr hoch ist, entweder die Unabhängigkeit zwischen den Ebenen (Kandidatenauswahl, Finanzen) oder die Bedeutung der nationalen Ebene betonen (Wahlergebnisse, politische Karrieren), in keinem Fall aber auf eine herausragende Rolle der Landesparteien hindeuten. Obwohl einzelne Landesparteien in bestimmten Fällen auch Einfluss auf die Bundespartei ausüben können (Schmid 1990, Lösche und Walter 1992, Detterbeck und Rensch 2003: 265), wird aufgrund der obigen Darstellung der Kern der deutschen Parteien folglich tendenziell auf der nationalen Ebene verortet. Dieses Ergebnis steht auch im Einklang mit der Untersuchung von Deschouwer, der die deutschen Parteien ebenfalls als „A party at the federal level that is a well-integrated federation of the party sections at the lower levels [...]“ (Deschouwer 2003: 220) charakterisiert und einer Einschätzung von Jeffery (Jeffery 1999b: 136), der zu Folge die deutschen Parteien zwar den föderalen Staatsaufbau Deutschlands widerspiegeln, aber sehr viel stärker zentralisiert sind als gemeinhin auf den ersten Blick vermutet wird.⁴⁴ Auch die Betrachtung der Koalitionsbildung auf Landesebene, die durch das Stimmrecht der Landesregierungen im Bundesrat für die

⁴⁴ Eine Ausnahme macht Deschouwer (Deschouwer 2003) im Falle der CSU, da diese über keine entsprechende Bundesorganisation verfügt (vgl. zum Spezialfall CSU Kapitel 3.1.4).

Bundesparteien von unmittelbarer Bedeutung ist, deutet auf eine zentrale Stellung der Bundesebene hin. So zählt die Koalitionssituation auf Bundesebene weiterhin als starker Einflussfaktor auf die Koalitionsbildung auf Landesebene (Pappi, et al. 2005: 451f., Bräuninger und Debus 2008: 329ff., Debus 2008b: 534). Daraus wird die folgende Annahme abgeleitet, die dieser Arbeit zu Grunde liegt:

Die politischen Positionen der Landesparteien sind von den politischen Positionen der jeweiligen Bundespartei abhängig, wohingegen die Landesparteien keinen Einfluss auf die Positionen der jeweiligen Bundespartei haben.

Ziel dieses Kapitels ist es, aus den in Kapitel 2 vorgestellten Theorien, Konzepten und Überlegungen, einen einheitlichen Analyserahmen für Fragestellungen und Untersuchungen zur Programmatik politischer Parteien in (föderalen) Mehrebenensystemen zu entwickeln und auf die deutschen Parteien anzuwenden. Dabei werden beide Fragestellungen dieser Arbeit berücksichtigt und nacheinander bearbeitet. Dies sind zum einen die Frage nach den Faktoren, die die Einflussnahme der Bundespartei auf die Programmatik der Landespartei bedingen und zum anderen die Frage nach dem Einfluss regionaler Kontexte auf die politischen Positionen der Landesparteien. Die erste dieser Fragen bezieht sich folglich auf vertikale Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten und basiert auf der eben geschilderten Grundannahme, wohingegen die zweite Frage die nationale Ebene ausblendet und horizontal vergleicht, um die oben genannten Unterschiede in der programmatischen Ausrichtung der Landesparteien zu erklären. In beiden Fällen wird jedoch nur innerhalb der gleichen Partei und nicht zwischen verschiedenen Parteien verglichen. Obwohl aus der Forschung bekannt ist, dass Parteien auf Mehrebenensysteme zum einen durch ihre Wettbewerbsstrategien, zum anderen aber auch durch ihre interne Organisation reagieren (Detterbeck und Renzsch 2003), wird in dieser Arbeit nur die Wettbewerbsstrategie in Form der Parteiprogrammatik analysiert. Die interne Parteiorganisation wird hingegen als wesentlich stabiler betrachtet und kann ein Erklärungsfaktor für die Autonomie der Landesverbände in der Programmgestaltung sein.

3.1. Vertikale Integration und Autonomie subnationaler Parteien

Die Erklärungsmöglichkeiten der Programmatik subnationaler Parteien in Abhängigkeit von der Programmatik der jeweiligen nationalen Partei werden in den folgenden Abschnitten untersucht. Die Programmatik der Parteien auf der nationalen Ebene wird folglich als exogen gegeben angesehen und ist nicht Gegenstand der Erklärung. Damit liegt dieser Untersuchung,

durchaus in Übereinstimmung mit der Literatur (Caramani 2004, Van Houten 2009a: 169), die oben begründete Annahme zu Grunde, dass die nationale Partei Einfluss auf die Politikpositionen der subnationalen Partei nehmen kann, wohingegen die subnationalen Parteien die Politikpositionen der nationalen Partei nicht beeinflussen können. Bezogen auf Politikpositionen wird hier also von einer Top-Down-Beziehung innerhalb der Parteien ausgegangen. Die Positionierung der subnationalen Parteien bewegt sich folglich in einem Spannungsfeld zwischen Einflussversuchen der Bundespartei und der Autonomie der subnationalen Parteigliederungen.

Zur Erklärung des vertikalen Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen einer Partei werden sowohl Variablen der nationalen als auch der subnationalen Ebene berücksichtigt. Nach der Darstellung der Theorie werden die für die vorliegende Arbeit relevanten Faktoren ermittelt, in Hypothesen gefasst, operationalisiert und beschrieben. Da für die Fragestellungen dieser Arbeit, insbesondere aufgrund der Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf Deutschland, nicht alle Faktoren gleich bedeutend sind, wird in der folgenden Darstellung bereits eine entsprechende Gewichtung vorgenommen. Dennoch sollen auch Faktoren, die für die Untersuchung der deutschen Parteien nicht von Bedeutung sind, kurz angesprochen werden, sodass ein möglichst vollständiger Analyserahmen entsteht. Das Ziel der Vollständigkeit kann sich hierbei jedoch nicht auf die Nennung aller möglichen Einflussvariablen beziehen, sondern meint vielmehr das Aufzeigen aller möglichen Variablentypen, die durch einzelne Beispiele veranschaulicht werden.

In diesem Abschnitt geht es in erster Linie um die Abhängigkeit der Politikpositionen der subnationalen Parteien von der jeweiligen Partei auf nationaler Ebene. Da die subnationalen Parteien jedoch auch in gewissem Umfang von den Politikpositionen der nationalen Mutterpartei abweichen können, wird auch nach Faktoren gefragt, die diese Abweichungsmöglichkeiten verstärken bzw. eine stärkere Bindung an die Position der jeweiligen nationalen Partei bewirken können. Das heißt es soll auch die Frage beantwortet werden, welche Faktoren eine Bindung an die Politikposition der nationalen Partei verstärken beziehungsweise abschwächen. Obwohl das Hauptaugenmerk auf den Politikpositionen liegt, sollen auch Unterschiede in der Bedeutung verschiedener Politikfelder für die Parteien auf nationaler und subnationaler Ebene herausgearbeitet und erklärt werden. Diese Unterschiede können bereits einen ersten Hinweis auf den Grad der Abhängigkeit der subnationalen Ebene von der nationalen Partei in den unterschiedlichen Politikfeldern liefern.

Harmel und Janda (1982: 10ff.) beschäftigen sich in ihrer Untersuchung, die bereits bei der Darstellung des Forschungsstands in Kapitel 2.2.2 besprochen wurde, mit dem Einfluss verschiedener Kontextbedingungen auf Parteien. Obwohl sich ihre Untersuchung auf Kontexteinflüsse beschränkt, entwickeln sie zunächst ein breiteres Basismodell. Dieses Modell unterscheidet drei Ebenen, auf denen Faktoren die Parteicharakteristika wie Ideologie, Dezentralisierung, Kohäsion und Parteiorganisation beeinflussen können, angesiedelt sind. Diese Ebenen sind die Systemebene, die individuelle Ebene und die Parteebene. In ähnlicher Weise sollen auch in dieser Arbeit die Faktoren, die die Autonomie und vertikale Integration von Parteien und somit den Zusammenhang zwischen der Politikposition der nationalen und der subnationalen Parteien beeinflussen können, gruppiert werden. Die möglichen Erklärungsfaktoren sind dabei ebenfalls auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Grundsätzlich zu unterscheiden sind Faktoren, die für das gesamte politische System einheitlich sind und somit für alle Parteien in einem politischen System die gleichen Werte annehmen (Kontextfaktoren) und Faktoren, die parteispezifisch sind (Parteifaktoren). Faktoren auf Kontextebene eignen sich nur bedingt für Analysen innerhalb eines politischen Systems, sondern insbesondere zum Vergleich zwischen Nationalstaaten oder, wenn sie auf subnationaler Ebene angesiedelt sind, für Vergleiche zwischen subnationalen Einheiten innerhalb eines Staates. Die Parteifaktoren sind hingegen zum Vergleich der Beziehungen zwischen nationaler Partei und subnationalen Parteigliederungen innerhalb eines Staates geeignet, können aber auch zum Vergleich von Parteien in verschiedenen Nationalstaaten beitragen. Die genannten Fragestellungen deuten bereits eine weitere Unterscheidung der zu berücksichtigenden Faktoren an, die innerhalb der beiden Gruppen danach getroffen wird, auf welcher Ebene, der nationalen oder der subnationalen, die Erklärungsfaktoren angesiedelt sind. Dadurch können letztlich vier Merkmalsgruppen unterschieden werden, die in Tabelle 1 aufgeführt sind (vgl. auch Abbildung 1). Über diese Unterscheidung hinaus ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich einzelne Faktoren je nach betrachtetem Politikfeld oder auch im Zeitverlauf unterscheiden beziehungsweise verändern können.

Tabelle 1: Einflussfaktoren auf den Grad des Zusammenhangs zwischen Politikpositionen nationaler und subnationaler Parteien

	Kontextfaktoren	Parteifaktoren
National	Auf der nationalen Ebene angesiedelte Faktoren, die nicht parteispezifisch sind (nationale Kontextfaktoren) z.B. durch nationale Regelungen festgeschriebene Eigenständigkeit der Regionen	Auf der nationalen Ebene angesiedelte Faktoren, die parteispezifisch sind (nationale Parteifaktoren) z.B. Status der nationalen Partei
Subnational	Auf der subnationalen Ebene angesiedelte Faktoren, die nicht parteispezifisch sind (subnationale Kontextfaktoren) z.B. Bedeutung einer Region für die nationale Ebene	Auf der subnationalen Ebene angesiedelte Faktoren, die parteispezifisch sind (subnationale Parteifaktoren) z.B. Bedeutung einer subnationalen Partei für die nationale Ebene

Quelle: Eigene Darstellung.

In den folgenden Abschnitten werden Faktoren, die den Grad der (Un)Abhängigkeit der subnationalen Parteien von der Programmatik der jeweiligen nationalen Partei beeinflussen können, entsprechend dieser Typologie besprochen und am Beispiel der deutschen Parteien auf Landes- und Bundesebene dargestellt.

3.1.1. Nationaler Kontext

Nationale Kontextfaktoren müssen wie der Name bereits sagt auf der nationalen Ebene angesiedelt sein und Rahmenbedingungen beschreiben, die für alle subnationale Parteien gleichermaßen gelten. Insbesondere kommen hier der Aufbau und die Struktur eines Nationalstaates in Betracht. Thorlakson stellt in ihrer Untersuchung zu Formen der Parteiorganisation in sieben föderalen Staaten dementsprechend fest „that the institutional configuration of the federation has a clear correspondence to the choices parties make concerning the degree of autonomy to afford to state-level parties“ (Thorlakson 2009: 160). Dieser Befund wird auch durch eine empirische Untersuchung von Hopkin (2009) bestätigt. In der Literatur zur Parteiorganisation in Mehrebenensystemen werden vor allem zwei Möglichkeiten genannt, wie der Aufbau eines Staates die Organisation und Machtverteilung innerhalb von Parteien beeinflussen kann. Zum einen geschieht dies über die Machtverteilung

im Staat und zum anderen über die Strukturierung der Interaktionen zwischen den Ebenen (Thorlakson 2010). Subnationale Parteien erhalten zum einen durch die Kontrolle über finanzielle Ressourcen (Erhebung und Ausgabe von Steuern) und über verfassungsrechtlich zugeschriebene legislative Zuständigkeiten Unabhängigkeit von der nationalen Ebene.⁴⁵ Zum anderen kann aber auch die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Interaktionen zwischen den Ebenen im legislativen Prozess die Beziehungen zwischen den Parteiebenen strukturieren (Chandler 1987: 104, Scharpf 1995, Thorlakson 2009).

Bezüglich der Einflussnahme der nationalen Parteien auf die Programmatik der subnationalen Parteien ist unter anderem ein Unterschied zwischen Staaten mit einer dualen und Staaten mit einer funktionalen Kompetenzaufteilung zu erwarten. Eine funktionale Machtteilung im Föderalstaat (Gesetzgebung auf nationaler Ebene und Implementation auf subnationaler Ebene) erfordert für eine effektive Politikgestaltung eine enge Kooperation zwischen den Ebenen. Positionsunterschiede zwischen subnationaler und nationaler Partei können sich hier besonders negativ auf die Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zur Politikgestaltung einer Partei auswirken. Chandler (1987: 104) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass subnationale Parteien in einem föderalen System mit funktionaler Machtverteilung nicht systematisch von den Positionen der nationalen Partei abweichen können und somit für funktionale Föderalstaaten eine Tendenz zur Integration der verschiedenen Ebenen resultiert. In Staaten mit dualer Kompetenzaufteilung ist eine derart enge Kooperation zwischen den Ebenen hingegen nicht nötig, da die subnationale und die nationale Ebene für bestimmte Politikfelder allein zuständig ist (vgl. auch Kapitel 2.1.1).

Neben diesen grundsätzlichen Modellen der Kompetenzverteilung in föderalen Staaten kann es aber auch Unterschiede in der Kompetenzverteilung zwischen einzelnen Politikfeldern oder im Zeitverlauf geben. Diese sind insbesondere für den Vergleich innerhalb eines Nationalstaates hilfreich. Generell kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die subnationalen Parteien umso unabhängiger von der nationalen Partei agieren können, je mehr Kompetenzen die subnationale Ebene hat (Thorlakson 2010). Bei einem Vergleich zwischen schwach und stark dezentralisierten Staaten kann folglich der Index regionaler Autorität von Hooghe et al. (2008, 2010b) zur Erklärung unterschiedlich großer Positionsunterschiede zwischen den Ebenen in Staaten mit unterschiedlichem Dezentralisierungsgrad herangezogen

⁴⁵ Ist die Kompetenzaufteilung nicht für alle subnationalen Einheiten gleich, liegt also eine asymmetrische Form des Föderalismus vor, kann die Kompetenzaufteilung auch ein subnationaler Kontextfaktor (s.u.) sein. Dieser Fall wird in den folgenden Darstellungen jedoch nicht berücksichtigt, da die Kompetenzaufteilung in Deutschland symmetrisch ist.

werden.⁴⁶ Grundvoraussetzung dieses Vergleichs ist jedoch, dass die Parteien auf beiden Ebenen über eine gewisse Zuständigkeit verfügen und eine Position im jeweiligen Politikfeld beschlossen haben. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können Unterschiede zwischen Politikfeldern oder über die Zeit bezüglich des Zusammenhangs der Politikpositionen der verschiedenen Parteiebenen untersucht werden.

Neben der Kompetenzverteilung können auch die in Kapitel 2.1 angesprochenen sonstigen Kooperationsformen zwischen den Ebenen sowie die Vertretung der subnationalen Ebene auf der nationalen Ebene, beispielsweise in Form einer Zweiten Kammer, von Bedeutung für die Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen der nationalen Partei und ihrer subnationalen Gliederungen sein (Chandler 1987: 104, Scharpf 1995, Thorlakson 2009). Je nachdem wie Zweite Kammern konkret ausgestaltet sind, geben sie Hinweise auf die Art der Beziehungen zwischen den Parteiebenen. Besonders ausschlaggebend sind hierbei die Kompetenzen der Zweiten Kammer sowie das Selbstverständnis der Vertreter in der Zweiten Kammer (vgl. Kapitel 2.1.1). Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Parteien auf den verschiedenen Ebenen ähnlichere Positionen vertreten, wenn die Kompetenzverflechtung und Kooperation zwischen den Ebenen stärker ausgeprägt ist.

Die Kompetenzverteilung und auch der Grad der Kooperation zwischen nationaler und subnationaler Ebene hat neben der oben skizzierten Bedeutung für die Ähnlichkeit der Parteipositionen auf den verschiedenen Ebenen auch erheblichen Einfluss auf die Themen, mit denen sich die Parteien beschäftigen. Grundsätzlich sollten sich Parteien mit einer realistischen Machtperspektive mit allen relevanten politischen Themen beschäftigen und Positionen zu allen wichtigen Fragen entwickeln, über die sie bei einem Wahlerfolg Entscheidungen treffen müssen. Themen, für die die Zuständigkeit hingegen auf einer anderen Ebene angesiedelt ist, sind demgegenüber zweitrangig. Sie können zwar für die Profilierung einer Partei wichtig sein, wenn es sich beispielsweise um Themen handelt, die für die Öffentlichkeit von großer Bedeutung sind oder für die einer Partei als Gesamtpartei besondere Kompetenz zugeschrieben wird, sind für die später tatsächlich umsetzbare Politik jedoch nicht von Bedeutung. Folglich ist davon auszugehen, dass Parteien sich in ihren

⁴⁶ Selbstverständlich kann sich die Unabhängigkeit von der nationalen Ebene auch zwischen den Regionen (bspw. in einem asymmetrischen föderalen System) oder zwischen den Parteien (bspw. stark zentralisierte versus stark dezentralisierte Parteien) innerhalb eines Nationalstaates unterscheiden, diese stellen jedoch keinen nationalen Kontextfaktoren dar, sondern sind im ersten Fall subnationale Kontextfaktoren oder im zweiten Fall nationale Parteifaktoren oder in einer Kombination des ersten und zweiten Falls subnationale Parteifaktoren.

Wahlprogrammen insbesondere mit Themen beschäftigen, das heißt Forderungen aufstellen und Positionen entwickeln, für die die jeweilige Ebene auch zuständig ist.

Im Rahmen von Langzeitstudien sind bezüglich der nationalen Kontextfaktoren zudem exogene Schocks oder Entwicklungen, die das gesamte politische System betreffen, zu berücksichtigen. So können exogene Schocks oder Entwicklungen zu einer Veränderung der programmatischen Positionierung oder der Bedeutung eines Politikfeldes auf einer oder beiden Ebenen führen, da früher vertretene Positionen durch exogene Veränderungen als nicht mehr akzeptabel oder angemessen gelten beziehungsweise ein Politikfeld, beispielsweise durch die Verlagerung der Zuständigkeit auf eine andere Ebene, nicht mehr von Bedeutung ist. Solche exogenen Entwicklungen können beispielsweise Vorgaben der Europäischen Union sein, die dazu führen, dass einzelne Positionen nicht mehr mit EU-Recht vereinbar sind und daher von einem Großteil der etablierten Parteien auch nicht mehr vertreten werden und es somit letztlich zu einer Angleichung der Positionen innerhalb des von den EU-Regelungen vorgegebenen Spielraums kommt.

Obwohl nationale Kontextfaktoren also in erster Linie für den Vergleich zwischen Nationalstaaten geeignet sind, können sie auch für den innerstaatlichen Vergleich der Politikpositionen auf nationaler und subnationaler Ebene herangezogen werden. Für Analysen innerhalb eines Nationalstaates gewinnen sie dann an Relevanz, wenn eine Untersuchung von (De)Zentralisierungsprozessen über die Zeit oder ein Vergleich zwischen Politikfeldern mit unterschiedlicher Kompetenzverteilung angestrebt wird. Die Ausgestaltung und tatsächliche Umsetzung der Kompetenzverteilung und Kooperationen zwischen den Ebenen bilden hierbei den Mittelpunkt der Betrachtung. Haben sich die Kompetenzverteilung und Kooperationen oder die Nutzung von Kompetenzen im Zeitverlauf verändert, sollte dies auch eine Veränderung des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der verschiedenen Parteebenen zur Folge haben. Die tatsächlichen Positionen der einzelnen subnationalen Parteien können mit nationalen Kontextfaktoren jedoch nicht erklärt werden, sondern es sind lediglich Prognosen über den Grad der Bindung an die Position der jeweiligen nationalen Partei möglich. Für die Bedeutung, die Parteien einzelnen Politikfeldern einräumen (Salienzen), können nationale Kontextfaktoren, insbesondere die Verteilung gesetzgeberischer Kompetenzen zwischen den Ebenen, hingegen von großer Bedeutung sein.

Im Folgenden wird daher die Ausgestaltung der Kompetenzverteilung und der Kooperationsstrukturen im deutschen Föderalismus betrachtet. Daraus werden Hypothesen

über Unterschiede in der Bedeutung der Politikfelder für die verschiedenen Ebenen und den Einfluss der Bundespartei auf die Politikpositionen der korrespondierenden Landesparteien in einzelnen Politikfeldern abgeleitet. Den Anfang machen hierbei die Untersuchung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sowie die Analyse der Nutzung dieser Kompetenzen durch die einzelnen Ebenen. Im zweiten Schritt werden die Kooperationen zwischen nationaler und subnationaler Ebene näher betrachtet, wohingegen die horizontale Kooperation zwischen den Bundesländern im Rahmen dieser Arbeit nur insoweit relevant ist, als sie Hinweise auf die eigenständige Wahrnehmung der Kompetenzen durch die Bundesländer liefert und daher nur am Rande angesprochen wird.

Ein wesentlicher Faktor, der die (Un)abhängigkeit der subnationalen von der nationalen Ebene beeinflusst, ist die Kompetenzaufteilung zwischen den Ebenen, sie beschreibt die zur Verfügung stehenden Kanäle, über die sich die verschiedenen Parteiebenen beeinflussen können (Van Houten 2009a: 168). Bei der Untersuchung der legislativen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Untersuchungszeitraum fallen zuerst die für den deutschen Föderalismus weitreichenden Veränderungen der Kompetenzverteilung im Rahmen der Föderalismusreform ins Auge. In Deutschland wurde die legislative Kompetenzverteilung zwischen nationaler und subnationaler Ebene im Zuge der Föderalismusreform I im Jahr 2006 neu geordnet, sodass ein Vergleich des Einflusses der Bundespartei vor und nach der Föderalismusreform in Betracht kommt, wenn sich die Zuständigkeiten in den betrachteten Politikfeldern deutlich verschoben haben. Im Rahmen der Föderalismusreform I wurde die Rahmengesetzgebung, die als Haupteinfallstor des Bundes in die Landeskompetenzen galt, abgeschafft (Detterbeck 2010). Außerdem wurden einige eng begrenzte Politikbereiche wie Strafvollzug, Heimrecht sowie ein Großteil des Hochschulrechts und des Hochschulbaus in die Kompetenz der Länder zurückgegeben bzw. einige Möglichkeiten zur abweichenden Gesetzgebung nach Art. 72 (3) GG hinzugefügt (Detterbeck 2010). Die Zuständigkeiten der einzelnen Ebenen wurden im Zuge der Föderalismusreform I somit klarer geregelt und einzelne Politikbereiche wurden von der Zuständigkeit der einen in die Zuständigkeit der anderen Ebene verschoben. Obwohl die Kompetenzverteilung zwischen der Bundes- und Landesebene im Zuge der Föderalismusreform I im Jahr 2006 folglich verändert wurde, sind die Veränderungen nicht weitreichend genug, um die Vermutung, dass die Landesparteien nach der Föderalismusreform I in der Festlegung ihrer Politikpositionen eine größere Unabhängigkeit von der nationalen Ebene genießen als vor der Föderalismusreform I, zu rechtfertigen. Ein

Vergleich der (Un)Abhängigkeit der Landesparteien von der Bundespartei vor und nach der Föderalismusreform I ist folglich nicht geeignet, um zu überprüfen, ob die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen Einfluss auf die Unabhängigkeit der Landesparteien bei der Festlegung politischer Positionen hat.

Auch wenn das Ausmaß der Veränderungen im Rahmen der Föderalismusreform I nicht ausreicht, um eine Differenzierung der Untersuchungsperiode in eine Periode vor und eine Periode nach der Föderalismusreform I zu rechtfertigen, ist die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern ein hilfreicher Ansatzpunkt für den Vergleich der (Un)abhängigkeit der Landesparteien in verschiedenen Politikfeldern. Die Kompetenzverteilung in der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern ist im deutschen Grundgesetz geregelt und für alle Bundesländer einheitlich. Einschlägig sind hierfür insbesondere die Art. 70, 73, 74 und 91a und b sowie vor der Föderalismusreform I zusätzlich die Artikel 74a und 75 GG. Artikel 70 GG regelt die grundsätzliche Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Folgt man bei der Beurteilung der Verteilung legislativer Kompetenzen zwischen Bund und Ländern allein Art. 70 Abs. 1 i. V. m. Art. 30 GG, der festlegt, dass alle Gesetzgebungskompetenz bei den Ländern liegt, soweit das Grundgesetz sie nicht dem Bund verleiht, entsteht leicht der Eindruck, dass, bis auf wenige, gesondert geregelte Ausnahmefälle, allein die Länder für die Gesetzgebung in Deutschland zuständig sind. Betrachtet man jedoch auch die anderen genannten Artikel im Grundgesetz, wird schnell klar, dass sich die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen tatsächlich genau umgekehrt darstellt.

In Deutschland sind die Gesetzgebungskompetenzen, die nicht ausschließlich den Ländern zufallen, aufgeteilt in ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen des Bundes, konkurrierende Gesetzgebung, Gemeinschaftsaufgaben sowie die inzwischen durch die Föderalismusreform I abgeschaffte Rahmengesetzgebung. Der Bund hat von diesen Regelungskompetenzen seit der Entstehung der Bundesrepublik exzessiven Gebrauch gemacht. Zum einen wurden die Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes in den 1950er und 1960er Jahren durch Verfassungsänderungen vergrößert, zum anderen erwies sich die Bedürfnisklausel für die konkurrierende Gesetzgebung als weitgehend wirkungslos und der Bundesgesetzgeber konnte durch die konkurrierende Gesetzgebung sowie eine detaillierte Rahmengesetzgebung den Spielraum der Landesgesetzgeber zunehmend einschränken (Reuter 1996). Dieser Verschiebung der Gesetzgebung zu Lasten der Länder wurde erstmals im Jahr 1994 durch eine Änderung des Grundgesetzes entgegengewirkt, indem die

Inanspruchnahme der konkurrierenden Gesetzgebung und der Rahmengesetzgebung an striktere Voraussetzungen geknüpft wurde und dem Bundesrat, einer Landesregierung oder einem Landesparlament die Möglichkeit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zur Überprüfung der Erfüllung dieser Voraussetzungen gegeben wurde (Reuter 1996). Entgegen der oben angeführten Zuständigkeitsvermutung für die Länder liegt ein Großteil der legislativen Kompetenzen jedoch auch nach der Grundgesetzänderung von 1994 und der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 beim Bund.

Betrachtet man hingegen die Zuständigkeitsverteilung bei der Ausführung der Gesetze, liegt der Schwerpunkt eindeutig bei den Bundesländern, sodass für einen Großteil der Politikbereiche von einer funktionalen Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern gesprochen werden bzw. der deutsche Föderalismus als Exekutivföderalismus charakterisiert werden kann (Lehmbruch 2002: 7, Kropp 2010). Dabei ist die nationale Ebene in der Regel für die Gesetzgebung und die subnationale Ebene für die Ausführung dieser Gesetze zuständig (Van Houten 2009a: 171). Die große Bedeutung der Bundesebene in der Gesetzgebung zeigt sich auch bei der Aufteilung der Finanzen zwischen den Ebenen. So verfügen die Bundesländer nur in einem sehr begrenzten Rahmen über die Möglichkeit eigene Einnahmen zu generieren und sind größtenteils von der Verteilung der Einnahmen des Bundes abhängig. Eine funktionale Kompetenzverteilung bei Gesetzgebung und Finanzen in der beschriebenen Form hat auf Parteien eine integrative Wirkung (Chandler 1987, Scharpf 1995), führt aber auch dazu, dass subnationale Parteien häufig als Abbild der nationalen Partei auftreten und nationale Themen auch bei subnationalen Wahlen von Bedeutung sind bzw. nationale Themen die subnationalen Wahlkämpfe sogar dominieren können (Chandler 1987: 158ff.). Obwohl die in vielen Politikbereichen vorherrschende funktionale Kompetenzaufteilung für eine große Ähnlichkeit der Politikfeldsalienzen auf nationaler und subnationaler Ebene spricht, weist die Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen auf große Unterschiede zwischen den verschiedenen Politikfeldern hin. Diese Unterschiede in der Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Politikfeldern, die sich auf die Bedeutung dieser Politikfelder für die Parteien auf der jeweiligen Ebene auswirken, werden in Hypothese 1 berücksichtigt.

Hypothese 1: Je mehr Gesetzgebungskompetenzen die Landesebene in einem Politikfeld im Vergleich zur Bundesebene hat, desto größer ist die Bedeutung dieses Politikfeldes für die Landesebene im Vergleich zur Bundesebene.

Zur Überprüfung von Hypothese 1 muss folglich die Bedeutung der Politikfelder für die Parteien auf den verschiedenen Ebenen ermittelt werden. Die Vorgehensweise zur Ermittlung der Salienzen der verschiedenen Politikfelder wird in Kapitel 4.1.3 vorgestellt. Außerdem muss die politikfeldspezifische Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bundes- und Landesebene untersucht werden. Eine Ausnahme von der oben aufgeführten Dominanz der legislativen Zuständigkeit des Bundes bilden insbesondere die Politikfelder Kultus und Inneres.

Im Politikfeld Inneres sind zu großen Teilen die Bundesländer unabhängig vom Bund tätig, das trifft insbesondere auf die beiden großen Bereiche dieses Politikfeldes, Verwaltung und innere Sicherheit, zu. Im Bereich der inneren Sicherheit gilt grundsätzlich, dass Polizei Ländersache ist (Frevel und Groß 2008: 68). Lediglich der Schutz der Grenzen (Art. 73 I Nr. 6 GG) sowie die Abwehr von Gefahren durch internationalen Terrorismus in bestimmten Fällen (Art. 73 I Nr. 9a GG)⁴⁷ ist ausschließliche Kompetenz des Bundes. Die Regelungskompetenz des Bundes bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in den Bereichen Kriminalpolizei, dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung und auswärtiger Belange sowie der Einrichtung eines Bundeskriminalamtes und der internationalen Verbrechensbekämpfung (Art. 73 I Nr. 10 GG) bilden weitere Ausnahmen von der reinen Länderzuständigkeit im Bereich der inneren Sicherheit.

Die Bildungs- und Kulturpolitik in Deutschland gilt jedoch als Kernkompetenz der Bundesländer. Sie umfasst Gesetzgebung wie auch Verwaltung und Finanzierung in den Politikbereichen Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur (Hepp 2006). Lediglich über finanzielle Anreize, wie beispielsweise ein 4 Milliarden schweres Förderprogramm zur Einführung von Ganztageschulen, konnte der Bund bis zur Föderalismusreform im Jahr 2006 Einfluss auf die Politik der Bundesländer in diesem Bereich nehmen (Wolf und Henkes 2007). Seit der Umsetzung der Föderalismusreform I ist auch dies nicht mehr möglich (Wolf 2008). Die Föderalismusreform hat die Kernkompetenz der Länder im Bildungs- und Kulturbereich folglich nicht abgeschwächt, sondern diese eher noch verstärkt, da der Bund keine finanziellen Anreize mehr setzen darf und zudem ein Großteil der Kompetenzen im Hochschulrecht und Hochschulbau nach der Föderalismusreform an die Länder zurückgefallen ist und die Länder nun nach Art. 72 Abs. 3 Nr. 6 von den Regelungen des Bundes bei Hochschulzulassung und Hochschulabschlüssen abweichen können (Lanzendorf

⁴⁷ Hierbei ist einschränkend zu berücksichtigen, dass Gesetze nach Art. 73 I Nr. 9a GG der Zustimmung des Bundesrates bedürfen (vgl. Art. 73 II GG).

und Peer 2008). Obwohl die Länder im Hochschulbereich und der Kulturpolitik schon über weitreichende Kompetenzen verfügen, ist die ureigenste Kompetenz der Bundesländer in der Kultuspolitik die Schulpolitik. Dem Landesgesetzgeber sind hier lediglich durch das Grundgesetz (Art. 6 Abs. 2 und Art. 7 GG) Grenzen gesetzt (Wolf 2008). Die große Bedeutung der Schulpolitik in den Bundesländern zeigen auch Bevölkerungsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen zu den wichtigsten Themen bei Landtagswahlkämpfen⁴⁸ sowie die Auswertungen der Landtagswahlprogramme in fünf Bundesländern für das Jahr 2009 nach inhaltlichen Schwerpunkten (Pappi, et al. 2009). So gilt auch weiterhin die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts aus einem Urteil von 1957, nämlich dass „die Kulturhoheit, besonders aber die Hoheit auf dem Gebiet des Schulwesens, das Kernstück der Eigenständigkeit der Länder ist“ (BVerfGE 6, 309, 346f.).

Neben den Politikbereichen Kultus und Inneres, für die hauptsächlich die Länder zuständig sind, gibt es auch Politikbereiche, in denen die gesetzgeberische Zuständigkeit durch das Grundgesetz eindeutig dem Bund zugewiesen wird. Diese Bereiche der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes werden in Art. 73 des Grundgesetzes abschließend aufgezählt. Darunter fallen unter anderem die gesamte Außen- und Verteidigungspolitik (Art. 73 I Nr. 1 GG), sowie bestimmte Bereiche aus der Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrspolitik (Art. 73 I Nr. 4, 5, 6 und 6a GG), das Post- und Telekommunikationswesen (Art. 73 I Nr. 7 GG) und die Kernenergie (Art. 73 I Nr. 14 GG). Neben der verhältnismäßig strikten Trennung der Gesetzgebungszuständigkeiten in diesen speziellen Politikbereichen gibt es allerdings auch viele Politikbereiche mit konkurrierender Gesetzgebung. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung dürfen die Länder nur tätig werden, soweit und solange der Bund noch keine Regelung getroffen hat (Reuter 1996). Zu den wichtigsten Bereichen der konkurrierenden Gesetzgebung gehören das Wirtschafts- und Arbeitsrecht (Art. 74 I Nr. 11 und 12 GG), die Land- und Forstwirtschaft (Art. 74 I Nr. 17, 20, 28), Gesundheit (Art. 74 I Nr. 19, 19a, 26 GG), Infrastruktur (Art. 74 I Nr. 21, 22 und 23 GG) und Naturschutz (Art. 74 I Nr. 29 GG). Abgesehen von der Außen- und Verteidigungspolitik, die allein dem Bund zufällt und die von Landtagsparteien in der Regel auch nicht oder kaum thematisiert wird, gehören die übrigen Bereiche der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes zu größeren Politikfeldern wie beispielsweise Wirtschaftspolitik, für die auch die Länder über eigene Zuständigkeiten verfügen (Seher und Pappi 2011: 11).

⁴⁸ Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. - Zu allen Landtags-, Bundestags- und Europawahlen seit 1974.

Zur Überprüfung von Hypothese 1 werden fünf Politikfelder betrachtet, diese sind: 1.) Arbeit, Soziales und Bau (ASB), 2.) Kultus, 3.) Inneres und Justiz (Recht), 4.) Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Finanzen (WULF) und 5.) Außen, Sicherheit und Europa (ASE) (Seher und Pappi 2011: 9). Für diese Politikfelder muss daher anhand der obigen Ausführungen der Grad der alleinigen Zuständigkeit der Landesebene bestimmt werden. Die beiden Extreme sind einfach zu bestimmen. Diese sind das Politikfeld Kultus als Kernkompetenz der Länder, in dem die Länder weitestgehend unabhängig von der Bundesebene agieren können, und das Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa, in dem die Länder über keine eigenen Kompetenzen verfügen, sondern der Bund nahezu uneingeschränkt zuständig ist.⁴⁹ Beim Politikfeld Recht, das sich aus den Geschäftsbereichen Inneres und Justiz zusammensetzt, ist die Zuordnung zu einer Ebene nicht so einfach möglich. Zwar fallen Entscheidungen aus dem Bereich Inneres, die sich auf die Landesverwaltung, die Kommunen und das Polizeirecht beziehen, in die Zuständigkeit der Landesebene, insbesondere aber im Bereich des Strafrechts und der Polizei des Bundes verfügt die Bundesebene über wichtige Kompetenzen. Im Vergleich zu den Politikfelder ASB und WULF verfügt die Landesebene hier aber dennoch über ein hohes Maß an Autonomie.

Das Politikfeld WULF ist besonders durch seine Heterogenität gekennzeichnet. So enthält es Bereiche, wie die Verkehrsplanung, die eindeutig der Bundesebene zuzuordnen sind, aber auch Bereiche, die für die Landesebene von großer Bedeutung sind, wie die Vergabe von Subventionen zur Förderung von Unternehmensansiedelungen. Durch die Norm der einheitlichen bzw. gleichwertigen Lebensverhältnisse im Grundgesetz wird insbesondere die historisch angelegte Ausrichtung der Sozialpolitik auf die Bundesebene weiter verstärkt (Schieren 2008: 218). Zwar weist das Grundgesetz die Gesetzgebungskompetenz in der Sozialpolitik der konkurrierenden Gesetzgebung zu, jedoch hat der Bund von seinen Kompetenzen umfassend Gebrauch gemacht, sodass den Ländern nur wenige Regelungsbereiche bleiben (Schieren 2008: 218f.). Schieren (2008: 225) kommt bezüglich der Kompetenzverteilung im Politikbereich Soziales daher zu dem Schluss, dass eine nennenswerte Rolle der Länder in diesem Politikbereich nicht erkennbar ist. Zu einem ähnlichen Ergebnis im Bereich der Gesundheitspolitik, einem Unterbereich der Sozialpolitik, kommt Gerlinger (2008). Auch die Gesetzgebungszuständigkeit in der Arbeitspolitik liegt im

⁴⁹ Auf inhaltliche Entscheidungen der EU können die Länder zwar in begrenztem Maße Einfluss nehmen, diese werden im Rahmen dieser Arbeit allerdings den konkreten Politikfeldern, also beispielsweise Landwirtschaftspolitik zugeordnet. Folglich bezieht sich Europapolitik hier auf Europaangelegenheiten im Sinne von Beschlüssen bezüglich der europäischen Integration und der Schaffung von Verfahrensregeln auf EU-Ebene.

Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung und wurde vom Bund umfassend ausgefüllt (Schmid und Hedrich 2008: 197). Zudem steht dem Bund mit der Bundesagentur für Arbeit bzw. bis 2003 der Bundesanstalt für Arbeit eine eigene Verwaltung im Bereich der Arbeitspolitik zur Verfügung (Schmid und Blancke 2006: 298).

Abschließend kann daher festgehalten werden, dass die Landesebene zwar einzelne Nischen wie beispielsweise beim Landeserziehungsgeld besetzen kann oder insbesondere mit Hilfe von EU-Mitteln auch in der Arbeitspolitik Akzente setzen kann (Schmid und Blancke 2006, Schmid und Hedrich 2008), ein Großteil der Zuständigkeit jedoch besonders im Vergleich zu den anderen untersuchten Politikfeldern, mit Ausnahme der Außen- und Sicherheitspolitik, auf Bundesebene liegt und auch von dieser ausgefüllt wird. Im Politikfeld ASB bleibt den Bundesländern somit in erster Linie der Regelungsbereich Bau, der sich auf sozialen Wohnungsbau bezieht und seit der Föderalismusreform in der alleinigen Zuständigkeit der Länder liegt. Während die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus in den 1950er und 1960er Jahren besonders hoch war, hat seine Bedeutung im Laufe der Zeit jedoch immer weiter abgenommen. Das wird auch an den Wahlprogrammen auf Bundes- wie auch auf Landesebene deutlich, die kaum noch Aussagen zum Politikbereich Bau enthalten (Seher und Pappi 2011: 9). Die Hauptbestandteile dieses Politikfeldes sind somit die Arbeits- und Sozialpolitik, für die in großen Teilen die Bundesebene verantwortlich ist.

Zur Überprüfung von Hypothese 1 wird basierend auf diesen Überlegungen ein Index für die Zuständigkeit der Landesebene für die genannten Politikfelder erstellt. Im Politikfeld Äußeres, Sicherheit und Europa verfügt der Bund über die beinahe uneingeschränkte alleinige Zuständigkeit, diesem Politikfeld wird daher der Wert 0 zugewiesen. Das Politikfeld ASB erhält den Wert 1, WULF den Wert 2, das Politikfeld Recht, in dem die Länder über viele Kompetenzen verfügen, den Wert 3 und Kultus als Kernkompetenz der Landesebene den Wert 4 (vgl. auch Seher und Pappi 2011: 9f.).

Neben der grundgesetzlich festgeschriebenen Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesebene, die zur Erklärung der Bedeutung der einzelnen Politikfelder für die verschiedenen Ebenen herangezogen wird, ist die Berücksichtigung der Kompetenzen der Zweiten Kammer, wenn in dieser die Landesparteien vertreten sind, von Bedeutung für die Ähnlichkeit der Positionen von Bundes- und Landesparteien. In Politikbereichen, in denen die Zweite Kammer Einfluss nehmen kann, ist das geschlossene Auftreten der Bundespartei und ihrer Landesverbände besonders wichtig, da sie hier aus Gründen der Glaubwürdigkeit nicht

gegeneinander kämpfen sollten. Der deutsche Bundesrat, in dem die Regierungen der sechzehn Bundesländer mit unterschiedlichem Stimmengewicht vertreten sind, bildet streng genommen jedoch keine Zweite Kammer des Parlaments, sondern ist nach Art. 50 GG ein eigenständiges Verfassungsorgan (Sturm 2001). Unabhängig davon erfüllt der Bundesrat aber die wesentlichen Funktionen einer Zweiten Kammer und wird daher als funktionales Äquivalent betrachtet (Leunig 2010a).

Der Bundesrat bietet den Bundesländern bei allen Bundesgesetzen die Möglichkeit zur Mitentscheidung. Unterschieden wird dabei zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen. Einspruchsgesetze sind in der politischen Praxis in Deutschland bisher nur von untergeordneter Bedeutung, da die Ablehnung eines solchen Gesetzes im Bundesrat durch den Bundestag in der Regel mit einfacher Mehrheit zurückgewiesen werden kann. Lediglich eine Ablehnung des Bundesrats mit Zweidrittelmehrheit erfordert für die Zurückweisung dieser Ablehnung durch den Bundestag ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit. Da die oppositionsgeführten Länder im Bundesrat bisher allerdings nie über eine Zweidrittelmehrheit verfügten, waren Einspruchsgesetze durch den Bundesrat in der Regel nicht aufzuhalten (Kropp 2010).⁵⁰ Von weit größerer Relevanz sind die zustimmungspflichtigen Gesetze, für die sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Mehrheit gefunden werden muss. Der Anteil zustimmungspflichtiger Gesetze an allen Bundesgesetzen betrug bis zur Föderalismusreform 2006 mehr als 60 % (Kropp 2010) und sank danach, wenn auch nicht so stark wie intendiert, deutlich auf 40,7 % (Zohlhöfer 2010). Insgesamt verfügen die Länder folglich sowohl vor als auch nach der Föderalismusreform über bedeutende Mitspracherechte bei der Verabschiedung von Gesetzen, die die Verwaltungszuständigkeit der Länder betreffen oder finanzwirksam sind, da für diese Gesetze die Zustimmungspflicht des Bundesrats gilt.

Bei der Schaffung des Grundgesetzes wurde davon ausgegangen, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz zurückhaltend ausübt und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern daher nur in begrenztem Maße notwendig ist (Sturm 2001: 58). Vielmehr als die Idee der vertikalen Kooperation zwischen parteipolitischen Akteuren wurde mit der Einrichtung des Bundesrats die Hoffnung auf sachlichere, dem Parteienwettbewerb entzogene Entscheidungen im Interesse der Bundesländer verbunden (Sturm 2001). Tatsächlich ist der Parteienwettbewerb jedoch auch im Bundesrat die bestimmende Kraft (Bräuninger, et al.

⁵⁰ Vgl. zu den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat von 1949 -1962 (Träger 2012: 41), 1961-1969 (Abresch und Leunig 2012: 80), 1969-1982 (Nagel und Leunig 2012: 110), 1982-1991 (Leunig 2012a: 150), 1991-1998 (Leunig und Träger 2012a: 186), 1998-2005 (Träger und Thiel 2012a: 227) und 2005-2009 (Träger und Thiel 2012b: 263).

2010: 225, 29). In der Literatur werden für die parteipolitische Durchdringung des Bundesrats verschiedene Gründe und Indizien genannt. Zum einen wird die parteipolitische Durchdringung des Bundesrates damit begründet, dass die Landesvertreter nicht vom Volk direkt gewählt werden und sich daher nicht in erster Linie als unabhängige Vertreter des Landes, sondern als Vertreter der Landesregierung, die sie ja auch sind, verstehen (Watts 2010). Zum anderen bestehen die Parteiensysteme in Bund und Ländern größtenteils aus den gleichen Parteien, sodass durch den Bundesrat keinen neuen spezifisch regional geprägten Interessen Eingang in die Verhandlungen finden (Chandler 1987, Scharpf 1995).

Die Bedeutung des Parteienwettbewerbs im Bundesrat kann darüber hinaus auch an den Koalitionsabkommen auf Landesebene deutlich gemacht werden, die in der Regel eine Enthaltung des Landes festlegen, wenn sich die Landesregierungsparteien nicht auf eine Position einigen können. Eine Ausnahme von dieser Regel stellt das Koalitionsabkommen der rheinland-pfälzischen Regierung von 1996-2001 dar. Dieser Koalitionsvertrag sah vor, dass bei Nichteinigung zwischen den Koalitionspartnern der Zufall über die Stimmabgabe beim ersten Tagesordnungspunkt entscheidet und alle weiteren Tagesordnungspunkte abwechselnd von den Koalitionsparteien entschieden werden dürfen. Obwohl es bezüglich des tatsächlichen Abstimmungsverhaltens der Landesregierungen im Bundesrat auch gegenteilige Beispiele gibt, beispielsweise die Zustimmung der von Landesregierungen mit CDU-Beteiligung geführten Länder Berlin, Bremen und Brandenburg zu einer von der SPD-geführten Bundesregierung vorgelegten Steuerreform im Jahr 2000 (Eilfort 2006: 217), folgt das Abstimmungsverhalten im Bundesrat in erster Linie parteipolitischen Mehrheiten und nicht Landesinteressen. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass die Ablehnung von Zustimmungsgesetzen durch den Bundesrat sowie die Anrufung des Vermittlungsausschusses in Perioden mit unterschiedlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat deutlich erhöht ist (Leonardy 2004: 199f.). Leunig und Träger (2012b: 17) verdeutlichen dies durch ein aktuelles Beispiel und zitieren die Ankündigung der Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Bundestag Carola Reimann (SPD), die ankündigte, dass „Ihre Partei [...] der geplanten steuerlich geförderten Privatvorsorge nicht zustimmen [...]“ werde.⁵¹ Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, dass der Bundesrat von der bundespolitischen Opposition als Mittel zur Beeinflussung der Bundespolitik genutzt wird (König 2001). Verfügen die Regierungsparteien im Bund hingegen über eine Mehrheit im Bundesrat, so

⁵¹ Süddeutsche Zeitung vom 3.1.2012, S. 4, zitiert nach (Leunig und Träger 2012b: 17).

wird den von der Bundesregierung verabschiedeten Gesetzen in der Regel zugestimmt (Leonardy 2004: 200).

Die Dominanz des Parteienwettbewerbs im Bundesrat wird in Einklang mit obigem Beispiel aus der Gesundheitspolitik beispielsweise auch dadurch deutlich, dass die Entscheidung über die Stimmabgabe der einzelnen Landesregierungen bereits vor der Sitzung des Bundesrates getroffen wird. Um sich untereinander zu koordinieren, treffen sich die Landesregierungen getrennt, je nachdem ob die Landesregierung von CDU oder SPD geführt wird (Sturm 2001, Leonardy 2004: 188ff.). Da die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat jedoch häufig gegenläufig sind, muss die Bundesregierung auf die Landesregierungen zugehen und nach Kompromissen suchen, sodass Gesetze häufig auch ein Kompromiss der beiden großen Parteien CDU und SPD sind, selbst wenn im Bund keine große Koalition regiert. Die Bedeutung der Parteizusammensetzung einer Landesregierung für das Abstimmungsverhalten im Bundesrat sowie das Fehlen regionaler Parteien hat letztlich mächtige Bundesparteien und enge Bindungen zwischen den Parteiebenen in Deutschland zur Folge (Chandler 1987, Scharpf 1995). Die oben bereits angesprochenen, durch die funktionale Kompetenzverteilung ausgelösten, integrativen Tendenzen werden durch die Ausgestaltung des Bundesrates, der zusätzlich zur funktionalen Machtteilung auch bei der Gesetzgebung in vielen Bereichen Kooperation zwischen den Ebenen voraussetzt, somit weiter verstärkt (Scharpf 1995, Thorlakson 2010: 33).

Abgesehen von der verfassungsrechtlichen Aufteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten und der Zusammenarbeit im Bundesrat in der oben beschriebenen Form, ist auch die freiwillige Kooperation zwischen den Ebenen von prägender Bedeutung für den Kontext, in dem Parteien im deutschen Bundesstaat agieren. Kooperation zwischen Bund und Ländern findet in Deutschland auf vielen unterschiedlichen Wegen statt, so werden darunter unter anderem Bundesergänzungszuweisungen, die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a und b GG und die Mischfinanzierung nach Art. 104a GG, rechtliche Vereinbarungen wie Staatsverträge und Verwaltungsabkommen, gemeinsame Planungen wie beispielsweise durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz oder die bis 2007 bestehende Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung verstanden (Núñez 2009, Kropp 2010).

Abschließend soll daher noch ein kurzer Überblick über die Ausgestaltung der freiwilligen vertikalen Koordination und Kooperation, die häufig als vierte Ebene des Bundesstaates in Deutschland betrachtet wird, gegeben werden. Obwohl diese Kooperationsformen

verfassungsrechtlich nicht vorgesehen sind und daher als freiwillig bezeichnet werden, unterliegen sie nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 1, 38) der Verfassungsnorm wechselseitiger Bundestreue (Kropp 2010: 125f.). Zumeist finden diese Formen der vertikalen Koordination und Kooperation zwischen den Exekutiven des Bundes und der Länder beispielsweise durch Landesvertretungen beim Bund, Konferenzen der Regierungschefs sowie Bund-Länder-Ausschüsse der Ministerialbürokratie statt (Leonardy 2004: 195ff.). Da die meisten Regierungen in Deutschland über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, ist es jedoch äußerst selten, dass getroffene Vereinbarungen von den Parlamenten nicht ratifiziert werden (Kropp 2010: 129). Wie häufig bei Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ebenen des deutschen Föderalismus kommt es auch hier zu einer Vermischung von Partei- und Landesinteressen (Kropp 2010: 129). Festgehalten werden kann somit, dass aufgrund der Kompetenzverteilung, der Ausgestaltung des Bundesrates und auch der sonstigen Kooperationsformen zwischen Bundes- und Landesebene von einer engen Beziehung zwischen den Ebenen in Deutschland ausgegangen werden kann, wobei die Bundesebene der Landesebene hierarchisch übergeordnet ist und der Bundesrat entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung hauptsächlich der Verfolgung von (Bundes)Parteipolitik dient.

Neben der vertikalen Kooperation zwischen Ländern und Bund gibt es auch horizontale Koordination und Kooperation zwischen den Bundesländern, deren Zweck in erster Linie darin besteht, durch freiwillige Zusammenarbeit der Förderung nach einheitlichen Lebensverhältnissen im gesamten Bundesgebiet nachzukommen und so eine Einmischung des Bundes in Länderaufgaben zu verhindern (Kropp 2010: 130). Diese sogenannte dritte Ebene des Bundesstaates zeichnet sich durch Staatsverträge, Verwaltungsabkommen, gemeinsame Gremien der Verwaltung, gemeinsame Kabinettsitzungen, insbesondere aber durch gemeinsame Konferenzen der Fachminister oder der Ministerpräsidenten aus. Grundsätzlich kann zwischen Kooperationen der Exekutiven und der Legislativen unterschieden werden, wobei auch hier die Kooperationen der Exekutiven bei weitem überwiegen (Reuter 1996). Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal sind die beteiligten Länder, so gibt es bilaterale Kooperationen, Kooperationen mehrerer oder aller Bundesländer. Die herausragende Bedeutung der Kultusminister- und der Innenministerkonferenz macht deutlich, dass die Länder in den ihnen zur (teilweisen) Regelung überlassenen Politikfeldern besonders intensiv zusammenarbeiten (Kropp 2010: 137f.). Auch hier zeigt sich wieder das Spannungsverhältnis zwischen Partei- und Landesinteressen, so gibt es zu den meisten Konferenzen von

Fachministern und Ministerpräsidenten vorbereitende Treffen, zu denen man entweder getrennt nach Region (Ost- und Westdeutschland) oder nach Parteien (Opposition- und Regierungsparteien im Bund) zusammenkommt, um gemeinsame Positionen auszuloten (Kropp 2010: 137ff.). Die Beschlüsse der Konferenzen der Fachminister sind in der Regel allerdings so allgemein, dass Experimente und Innovationen der einzelnen Bundesländer dennoch möglich sind (vgl. bspw. die Auseinandersetzung in der Kultusministerkonferenz 2004 und den angedrohten Austritt Niedersachsens (Kropp 2010: 138 und 41ff.)).

Auf Basis der Überlegungen zur Kompetenzverteilung und Zusammenarbeit zwischen der Bundes- und der Landesebene in Deutschland wird nun eine Hypothese über den Einfluss der Bundesparteien auf die politische Positionierung der Landesparteien abgeleitet. Da sich die Kompetenzverteilung und die vertikale Zusammenarbeit zwischen den Ebenen deutlich zwischen den einzelnen Politikbereichen unterscheiden, sind die Unterschiede zwischen Politikfeldern Grundlage dieser Hypothese (vgl. dazu auch die Hypothese 1 zur Bedeutung der unterschiedlichen Politikfelder für die Bundes- und Landesebene). Die Einflussnahme der Bundespartei sollte entsprechend der obigen Darstellungen in Politikbereichen mit geteilten Zuständigkeiten und einem hohen Grad vertikaler Zusammenarbeit sehr viel stärker ausgeprägt sein, als in Politikbereichen, die durch die Bundesländer weitestgehend unabhängig bearbeitet und durch horizontale Kooperationen zwischen den Bundesländern gegen eine Einmischung durch den Bund abgeschirmt werden.

Als Politikfelder mit einem hohen Maß an Zusammenarbeit zwischen den Ebenen kommen insbesondere Arbeit, Soziales und Bau (ASB) und Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Finanzen (WULF) in Frage. Die übrigen Politikbereiche sind entweder von der Bundes- oder der Landesebene klar dominiert (Außen- und Sicherheit- und Europapolitik sowie Kultus) oder aus zwei Politikbereichen zusammengesetzt von denen einer der Landes- und einer der Bundesebene zuzuordnen ist (Recht). Das Politikfeld ASB verfügt gegenüber dem Politikfeld WULF über zwei Vorteile. Erstens kann die EU-Ebene in der Arbeits- und Sozialpolitik nur in vergleichsweise geringem Maße Einfluss nehmen und die Analyse somit auf die Bundes- und Landesebene begrenzt werden (Schieren 2008: 225). Zweitens ist das Politikfeld WULF, da es sich aus vier unterschiedlichen Politikbereichen zusammensetzt, sehr viel heterogener als das Politikfeld ASB. Diese Heterogenität kann die Vergleichbarkeit der behandelten Inhalte und somit der Positionen zwischen den Ebenen erheblich erschweren. Zur Untersuchung des Zusammenhangs der Politikpositionen auf Bundes- und Landesebene ausgewählt werden daher das Kernkompetenzfeld der Bundesländer (Kultus) und ASB.

Aus dieser Auswahl der Politikbereiche und den vorherigen Überlegungen der Auswirkungen von Kompetenzverteilung und Kooperation zwischen den Ebenen ergibt sich die folgende Hypothese:

Hypothese 2: Der Einfluss der Bundespartei auf die jeweiligen Landesparteien ist im Politikfeld Arbeit und Soziales (ASB) größer als im Politikfeld Kultus.

Die Überprüfung dieser Hypothese erfordert politikfeldspezifische Positionen der Landes- und Bundesparteien für die Politikfelder Kultus sowie Arbeit und Soziales (ASB). Liegen diese politikfeldspezifischen Positionen vor, kann der Zusammenhang zwischen den Positionen der Bundes- und Landesparteien in verschiedenen Politikfeldern verglichen werden. Eine Beschreibung des Vorgehens zur Ermittlung dieser politikfeldspezifischen Positionen und der Positionen selbst erfolgt in Kapitel 4.1.

Obwohl ein Vergleich des Zusammenhangs der Politikpositionen der Bundes- und Landesparteien zwischen den Perioden vor und nach der Föderalismusreform verworfen wurde, kann die Zeitdimension eine lohnenswerte Variable bei der Untersuchung der Unabhängigkeit der Landesparteien von der nationalen Partei sein. Insgesamt haben die deutschen Parteien wie oben gezeigt wurde ein großes Maß an vertikaler Verflechtung entwickelt. Allerdings fiel es den Parteien in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts immer schwerer, dieses hohe Maß vertikaler Verflechtung aufrecht zu erhalten, sodass die Parteien sich zunehmend regionalisiert haben und territoriale Politik in den Bundesländern vor allem seit der Wiedervereinigung an Bedeutung gewonnen hat (Keating 1998a, Sturm 1999, Thorlakson 2000: 129, 40, Detterbeck und Renzsch 2003: 257). Dementsprechend hat sich auch die Politikwissenschaft nach der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden Diversifikation und Regionalisierung der Landespolitik vermehrt mit Politik auf Ebene der Bundesländer beschäftigt. Zur Erklärung der zunehmenden Regionalisierung des politischen Wettbewerbs im deutschen Mehrebenensystem werden in der Literatur verschiedene Faktoren besprochen, so ziehen beispielsweise Detterbeck und Renzsch (2003: 263ff.) institutionelle Strukturen, sozioökonomische Faktoren und Faktoren der Parteiorganisation heran.

Durch die Wiedervereinigung wurde die in der alten Bundesrepublik erreichte Homogenität der Lebensverhältnisse stark geschwächt, sodass nicht mehr nur unterschiedliche Interessen der Parteien, sondern auch die größer gewordenen Unterschiede zwischen den Ländern, insbesondere zwischen reichen und armen Ländern, zu Konfrontationen führten (Sturm 1999:

213). Durch die Auseinanderentwicklung der regionalen Interessen und die steigende Nachfrage der Wählerschaft nach effektiver regionaler Repräsentation gewinnen territoriale Überlegungen seit der Wiedervereinigung an Bedeutung (Detterbeck und Renzsch 2003: 257). Immer häufiger kommen Untersuchungen zur Stellung der Bundesländer im politischen Mehrebenensystem Deutschlands daher zu dem Ergebnis, dass sich die Relevanz des politischen Willensbildungsprozesses auf der Landesebene seit den 1980er Jahren erhöht hat und sehen es darüber hinaus auch als eher unwahrscheinlich an, dass diese Freiräume in Zukunft wieder beschnitten werden (Kropp und Sturm 1999). Die stärkere Betonung regionaler Interessen wird besonders in Bayern deutlich. Aus Bayern kommen am häufigsten Forderungen nach mehr Autonomie und Selbstverantwortung (Detterbeck und Jeffery 2009: 66). Ein aktuelles Beispiel ist die Veröffentlichung eines Buchs mit dem Titel „Bayern kann es auch allein“ im August 2012, das ein langjähriger Weggefährte von Franz Josef Strauß und ehemaliges Mitglied des CSU-Parteivorstands veröffentlichte und die Diskussion damit auf einen neuen Höhepunkt brachte (Scharnagl 2012).

In der Wählerschaft scheint vor 1990 nur ein begrenztes Verständnis von Unterschieden zwischen den Parteien auf Bundes- und Landesebene bestanden zu haben (Detterbeck und Renzsch 2003: 259). Durch die zunehmende Regionalisierung und damit die Entfernung der Landtagswahlkämpfe von bundespolitischen Themen und ihrer stärkeren regionalen Prägung werden Unterschiede zwischen den Ebenen jedoch zunehmen (Detterbeck und Renzsch 2003: 262). Diese neue Betonung regionaler Interessen führt zu einem länderspezifischen politischen Kontext der Interessenaggregation, der Repräsentation und Politikentscheidungen, der sich neben dem bundesweiten Rahmen der Politik etabliert hat (Detterbeck und Jeffery 2009: 64). Seit den 1960er Jahren und bis zum Eintritt der Grünen in das auf Bundes- und Landesebene vorherrschende Zweieinhalb-Parteiensystem war das Wahlverhalten durch symmetrische Muster auf Landes- und Bundesebene gekennzeichnet (Hough und Koß 2009: 50). Diese Symmetrie wurde durch das Hinzukommen der Grünen Mitte der 1980er Jahre und insbesondere durch die Wiedervereinigung geschwächt, was vor allem an der starken Stellung der PDS (jetzt: Linke) als ostdeutsche Regionalpartei deutlich wird (Hough und Koß 2009: 51), sodass seit den 1990er Jahren auch von einer zunehmenden Regionalisierung des Wahlverhaltens in den deutschen Bundesländern gesprochen werden kann (Hough und Jeffery 2006b: 133ff.).

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der Wahlergebnisse auf Landesebene. Im Zeitraum nach der Wiedervereinigung ändert sich am Bild des schlechten Abschneidens der wichtigsten

Regierungspartei auf Bundesebene bei Landtagswahlen zwar nichts, jedoch kann die wichtigste Oppositionspartei im Bund davon nicht mehr profitieren (Jeffery und Hough 2003: 205, Burkhart 2005, Detterbeck und Renzsch 2008). Stattdessen profitieren kleinere Parteien, teilweise auch rechte oder spontan gebildete Protestparteien, mit einem auf regionale Themen ausgerichteten Wahlkampf (Jeffery und Hough 2003: 205). Dies kann mit einer Abnahme der Parteibindung der Wählerschaft in den alten Bundesländern und einer generell niedrigeren Parteibindung in der ostdeutschen Wählerschaft erklärt werden (Detterbeck und Renzsch 2008). Anzunehmen ist darüber hinaus, dass die Föderalismusreform von 2006 den Trend der Regionalisierung beschleunigen wird, da bundes- und landespolitische Arenen deutlicher getrennt sind als vorher (Detterbeck und Renzsch 2008).

Zwar sind Landtagswahlen gemessen an der Wahlbeteiligung weiterhin second order Wahlen, dennoch darf die Relevanz der regionalen Kontexte nicht unterschätzt werden, wie sich beispielsweise an der Bildung regionaler Hochburgen bzw. Diasporagebieten einzelner Parteien erkennen lässt, die unabhängig vom Bundestrend Bestand haben. Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass trotz der zunehmenden Regionalisierung des Wahlverhaltens weiterhin ein Großteil der Wähler nicht zwischen den Ebenen differenziert und die Wahlentscheidung aufgrund bundespolitischer Überlegungen trifft, wie auch das schlechte Abschneiden der CDU bei Landtagswahlen im Umfeld des Spendenskandals der Bundespartei in den Jahren 2000 und 2001 zeigt (Detterbeck und Renzsch 2008). Eine andere Perspektive erklärt die Regionalisierung des Wahlverhaltens nicht mit nachlassenden Parteibindungen der Wähler, sondern mit zunehmender Unabhängigkeit der Landesparteien von der jeweiligen Bundespartei (Benz 1999, Jeffery 1999a, Detterbeck und Jeffery 2009). Beide Sichtweisen widersprechen den angenommenen Top-Down-Beziehungen bezüglich der deutschen Parteien zwar nicht, stellen aber eine zunehmende Regionalisierung, das heißt eine Abnahme der bundespolitischen Durchdringung der Landespolitik seit der Wiedervereinigung fest.

Ein anderes Maß, das die Regionalisierung der Landtagswahlkämpfe beschreibt, ist der „index of dissimilarity“ (Johnston 1980, Abedi und Siaroff 1999), der Unterschiede zwischen regionalen und nationalen Wahlergebnissen angibt. Dieser übersteigt in Deutschland lediglich in den Anfangsjahren der Bonner Republik vor der Konsolidierung des Parteiensystems und der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung die 10-Prozentmarke (Jeffery und Hough 2003: 208, Hough und Koß 2009: 59f.). Bei allen Nachteilen dieses Index scheint es also auch hier Hinweise darauf zu geben, dass sich Wahlentscheidungen nach der Wiedervereinigung stärker regionalisiert haben. Regionalisierter Parteienwettbewerb wie man ihn in Deutschland

folglich zunehmend beobachten kann, erfordert aber auch regionale Antworten und Parteistrategien, sodass mit einer zunehmenden Unabhängigkeit der Landesparteien von der Bundespartei bei der Wahlkampf- und Wahlprogrammgestaltung gerechnet werden kann (Detterbeck und Jeffery 2009: 78). Diese Entwicklungen gehen einher mit dem Trend zu mehr Autonomie der regionalen Parteiorganisationen in den Bereichen politischer Positionierung und Koalitionsbildung in den 1990er Jahren (Detterbeck und Renzsch 2003). Das zeigt sich im Bereich der Koalitionsbildung vor allem daran, dass es seit den 1990er Jahren immer häufiger zur Bildung inkongruenter Koalitionen auf Landesebene kommt (Sturm 1999: 201, 2001, Detterbeck und Jeffery 2009). Dies deutet ebenfalls daraufhin, dass der Parteienwettbewerb in den Ländern nicht länger den Parteienwettbewerb auf Bundesebene spiegelt, sondern sich eigene Muster herausbilden, die die Bildung kongruenter Koalitionen teilweise erschweren bzw. unmöglich machen (Thorlakson 2000: 140).

Die lange vorherrschende Sichtweise zentralistisch organisierter Parteien, deren Bundesorganisation den Landesverbänden Vorgaben entsprechend den bundespolitischen Präferenzen machen können, wird heute folglich als nicht mehr ausreichend betrachtet (Wiesendahl 1998). Der Freiraum der Landespolitik hat sich durch die allmähliche Entlegitimierung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in den Bundesländern und die verstärkte wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Regionen auf dem europäischen Binnenmarkt zusätzlich vergrößert (Kropp und Sturm 1999). Detterbeck und Renzsch (2003) konstatieren daher, dass die Auflösung einer strengen Parteiideologie und die zunehmende Bedeutung der Landespolitik sowie der allgemeine Trend zu einer zunehmenden Differenzierung zwischen den Bundesländern sich ganz im Sinne des von Jeffery (1999a) beschriebenen Sinatra-Föderalismus auch bei den Parteien bemerkbar macht: Es gibt größere Unterschiede zwischen den Bundesländern, der Parteienwettbewerb unterscheidet sich insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland erheblich und die ideologische und soziale Kohäsion der Parteien wird immer schwächer. In einem solchen Kontext erwarten Detterbeck und Jeffery (2009: 76) eine zunehmende Heterogenität der von den einzelnen Einheiten einer Partei vertretenen Politikpositionen. Aus diesen Erkenntnissen leiten sich Hypothese 3 über den Zusammenhang der Politikpositionen zwischen Bundes- und Landespartei und Hypothese 4 über die Veränderung der politikfeldspezifischen Salienzen im Zeitverlauf ab.

Hypothese 3: Der Einfluss der Bundespartei auf die politischen Positionen der jeweiligen Landesparteien nimmt innerhalb des Untersuchungszeitraumes ab.

Hypothese 4: Die Unterschiede zwischen den politikfeldspezifischen Salienzen der Bundes- und Landesparteien werden im Untersuchungszeitraum größer.

Die Hypothesen 3 und 4 gehen davon aus, dass der Zusammenhang zwischen den Parteipositionen auf Bundes- und Landesebene im Untersuchungszeitraum abnimmt bzw. die Salienzunterschiede zwischen Landes- und Bundesparteien im Untersuchungszeitraum größer werden. Von einer expliziten Messung der Regionalisierung im Untersuchungszeitraum beispielsweise auf Basis der Messung regionaler Autorität von Hooghe et al. (2010b) wird hier abgesehen, stattdessen wird in Übereinstimmung mit der vorgestellten Literatur vereinfachend davon ausgegangen, dass sich der Parteienwettbewerb in Deutschland seit den 1990er Jahren zunehmend regionalisiert hat. Die interessierende unabhängige Variable ist folglich die Zeit. Da Regionalisierung im oben beschriebenen Sinne als kontinuierlicher Prozess verstanden wird, der Anfang der 90er Jahre begann und bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im Jahr 2010 noch nicht abgeschlossen ist, ist eine Operationalisierung über die Zeit, die seit 1990 vergangen ist, naheliegend. Je mehr Zeit seit 1990 vergangen ist, desto weiter ist die Regionalisierung vorangeschritten und desto größer ist folglich die Unabhängigkeit der Landesparteien von der Bundespartei. Eine offenkundige Einheit zur Messung der Zeit in diesem Zusammenhang sind Jahre seit 1990. Von dieser feinen Unterteilung soll hier jedoch abgesehen werden, da für jedes Jahr Positionen bzw. Salienzen der Parteien aus verschiedenen Bundesländern vorliegen, sodass potentielle Unterschiede zwischen zwei Jahren auch dadurch zustande kommen können, dass die Positionen bzw. Salienzen unterschiedlicher Landesparteien als abhängige Variable verwendet werden.

Aus diesem Grund wird auf eine Einteilung entsprechend der Legislaturperioden auf Bundesebene zurückgegriffen (vgl. Kapitel 4.2.1). Innerhalb einer Bundeslegislaturperiode liegen Positions- und Salienzmessungen für Landesparteien in einem Großteil der Bundesländer vor, sodass Unterschiede zwischen Bundeslegislaturperioden nicht allein auf Unterschieden zwischen Bundesländern zurückzuführen sind. Der Untersuchungszeitraum ist in sechs verschiedene Bundeslegislaturperioden eingeteilt⁵², die entsprechende Variable BLeg enthält daher Werte von 1 bis 6. Entsprechend der Überlegungen zur Regionalisierung der Politik in Deutschland wird davon ausgegangen, dass die Unabhängigkeit der Landesparteien

⁵² Die Bundeslegislaturperioden dauern immer vom Beginn eines Bundestagswahljahres bis zum Ende des Jahres vor der nächsten Bundestagswahl, im Untersuchungszeitraum also von 1990-1993, 1994-1997, 1998-2001, 2002-2004, 2005-2008 und 2009-2010. Genauere Informationen zu dieser Einteilung finden sich in Kapitel 4.2.1.

mit der Zeit zunimmt. Um diesen Zusammenhang statistisch schätzen zu können, wird daher ein Interaktionsterm aus der Politikposition der Bundespartei und der Bundeslegislaturperiode gebildet, der erwartete Interaktionseffekt ist hier negativ, da davon ausgegangen wird, dass der Einfluss der Bundespartei mit zunehmender Regionalsierung und damit einer späteren Bundeslegislaturperiode schwächer wird. Bei Hypothese 4 wird hingegen ein positiver Zusammenhang zwischen den Salienzunterschieden der Bundes- und Landesparteien und der Bundeslegislaturperiode erwartet.

3.1.2. Nationale Partei

Wie stark die Positionen subnationaler Parteien von den Positionen der jeweiligen nationalen Partei abhängen, wird außer durch den nationalen Kontext auch von nationalen Parteifaktoren beeinflusst. Das sind Merkmale einer Partei, die auf die Gesamtpartei und alle ihre Untergliederungen zutreffen. Im Gegensatz zu den nationalen Kontextfaktoren unterscheidet sich die Ausprägung dieser Eigenschaften im Allgemeinen zwischen den verschiedenen Parteien innerhalb eines Nationalstaates. Sie sind daher für die vorliegende Untersuchung der Positionen deutscher Parteien von besonderer Relevanz, da sie Aufschluss über Faktoren geben können, die die innerparteilichen Beziehungen und damit die Einflussmöglichkeiten der nationalen Partei auf ihre subnationalen Gliederungen bestimmen.

Ein solcher Faktor ist der Grad der Dezentralisierung einer Parteiorganisation. Er gibt Aufschluss über die Machtverhältnisse zwischen Bundes- und Landesebene und die Möglichkeiten der nationalen Partei auf die Positionierung subnationaler Parteien Einfluss zu nehmen (vgl. Kapitel 2.1.3) (Thorlakson 2002, Hopkin 2003, 2009, Thorlakson 2009: 158). Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass ein dezentralisierter Staatsaufbau mit einer dezentralisierten Parteiorganisation einhergeht, dennoch sind Variationen im Grad der Dezentralisierung der Parteiorganisation auch innerhalb eines Staates möglich. Für Deutschland wird zwar grundsätzlich eine Top-Down Beziehung zwischen den Parteebenen angenommen (vgl. Kapitel 3.1), dennoch kann sich der Grad der Zentralisierung wie auch die Autorität, die die nationale Parteebene gegenüber der subnationalen Ebene genießt, zwischen Parteien unterscheiden. Ebenso ist es möglich, dass sich der Zentralisierungsgrad und die Autorität der nationalen Ebene einer Partei zwischen den einzelnen Politikfeldern unterscheidet oder über die Zeit verändert. Somit steht in diesem Abschnitt die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei Auswirkungen auf den

Grad des Zusammenhangs zwischen den Positionen der nationalen Partei und den Positionen ihrer subnationalen Gliederungen hat.

Obwohl das Konzept der vertikalen Integration von Thorlakson (2009: 161f.) keine Aussage über eine Hierarchie zwischen den Parteiebenen macht, wird es hier, da grundsätzlich von einer Top-Down-Beziehung zwischen den verschiedenen Parteiebenen in Deutschland ausgegangen wird, als Indikator für die Einflussstärke der nationalen Partei und somit der Zentralisierung der Partei angesehen. Vertikale Integration einer Parteiorganisation bezeichnet die organisatorischen Verbindungen, Interdependenzen und Kooperationen zwischen den verschiedenen Parteiebenen (vgl. Kapitel 2.1.3). Ist eine Partei stark vertikal integriert, können Handlungen einer Ebene folglich starke Auswirkungen auf die jeweils andere Ebene haben, sodass die nationale Partei in diesem Fall ein besonders großes Interesse an einer einheitlichen Positionierung aller Parteigliederungen hat. Je stärker vertikal integriert eine Partei ist, desto größer ist die Interdependenz zwischen den Parteiebenen und somit auch der Zusammenhang zwischen den Politikpositionen der nationalen und subnationalen Ebene einer Partei. Zur Operationalisierung der vertikalen Integration einer Partei können verschiedene Merkmale herangezogen werden. Zum einen ist dies die formale Organisation einer Partei, das heißt die in den Parteistatuten festgelegten Regeln beispielsweise zu Mitgliedschaft, Ressourcen oder Kooperationen beziehungsweise direkten Einflussmöglichkeiten zwischen den Parteiebenen (Deschouwer 2006: 216ff.). Zum anderen müssen hierbei aber auch die Geschichte und Tradition einer Partei sowie die Parteifamilie, der eine Partei angehört, berücksichtigt werden (Panebianco 1988, Hopkin und Bradbury 2006, Thorlakson 2009: 159). Zwar kann sich der Grad der vertikalen Integration einer Partei im Zeitverlauf beispielsweise durch Änderung der Parteistatuten verändern, jedoch kann die auf formalen Aspekten basierende vertikale Integration grundsätzlich als relativ konstant über die Zeit betrachtet werden.

Neben dem organisatorischen Aufbau einer Partei und dem Grad ihrer Zentralisierung können auch äußere Faktoren die Dominanz der nationalen Partei gegenüber den subnationalen Parteien stärken bzw. schwächen. In Frage kommen unter anderem der Status als Regierungs- oder Oppositionspartei, Erfolge oder Misserfolge bei nationalen Wahlen oder auch die Durchsetzungskraft des nationalen Führungspersonals und dessen Ansehen in der Gesamtpartei (Thorlakson 2009: 165). Der Zusammenhang zwischen dem Status der nationalen Partei und ihrem Einfluss auf die Positionierung der subnationalen Parteigliederungen ist hier zweiseitig. Zum einen erhöhen Erfolg und Ansehen der nationalen

Partei ihre Autorität gegenüber den subnationalen Parteigliederungen, zum anderen ist es aber auch für die subnationalen Parteien lohnender sich an eine erfolgreiche nationale Partei anzupassen. Da beide Mechanismen in die gleiche Richtung wirken, ist davon auszugehen, dass ein höherer Status der nationalen Partei zu einer engeren Bindung der subnationalen Politikpositionen an die Positionen der nationalen Partei führt. Da diese Faktoren über die Zeit und zwischen den nationalen Parteien variieren können, kann auch die Dominanz der nationalen Partei im Zeitverlauf variieren. Im Vergleich zum Zentralisierungsgrad einer Partei, der eher durch langfristig stabile Faktoren wie Parteistatuten beeinflusst wird, ist im Fall des Status einer nationalen Partei daher mit größerer Variation zu rechnen.

Abgesehen von der Variation über die Zeit ist auch eine unterschiedliche Ausprägung der Dominanz der nationalen Parteiebene in einzelnen Politikfeldern möglich. Dies ist mitunter von der Bedeutung eines Politikfeldes für die nationale Partei abhängig. Ein Beispiel dafür ist eine Single-Issue-Partei, die sich hauptsächlich für Umweltpolitik interessiert. Selbst wenn Umweltpolitik für die nationale Ebene insgesamt kaum von Bedeutung ist, weil die nationale Ebene in diesem Bereich beispielsweise nicht über nennenswerte Gesetzgebungskompetenz verfügt, ist davon auszugehen, dass diese Single-Issue-Partei dem Politikfeld Umwelt auf nationaler Ebene sehr viel Bedeutung schenkt und ihr eine einheitliche Positionierung aller Parteigliederungen in diesem Politikfeld besonders wichtig ist. Deshalb wird sie versuchen, gegenüber der subnationalen Partei stärker Einfluss zu nehmen, als eine Partei für die Umweltpolitik von geringerer Bedeutung ist. In Politikfeldern, die für die Identität und die Wahrnehmung einer Partei durch die Wähler von besonderer Bedeutung sind oder in denen einer Partei besondere Kompetenz zugeschrieben wird, ist das Interesse der nationalen Partei an einer Einflussnahme auf das Politikprogramm der subnationalen Parteien daher größer als bei Politikbereichen, die für eine Partei eher unbedeutend sind.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Einflussnahme der nationalen Partei auf ihre subnationalen Gliederungen und somit auf die Übereinstimmung oder Unterschiedlichkeit der Programmatik zwischen den Ebenen vom Grad der vertikalen Integration, der Macht der nationalen Partei gegenüber den subnationalen Parteigliederungen und der Bedeutung eines Politikfeldes für die nationale Partei abhängen kann, wobei es auch innerhalb einer Partei durchaus Veränderungen in der Ausprägung dieser Merkmale im Zeitverlauf geben kann.

Obwohl grundsätzlich von einer mächtigen nationalen Ebene innerhalb der deutschen Parteien ausgegangen wird, kann es zwischen den Parteien Unterschiede geben. Diese Unterschiede

können in Deutschland jedoch nicht auf die formale Parteiorganisation oder Parteistatuten zurückgeführt werden, die zum einen durch das Parteien- und Wahlgesetz detailliert geregelt sind (Poguntke 1997: 265) und zum anderen auch im Rahmen einer Untersuchung der einzelnen deutschen Parteien, zumindest für CDU⁵³ und SPD, als zentralisiert beschrieben werden (Thorlakson 2009: 166f.). Dennoch werden in der Literatur mit Blick auf die ideologische Basis der deutschen Parteien, ihre Entstehungsgeschichte und aktuelle Entwicklungen auch Unterschiede bezüglich der Zentralisierung zwischen Parteifamilien und somit auch zwischen der CDU als Vertreter der christdemokratischen Parteifamilie, die als stärker dezentralisiert gilt, und der SPD als Vertreter der sozialistischen Parteifamilie, die als stärker zentralisiert gilt, beschrieben (Thorlakson 2009: 172, Funk 2010: 296).

Eine Argumentationslinie beruft sich dabei auf die Subsidiarität als Grundprinzip der christdemokratischen Ideologie (Funk 2010: 296). Dieses Gebot des Vorrangs der unteren Ebenen wird übertragen auf die Parteiorganisation so interpretiert, dass die unteren Ebenen einer Partei, also auch die Landesverbände der CDU gegenüber der Bundespartei, eine größere Unabhängigkeit genießen, als die Landesverbände anderer Parteien (Thorlakson 2009: 165). Eine andere Perspektive betrachtet den geschichtlichen Hintergrund der Entstehung der Parteien. Im Falle der CDU legt diese Betrachtung einen Schwerpunkt auf der Landesebene nahe, da die CDU nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Ländern heraus gebildet wurde und die Bundespartei sogar erst ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik entstanden ist (Detterbeck und Jeffery 2009: 68f.). Ein Beispiel für die tatsächliche Macht der Landesparteien innerhalb der CDU ist die Ernennung von Edmund Stoiber zum christdemokratischen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2002. Die Bundespartei, die sich zu dieser Zeit in der Opposition befand, war machtlos gegenüber der zwischen den Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände ausgehandelten Kandidatenentscheidung und musste diese schließlich akzeptieren (Eilfort 2006: 217). Mit der CDU als Partei in einem föderalistischen System beschäftigt sich Schmid (1990) und betrachtet in diesem Zusammenhang auch den Grad der organisatorischen Verflechtungen zwischen den Ebenen. Er kommt zu dem Schluss, dass „aufgrund der historischen Entwicklung, des Selbstverständnisses und der innerparteilichen Machtverteilung die föderative Komponente“ in der CDU „einen deutlich höheren Stellenwert“ einnimmt als in der SPD (Schmid 1989: 260).

⁵³ Über die CSU wird keine Angabe gemacht, da sie von Thorlakson (2009) als reine Regionalpartei betrachtet wird. Im Übrigen wird die CSU im Rahmen dieser Arbeit als Landesverband der CDU behandelt und daher nicht eigens erwähnt.

Der höhere Zentralisierungsgrad, der der SPD im Vergleich zur CDU meist zugeschrieben wird, kann unter anderem an der (Wieder)gründung der Partei nach dem Zweiten Weltkrieg veranschaulicht werden, die nicht, wie bei der CDU, von den Landesverbänden aus erfolgte, sondern von der Parteiführung zentral organisiert wurde (Haas, et al. 2008: 19). Obwohl die SPD eine eher zentralistisch geprägte Ideologie vertritt, gewannen die Landesparteien seit den 1960er Jahren innerparteilich an Bedeutung (Detterbeck und Jeffery 2009: 68f.). Zum einen gelang dies durch die Organisationsreform aus dem Jahr 1958 und der zunehmenden Bedeutung sozialdemokratischer Ministerpräsidenten innerhalb der Gesamtpartei zu Zeiten der ersten großen Koalition im Bund (Renzsch 2000: 59). Zum anderen durch die große Zahl neuer Mitglieder, die der Partei in den 1970er Jahren beitraten und zu einer größeren Heterogenität zwischen den Parteigliederungen und damit auch zu notwendigen Anpassungen an diese regionalen Besonderheiten führte (Lösche und Walter 1992: 191). Veranschaulicht werden kann die zunehmende Bedeutung der Landesparteien innerhalb der SPD auch daran, dass sich der jüngste einheitliche SPD-Landesverband erst im Jahr 2002 in Nordrhein-Westfalen bildete (Detterbeck und Renzsch 2003: 265). Das erklärte Ziel dieses Zusammenschlusses der zuvor bestehenden drei Regionalverbände zum Landesverband für Nordrhein-Westfalen war es, durch geschlossenes Auftreten des nun mitgliederstärksten Landesverbands der SPD in den innerparteilichen Beziehungen an Macht zu gewinnen (Detterbeck und Renzsch 2003: 265). Allerdings scheint die Dezentralisierung der SPD seit der Regierungsübernahme auf Bundesebene 1998 wieder zurückzugehen und zu einer zunehmenden Dominanz der Bundespartei über die Landesparteien zu führen, die sich insbesondere durch die Dominanz von Bundespolitikern in der nationalen Parteiführung ausdrückt (Detterbeck und Jeffery 2009: 82).

Insgesamt sind die geschilderten Unterschiede zwischen den beiden großen deutschen Parteien zumindest im Untersuchungszeitraum zwischen 1990 und 2010 allerdings nicht groß genug, um signifikante Unterschiede im Einfluss der Bundespartei auf die politische Positionierung der Landesverbände erwarten zu lassen.⁵⁴

Obwohl zwischen den Parteifamilien also keine nennenswerten Unterschiede im Einfluss der Bundespartei auf die jeweiligen Landesparteien erwartet werden, kann die Stärke des Einflusses im Untersuchungszeitraum variieren. Erfolge und Misserfolge bei nationalen Wahlen oder auch das nationale Führungspersonal und dessen Ansehen in der Gesamtpartei

⁵⁴ Da die Analysen in Kapitel 5 nach Parteien getrennt durchgeführt werden, können jedoch dennoch Rückschlüsse auf evtl. vorhandene Unterschiede zwischen den Parteien gezogen werden.

können die Autorität der Bundespartei beeinflussen und sich somit auf den Grad des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der Bundespartei und der jeweiligen Landesverbände auswirken. Im deutschen Fall kommt für die Messung des Status der Bundespartei in den innerparteilichen Beziehungen insbesondere der Regierungs- bzw. Oppositionsstatus der Bundespartei in Betracht.

Regierungsparteien haben im Allgemeinen einen höheren Status als Oppositionsparteien, haben sie doch mit ihrer Programmatik die letzte Wahl gewonnen und können nun Politik gestalten. Da in Deutschland auf Bundesebene in der Regel Koalitionsregierungen gebildet werden, gibt es allerdings keine einzelne Regierungspartei. Als herausragende Partei innerhalb einer Regierungskoalition kann jedoch die Partei betrachtet werden, die den Bundeskanzler stellt. Da hier nur CDU/CSU und SPD untersucht werden, die zu den Bundestagswahlen mit dem klaren Ziel den Bundeskanzler zu stellen antreten, liegt der Fokus folglich nicht auf der Regierungsbeteiligung an sich, sondern dem Amt des Bundeskanzlers. Tabelle 2 zeigt die Parteizugehörigkeit des jeweiligen Bundeskanzlers im Untersuchungszeitraum nach Legislaturperioden.

Tabelle 2: Partei des Bundeskanzlers 1990-2010

Bundeslegislaturperiode	1 (1990- 1994)	2 (1994- 1998)	3 (1998- 2002)	4 (2002- 2005)	5 (2005- 2009)	6 (seit 2009)
Partei des Bundeskanzlers	CDU	CDU	SPD	SPD	CDU	CDU

Quelle: (Forschungsgruppe Wahlen 2010). Eigene Darstellung.

Obwohl rechtlich nicht vorgeschrieben hat in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland meistens die Partei den Bundeskanzler gestellt, die bei der Bundestagswahl die meisten Stimmen erhalten, die Wahl in der öffentlichen Wahrnehmung damit gewonnen und somit auch den faktischen Auftrag zur Bildung der Regierung erhalten hat. Bedeutend wurde dies beispielsweise bei der Bildung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Jahr 2005, als die CDU/CSU unter Berufung auf diese informelle Regel den Führungsanspruch in der großen Koalition begründete und letztlich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auch durchsetzen konnte. Durch die Führungsposition in der Bundesregierung und die große öffentliche Aufmerksamkeit für den Bundeskanzler ist dieses Amt für den innerparteilichen

Führungsanspruch der Bundespartei ein großer Vorteil⁵⁵ und wird daher als Bestimmungsfaktor für den innerparteilichen Status der Bundespartei herangezogen.

Hypothese 5: Wenn die Bundespartei den Bundeskanzler stellt, hängen die Positionen der Landesparteien stärker von der Position der Bundespartei ab.

3.1.3. Subnationaler Kontext

Nach den nationalen Kontext- und Partiefaktoren, die auf alle subnationalen Gliederungen einer Partei in gleicher Weise zutreffen, werden nun die entsprechenden subnationalen Faktoren und ihr Beitrag zur Erklärung der Stärke des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der nationalen Partei und ihren subnationalen Gliederungen einer näheren Betrachtung unterzogen. Subnational bedeutet dabei, dass die Faktoren auf der subnationalen Ebene angesiedelt sind und folglich nicht für den gesamten Nationalstaat bzw. die Gesamtpartei auf beiden Ebenen die gleiche Ausprägung haben müssen. Die Bezeichnung Kontextfaktor schränkt die möglichen Faktoren in diesem Abschnitt dahingehend ein, dass nur Faktoren betrachtet werden, deren Ausprägung für eine subnationale Einheit mit all ihren Parteien gleich ist. Es werden also Faktoren betrachtet, bei denen es zwischen den Parteien einer Region keine Unterschiede gibt. Die im nächsten Kapitel betrachteten subnationalen Partiefaktoren können hingegen auch innerhalb einer subnationalen Einheit für unterschiedliche Parteien unterschiedliche Werte annehmen.

Trotz der angenommenen Top-Down-Beziehung wird davon ausgegangen, dass die nationale Ebene der subnationalen Ebene einen gewissen Freiraum lässt, um sich an regionale Besonderheiten anpassen zu können. Die Größe dieses Spielraumes kann allerdings zwischen den verschiedenen subnationalen Einheiten einer Partei, über die Zeit sowie auch zwischen Politikfeldern variieren. Bei der Untersuchung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der Parteiprogrammatik der nationalen und subnationalen Parteien erlangen diese Faktoren dadurch Relevanz, dass sie die Bedeutung einer konkreten subnationalen Einheit für die nationale Parteiebene beschreiben und damit ein Indikator für das Interesse der nationalen Partei an der Programmatik dieser subnationalen Parteigliederung sind.

⁵⁵ Vgl. für die Bedeutung des Amtes des Bundeskanzlers auch verschiedene Untersuchungen zur Ämterverteilung in Koalitionsregierungen, die die verschiedenen Regierungsämter mit ihrer Bedeutung gewichten (Warwick 2000).

Ist die subnationale Einheit für die nationale Ebene von geringer Bedeutung, ist der Anreiz der nationalen Partei auf die Positionierung der subnationalen Parteigliederungen Einfluss zu nehmen ebenfalls gering. Wird einer subnationalen Gliederung hingegen viel Bedeutung zugemessen, da sie beispielsweise eine große Präsenz in den nationalen Medien erfährt oder eine subnationale Wahl gar als nationale Testwahl betrachtet wird, ist davon auszugehen, dass die nationale Partei von ihren Einflussmöglichkeiten umfassend Gebrauch macht. Für die Bedeutung subnationaler Wahlen für nationale Wahlen können verschiedenen Indikatoren, wie der zeitliche Abstand zur nationalen Wahl, die schon genannte Stilisierung einer subnationalen Wahl zur nationalen Testwahl sowie die Bedeutung einer regionalen Einheit beispielsweise auf Basis ihrer Größe herangezogen werden. Diese Annahme ist dadurch begründet, dass das Auftreten der subnationalen Parteien bei einer wichtigen subnationalen Wahl auch Einfluss auf die Wahrnehmung der nationalen Partei haben kann und programmatische Unterschiede zwischen den Ebenen daher größere Bedeutung erlangen als bei subnationalen Wahlen, die lediglich im subnationalen Kontext wahrgenommen werden. Je nach Ausgestaltung des politischen Systems kann eine subnationale Wahl darüber hinaus auch Einfluss auf die Politik auf der nationalen Ebene haben, wenn die subnationale Ebene in Entscheidungen auf nationaler Ebene eingebunden ist.

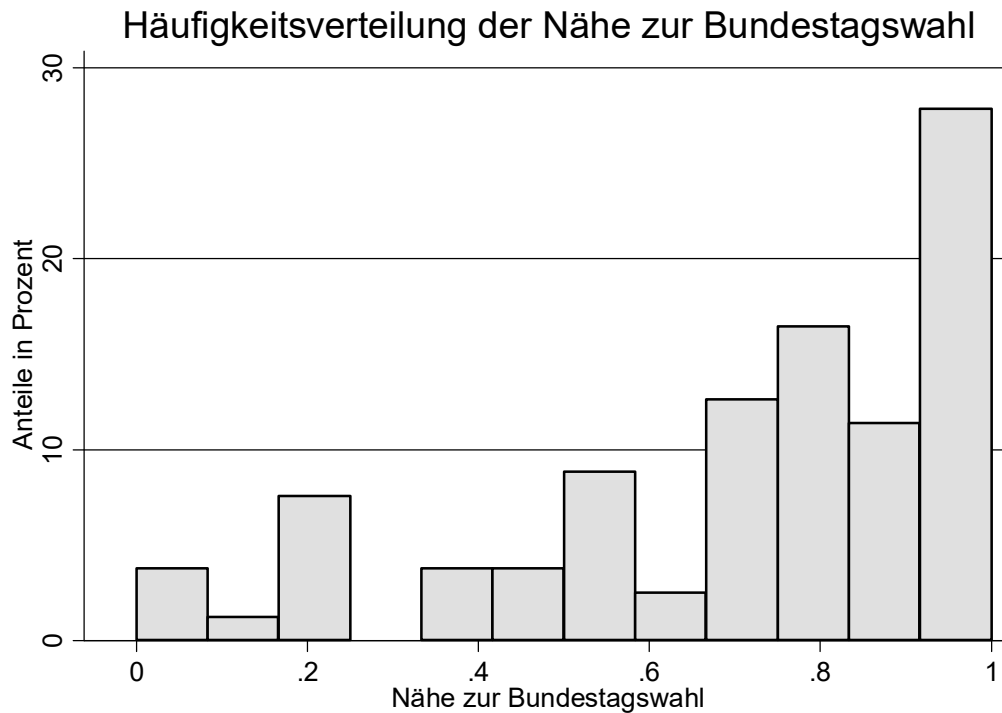
Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass subnationale Kontextfaktoren die Bedeutung einer subnationalen Partei und auch die Bedeutung subnationaler Wahlen für die nationale Ebene und damit den Grad des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der nationalen Partei und ihren subnationalen Parteigliederungen beeinflussen können.

Die zunächst naheliegende Betrachtung der grundsätzlichen Bedeutung der einzelnen Bundesländer, beispielsweise anhand ihrer Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft, wird hier nicht vorgenommen. Vielmehr wird der Fokus auf die Bedeutung der Landtagswahlen und die Einflussmöglichkeiten eines Bundeslandes auf die Bundesebene gelenkt. Zum einen bestimmt der Ausgang einer Landtagswahl die Grundzüge der Politik eines Bundeslandes für die gesamte nächste Legislaturperiode und somit auch das Verhalten der Landesvertreter im Bundesrat. Zum anderen erfährt die subnationale Ebene in Wahlkampfzeiten regelmäßig eine große öffentliche und auch bundesweite Beachtung, sodass Landtagswahlen auch für die nationale Partei von erheblicher Bedeutung sind. Fraglich ist jedoch unter welchen Bedingungen die Bundespartei ein besonders großes Interesse an einer Landtagswahl hat. Ein bereits häufig angesprochener Grund für die Bundesparteien, auf die Homogenität der Politikpositionen zwischen den Parteiebenen zu achten, ist die einheitliche Außenwirkung der

Gesamtpartei, die für die glaubwürdige Vermittlung von Politikpositionen gegenüber der Öffentlichkeit unabdingbar ist. Mit Blick auf die zeitliche Nähe einer Landtagswahl zur Bundestagswahl kann daher argumentiert werden, dass insbesondere im direkten zeitlichen Umfeld einer Bundestagswahl, wenn die Positionen der Bundespartei in der Öffentlichkeit ausführlich dargestellt und diskutiert werden, Abweichungen der Landesparteien einen negativen Einfluss auf die Vermittlung eines glaubwürdigen Parteilabels haben können. Es kann also von einem „disziplinierenden Einfluss von Wahlkämpfen auf nationaler Ebene“ (Debus 2007: 43) gesprochen werden. Grundsätzlich ist dabei davon auszugehen, dass die Bindungswirkung der Programmatik der Bundespartei im direkten zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl am größten ist und mit zeitlichem Abstand zur Bundestagswahl abnimmt. Daraus wird die folgende Hypothese abgeleitet:

Hypothese 6: Je größer die zeitliche Nähe zwischen Bundes- und Landtagswahl ist, desto stärker hängt die Position der jeweiligen Landespartei von der Position der Bundespartei ab.

Zur Bestimmung der zeitlichen Nähe einer Landtagswahl zur Bundestagswahl wird in der Regel die Nähe zur Bundestagswahl in der gleichen Bundeslegislaturperiode verwendet, da davon ausgegangen wird, dass das Wahlprogramm einer Bundestagswahl so lange als Referenzpunkt dient, bis die nächste Bundestagswahl an Bedeutung gewinnt. Dabei wird angenommen, dass im Jahr einer Bundestagswahl die Programmdiskussion über das neue Wahlprogramm zunächst parteiintern und später auch parteiextern so präsent ist, dass dies gegenüber dem dann in der Regel bereits drei Jahre alten Bundestagswahlprogramm der vergangenen Bundestagswahl überwiegt. Ausnahmen von dieser Regel sind die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005, da diese stattfanden, bevor bekannt war, dass es im Jahr 2005 eine vorgezogene Neuwahl im Bund geben wird und die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2001, die aus methodischen Gründen (vgl. Kapitel 4.2.1) dem Jahr 2002 zugeordnet wird. Die zeitliche Nähe einer Landtagswahl zur Bundestagswahl ist maximal, wenn die Wahlen am gleichen Tag stattfinden. In diesem Fall beträgt der Wert der Variablen zur Messung der zeitlichen Nähe 1. Der maximale Abstand zwischen einer Landtags- und einer Bundestagswahl im Untersuchungszeitraum beträgt 1106 Tage, der Wert der Nähe-Variablen beträgt in diesem Fall 0. Allen Landtagswahlen zwischen diesen Extremen werden dementsprechend Werte zwischen 0 und 1 proportional zum zeitlichen Abstand in Tagen zwischen Bundes- und Landtagswahl zugeordnet.

Abbildung 2: Häufigkeitsverteilung der Nähe zur Bundestagswahl

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2 zeigt die prozentuale Verteilung der Variablen zur Messung der Nähe der Landtagswahlen zur Bundestagswahl. Wenig überraschend ist hierbei, dass der Balken am rechten Rand, der die größtmögliche Nähe einer Landtagswahl zur Bundestagswahl beschreibt, besonders groß ist, da Landtagswahlen verhältnismäßig häufig am gleichen Tag wie Bundestagswahlen stattfinden (ca. 10 % der Fälle).

Die Bedeutung der Landesebene kann neben der zeitlichen Nähe zwischen Landtags- und Bundestagswahl, die zu einer besonderen Bedeutung und auch Beachtung der Politikpositionen der Landesparteien beiträgt, auch davon beeinflusst werden, welche Bedeutung die Zusammensetzung der Landesregierung für die Bundesebene hat. Zu berücksichtigen ist hier insbesondere der Einfluss der Landesregierungen auf die nationale Politik im Rahmen von Abstimmungen im Bundesrat. Eine Mehrheit der eigenen Partei bzw. kongruenter Koalitionen im Bundesrat ist sowohl für Regierungs- als auch für Oppositionsparteien im Bundestag von großer politischer Bedeutung. Für die Regierungspartei bedeutet eine Mehrheit im Bundesrat, dass sie im Allgemeinen mit Zustimmung zu ihren Gesetzen rechnen kann und nicht mit Landesregierungen über

Kompromisse oder sonstige Zugeständnisse verhandeln muss. Parteien, die auf Bundesebene in der Opposition sind, können hingegen versuchen, über von ihnen gestellte Landesregierungen die Politik der Bundesregierung zu beeinflussen und so Zugeständnisse zu erreichen, die sie im Bundestag nicht durchsetzen können (vgl. Kapitel 2.1.1 zu den vertikalen Verflechtungen im deutschen System). Durch die Vertretung der Landesregierungen im Bundesrat sind Landtagswahlen somit von unmittelbarer Relevanz für die Bundesebene. Die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Landesregierungen im deutschen Bundesrat ist eine Mischung aus einem proportionalen System nach der Einwohnerzahl eines Bundeslandes und dem Senatsprinzip, das jedem Land die gleiche Stimmenzahl zugesteht. Die Stimmenzahl im Bundesrat unterscheidet sich folglich zwischen den Bundesländern. Jedes Land verfügt über mindestens drei und höchstens sechs Stimmen (Leunig 2010a: 90). Je nach Stimmenzahl eines Landes im Bundesrat variiert folglich die Bedeutung eines Bundeslandes für die Bundesebene.

Hypothese 7: Je mehr Sitze ein Bundesland im Bundesrat hat, desto stärker hängt die Position der Landespartei von der Position der Bundespartei ab.

Tabelle 3 zeigt die Stimmverteilung zwischen den Bundesländern im Bundesrat. Im Untersuchungszeitraum hat sich die Stimmverteilung lediglich 1996 geändert, als Hessen die sechs Millionenmarke bei der Einwohnerzahl überschritt und seitdem über fünf statt vier Stimmen verfügt (Reuter 1996: 92).⁵⁶

Tabelle 3: Stimmverteilung im Bundesrat 1990-2010

Land	Stimmenzahl	Land	Stimmenzahl
Baden-Württemberg	6	Sachsen	4
Bayern	6	Sachsen-Anhalt	4
Niedersachsen	6	Schleswig-Holstein	4
Nordrhein-Westfalen	6	Thüringen	4
Hessen	4 (5 seit 1996)	Bremen	3
Berlin	4	Hamburg	3
Brandenburg	4	Mecklenburg-Vorpommern	3
Rheinland-Pfalz	4	Saarland	3

Quelle: Reuter (1996: 92) und Leunig (2010a: 91). Eigene Darstellung.

⁵⁶ Als Basis dient die Stimmenstaffelung, die 1990 im Zuge der Wiedervereinigung eingeführt wurde.

3.1.4. Subnationale Partei

Neben den bereits besprochenen nationalen Einflussfaktoren und den subnationalen Kontextfaktoren nehmen auch subnationale Parteifaktoren eine bedeutende Stellung bei der Erklärung der Einflussstärke der nationalen Partei auf die Parteiprogrammatik der subnationalen Parteigliederungen ein. Hier wird besonderes Augenmerk auf die Autonomie der subnationalen Parteien als spezifisches Merkmal der einzelnen subnationalen Parteien gelegt.

Fraglich ist, welche Eigenschaften einer subnationalen Partei den Grad der Autonomie dieser Partei von der nationalen Partei beeinflussen. Wenn eine subnationale Partei erfolgreicher oder populärer ist als die nationale Partei, über besonders charismatische Führungspersönlichkeiten, viele Mitglieder oder eine gute Vernetzung inner- und außerhalb der Partei verfügt, dann ist sie für die Gesamtpartei von besonderer Bedeutung, weil sie der Gesamtpartei zu gesteigertem Ansehen und Erfolg verhelfen kann (Thorlakson 2009: 165). Unklar ist jedoch wie sich diese Bedeutung einer subnationalen Parteigliederung auf ihre programmatische Autonomie von der nationalen Parteiebene auswirkt. Einerseits kann eine bedeutende subnationale Partei leichter autonome Entscheidungen treffen, da sie sehr viel weniger von der nationalen Partei und ihrer Unterstützung abhängig ist als eher unbedeutende subnationale Parteieinheiten. In bestimmten Fällen kann dies sogar dazu führen, dass die nationale Partei sehr viel eher zu Zugeständnissen bereit ist, da die Abspaltung einer besonders wichtigen subnationalen Partei von der Gesamtpartei gravierende Folgen für diese haben kann. Andererseits können Faktoren, die zu Stärke und Statusgewinn einer subnationalen Partei innerhalb der Gesamtpartei beitragen, sich unter Umständen auch negativ auf die Autonomie der subnationalen Partei auswirken. Vertritt eine besonders wichtige und einflussreiche subnationale Parteigliederung eine andere Position als die nationale Partei, hat dies auf die Außenwirkung als einheitliche Gesamtpartei einen deutlich größeren negativen Einfluss als das Abweichen einer unbedeutenden subnationalen Partei. Folglich bestehen bezüglich der Folgen der Bedeutung einer subnationalen Partei für ihre Autonomie von der nationalen Ebene zwei entgegengesetzte Wirkrichtungen. Zum einen kann eine starke subnationale Partei unabhängiger von der nationalen Partei agieren, da sie nicht auf deren Unterstützung angewiesen ist. Zum anderen hat die nationale Partei aber gerade bei bedeutenden subnationalen Gliederungen ein großes Interesse an der Wahrung einer einheitlichen Parteilinie, da Abweichungen einer solchen Partei von der nationalen Partei folgenreicher und somit für die Außenwirkung der Gesamtpartei problematischer sind.

Neben der Autonomie, die eine Partei aufgrund ihrer Bedeutung einfordern kann, und dem Interesse der Bundespartei diese Autonomie soweit wie möglich zu begrenzen, wird der Zusammenhang zwischen der Programmatik nationaler und subnationaler Parteigliederungen auch durch die Bedeutung des jeweiligen Politikfeldes für die verschiedenen Parteigliederungen bestimmt. Diese kann sich zwischen nationaler und subnationaler Ebene, aber auch zwischen verschiedenen subnationalen Parteigliederungen unterscheiden und ist daher ein potentieller subnationaler Einflussfaktor. Bringt eine nationale Partei einem Politikfeld viel Aufmerksamkeit entgegen oder stellt es gar in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit, erhöht dies die Aufmerksamkeit für dieses Politikfeld auch in der Öffentlichkeit. Eine einheitliche Positionierung der nationalen und subnationalen Ebene einer Partei ist in einem solchen Politikfeld für die nationale Partei von besonderer Bedeutung, da die Glaubwürdigkeit der Gesamtpartei bei Abweichungen in besonders prominenten Politikfeldern leichter beschädigt werden kann und die Politikinhalte für die nationale Partei hier von großer Relevanz sind, sodass sie auch bereit ist ihren Einfluss auf die subnationalen Parteien maximal auszunutzen. Ist ein Politikfeld gleichzeitig für die subnationale Ebene nur von geringer Bedeutung, gibt es für sie keinen Grund sich der Einflussnahme durch die nationale Partei zu widersetzen. Im Gegenzug für das Entgegenkommen in einem solchen Politikfeld kann die subnationale Partei hingegen Autonomie in anderen Politikfeldern, die ihr wichtiger sind, einfordern. Der Grad des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der nationalen und subnationalen Ebene hängt also auch davon ab, wie wichtig ein Politikfeld für die einzelnen Ebenen ist. Tabelle 4 stellt diesen Zusammenhang dar.

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen Politikpositionen auf nationaler und subnationaler Ebene in Abhängigkeit von der Bedeutung eines Politikfeldes für die Parteiebenen

		nationale Partei	
		wichtig	unwichtig
subnationale Partei	wichtig	moderat	gering
	unwichtig	hoch	moderat

Quelle: Eigene Darstellung.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass es auf der subnationalen Ebene individuelle Faktoren gibt, die die Bedeutung der subnationalen Partei im politischen System des Gesamtstaates stärken bzw. schwächen können und die damit Einfluss auf den Grad der Autonomie der subnationalen Parteien bei der Festlegung von politischen Positionen haben können. Die Wirkrichtung der zunehmenden Bedeutung einer subnationalen Parteigliederung

bleibt jedoch unklar. Zudem beeinflusst auch die Bedeutung eines Politikfeldes für die verschiedenen Parteiebenen den Grad des Zusammenhangs zwischen der nationalen und subnationalen Parteiprogrammatik.

Insgesamt wird den deutschen Landesparteien von CDU und SPD in der Literatur nur eine geringe Autonomie von der nationalen Ebene bescheinigt (Thorlakson 2009: 167), dennoch werden auch Unterschiede zwischen den einzelnen Landesverbänden einer Partei in der Literatur geltend gemacht. Insbesondere die CDU, die bei ihrer Gründung nach dem zweiten Weltkrieg nicht auf ein vergleichsweise einheitliches ideologisches Fundament wie beispielsweise die SPD zurückgreifen konnte, hat viele unterschiedliche Strömungen in einer Partei vereint (Leunig 2012b: 81). Diese Entwicklung führte dazu, dass „[...] Landesverbände mit durchaus unterschiedlichem politischen Profil entstanden: von eher christlich-sozial geprägten Parteien im Rheinland bis zu konservativ dominierten Neugründungen in Niedersachsen.“ (Leunig 2012b: 81). Nicht nur bezüglich der ideologischen Grundhaltung auch mit Blick auf den Erfolg der einzelnen Landesparteien sind deutliche Unterschiede erkennbar, so galt die CDU in Baden-Württemberg, zumindest bis zur Landtagswahl 2011, als sehr erfolgreiche Landespartei, die sich in den 1970er und 1980er Jahren sogar Gedanken darüber gemacht hat, selbständig und damit von der Bundespartei unabhängig zu werden (Grotz 2004: 65, Eilfort 2006: 209). Umgesetzt wurde ein solcher Schritt allerdings bis heute von keiner Landespartei. In seiner Untersuchung christdemokratischer Landesparteien hat Schmid eine Typologie erstellt, in der er die einzelnen Landesverbände je nach Innovationspotential sowie sachpolitischer und ideologischer Orientierung als „dynamische Riesen“, „Kampfverband“, „schlafende Riesen“, „unbedeutende Zwerge“ und „die Mitte“ beschreibt (Schmid 1990: 132ff.). Dieser Typologie und auch den meisten anderen Bewertungen der Macht bzw. Autonomie einzelner Landesparteien liegt neben dem Einfluss des Führungspersonals und der Größe des Bundeslandes bzw. der Anzahl der Parteimitglieder in einem Bundesland auch der Status der Landespartei als Regierungs- oder Oppositionspartei zu Grunde. So konstatiert Poguntke (Poguntke 1997: 266): „Es hat sich gezeigt, daß insbesondere Landesverbände, die wahlpolitisch stark und in der Landesregierung vertreten sind bzw. diese alleine stellen, bisweilen sogar im Konflikt mit der Bundespartei ihre eigenen, wahlpolitisch bedingten Ziele verfolgen.“

Vom Regierungsstatus der Landespartei scheint folglich eine Steigerung der Unabhängigkeit der Landesparteien von der jeweiligen Bundespartei auszugehen. Zu den so genannten Parteihochburgen zähl(t)en beispielsweise Baden-Württemberg für die CDU, die teilweise

sogar als Baden-Württemberg Partei bezeichnet wird und von 1953 bis 2011 ununterbrochen den Ministerpräsidenten gestellt hat (Eilfort 2006: 214), sowie Hamburg, Bremen und Hessen für die SPD (Leunig 2012b: 85).

Gleichzeitig ist die Programmatik einer Landespartei, wenn Chancen auf die Übernahme oder Fortführung der Landesregierung bestehen, auch für die jeweilige Bundespartei von besonderer Relevanz. Im Bundesrat sollen die Landesregierungsparteien die Politik der Bundespartei, sei es als bundespolitische Oppositions- oder Regierungspartei, unterstützen und somit den Einfluss der Bundespartei in der Bundespolitik und das Bild einer einheitlich handelnden Partei stärken. Besonders deutlich wird dies an einem Zitat von Franz-Josef Strauß aus einem Interview, das im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU auf Bundesebene im Spiegel abgedruckt wurde. Strauß sagt in diesem Interview: „ich bin auch der Meinung, daß die Glaubwürdigkeit der Unionspolitik in Bundestag und Bundesrat nicht dadurch gefährdet werden darf, daß einige CDU-regierte Bundesländer aus noch so vernünftigen oder für vernünftig gehaltenen Überlegungen heraus sich gegen die Bundestagsfraktion und gegen die übrigen unionsregierten Länder stellen.“ (1976: 29). Die Einflussrichtung des Regierungsstatus einer Landespartei auf die Unabhängigkeit ihrer Politikpositionen von den Positionen der Bundespartei kann folglich nicht eindeutig abgeleitet werden. Aus diesem Grund werden zwei Hypothesen, 8a und 8b, getestet.

Hypothese 8a: Je erfolgreicher eine Landespartei ist, desto weniger ist ihre Politikposition von der Politikposition der Bundespartei abhängig.

Hypothese 8b: Je erfolgreicher eine Landespartei ist, desto stärker ist ihre Politikposition von der Politikposition der Bundespartei abhängig.

Der Erfolg einer Landespartei wird hier über ihren Status im politischen System des jeweiligen Bundeslandes gemessen. Wie auch beim Status der Bundesparteien wird jedoch auch hier davon ausgegangen, dass für die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD nicht in erster Linie der Regierungs- oder Oppositionsstatus, sondern das Stellen des Ministerpräsidenten von Bedeutung ist. Dabei soll jedoch nicht nur der aktuelle Status berücksichtigt werden, sondern jeweils auch der Status in der vorangegangenen Legislaturperiode im Land. Dies geschieht auf Basis der Überlegung, dass innerparteiliche Strukturen, das heißt auch das Selbstverständnis und die Autonomie einer Landespartei, sich

nicht durch eine gewonnene oder verlorene Landtagswahl radikal ändern, sondern längerfristig angelegt sind. Aus diesem Grund wird Erfolg einer Landespartei für die Überprüfung der Hypothesen 8a und 8b mit Hilfe eines Index gemessen. Dieser Index erhält den Wert 3, wenn eine Landespartei in der aktuellen und der vorangegangenen Legislaturperiode den Ministerpräsidenten stellt bzw. gestellt hat. Der Indexwert beträgt 2, wenn die Landespartei in der aktuellen nicht aber der vorherigen Landeslegislaturperiode den Ministerpräsidenten stellt. Hat die Landespartei umgekehrt in der vergangenen Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt, stellt ihn aber nicht mehr in der aktuellen Legislaturperiode gerät ihr Erfolg bereits in Vergessenheit, der Indexwert beträgt daher nur noch 1. Hat eine Landespartei weder in der vergangenen noch in der aktuellen Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt, nimmt der Erfolgs-Index den Wert 0 an.⁵⁷

Tabelle 5: Durchschnittlicher Erfolgswert der Landesparteien im Untersuchungszeitraum

	CDU	SPD
BB	0	2,8
BE	1,4	1,6
BW	3	0
BY	3	0
HB	0	3
HE	1,8	1,2
HH	1	2
MV	1,5	1,3
NI	1,2	1,8
NW	0,4	2,6
RP	1	2
SH	0,6	2,4
SL	1,2	1,8
SN	2,8	0
ST	1,3	1,5
TH	2,8	0

Quelle: Eigene Darstellung.

Eine Sonderstellung innerhalb der hier betrachteten deutschen Landesparteien nimmt die CSU ein. Obwohl die CSU streng genommen eine Regionalpartei ist, ist auch sie durch die Kooperation mit der CDU auf Bundesebene eng in die vertikalen innerparteilichen Beziehungen integriert und wird daher im Rahmen dieser Arbeit wie ein Landesverband der CDU behandelt (Leonardy 2004: 200). Trotz dieser Integration in die innerparteilichen

⁵⁷ Für die ostdeutschen Bundesländer ist die Berechnung für die erste Landtagswahl nicht möglich, da keinerlei Informationen über vorige Regierungen vorliegen. Für die zweite Landtagswahl gestaltet sich die Berechnung in Ostdeutschland wie folgt: Hat die Partei den ersten Ministerpräsidenten in einem ostdeutschen Bundesland gestellt, erhält sie den Erfolgswert 2, hat sie den ersten Ministerpräsidenten nicht gestellt, erhält sie den Erfolgswert 0.

Beziehungen ist es der CSU gelungen, eine eigene Identität aufrecht zu erhalten (Thorlakson 2000: 139). Die Sonderstellung der CSU wird an verschiedenen Beispielen deutlich, sei es die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bund 1976 oder die Verabschiedung eines eigenen Bundestagswahlprogramms 1990. Um diesen Besonderheiten gerecht zu werden, wird mit einer Dummy-Variable für Besonderheiten der CSU kontrolliert.

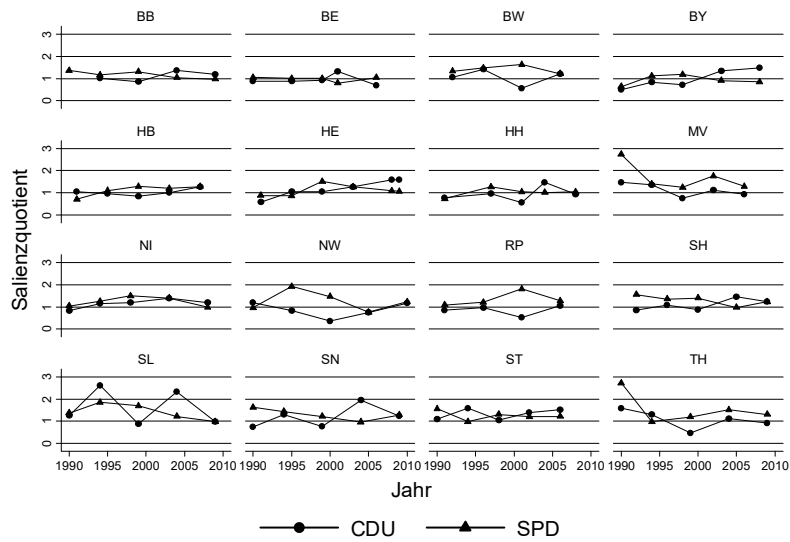
Entsprechend der oben dargestellten Überlegungen sollte auch die Bedeutung eines Politikfeldes für die Partei Einfluss darauf haben, wie wichtig der Partei die Vertretung einer bestimmten Position in diesem Politikfeld ist. Wie in Abschnitt 3.1.1 bereits gezeigt wurde, unterscheiden sich die Zuständigkeiten für die einzelnen Politikfelder deutlich zwischen der Bundes- und Landesebene, weshalb im Politikfeld Kultus eine wesentlich schwächere Beziehung zwischen den Positionen der Bundes- und Landesebene einer Partei vermutet wird als im Politikfeld Arbeit und Soziales. Hier wird nun jedoch danach gefragt, ob sich die Salienzen der Politikfelder auch zwischen den Landesparteien einer Partei unterscheiden und wie sich diese Unterschiede auf die Bindung an die Politikposition der jeweiligen Bundespartei auswirken. Wie auch beim Vergleich zwischen den Politikfeldern Kultus sowie Arbeit und Soziales wird auch hier davon ausgegangen, dass die Landesparteien in der Festlegung autonomer sind, je wichtiger ihnen ein Politikfeld im Vergleich zur Bundespartei ist.

Hypothese 9: Je wichtiger der Bundespartei ein Politikfeld im Vergleich zur Landespartei ist, desto ähnlicher sind sich die Positionen der Bundes- und Landesebene einer Partei.

Zur Überprüfung von Hypothese 9 wird die Salienz eines Politikfeldes für die Bundespartei durch die Salienz desselben Politikfeldes für die Landespartei geteilt. Dieser Quotient hat den Wert 1, wenn beiden Parteiebenen das Politikfeld gleich wichtig ist. In diesem Fall wird ein moderater Zusammenhang zwischen den Positionen auf Bundes- und Landesebene erwartet. Ist der Bundesebene ein Politikfeld wichtiger als der Landesebene, nimmt der Quotient einen Wert größer 1 an. Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landesposition sollte dann besonders stark sein. Einerseits weil das Politikfeld für die Bundespartei wichtig ist und sie daher bereit ist viel Energie in die Beeinflussung der Landesparteien zu investieren und andererseits, weil die Landespartei in einem für sie relativ unbedeutenden Politikfeld eher zu Zugeständnissen bereit ist. Ist der Quotient kleiner 1, tritt der umgekehrte Fall ein und die Beziehungen zwischen den Positionen auf Bundes- und Landesebene sollten eher schwach ausgeprägt sein. Abbildungen 3 und 4 zeigen die Quotienten im Zeitverlauf für die

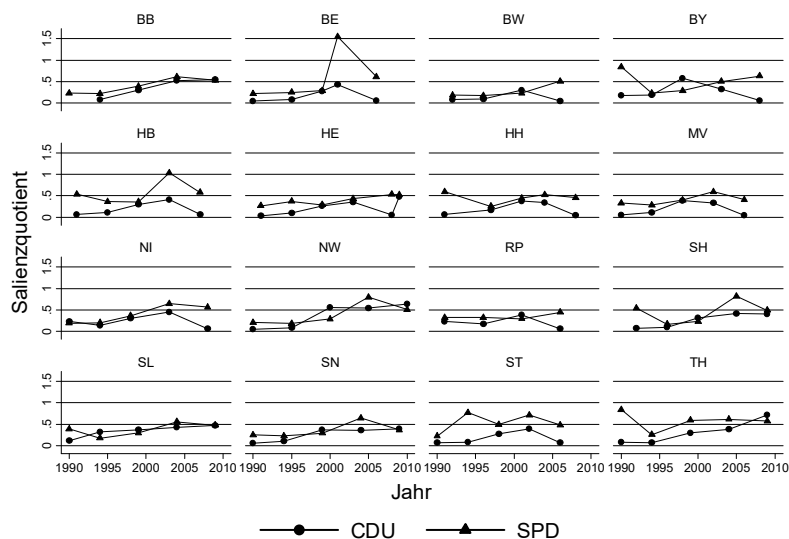
Landesverbände von CDU/CSU und SPD in den Politikfeldern Kultus sowie Arbeit und Soziales.

Abbildung 3: Quotient der Salienzen im Politikfeld ASB von Bundes- und Landespartei



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 4: Quotient der Salienzen im Politikfeld Kultur von Bundes- und Landespartei



Quelle: Eigene Darstellung.

3.1.5. Zusammenfassung

In den vorangegangenen Abschnitten wurden verschiedene Merkmale von Parteien und des politischen Kontextes auf nationaler wie subnationaler Ebene besprochen, die Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Salienzen und Politikpositionen von Parteien auf nationaler und subnationaler Ebene haben können. Neben der Besprechung dieser Faktoren und der vermuteten Zusammenhänge wurden konkrete Hypothesen über den Zusammenhang der Salienzen und Positionen zwischen Bundes- und Landesparteien von CDU/CSU und SPD abgeleitet. Tabelle 6 zeigt eine Übersicht dieser Hypothesen mit den jeweiligen unabhängigen Variablen, ihrer Operationalisierung und dem erwarteten Zusammenhang. Eine ausführliche Darstellung der Methode zur Gewinnung der abhängigen Variablen, das heißt der Politikfeldsalienzen und der Politikpositionen für die Bundes- und Landesparteien von CDU/CSU und SPD, erfolgt in Kapitel 4.1.

Tabelle 6: Hypothesen zur vertikalen Integration und Autonomie der deutschen Landesparteien

Hypothese	unabhängige Variable	Operationalisierung	erwarteter Zusammenhang
Politikfeldsalienzen der Landesparteien im Verhältnis zu Politikfeldsalienzen der Bundespartei			
1	Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	Index (0: Bundeskompetenz bis 4: Landeskompetenz)	positiv
Ähnlichkeit der Politikfeldsalienzen einer Partei auf Bundes- und Landesebene			
4	Regionalisierung	Bundeslegislaturperioden seit 1990 (1-6)	negativ
Abhängigkeit der Politikpositionen der Landesparteien von der Bundesposition			
2	Politikfeldkompetenzen der Landesebene	Kultus: 0 ASB: 1 Anzahl	positiv
3	Regionalisierung	Bundeslegislaturperioden seit 1990 (1-6)	negativ
5	Status der Bundespartei	Partei des Bundeskanzler (1), sonst 0	positiv
6	Bedeutung der Landtagswahl	Nähe der Landtagswahl zur Bundestagswahl (1 gleicher Tag, 0 maximaler Abstand)	positiv
7	Bedeutung des Bundeslandes	Sitze des Bundeslandes im Bundesrat	positiv
8a	Status der Landespartei	Index (0: erfolglos bis 3: erfolgreich, nach Ministerpräsidenten der Partei in der aktuellen und der vorherigen Legislaturperiode)	negativ
8b		positiv	
9	Bedeutung des Politikfeldes für die Bundes- im Vergleich zur Landespartei	Salienz Bundespartei/Salienz Landespartei	positiv

Quelle: Eigene Darstellung.

3.2. Subnationale Parteien im regionalen Parteienwettbewerb

Kapitel 3.1 erklärt die Politikfeldsalienzen der Parteien auf subnationaler und nationaler Ebene sowie die Positionsfindung subnationaler Parteien im Spannungsverhältnis zwischen Beeinflussung durch die nationale Partei und Autonomie der subnationalen Parteien. Die Autonomie der subnationalen Partei wurde bisher allerdings nur als Ausmaß der programmatischen Abweichung von der jeweiligen nationalen Partei betrachtet. In diesem Kapitel soll es hingegen darum gehen zu erklären, wie subnationale Parteiengliederungen

einer Gesamtpartei ihre Autonomie in der Positionsfestlegung nutzen, das heißt unter welchen Bedingungen sie eher progressive oder eher konservative Positionen vertreten. Dieses Kapitel befasst sich folglich mit den Positionen subnationaler Parteien in Föderalstaaten und versucht zu erklären, wie sich diese zwischen subnationalen Gliederungen einer Gesamtpartei in den verschiedenen Regionen unterscheiden.

Im Unterschied zum vorangegangenen Kapitel werden die innerparteilichen Beziehungen zwischen den Ebenen hier nicht betrachtet, sondern es wird angenommen, dass die subnationalen Parteien autonom über ihre programmatische Ausrichtung entscheiden. Erklärt werden soll hier folglich nicht die Relation zwischen der Programmatik subnationaler und nationaler Parteien, sondern die Positionen der einzelnen subnationalen Parteien. Subnationale Parteien werden dementsprechend als autonome Einheiten betrachtet, die ihre Politikpositionen an den regionalen Kontext und parteispezifische Merkmale anpassen. Infolgedessen werden in diesem Kapitel auch nur Einflussfaktoren, die auf der subnationalen Ebene angesiedelt sind, berücksichtigt. Obwohl von einer autonomen Entscheidung der subnationalen Parteien ausgegangen wird, wird angenommen, dass die subnationalen Parteigliederungen einer Partei durch eine gemeinsame Ideologie und ein gemeinsames Parteilabel verbunden sind und die Unterschiede daher geringer ausfallen als beim Vergleich zwischen verschiedenen Parteien. Es wird folglich die Positionierung der subnationalen Parteien auf Basis einer gemeinsamen Ideologie, aber in verschiedenen regionalen Kontexten untersucht. Auch hier sind allerdings Unterschiede zwischen verschiedenen Politikfeldern zu erwarten. So ist davon auszugehen, dass die Annahme der von der nationalen Partei autonomen Positionierung der subnationalen Parteien in Politikfeldern mit ausschließlich subnationaler Kompetenz eher gerechtfertigt ist als in anderen Politikfeldern. Die erwartete Varianz der Politikpositionen subnationaler Parteien in Politikfeldern mit subnationaler Gesetzgebungskompetenz ist daher größer. Auch sollten die in diesem Kapitel besprochenen Erklärungsfaktoren in diesen Politikfeldern stärkeren Einfluss auf die Positionierung haben.

Der Erklärung der Politikpositionen von Parteien wurden in der Politikwissenschaft bereits viele Untersuchungen mit den unterschiedlichsten theoretischen Ansätzen gewidmet. Diese lassen sich grob in die Bereiche Politische Ökonomie, Politische Soziologie und indirekt auch den Bereich der Policy-Forschung, die sich allerdings mit Staatstätigkeit und nicht mit Politikpositionen beschäftigt, einteilen (vgl. Kapitel 2.2). Abweichend vom Großteil dieser Studien ist das Ziel dieser Untersuchung jedoch nicht die Erklärung der Positionen verschiedener Parteien im gleichen Parteiensystem, also beispielsweise wie sich

Christdemokraten im Vergleich zu Sozialdemokraten in einem Land positionieren. Stattdessen wird die programmatische Ausrichtung subnationaler Parteien, die einer auf nationaler Ebene organisierten Partei angehören, aber in verschiedenen Regionen und damit unter verschiedenen Bedingungen antreten, verglichen. Dessen ungeachtet können die besprochenen theoretischen Herangehensweisen, insbesondere die Politische Ökonomie, aber auch die Policy-Forschung hilfreiche Ansatzpunkte zur Erklärung der Positionierung subnationaler Parteien bieten. Zwar können auch die Ansätze aus der Politischen Soziologie hierfür hilfreich sein (vgl. Müller 2009), werden im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht berücksichtigt. Diese Entscheidung liegt darin begründet, dass die Einführung einer weiteren Ebene, der Wählerebene, und die damit steigende Komplexität der Gesamtanalyse in Kapitel 5.4 vermieden werden soll. Der Zusammenhang zwischen der Positionierung subnationaler Parteien und ihrem politischen Wettbewerbsumfeld bzw. den Parteieigenschaften steht allerdings in einem direkten Zusammenhang mit den durch die Wählerebene vermittelten Anforderungen an die Parteien, die folglich auch ohne direkte Aufnahme in die Untersuchung berücksichtigt werden. Eine Begrenzung der Untersuchung auf das politische Umfeld und Parteieigenschaften unter Ausschluss der Wählerebene erscheint daher vertretbar. Da die nationale Ebene in diesem Kapitel außen vor bleibt, stehen als Einflussfaktoren Merkmale der verschiedenen Regionen (subnationale Kontextfaktoren), die auf verschiedene Parteien in unterschiedlicher Weise wirken können, und der einzelnen subnationalen Parteien (subnationale Partiefaktoren) zur Verfügung. Diese werden in den beiden folgenden Kapiteln vorgestellt und für die Entwicklung konkreter Hypothesen auf Deutschland übertragen.

3.2.1. Subnationale Kontextfaktoren

Wie oben bereits dargestellt beschreiben subnationale Kontextfaktoren die Umwelt, in der sich eine subnationale Partei behaupten muss. Obwohl der Beitrag von Kontextbedingungen zur Erklärung individueller Parteipositionen nicht überschätzt werden sollte (Harmel und Janda 1982: 21), ist es für den Wahlerfolg einer subnationalen Partei von großer Bedeutung, dass sie ihr Programm an den regionalen Kontext anpasst. Diese Anpassung umfasst sowohl die Betonung der für die Region relevanten Politikfelder als auch die auf diesen Politikfeldern vertretenen Positionen. In diesem Kapitel werden daher regionale Gegebenheiten, an die sich die Parteien mehr oder weniger anpassen (müssen), um erfolgreich zu sein, und die Wirkung dieser Kontextbedingungen auf die Positionierung der subnationalen Parteien beschrieben.

Die in diesem Zusammenhang in Betracht kommenden Bedingungen umfassen unter anderem die politische Situation in einer Region. Dazu gehören beispielsweise die Bedeutung politischer Problemstellungen wie Arbeitslosigkeit oder Umweltverschmutzung, aber auch politische Traditionen und politische Kultur. In enger Verbindung mit der Betrachtung von Pfadabhängigkeiten im Rahmen der Policy-Analyse steht der hier relevante Status Quo der Politik in einer Region. Die Berücksichtigung des Status Quo ist deshalb von Bedeutung, weil politische Parteien sich relativ zum aktuellen Status Quo der Region, in der sie antreten, positionieren. Das bedeutet, dass Parteien bei ihrer Positionsfindung die politischen Rahmenbedingungen, die die Politik in der Vergangenheit geschaffen hat, berücksichtigen müssen. Vereinfacht dargestellt kann man beispielsweise annehmen, dass sich Parteien nur dann zur Senkung der Einkommensteuer positionieren können, wenn eine Einkommenssteuer existiert, wohingegen die Einführung einer Einkommenssteuer wohl nur dann als politische Position in Frage kommt, wenn diese noch nicht existiert.⁵⁸

Von Bedeutung können jedoch auch Merkmale des politischen Systems einer Region, wie beispielsweise das Parteiensystem, sein, da durch diese der politische Wettbewerb strukturiert wird. In einem Zweiparteiensystem orientieren sich die Parteien an der Politikposition des Medianwählers, um möglichst viele Stimmen zu bekommen (vgl. Kapitel 2.2.2).⁵⁹ Bilden sich an den Rändern des politischen Spektrums allerdings neue Parteien, müssen die Parteien reagieren und ihre Positionen anpassen, um nicht zu viele Stimmen an den oder die neuen Konkurrenten zu verlieren. Tritt also beispielsweise am linken Rand eines Zweiparteiensystems mit einer konservativen und einer linken Partei, die im Zweiparteiensystem beide moderate Positionen vertreten, eine neue Partei auf, werden Wähler am linken Rand des politischen Spektrums eher diese Partei wählen und ihre Stimmen folglich der moderaten linken Partei des ursprünglichen Zweiparteiensystems fehlen. Aus diesem Grund muss die ursprünglich moderate linke Partei ihre Position nach links verschieben, um den Wählerverlust am linken Rand einzudämmen. Die konservative Partei könnte nun versuchen durch ebenfalls linkere Positionen noch mehr Stimmen zu gewinnen. Sie muss dabei allerdings immer auch die Gefahr einer neuen Partei am rechten Rand im Blick behalten. Zudem ist davon auszugehen, dass eine konservative Partei, die zumindest ein

⁵⁸ Eine Ausnahme bilden hier unter Umständen neue Parteien, wie beispielsweise die Piraten in Deutschland, die aufgrund politischer Unerfahrenheit teilweise Forderungen aufstellen, die nicht zum aktuellen Status Quo passen. Ein Beispiel ist die Forderung der Piraten nach dem Ausstieg aus der Atomenergie bei der Landtagswahl 2012 in Schleswig-Holstein, obwohl dieser bereits 2011 beschlossen wurde.

⁵⁹ Dabei wird vorausgesetzt, dass Wähler die Partei wählen, die ihnen inhaltlich am nächsten steht.

geringes Interesse an Politikinhalten und nicht nur an Ämtern hat, ihre Position nicht unendlich weit nach links verschoben wird.

Insgesamt werden bei den subnationalen Kontextfaktoren somit zwei Gruppen von Faktoren unterschieden. Die erste Gruppe berücksichtigt insbesondere die historische Entwicklung in einem Land, sei es in Form von politischer Kultur und Tradition oder in Form von früheren politischen Entscheidungen, die die Situation und den Entscheidungsspielraum der politischen Akteure beeinflusst. Die zweite Gruppe bezieht sich hingegen auf das System der politischen Akteure, das heißt die An- bzw. Abwesenheit politischer Gegner und der daraus resultierende Kampf um Wählerstimmen.

Die Bestimmung des Status Quo in einzelnen Politikfeldern für die deutschen Bundesländer und die Ableitung von Annahmen über die Positionierung der jeweiligen subnationalen Parteien in Abhängigkeit des Status Quo ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Im Politikfeld Kultus kann in einem ersten Schritt beispielsweise relativ einfach festgestellt werden, wie das Schulsystem eines Landes ausgestaltet ist, das heißt wie lange die gemeinsame Grundschulzeit dauert, ob es eine verbindliche Schulempfehlung am Übergang auf die weiterführende Schule gibt, ob es Gesamtschulen gibt und wenn ja in welcher Form und nach wie vielen Jahren im Regelfall das Abitur abgelegt wird (Wolf 2008). Anhand dieser Merkmale kann der Status Quo verschiedener Bundesländer bezogen auf das Schulsystem einfach verglichen werden. Problematisch ist allerdings der zweite Schritt, wenn aus diesen spezifischen Merkmalen der Status Quo auf einer breiteren Politikdimension wie Kultus bestimmt werden soll. Zum einen gehören zum Politikfeld Kultus ganz verschiedene Politikbereiche, neben der Schul- beispielsweise auch die Wissenschafts- und Kulturpolitik, die auf einer gemeinsamen Dimension abgebildet werden müssen. Zum anderen muss eine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Einzelmaßnahmen berücksichtigt werden, ob diese eher als konservativ oder progressiv einzustufen sind und in welchem Ausmaß sie progressiv oder konservativ sind, um schlussendlich eine bestimmte Position auf der Politikdimension bestimmen zu können. Aufgrund der vielen Probleme, die bei der Bestimmung des Status Quo auftreten, hat es sich in der Staatstätigkeitsforschung eingebürgert, die Staatsausgaben in einem Politikfeld als Maß für den Status Quo zu verwenden. Dieses Maß ist jedoch ebenfalls nicht unproblematisch, da es über die tatsächlichen Inhalte, für die Geld ausgegeben wird, keine Aussage macht. So kann beispielsweise der Eindruck entstehen, dass in zwei Bundesländern die gleichen Politikinhalte umgesetzt werden, weil die Ausgaben im Bereich Kultus gleich hoch sind, obwohl in einem

Bundesland ein Großteil des Geldes in Elitenförderung fließt, wohingegen das andere Bundesland insbesondere sozial benachteiligte Schüler fördert. Diese Vorgehensweise kann für Fragestellungen angemessen sein, die untersuchen möchten, ob sich die Staatsausgaben zwischen bürgerlichen und linken Regierungen unterscheiden, ist jedoch für die hier behandelte Fragestellung nach dem Einfluss des Status Quo auf die Politikpositionen der subnationalen Parteien nicht geeignet. Eine Untersuchung dieser Fragestellung im Zusammenhang mit dem Status Quo ist daher eher qualitativ ausgerichteten Studien vorbehalten, die sich mit konkreten Maßnahmen beschäftigen und beispielsweise detailliert untersuchen können, wie sich die Einführung der Gesamtschule in einem Bundesland auf die von den verschiedenen Landesparteien vertretenen Meinungen bezüglich dieser Schulform auswirkt.

Es gibt eine Vielzahl politikwissenschaftlicher Untersuchungen, die sich mit regionaler politischer Kultur und ihren Auswirkungen in Deutschland beschäftigen (vgl. Klingemann 1969, Sahner 1972, Mintzel 1975, Kühr 1979, Landeszentrale für Politische Bildung 1985, Berg-Schlosser und Schissler 1987, Oberndörfer und Schmitt 1991). Regionale politische Kultur wird dabei häufig als historisch bedingt und aufgrund regionaler Sonderentwicklungen von der nationalen politischen Kultur und Tradition verschieden betrachtet (Wehling 1985: 11) und kann folglich auch zu unterschiedlichen Politikpositionen einzelner subnationaler Gliederungen einer Partei führen. Trotz der teilweise weit zurückliegenden Ursprünge besteht auch heute noch eine regionale Identifikation innerhalb der Bevölkerung, die beispielsweise auch durch die Landesregierungen mit Slogans wie „Wir in Nordrhein-Westfalen“ oder „Hessen vorn“ gefördert wird (Schmitt 1991: 8f.). Wehling verwendet als Beispiel für die regionale Prägung der Politik „das „schwäbische Arbeitstrauma“ sowie den Drang zum „Schaffen-müssen“ der Altwürttemberger“ (Wehling 1985: 8) und sieht als Folge davon den Aufstieg Württembergs zu einem krisenfesten Industrieland, dessen politisches Profil noch heute durch dieses „Arbeitstrauma“ geprägt ist (Wehling 1985: 8f.). Faktoren, die politische Kultur und Tradition beeinflussen, sind unter anderem die konfessionelle Entwicklung oder die jahrzehntelange Prägung einer Region durch die Vorherrschaft einer bestimmten Partei (Rohe 1991: 25,30).

Herkunft und Bedeutung kollektiver Eigenheiten sind im Rahmen einer quantitativen Untersuchung jedoch schwer zu verwenden (Wehling 1985: 9), da Konzepte wie die der fleißigen oder wahlweise auch geizigen Schwaben oder der „Tradition der Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität“ (vgl. Wahlprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl in Hamburg

1991, 7) in Hamburg nur schwer gemessen und zudem ihre tatsächlichen Auswirkungen auf die politische Positionierung der Parteien auf einer Politikdimension wie Kultus kaum bestimmt werden können. Vielmehr bieten sich auch dieses Konzepte für tiefergehende, qualitative Untersuchungen, die sich auf einzelne Parteien oder Regionen beschränken, an.

Relative große Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern bestehen hinsichtlich der Parteiensysteme und somit der politischen Wettbewerbsbedingungen, unter denen sich die Landesparteien behaupten müssen. Lediglich die beiden hier untersuchten Parteien CDU/CSU und SPD waren im Untersuchungszeitraum in jedem einzelnen Landtag vertreten. Der Erfolg der übrigen bundesweit antretenden Parteien FDP, Grüne und PDS bzw. Linke unterscheidet sich hingegen deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern und über die Zeit. Die größten Unterschiede zwischen den Parteiensystemen der Bundesländer bestehen dabei nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland, obwohl mit der Vereinigung von WASG und PDS im Jahr 2007 und ihrem darauffolgenden Einzug in viele westdeutsche Landtage in gewissem Maße eine Angleichung stattgefunden hat (Leunig 2012b: 95). Die Unterschiede bezüglich Parteiangebot, relevanten Parteien sowie Fragmentierung und Asymmetrie der Parteiensysteme in den Bundesländern (allerdings auf Basis der regionalen Bundestagswahlergebnisse) untersucht Niedermayer (2011). Niedermayer (2011) führt dafür eine Gruppierung der Bundesländer auf Basis der genannten Merkmale mittels einer multidimensionalen Skalierung durch und kann so beispielsweise für das Jahr 1990 zeigen, dass die Strukturähnlichkeit der Parteiensysteme insbesondere vom Grad der Fragmentierung und der Asymmetrie zwischen den Großparteien abhängt.

Der Fokus dieser Arbeit liegt hingegen insbesondere auf den relevanten politischen Wettbewerbern der beiden großen und hier untersuchten Parteien CDU/CSU und SPD in den verschiedenen Bundesländern. Das Wettbewerbsumfeld wird dabei durch die in den jeweiligen Landtagen vertretenen Parteien strukturiert. Sind in einem Parteiensystem nur die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD relevant, kann gemäß dem Medianwählertheorem davon ausgegangen werden, dass diese sich an der Mitte orientieren, um hier besonders viele Wähler zu gewinnen. Dem liegt die Überlegung zu Grunde, dass die Wähler am Rand des jeweiligen Parteispektrums eine Partei aus Mangel an Alternativen auch dann wählen, wenn sie sich von ihnen entfernt und an der Mitte der Wählerverteilung orientiert. Diese Konstellation führt in der Regel jedoch dazu, dass sich an den Rändern neue Parteien etablieren, auf die die großen moderaten Parteien reagieren müssen, um nicht zu viele Wähler an sie zu verlieren. Relevant für die Positionierung von CDU/CSU und SPD sind folglich

insbesondere Parteien, die am rechten oder linken Rand angesiedelt sind und sie daher veranlassen, sich aus einer Mittelposition, die im Kampf gegen die jeweils andere große Partei von Vorteil ist, heraus stärker an dem jeweiligen Extrem zu orientieren. Im Fall der SPD ist diese Partei die PDS, die im Allgemeinen Positionen links von der SPD vertritt (vgl. www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/wp_seher/Politikpositionen.xls). Für die CDU/CSU übernimmt diese Rolle zumindest in gewisser Weise die FDP, die zwar nicht immer rechts von der CDU/CSU anzusiedeln ist (vgl. www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/wp_seher/Politikpositionen.xls), jedoch eindeutig auch zum bürgerlichen Parteienspektrum gehört und folglich mit der CDU/CSU um Wählerstimmen konkurriert.

Fraglich ist nun, wie gemessen werden kann, wann FDP bzw. PDS so wichtig sind, dass sie die programmatische Positionierung von CDU/CSU bzw. SPD beeinflussen können, das heißt unter welchen Bedingungen sie von CDU/CSU bzw. SPD als ernstzunehmende Konkurrenten um Wählerstimmen wahrgenommen werden. Da zum Zeitpunkt der Positionsfestlegung im Landtagswahlprogramm in der Regel noch keine verlässlichen Vorhersagen über den Erfolg oder Misserfolg einzelner Parteien bei den Landtagswahlen vorliegen, müssen die Parteien sich an ihren Erfahrungen aus der Vergangenheit orientieren, um das Potential ihrer Gegenspieler abschätzen zu können. Als Indikator bietet sich hier der Erfolg einer Partei in der Vergangenheit an. Als Erfolg einer Partei kann in diesem Zusammenhang der Einzug in den Landtag gewertet werden. Vergleicht man den Erfolg von PDS und FDP in den einzelnen Bundesländern, wird jedoch deutlich, dass die PDS bis 2007 nur in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin vertreten war. Da der Erfolg der PDS bei der jeweils vorangegangenen Wahl als Einflussfaktor betrachtet wird, hat dies zur Folge, dass im Untersuchungszeitraum bis 2010 nur in den ostdeutschen Bundesländern, Berlin und Hessen⁶⁰ eine Landtagswahl stattfand, als die PDS bereits im Landtag vertreten war. Das umgekehrte Problem, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, tritt auch im Fall der FDP auf, die bei den ersten Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern zwar den Einzug in alle Landtage schaffte, danach allerdings in drei der fünf ostdeutschen Länder erst bei der letzten Landtagswahl im Untersuchungszeitraum wieder erfolgreich war und auch in den anderen beiden ostdeutschen Ländern erst nach der Jahrtausendwende wieder in die Landtage einzog. Aus diesen Gründen ist die Abbildung des politischen Wettbewerbs über die beiden Konkurrenten der großen Parteien im Untersuchungszeitraum nicht geeignet, da dadurch

⁶⁰ Bei den Landtagswahlen 2008 und 2009.

letztlich hauptsächlich Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern abgebildet werden.

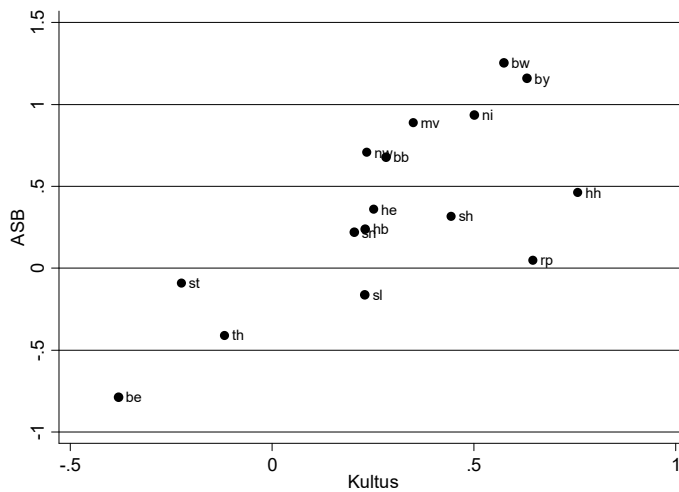
Eine alternative Möglichkeit der Berücksichtigung von Wettbewerbsbedingungen, denen die Parteien in den verschiedenen Bundesländern ausgesetzt sind, ist die Berücksichtigung des ideologischen Zentrums des Parteienwettbewerbs im Landtag. Gerade die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD, die in Deutschland immer noch als Volksparteien gelten,⁶¹ orientieren sich mit ihrer politischen Programmatik an der „Mitte der Gesellschaft“. Je nach Bundesland und über die Zeit kann die genaue politische Lage dieser „Mitte der Gesellschaft“ aber variieren und muss daher für jedes Bundesland und für die einzelnen Zeitpunkte getrennt bestimmt werden. Wahlergebnisse in Verbindung mit der programmatischen Ausrichtung der Parteien bieten eine gute Möglichkeit dies zu tun. Das „ideological center of gravity“ von Gross und Sigelman (Gross und Sigelmann 1984: 467) entspricht dem mit den Sitzanteilen der Parteien im Parlament gewichteten Durchschnitt der Parteipositionen. Das so berechnete ideologische Zentrum des Parteienwettbewerbs im Landtag bildet folglich das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl im Zusammenhang mit den Politikpositionen, die von den Landtagsparteien bei dieser Wahl vertreten wurden, ab. Dieses Maß bietet auch eine Näherung an die verschiedenen oben beschriebenen Konzepte, da es die grundsätzliche ideologische Ausrichtung des gesamten Systems auf Basis der relevanten Parteien darstellt. Wenn Beschreibungen der politischen Kultur einer Region, wie die oben aufgeführte Beschreibung Hamburgs als weltoffen, tolerant und liberal zutreffen, dann sollte sich diese liberale Einstellung auch in den Positionen der im Parlament bzw. der Bürgerschaft vertretenen Parteien widerspiegeln und folglich die Lage des ideologischen Zentrums im Parlament beeinflussen. Für den politischen Kontext der Bundesländer wird auf Basis dieser Überlegungen Hypothese 10 abgeleitet:

Hypothese 10: Je rechter/linker das aktuelle ideologische Zentrum im Landtag ist, desto rechter/linker sind die zukünftigen Positionen der Parteien.

Abbildung 5 zeigt die über den Untersuchungszeitraum aggregierten ideologischen Zentren der Bundesländer für die Politikfelder Arbeit und Soziales sowie Kultus. Die Berechnung der zu Grunde liegenden Politikpositionen der Parteien wird in Kapitel 4.1 erklärt.

⁶¹ Obwohl die PDS der SPD in den neuen Bundesländern diesen Titel immer stärker streitig macht.

Abbildung 5: Lage der zweidimensionalen ideologischen Zentren in den Bundesländern



Quelle: Eigene Darstellung.

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklungen, aber auch der Unterschiede im Parteiensystem und der politischen Problemstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Stadt- und Flächenstaaten werden zudem entsprechende Kontrollvariablen gebildet. Um für Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Untersuchungszeitraum kontrollieren zu können, wird eine Kontrollvariable für Ostdeutschland gebildet.⁶² Der Sonderfall Berlin, mit einem ostdeutschen und einem westdeutschen Teil, wird hier als westdeutsches Bundesland betrachtet, da das Parteiensystem Berlins eher dem der westdeutschen Bundesländer ähnelt und die Berliner Parteien, mit Ausnahme der PDS, auch bereits vor der Wiedervereinigung bestanden (Müller 2009: 373). Ebenso wird eine Dummy-Variable für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gebildet, die zusätzlich zu den Landesaufgaben der übrigen Bundesländer auch kommunale Aufgaben erfüllen müssen und sich daher zumindest teilweise mit anderen Themen beschäftigen und andere Positionen vertreten (Schmitt 2008: 13ff.).⁶³

⁶² Ostdeutsche Bundesländer erhalten den Wert 1.

⁶³ Stadtstaaten erhalten den Wert 1.

3.2.2. Subnationale Parteifaktoren

Neben den genannten subnationalen Kontextfaktoren unterliegt die programmatische Positionierung einer Partei auch parteispezifischen, individuellen Charakteristika, die sich zwischen den einzelnen subnationalen Gliederungen einer Partei unterscheiden können. Das eingängigste Merkmal dieser Kategorie ist sicherlich die Zusammensetzung der Parteimitglieder und der Wählerschaft auf subnationaler Ebene, die ihre Interessen und Präferenzen von der subnationalen Partei vertreten sehen wollen und zwar auch dann, wenn sich diese von der nationalen Partei unterscheiden (vgl. Kapitel 2.2.3). Stellt man sich die programmatische Positionierung einer subnationalen Partei als internen Aushandlungsprozess zwischen Parteimitgliedern bzw. Gruppen von Parteimitgliedern und nicht als strategische Entscheidung eines einheitlich handelnden Akteurs vor, dann beeinflusst insbesondere die Zusammensetzung der Parteimitglieder sowie der Parteiführung die programmatische Ausrichtung einer (subnationalen) Partei (Budge, et al. 2010). Die möglichen Unterschiede in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteimitglieder können folglich eine unterschiedliche programmatische Ausrichtung der Parteien zur Folge haben. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang beispielsweise die Rolle von Parteiaktivisten genannt, die für die Umsetzung der Wahlkampagnen nötig sind und mit Politikinhalten von der Mitarbeit überzeugt werden müssen (Aldrich 1983, Schofield und Sened 2006: 22ff.). Ebenso können jedoch einzelne Gruppen von Parteimitgliedern, insbesondere die Führungsebene einer Partei, die Programmatik in einem gewissen Rahmen an ihre eigenen Präferenzen anpassen (Bernauer und Bräuninger 2000).

Wie bereits in verschiedenen anderen Untersuchungen zur Programmatik von Parteien gezeigt wurde, verändern Parteien ihre programmatische Ausrichtung zwar im Laufe der Zeit, bewegen sich jedoch meistens innerhalb eines gewissen Rahmens (Budge 1994: 460, Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006, Bräuninger und Debus 2012). Das heißt einerseits, dass sie selten die Position mit politischen Wettbewerbern tauschen (kein leapfrogging) und andererseits, dass Positionswechsel eher evolutionär erfolgen, sich also langsam entwickeln und nicht durch plötzliche sehr starke Veränderungen gekennzeichnet sind (Budge 1994: 460). Diese relativ geringe Dynamik der Programmentwicklung liegt zum einen in der Ideologie, auf die sich eine Partei stützt, zum anderen aber auch darin, dass zu große und plötzliche programmatische Veränderungen die Glaubwürdigkeit einer Partei beschädigen können, begründet. Da Parteien im Allgemeinen also allzu deutliche Positionswechsel und insbesondere einen Positionstausch mit konkurrierenden Parteien zu vermeiden versuchen, ist

der programmatische Status Quo einer Partei von großer Bedeutung für die Erklärung der zukünftigen Positionierung. Daraus folgt insgesamt, dass längerfristige Tendenzen in den programmatischen Unterschieden zwischen einzelnen subnationalen Parteien zu erwarten sind.

Wie stark sich eine Partei an ihrer früheren Programmatik orientiert, hängt insbesondere damit zusammen, wie erfolgreich sie mit diesem Programm bei der letzten Wahl war, da eine Partei immer, unabhängig davon ob sie in erster Linie an policy, office oder votes interessiert ist, die Zustimmung der Wähler benötigt, um ihre Ziele umsetzen zu können. Daraus folgt, dass der Anreiz für eine Änderung der Programmatik dann besonders groß sein sollte, wenn Wahlen verloren wurden. Umgekehrt sollte der Zusammenhang zwischen den Positionen bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen dann besonders groß sein, wenn die erste Wahl für die Partei ein Erfolg war (Budge, et al. 2010: 781). Somit sind die Politikpositionen der Vergangenheit insbesondere gemeinsam mit dem Erfolg oder Misserfolg, den die Partei bei Wahlen mit diesen Positionen hatte, ein entscheidender Faktor zur Erklärung der programmatischen Positionierung einer Partei. Die Abhängigkeit der Parteien von der Zustimmung der Wähler und somit die Beeinflussung der programmatischen Ausrichtung einer Partei durch die Präferenzen der Wähler kann auf diese Weise untersucht werden, ohne dass die Präferenzen der Wähler im Sinne der Ansätze aus der Politischen Soziologie erhoben werden müssen.

Unterschiede in der Programmatik der subnationalen Gliederungen einer Partei, können darüber hinaus auch mit dem Status dieser Parteien in den jeweiligen Regionen zusammenhängen. Dies kann zum einen für subnationale Parteien, die keine realistische Machtperspektive haben, gelten, zum anderen aber auch den Status als Regierungs- oder Oppositionspartei betreffen. Subnationale Parteien, die in einer Region keine Chancen auf einen Wahlsieg bzw. im Falle kleiner Parteien die Beteiligung an einer Regierung haben, können sehr viel stärker ideologisch geprägte Positionen vertreten als Parteien, für die die Beteiligung an einer Regierung nach der Wahl realistisch ist. Dies liegt darin begründet, dass Parteien mit realistischen Chancen auf eine Regierungsbeteiligung immer auch damit rechnen müssen, dass sie ihre Politikpositionen auch tatsächlich umsetzen müssen und von der Öffentlichkeit am Erfolg dieser Umsetzung gemessen werden (vgl. Schlesinger 1968: 434). Parteien, für die eine Regierungsbeteiligung wahrscheinlich ist, werden deshalb sehr viel stärker auf die tatsächliche Umsetzbarkeit ihrer Positionen achten als Parteien ohne Regierungsperspektive und folglich pragmatischere Positionen vertreten.

Ein weiterer Unterschied zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien mit Bezug zur politischen Programmatik der Parteien, besteht darin, dass Regierungsparteien sich in der Regel positiv gegenüber der von ihnen umgesetzten Politik positionieren und daher insbesondere Themenfelder betonen, die sich während ihrer Regierungszeit positiv entwickelt haben. Wohingegen Oppositionsparteien eine entgegengesetzte Strategie verfolgen und sich vor allem auf Themen konzentrieren, bei denen die Regierung keine Erfolge aufweisen kann bzw. vermeintliche Regierungserfolge negativ beurteilen. Ein weiterer Faktor im Zusammenhang mit der Regierungszugehörigkeit einer Partei, der insbesondere in parlamentarischen Mehrparteiensystemen, in denen Regierung häufig nicht von einer Partei allein, sondern von mehreren Koalitionsparteien gebildet werden, Bedeutung erlangt, ist die Parteizusammensetzung der Regierung. Verschiedene Parteien vertreten eine unterschiedliche Programmatik, müssen sich aber bei der Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung auf eine gemeinschaftlich umsetzbare Politik einigen. Es ist daher wahrscheinlich, dass sich Parteien, die in einer Koalitionsregierung zusammengearbeitet haben, programmatisch annähern, da sie gemeinsam für die umgesetzte Politik verantwortlich gemacht werden und diese gegenüber den Bürgern und insbesondere ihren Wählern und Parteimitgliedern vertreten und verteidigen müssen. Zu einer programmatischen Annäherung zwischen Koalitionsparteien sollte es insbesondere dann kommen, wenn die beteiligten Parteien die Zusammenarbeit auch nach der nächsten Wahl fortsetzen möchten, die Koalition also nicht nur als Übergangslösung betrachten. Ein ähnlicher Effekt der programmatischen Annäherung kann auch dann eintreten, wenn Parteien schon vor einer Wahl beschließen, bei entsprechenden Wahlergebnissen eine gemeinsame Regierungskoalition zu bilden. Dies führt dazu, dass sich Parteien im Wahlkampf nur eingeschränkt gegeneinander positionieren und eine eher gemäßigte programmatische Orientierung vertreten, um die angestrebte Koalition glaubhaft vermitteln zu können. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die programmatische Ausrichtung ist daher auch die Koalitionssituation, in der sich eine Partei befindet.

Somit bleibt abschließend festzuhalten, dass verschiedene subnationale Parteifaktoren die programmatische Ausrichtung einer Partei beeinflussen können und neben den bereits besprochenen Kontextbedingungen programmatische Unterschiede zwischen den subnationalen Einheiten einer Partei, die in verschiedenen Regionen antreten, erklären können. Zu diesen Faktoren ist die soziostrukturelle Zusammensetzung einer Partei bezüglich der Parteimitglieder, der Mandatsträger und des Führungspersonals zu zählen, die für die

programmatische Ausrichtung einer Partei von großer Bedeutung ist, da die genannten Gruppen versuchen, die Programmatik einer Partei in ihrem Sinne zu beeinflussen. Darüber hinaus sind politische Faktoren wie die frühere Programmatik einer Partei⁶⁴, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Erfolgs oder Misserfolgs, der mit dieser Programmatik erreicht wurde, die Wettbewerbssituation, in der sich eine Partei befindet, und die Koalitionserfahrung bzw. Koalitionsabsichten zu berücksichtigen.

Die Betrachtung der programmatischen Positionierung von Parteien als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen den Parteimitgliedern bzw. verschiedenen Gruppen von Parteimitgliedern, wie beispielsweise verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, erfordert ein hohes Maß an Information über Parteimitglieder und ihre Präferenzen. Informationen über Parteimitglieder können auf Basis der Mitgliederkarteien der jeweiligen Partei ermittelt werden, sind jedoch mit vielen Problemen behaftet. Zum einen sind die erhobenen Informationen zu allgemein (Name, Geschlecht, Alter, Konfession, berufliche Stellung), um daraus Informationen über politische Präferenzen ableiten zu können. Zum anderen werden die Informationen beim Parteieintritt des jeweiligen Mitglieds erhoben, danach aber nicht regelmäßig aktualisiert, sodass aktuelle Informationen über zeitvariante Eigenschaften der Parteimitglieder gar nicht vorliegen (Niedermayer 2008, Klein 2011: 31). Die Präferenzen der Parteimitglieder auf den verschiedenen Politikdimensionen können direkt folglich nur über Umfragen erhoben werden. Obwohl einzelne Umfragen unter Parteimitgliedern einzelner oder mehrerer Parteien in einzelnen Regionen in der Vergangenheit durchgeführt wurden (Falke 1982, Niedermayer 1989, Patzelt und Algasinger 1996, Bürklin, et al. 1997, Boll und Holtmann 2001, Neu 2007), liefern diese keine ausreichenden Informationen über Präferenzen der Mitglieder der subnationalen Parteigliederungen von CDU/CSU und SPD für den gesamten Untersuchungszeitraum und alle Bundesländer.

Eine deutschlandweite Befragung der Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien wurde allerdings im Rahmen der „Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998“ (Biehl 2005) und der „Deutsche Parteimitgliederstudie 2009“ (Spier, et al. 2011), die als Fortsetzung der Potsdamer Studie konzipiert wurde, durchgeführt. Neben der Einordnung der Parteimitglieder auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala erlauben diese Studien auch eine Verortung der Parteimitglieder auf der sozioökonomischen und der gesellschaftspolitischen Politikdimension, die über Fragen zu direkter Demokratie, Schwangerschaftsabbruch,

⁶⁴ Hier ist jedoch zu beachten, dass dieser Faktor endogen ist, das bedeutet das x und ε nicht unabhängig voneinander sind.

Asylbewerbern und der Bestrafung von Straftätern erfasst wird (Spier 2011: 132f.). Obwohl die Messung der Politikpositionen der Parteimitglieder im Rahmen dieser Untersuchungen auf zwei Dimensionen erfolgt, sind sie für die vorliegende Untersuchung nur von begrenztem Nutzen. Zum einen decken die Messungen nur etwas über die Hälfte des hier angestrebten Untersuchungszeitraums ab, zum anderen ist zumindest fraglich, welche Annahmen über die Positionen der Parteimitglieder für Zeitpunkte, die zwischen den beiden Messungen 1998 und 2009 liegen, gemacht werden können. Ein größeres Problem stellt jedoch die Auswahl der untersuchten Politikdimension dar. Der Fokus der Parteimitgliederstudien liegt auf der Bundesebene bzw. auf einem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, nicht aber auf den Parteien in den einzelnen Bundesländern, sodass die ausgewählten Politikdimensionen insbesondere den Parteienwettbewerb auf Bundesebene abbilden. Für die für die Landesparteien aber besonders wichtige Kultuspolitik liegen keine Messungen vor. Besonders für diese wird aber eine hohe Gestaltungskraft der subnationalen Parteien vermutet. Aus diesen Gründen werden die Parteimitgliederstudien im Rahmen dieser Arbeit nicht zur Messung der politischen Ausrichtung der Landesparteien verwendet und es muss folglich nach Alternativen gesucht werden.

Eine indirekte Möglichkeit die Präferenzverteilung der Parteimitglieder zu erheben besteht über die Mitgliedschaft in den bereits erwähnten Arbeitsgemeinschaften einer Partei auf subnationaler Ebene. Für dieses Vorgehen sind sowohl Informationen über die Mitglieder der diversen Arbeitsgemeinschaften wie auch die politischen Positionen der Arbeitsgemeinschaften nötig. Liegen diese Informationen vor, kann beispielsweise über die Mitgliederzahl die relative Stärke der einzelnen Arbeitsgemeinschaften bestimmt werden und so die mögliche Politikposition einer Partei als gewichteter Durchschnitt der Positionen der Arbeitsgemeinschaften berechnet werden. Diese Vorgehensweise mag für die Politikfelder Arbeit und Soziales bzw. Wirtschaft angemessen sein, da in der Regel sowohl Arbeitsgemeinschaften, die den Arbeitnehmern nahe stehen, als auch Arbeitsgemeinschaften, die den Arbeitgebern nahestehen, innerhalb der Parteien existieren (vgl. CDA und MIT in der CDU sowie AfA und AGS in der SPD⁶⁵), sodass hier, selbst wenn keine eindeutigen Positionen der Arbeitsgemeinschaften vorliegen, je nach relativer Stärke der einzelnen Gruppierungen eine entsprechende Tendenz in der Politikposition der Partei vermutet werden kann. Damit ist jedoch bereits ein weiteres Problem angesprochen. Dies sind die fehlenden

⁶⁵ CDA steht für Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, MIT steht für Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, AfA steht für Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und AGS steht für Arbeitsgemeinschaft Selbständige.

Informationen über die Positionen der Arbeitsgemeinschaften, sowie das Fehlen von turnusmäßig veröffentlichten Dokumenten in vergleichbarer Form, um auf dieser Basis Politikpositionen ermitteln zu können. Zudem bestehen im Bereich der Kultuspolitik, anders als im Politikfeld Arbeit und Soziales, keine Arbeitsgemeinschaften, die innerhalb der subnationalen Parteien entgegengesetzte Positionen vertreten. Da auch der Rückgriff auf innerparteiliche Gruppierungen im Rahmen dieser Arbeit folglich nicht hilfreich ist, wird auf eine sehr viel einfachere, gleichzeitig aber auch direktere, Möglichkeit zur Vorhersage der ideologischen Ausrichtung der Landesparteien zurückgegriffen, die jedoch den Nachteil mit sich bringt, dass sie diese Ausrichtung nicht direkt mit den Präferenzen der Parteimitglieder oder Wähler in Verbindung bringen kann.

Wird davon ausgegangen, dass Politikpositionen aus Aushandlungsprozessen innerhalb der Parteien hervorgehen und sich die Einstellungen der Parteimitglieder zwischen zwei Wahlen nicht grundlegend verändern, sondern eine gewisse Stabilität aufweisen, kann die vorherige Politikposition der Partei als Näherung für die ideologische Ausrichtung der Landesparteien und Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen innerparteilichen Gruppen verwendet werden. Der große Vorteil dieser Vorgehensweise besteht darin, dass die früheren Positionen der Partei in vergleichbarer Form und für die gleichen Dimensionen, also Arbeit und Soziales sowie Kultus vorliegen (vgl. Kapitel 4.1). Darüber hinaus steht diese Vorgehensweise auch im Einklang mit der Annahme der evolutionären Entwicklung von Parteipositionen (vgl. Abschnitt 2.2.4).⁶⁶ Hypothese 11 setzt daher die aktuellen Politikpositionen einer Partei in Beziehung zu früher vertretenen Positionen. Dieser Zusammenhang wird sowohl für das Politikfeld Kultus als auch für das Politikfeld Arbeit und Soziales erwartet.⁶⁷

Hypothese 11: Je konservativer/progressiver die Position einer Partei in der Vergangenheit war, desto konservativer/progressiver ist die zukünftige Position einer Partei.

In engem Zusammenhang mit der Hypothese der evolutionären Entwicklung der Politikpositionen von Parteien steht auch die Überlegung, dass die Übernahme oder Veränderung früherer Politikpositionen mit dem Erfolg, den eine Partei mit diesen Positionen erzielen konnte, zusammenhängt (Budge, et al. 2010: 781). Die Landesparteien stellen sich

⁶⁶ Auch dieses Vorgehen kann jedoch nicht den gesamten Untersuchungszeitraum abdecken, da Politikpositionen erst ab 1990 in vergleichbarer Form vorliegen (vgl. Kapitel 4.1).

⁶⁷ Auf eine Deskription der verwendeten Politikpositionen der Landesparteien wird hier verzichtet. Diese erfolgt ausführlich in Kapitel 5.

mit ihrer Programmatik zur Wahl. Der Erfolg einer Partei bei Landtagswahlen kann somit unter anderem auch als Urteil der Wähler über die angebotene Programmatik gewertet werden. Da die Parteien auf Wählerstimmen angewiesen sind, ist der Erfolg oder Misserfolg, den sie mit ihren aktuellen Positionen erzielen können, eine wertvolle Information für die Entwicklung künftiger Positionen. Dementsprechend lautet Hypothese 12:

Hypothese 12: Je erfolgreicher eine Partei bei einer Wahl war, desto stärker orientiert sie sich an den Politikpositionen, mit denen sie zu dieser Wahl angetreten ist.

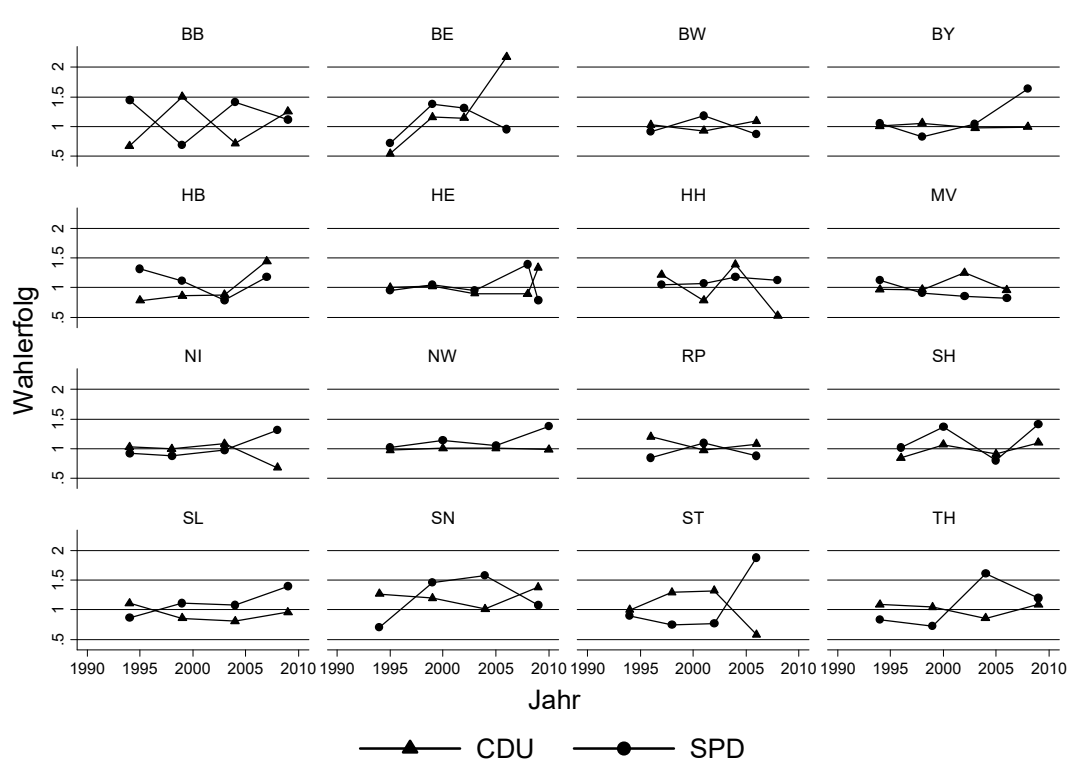
Wahlerfolg oder -misserfolg einer Partei kann durch den Vergleich der erreichten Stimmzahl oder der Anzahl der gewonnenen Sitze im Landtag mit der erreichten Stimm- bzw. Sitzzahl bei der vorherigen Wahl gemessen werden. Obwohl die Zahl der gewonnenen Sitze im Parlament unter Umständen auch steigen kann, wenn eine Partei absolut weniger Stimmen gewonnen hat als bei der letzten Wahl bzw. auch, wenn ihr Stimmenanteil geringer war als bei der letzten Wahl, wird hier die Anzahl der Sitze zur Messung des Wahlerfolgs verwendet. Diese Entscheidung liegt darin begründet, dass zumindest für die beiden großen hier untersuchten Parteien CDU/CSU und SPD ein Wahlerfolg in erster Linie dann erreicht ist, wenn sie den Ministerpräsidenten stellen können. Dafür ist die Sitzanzahl im Parlament und nicht die Stimmenzahl bei der Wahl ausschlaggebend. Neben der herausragenden Stellung des Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit, der Regierung und auch innerhalb der Partei liegt die Fokussierung der beiden großen Parteien auf den Posten des Ministerpräsidenten auch darin begründet, dass es bis zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur einen Ministerpräsidenten gab, der nicht von einer der beiden großen Parteien gestellt wurde (Reinhold Meier DVP/FDP 1952-1953 ebenfalls in Baden-Württemberg) (Forschungsgruppe Wahlen 2010).⁶⁸ Der Kampf um den Posten des Ministerpräsidenten wird somit zumindest im Untersuchungszeitraum nur zwischen CDU/CSU und SPD ausgetragen. Von drei Ausnahmen (Hamburg 2001, Berlin 1999 und Sachsen-Anhalt 1994) und vier Pattsituationen mit gleicher Sitzanzahl von CDU/CSU und SPD im Landtag (Bremen 1995, Hessen 1991 und 2008 und Nordrhein-Westfalen 2010) abgesehen, hat im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010 immer die Partei mit den

⁶⁸ Da das Land Baden-Württemberg erst 1952 gegründet wurde, war Meier auch der erste Ministerpräsident des Landes. Allerdings gab es in den drei Ländern, die sich später zu Baden-Württemberg zusammengeschlossen haben, auch vor 1952 Ministerpräsidenten (Staatspräsidenten). In Württemberg-Baden war dies ebenfalls Meier von 1945-1952, in Südbaden Leo Wohleb (Badische Christlich-Soziale Volkspartei, die sich 1947 in Badische CDU umbenannte) von 1947-1952, in Württemberg-Hohenzollern Lorenz Bock (CDU) von 1947-1948 und Gebhard Müller (CDU) von 1948-1952.

meisten Sitzen im Landtag auch den Ministerpräsidenten gestellt (Forschungsgruppe Wahlen 2010).

Der Erfolg einer Landespartei bei einer Landtagswahl wird daher als Quotient aus dem Sitzanteil im Landtag bei der Wahl zum Zeitpunkt t-1 und dem Sitzanteil resultierend aus der Landtagswahl zum Zeitpunkt t-2 gemessen. Ist dieser Quotient größer 1 konnte die Partei Sitze hinzugewinnen, war mit ihrem politischen Programm zum Zeitpunkt t-1 also erfolgreich und wird sich daher auch bei der programmatischen Positionierung für die nächste Wahl (t) stärker an diesem Programm orientieren. Ist der Quotient kleiner 1, hat die Partei im Vergleich zur vorigen Landtagswahl Sitze verloren. Sie wird daher eher bereit sein, ihre Position zu verändern. Die Bindung an die alte Position sollte daher geringer ausfallen. Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Quotienten der Sitzanteile von CDU/CSU und SPD getrennt nach Bundesländern.

Abbildung 6: Quotient der Sitzanteile der Parteien aus den beiden vorherigen Wahlen



Quelle: Eigene Darstellung.

Problematisch an dieser Vorgehensweise ist, dass für die Berechnung des Erfolgs bereits zwei Landtagswahlen stattgefunden haben müssen. Während dies für die alten Bundesländer unproblematisch ist, beginnt der Untersuchungszeitraum in den neuen Bundesländern

gleichzeitig mit der ersten Landtagswahl, sodass der Erfolg einer Partei wie oben geschildert erst für die programmatische Positionierung der Parteien bei der dritten Landtagswahl in einem Bundesland berechnet werden kann. Zusätzlich zum Verlust der jeweils ersten Landtagswahl aufgrund des Fehlens der Politikpositionen bei der vorherigen Landtagswahl in den neuen Bundesländern muss dann auch die jeweils zweite Landtagswahl herausfallen. Um dies zu verhindern, wird wie folgt vorgegangen: Für die zweite Landtagswahl in den neuen Bundesländern wird der Quotient gebildet aus dem Sitzanteil einer Partei im jeweiligen Bundesland nach der ersten Landtagswahl und dem durchschnittlichen Sitzanteil dieser Partei in den neuen Bundesländern nach der jeweils ersten Landtagswahl. Der Quotient nimmt folglich einen Wert größer 1 an, wenn eine Landespartei bei der ersten Landtagswahl erfolgreicher war als der ostdeutsche Durchschnitt dieser Partei bei der ersten Landtagswahl. Durch diese Schätzung der Werte, kann die ursprüngliche Fallzahl erhalten werden.

Da in den deutschen Bundesländern häufig Koalitionsregierungen gebildet werden, ist auch der Einfluss der inhaltlichen Zusammenarbeit mit einer anderen Partei auf die Politikpositionen der beiden hier untersuchten Parteien ein relevanter Faktor. Um in einer Koalitionsregierung zusammenarbeiten zu können, müssen sich die Koalitionsparteien regelmäßig auf gemeinsame Gesetzesvorschläge einigen, die dann von den Fraktionen der Regierungsparteien in den Parlamenten in der Regel auch verabschiedet werden. Diese inhaltliche Einigung bedeutet aber auch, dass ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Positionen der Regierungsparteien gefunden werden muss. Häufig wird dieser Kompromiss sogar in einem Koalitionsabkommen niedergeschrieben. Treten Parteien, die Mitglieder einer Koalitionsregierung sind, wieder zur Wahl an, versuchen sie die Erfolge aus der Regierungszeit hervorzuheben und das gemeinsame Regierungshandeln zu begründen. Das bedeutet aber auch, dass alle Koalitionsparteien (in Deutschland sind es in der Regel zwei Koalitionsparteien) die gleichen politischen Inhalte verteidigen und als Erfolge herausstellen, sodass sich ihre Positionen annähern. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn nach der Wahl wieder die gleiche Koalition gebildet werden soll, die Koalition von den beteiligten Parteien also nicht lediglich als Übergangslösung, bis eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse die Bildung einer neuen Regierung ermöglicht, angesehen wird. Die angenommene Annäherung der Positionen von Koalitionsparteien bewegt sich allerdings nur innerhalb eines engen Rahmens, keinesfalls werden die Koalitionsparteien die gleichen Positionen vertreten. Sie müssen für die Wähler insgesamt und insbesondere für ihre

Kernwählerschaft weiterhin unterscheidbar bleiben, um Wähler zu mobilisieren und die Koalition nach der nächsten Wahl fortsetzen zu können.

Aus dem Zusammenspiel der Faktoren bei der Regierungsbildung (Einigung auf einen Koalitionsvertrag), während der Legislaturperiode (Einbringen von gemeinsamen Gesetzen, diese begründen und gegen Angriffe der Opposition verteidigen) und im Wahlkampf (positive Bewertung der Regierungsarbeit der Koalition), resultiert, in begrenztem Maße, eine Annäherung der Politikpositionen der Regierungsparteien:

Hypothese 13: Wenn Parteien gemeinsam eine Koalitionsregierung gebildet haben, nähern sich die Positionen der Koalitionsparteien für die nächste Wahl an.

Um Hypothese 13 zu überprüfen, wird die Politikposition der Regierungskoalition verwendet. Diese wird als mit den Sitzanteilen, die die jeweilige Partei zu den Gesamtsitzen der Koalitionsparteien im Parlament beiträgt, gewichteter Durchschnitt der Politikpositionen der Koalitionsparteien berechnet. Tabelle 7 zeigt die Parteizusammensetzung der Koalitionsregierungen, ihre Häufigkeit in den deutschen Bundesländern, die Anzahl der nicht fortgesetzten Koalitionen und die durchschnittliche Politikposition der einzelnen Koalitionstypen in den Politikfeldern Arbeit/Soziales und Kultus.

Die Berechnung der Politikpositionen der Parteien, auf denen die hier dargestellten Positionen der Koalitionsregierungen beruhen, wird in Kapitel 4.1 ausführlich beschrieben. Für das Verständnis dieser Tabelle muss lediglich berücksichtigt werden, dass die Positionen auf einer Skala angeordnet sind, auf der kleine Werte für linke bzw. progressive Positionen stehen, wohingegen große Werte für rechte bzw. konservative Positionen stehen. Die progressivste Position im Politikfeld Kultus ist mit einem Wert von -0,40 folglich die durchschnittliche Position von Koalitionsregierungen aus SPD und Grünen. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Positionen zwischen den Politikfeldern nicht vergleichbar sind.

Tabelle 7: Koalitionsregierungen in den deutschen Bundesländern⁶⁹

Regierungen		Häufigkeit	nicht fortgesetzt	nicht fortgesetzt trotz MWC	Position Arbeit/Soziales	Position Kulturs
Zweiparteienkoalitionen	CDU/SPD	11	6	4	0,25	0,56
	CDU/FDP	9	7	0	0,52	0,57
	SPD/FDP	4	2	0	-0,14	0,18
	SPD/Grüne	11	8	1	-0,56	-0,40
	SPD/PDS	3	1	1	-0,07	-0,04
	SPD/Stattpartei	1	1	0	-0,55	0,10
Mehrparteienkoalitionen	CDU/FDP/Schill	1	1	0	0,03	2,16
Summe		40	26	6		

Quelle: Eigene Darstellung.

Von den hier untersuchten 63 Regierungen in den deutschen Bundesländern waren 40 Koalitionsregierungen, die in der Regel von zwei Parteien gebildet wurden. Von diesen 40 Koalitionsregierungen wurden lediglich sechs in der nächsten Legislaturperiode nicht fortgesetzt, obwohl sie eine minimale Gewinnkoalition gewesen wären. Von diesen sechs nicht fortgesetzten Koalitionen waren wiederum vier große Koalitionen aus CDU/CSU und SPD, die in Deutschland häufig nur als Übergangslösung fungieren. Da der in Hypothese 13 formulierte Zusammenhang zwischen der Politikposition einer Koalitionsregierung und der Politikposition einer Partei naturgemäß nur für Koalitionsparteien gilt, erhält die Variable für Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt waren bzw. die eine Einparteienregierung gebildet haben, den Wert 0. Dies entspricht dem Vorgehen bei der Bildung eines Interaktionsterms mit einer Dummy-Variablen, die für Koalitionsbeteiligung kontrolliert.

3.2.3. Zusammenfassung

Die beiden vorigen Abschnitte haben sich mit der Erklärung von Politikpositionen subnationaler Parteien unabhängig von der Politikposition der jeweiligen nationalen Partei beschäftigt. Aus diesem Grunde wurden, anders als in Kapitel 3.1, nur Merkmale auf der subnationalen Ebene verwendet. Zum einen sind dies Charakteristika der Region, die Einfluss auf die politische Positionierung der antretenden subnationalen Parteien haben, zum anderen sind dies Merkmale der einzelnen subnationalen Parteien. Als subnationaler Kontextfaktor

⁶⁹ Es handelt sich dabei um die Regierungen, die vor einer Landtagswahl innerhalb des Untersuchungszeitraumes bestanden und somit innerhalb des Untersuchungszeitraums fortgesetzt werden könnten. Daher wird die jeweils letzte Regierung im Untersuchungszeitraum nicht berücksichtigt.

wird hier die ideologische Ausrichtung des Parteienwettbewerbs in einem Bundesland verwendet. Das ideologische Zentrum wird dafür auf Basis der in den jeweiligen Parlamenten vertretenen Parteien bestimmt. Gelingt beispielsweise einer extrem rechten Partei der Einzug in den Landtag, verschiebt sich das ideologische Zentrum nach rechts, wenn alle anderen Parteien ihre Positionen beibehalten. Das ideologische Zentrum beschreibt das Zentrum der Wählerverteilung der Landtagsparteien und ist daher insbesondere für die beiden großen Volksparteien ein Anhaltspunkt für die programmatische Positionierung.

Merkmale der einzelnen subnationalen Parteien mit Einfluss auf die Position, die hier überprüft werden, sind: Erstens, die vorherige Politikposition, die aufgrund der Annahmen über die evolutionäre Entwicklung von Parteipositionen und der Glaubwürdigkeit von Parteien einen großen Einfluss auf die zukünftige Positionierung haben sollte. Zweitens, die vorherige Politikposition einer Partei in Verbindung mit dem Wahlerfolg, den die Partei mit dieser Politikposition erreichen konnte. Es wird also davon ausgegangen, dass erfolgreiche Positionen eher beibehalten werden als Positionen, die zu einem Misserfolg geführt haben. Drittens, die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in einer Regierungskoalition. Die Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition, die auch in Zukunft fortgesetzt werden soll, sollte zu einer Annäherung der Politikpositionen der Koalitionsparteien an die gemeinsam vertretene Koalitionsposition führen. Tabelle 8 zeigt die aufgestellten Hypothesen und die Operationalisierung der unabhängigen Variablen zur Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien von CDU/CSU und SPD im Überblick.

Tabelle 8: Hypothesen zur programmatischen Positionierung der deutschen Landesparteien im regionalen Parteienwettbewerb

Hypothese	unabhängige Variable	Operationalisierung	erwarteter Zusammenhang
	Politikposition der Landespartei zum Zeitpunkt t		
10	Parteienwettbewerb im Land	Ideologisches Zentrum: gewichteter Durchschnitt der Politikpositionen der Landtagsparteien	positiv
11	frühere Politikposition der Partei	Politikposition zum Zeitpunkt t-1	positiv
12	Erfolg der früheren Politikposition	(Parlamentssitze _{t-1} / Parlamentssitze _{t-2})*Position _{t-1}	positiv
13	Zusammenarbeit mit anderen Parteien	Durchschnitt der Politikpositionen der Koalitionsparteien	positiv

Quelle: Eigene Darstellung.

3.3. Die deutschen Landesparteien im Spannungsverhältnis zwischen Einflussnahme der Bundespartei und Anpassung an regionale Bedingungen

Inwieweit die nationale Partei Einfluss auf die Positionierung der subnationalen Parteien nehmen kann und inwieweit subnationale Parteien bei der Positionsfestlegung unabhängig von der nationalen Partei agieren können, wird unter den Begriffen vertikale Integration und Autonomie diskutiert. Vertikale Integration bezeichnet dabei Verbindungen, Kooperationen und Interdependenz zwischen den Parteebenen, ohne dadurch automatisch eine Hierarchie dieser Ebenen vorzugeben (Huckshorn, et al. 1986, Smiley 1987: 103, Dyck 1991: 130, Filippov, et al. 2004, Thorlakson 2009). Autonomie beschreibt hingegen die Möglichkeiten der subnationalen Partei eigene Interessen zu verfolgen und autonome Entscheidungen zu treffen (Thorlakson 2009).

Wenn subnationale Parteien über ihre programmatische Ausrichtung entscheiden, stehen sie in einem Spannungsverhältnis zwischen Anpassung an die Programmatik der Partei auf nationaler Ebene und Anpassung an die regionalen Gegebenheiten des politischen

Wettbewerbs. Die vorangegangenen Abschnitte haben sich mit verschiedenen Faktoren beschäftigt, die zum einen den Einfluss der nationalen Partei bzw. die Unabhängigkeit der subnationalen Partei von dieser und zum anderen die nötigen Anpassungen an den subnationalen Kontext beeinflussen können. Im ersten Teil dieses Kapitels ging es darum zu klären, wie stark sich die Programmatik subnationaler Parteien von der Programmatik der nationalen Partei unterscheidet oder eben nicht unterscheidet, das heißt es wurden Aussagen über den Betrag der Positionsdifferenzen, nicht jedoch über die Richtung dieser Abweichungen, also ob sich die subnationale Partei links oder rechts von der nationalen Partei positioniert, getroffen. Lediglich bei den Salienzunterschieden zwischen subnationaler und nationaler Ebene wurde im ersten Abschnitt die Richtung der Unterschiede zwischen den Ebenen berücksichtigt.

Neben der Abhängigkeit bzw. der Unabhängigkeit der subnationalen Parteien von der jeweiligen nationalen Partei ist wie oben beschrieben der regionale Kontext, in dem sich die subnationalen Parteien bewegen und an den sie sich, zumindest in gewissem Maße, anpassen müssen, um bei Wahlen erfolgreich zu sein, von großer Bedeutung für die Erklärung der Programmatik subnationaler Parteien. Die Argumentation im zweiten Teil dieses Kapitels folgte hierbei den klassischen Theorien zur Erklärung der Parteipositionierung unter Ausschluss möglicher Mehrebeneneffekte. Vielmehr liegt der Fokus auf der Erklärung von Unterschieden zwischen den subnationalen Gliederungen einer Partei. Dabei wird den klassischen Theorien zur Erklärung von Parteipositionen der Politischen Ökonomie sowie Überlegungen zur Pfadabhängigkeit, die auch in der Policy-Forschung von Bedeutung sind, gefolgt.

Geht man nun davon aus, dass eine subnationale Partei tatsächlich durch die Programmatik der nationalen Partei beeinflusst wird, gleichzeitig aber auch über ein Mindestmaß an Autonomie verfügt, um sich an den subnationalen Kontext anzupassen, stellt sich die Frage, wie sich eine subnationale Partei in diesem Spannungsverhältnis tatsächlich positioniert. Dafür ist zum einen wichtig, wie groß der Spielraum einer subnationalen Partei ist (Disziplinierungspotential der nationalen Partei) und inwieweit die Notwendigkeit besteht, diesen Spielraum zu nutzen (tatsächliches Ausmaß der Abweichung von den Präferenzen der nationalen Partei) (vgl. Kapitel 3.1). Zum anderen sind regionale Bedingungen entscheidend dafür, in welche Richtung die subnationale Partei von der nationalen Parteiprogrammatik abweicht (Richtung der Abweichung von den Präferenzen der nationalen Partei) (vgl. Kapitel 3.2).

Abschließend werden daher beide Aspekte der Erklärung von Politikpositionen verbunden. Somit soll deutlich gemacht werden, dass die Politikposition einer subnationalen Partei von der Position der nationalen Partei dann abweicht, wenn die nationale Partei der jeweiligen subnationalen Partei einen programmatischen Spielraum überlässt und diese das Bedürfnis hat, in die eine oder andere Richtung von der nationalen Politikposition abzuweichen. Welche subnationale Politikposition daraus resultiert, hängt von der Größe des zugestandenen programmatischen Spielraumes und dem Grad und der Art der Unterschiede in den Wettbewerbsbedingungen auf nationaler und subnationaler Ebene ab.

Aufgrund der bereits ausführlich besprochenen Unterschiede der Zuständigkeiten der Bundes- und Landesebene in den hier untersuchten Politikfeldern Arbeit/Soziales (ASB) und Kultus wird davon ausgegangen, dass die vorgestellten Erklärungsansätze für die Politikpositionen der Landesparteien in den verschiedenen Politikfeldern eine unterschiedliche Erklärungskraft besitzen. Auf die programmatische Positionierung in der Arbeits- und Sozialpolitik, als stark integriertes Politikfeld, auf dem die Landesebene kaum autonome Entscheidungen treffen kann, sollten die Erklärungsfaktoren, die den Einfluss der Bundespartei auf die Positionen der Landespartei beeinflussen, sehr viel größeren Einfluss haben, als im Politikfeld Kultus, das als Kernkompetenz der Länder gilt. Umgekehrt sollten die subnationalen Faktoren, die die Positionierung der Landespartei unabhängig von der programmatischen Ausrichtung der Bundespartei erklären, im Politikfeld Kultus sehr viel aussagekräftiger sein als im Politikfeld Arbeit und Soziales.

4. Daten und Untersuchungsplan

Bevor die Fragen bezüglich der Erklärungsfaktoren für Politikfeldsalienzen und Politikpositionen der Landesparteien sowie dem Zusammenhang zwischen den Politikpositionen der Landesparteien und der jeweils zugehörigen Bundespartei beantwortet werden können, müssen die Politikpositionen und Politikfeldsalienzen der Parteien auf Landes- und Bundesebene bekannt sein. Außerdem muss festgelegt werden, wie die Untersuchung aufgebaut sein soll und welche Methoden für die Analyse herangezogen werden. Mit diesen Themen beschäftigen sich die beiden folgenden Abschnitte. Zunächst werden verschiedene Methoden der Datenerhebung sowie die hier ausgewählte Methode und die damit ermittelten Daten besprochen. Im zweiten Teil wird der Untersuchungsplan zur Hypothesenprüfung vorgestellt.

4.1. Bestimmung der Politikpositionen und Politikfeldsalienzen

In der Politikwissenschaft werden je nach Untersuchungsziel und zur Verfügung stehenden Mitteln verschiedenste Methoden angewendet, um die Politikpositionen der Parteien und die Salienzen verschiedener Politikfelder zu bestimmen. Angewendet wurden diese Verfahren bisher allerdings vor allem auf nationaler Ebene. Ein Überblick über die verschiedenen Methoden zur Bestimmung von Politikpositionen sowie ihre Vor- und Nachteile wird im nächsten Abschnitt gegeben. Danach wird die hier verwendete Methode, die Schätzung von Politikpositionen mit Wordfish auf Basis der Wahlprogramme der Parteien, erläutert. Abschnitt drei beschäftigt sich mit der Bestimmung parteispezifischer Politikfeldsalienzen. Die so ermittelten Positionen und Salienzen werden im vierten Abschnitt vorgestellt und erläutert. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels wird dann die Qualität der vorliegenden Messung von Positionen und Salienzen überprüft.

4.1.1. Messung von Politikpositionen

Die Beschäftigung mit den Politikpositionen von Parteien ist nicht der Politikwissenschaft vorbehalten, auch in den Massenmedien oder alltäglichen Gesprächen über Politik wird Parteien häufig eine linke oder rechte, eine konservative oder eine liberale Position zugeschrieben. In dieser alltäglichen Anwendung kann man allerdings bereits das erste Problem erkennen, dem man sich bei der Bestimmung von Politikpositionen gegenüber sieht. Nämlich auf welcher Dimension bzw. welchen Dimensionen die Politikpositionen bestimmt werden sollen. Das bedeutet, dass, bevor die Politikpositionen politischer Parteien (und auch

138

aller anderen politischen Akteure) bestimmt werden können, zunächst Klarheit über den politischen Raum, in dem die Akteure verortet werden sollen, geschaffen werden muss. Es muss folglich eine Entscheidung über die Dimensionalität des Politikraumes getroffen werden. Dabei geht es immer um Vereinfachung, da der tatsächliche Politikraum so viele Dimensionen hat wie er Akteure und diese Präferenzen haben (Budge und Bara 2001: 59). Bei dieser vorzunehmenden Vereinfachung muss darauf geachtet werden, dass der gewählte Politikraum möglichst alle für die zu untersuchenden politischen Akteure relevanten Dimensionen abbildet und den tatsächlichen Politikraum folglich möglichst angemessen widerspiegelt. Je nach Forschungsfrage, untersuchten Akteuren und Kontexten kann die Bestimmung eines angemessenen Politikraumes unterschiedlich ausfallen, sodass eine „one-fits-all-Lösung“ in der Regel nicht existiert.

Neben der Festlegung der zu untersuchenden Dimensionen und bei mehrdimensionalen Politikräumen zusätzlich auch der Metrik dieser Räume,⁷⁰ müssen bei der Arbeit mit Politikpositionen auch Annahmen über die Akteure sowie die Qualität der gemessenen Positionen gemacht werden. Zunächst wird davon ausgegangen, dass jeder politische Akteur über eine ehrliche (sincere) Politikposition verfügt, die sein Denken und Handeln leitet (Benoit und Laver 2006: 15). Fraglich ist dabei, ob es überhaupt möglich ist diese ehrliche Präferenz zu messen. Eine Messung beruht auf die eine oder andere Weise immer auf der Beobachtung von Handlungen, Entscheidungen oder Äußerungen von Akteuren. Ob diese aber tatsächlich den ehrlichen Präferenzen entsprechen oder aufgrund strategischer Überlegungen von diesen abweichen, bleibt für den Beobachter im Allgemeinen verborgen. Es ist daher zu berücksichtigen, dass es sich bei den gemessenen Politikpositionen immer um die geäußerte und somit nicht zwangsläufig um die ehrliche Position handelt (Laver 2001: 67f., Benoit und Laver 2006: 15). Des Weiteren stellt sich bei kollektiven Akteuren wie beispielsweise Parteien die Frage, inwieweit diese überhaupt über einheitliche Politikpositionen verfügen.

Zur Ermittlung der Politikpositionen von Parteien und anderen politischen Akteuren stehen mit Befragungen, Beobachtungen und inhaltsanalytischen Verfahren grundsätzlich drei verschiedene Methoden zur Verfügung. Jede dieser Methoden hat spezifische Vor- und Nachteile. Eine Entscheidung darüber, welche Methode angewendet werden soll, kann nur

⁷⁰ Unterschieden wird dabei insbesondere die euklidische Metrik von der city-bloc Metrik, wobei sich die Mehrheit der politikwissenschaftlichen Untersuchungen der euklidischen Metrik bedient (Laver 2001: 6, Benoit und Laver 2006: 21ff.).

durch Abwägung dieser Vor- und Nachteile in enger Verbindung mit der konkreten Forschungsfrage beantwortet werden. Obwohl jede dieser Methoden zur Positionsbestimmung ganz verschiedener politischer Akteure angewendet werden kann, werden sie hier am Beispiel der für diese Arbeit maßgeblichen Bestimmung der Politikpositionen von Parteien erläutert.

Bei Befragungen kann unter anderem danach unterschieden werden, wer befragt wird. Dies können bei der Erhebung der Politikpositionen von Parteien beispielsweise Parteimitglieder, Wähler der Partei, die Bevölkerung allgemein oder auch Experten sein. Die Befragung kann zum einen direkt darauf abzielen die Politikpositionen der Parteien auf vorgegebenen Dimensionen abzufragen, die Befragten also zu bitten die Parteien auf einer Skala zu verorten. Zum anderen besteht die Möglichkeit die Wähler bzw. Mitglieder einer Partei zu bitten sich selbst auf der entsprechenden Skala zu verorten und daraus, unter der Annahme, dass die Wähler/Mitglieder einer Partei ähnliche Positionen haben wie die Partei als Ganzes, die Parteiposition abzuleiten. Alle genannten Vorgehensweisen werden in der Forschung angewendet (De Swaan 1973: 136, Laver und Hunt 1992: 32, Mair 2001: 14, Benoit und Laver 2006: 60), sind aber an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Zunächst müssen die Politikdimensionen, für die Positionen erhoben werden sollen, bereits bekannt sein, eine Untersuchung der Dimensionalität eines Politikraumes ist mit Befragungen dieser Art folglich nicht möglich (Laver 2001). Darüber hinaus müssen die Befragten in der Lage sein sich selbst oder die Parteien auf diesen Dimensionen zu verorten. Insbesondere bei der Befragung von Wählern und Parteimitgliedern besteht die Gefahr, dass die Befragten keine Antwort oder keine ehrliche Antwort bezüglich ihrer Politikposition oder ihrer Einschätzung der Politikposition einer Partei geben. Dies kann verschiedene Gründe haben: Zum einen tendieren Befragte in der Regel dazu sich in der Mitte einer Skala zu verorten (Aldrich und McKelvey 1977) oder nehmen eine Parteiposition schlicht falsch wahr. Zum anderen können strategische Überlegungen, insbesondere bei der Befragung von Parteieliten, die Antworten verfälschen. Antwortverweigerung tritt verstärkt auf, wenn nach der eigenen Politikposition des Befragten gefragt wird und kann mit Zweifeln an der Anonymität der Befragung oder der sozialen Erwünschtheit bestimmter Antworten zusammenhängen.

Je nach Fragestellung einer Untersuchung können diese, beispielsweise bei einer Wählerbefragung auftretenden Nachteile aber auch hilfreich sein. Dies ist etwa der Fall, wenn das Ziel nicht die Beobachtung einer möglichst objektiven Parteiposition, sondern die Wahrnehmung der Parteiposition durch die Wähler ist. Wenn andererseits möglichst objektive

und ehrliche Einschätzungen der Parteipositionen gewünscht sind, kann eine Befragung von Experten vorteilhaft sein (Benoit und Laver 2006: 72). Auch wenn die Einschätzungen von Experten, häufig werden Politikwissenschaftler der jeweiligen Länder befragt, zuverlässiger zu sein scheinen als Bevölkerungs-, Wähler-, oder Parteimitgliederbefragungen, ist auch hier zu berücksichtigen, dass die Antworten auf der persönlichen Einschätzung der Befragten beruhen und daher nicht zwangsläufig die tatsächliche Parteiposition widerspiegeln. Zudem ist die Kenntnis der Dimensionalität des Politikraumes auch bei Expertenbefragungen Voraussetzung. Insgesamt sind Befragungen relativ zeit- und kostenaufwändig und können nicht rückwirkend durchgeführt werden, da die Einschätzung von Politikpositionen immer auf den Beobachtungen der Befragten beruhen und diese bei rückwirkenden Befragungen durch spätere Ereignisse beeinflusst werden können. Die vier Hauptprobleme bei der Verortung von Parteien im politischen Raum auf Basis von Expertenbefragungen sind laut Budge (2000: 103f.) daher auch: 1. die Frage wer genau verortet wird, die Parteiführung, die Wähler, die Aktivisten oder eine Kombination dieser Akteure, 2. die Kriterien auf denen die Einschätzung beruht, 3. ob Intentionen und Präferenzen oder tatsächliches Verhalten beurteilt werden und 4. auf welche Zeitperiode sich die Einschätzung der Experten bezieht. Trotz dieser Einschränkung werden Expertenurteile in der Politikwissenschaft sehr häufig zur Positionsbestimmung von Parteien herangezogen. Besonders bekannte Untersuchungen stammen von Castles und Mair (1984), Laver und Hunt (1992), Huber und Inglehart (1995), Benoit und Laver (2006) sowie Hooghe et al (2010a).

Beobachtung, als zweite Methode zur Bestimmung von Politikpositionen, meint zumeist die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten im Parlament. Primär wird damit die Position der Abgeordneten zu spezifischen Sachfragen ermittelt. Somit sind namentliche Abstimmungen die Voraussetzung für diese Methode zur Ermittlung von Politikpositionen. Liegen entsprechende Daten zu vielen verschiedenen Abstimmungen vor, lassen sich daraus auch Positionen auf einer oder mehreren latenten Dimensionen bestimmen (Poole und Rosenthal 1985, 1997, Clinton, et al. 2004, Poole 2005). Folglich eignet sich diese Methode, bei ausreichender Datengrundlage, im Gegensatz zur Befragung, auch zur Bestimmung der Dimensionalität eines Politikraumes. Liegen die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen vor, ist es auf diese Weise auch möglich Positionen für weiter zurückliegende Zeitpunkte oder Perioden zu ermitteln.

Bei vielen Untersuchungen stellt die Datengrundlage jedoch ein Problem dar. Dies tritt insbesondere dann auf, wenn namentliche Abstimmungen im Parlament nicht die Regel sind.

Zum einen liegen in diesen Fällen häufig nicht genügend namentliche Abstimmungen vor, zum anderen besteht die Gefahr, dass namentliche Abstimmungen nicht zufällig sind, sondern beispielsweise bewusst bei Abstimmungen zu äußerst umstrittenen Themen eingesetzt werden (Carruba, et al. 2006, Stecker 2010). Sogenannte Roll-Call-Analysen werden daher in erster Linie für Abstimmungen im Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführt, da hier eine ausreichende Datengrundlage vorhanden ist (Benoit und Laver 2006). Problematisch für die Bestimmung von Parteipositionen auf Basis von Abstimmungen der Abgeordneten ist neben der Verfügbarkeit der Daten, dass unklar ist, wie genau die Politikposition einer Partei mit dem Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten zusammenhängt. Fraglich ist, ob aus dem Abstimmungsverhalten auf die Gesamtpartei geschlossen werden kann oder Rückschlüsse auf die Parlamentspartei beschränkt sind und inwieweit Parteidisziplin oder individuelle Eigenschaften das Abgeordnetenverhalten beeinflussen (Clinton, et al. 2004, Bräuninger, et al. 2010). Je nach Forschungsfrage kann dies aber auch ein Vorteil sein. So können Abstimmungsergebnisse Aufschluss darüber geben wie geschlossen eine Partei ist, sei es aus tatsächlicher Übereinstimmung der Präferenzen oder aufgrund ausgeprägter Fraktionsdisziplin.

Eine in der Politikwissenschaft besonders weit verbreitete Methode zur Ermittlung von Politikpositionen ist jedoch die Inhaltsanalyse. Dabei werden unterschiedlichste Texte daraufhin analysiert, welche Politikpositionen durch sie zum Ausdruck gebracht werden. Untersucht werden in diesem Zusammenhang beispielsweise Zeitungsartikel, Parlamentsdebatten, Pressemitteilungen oder auch Partei- und Wahlprogramme (Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006). Obwohl also viele verschiedene Textarten verwendet werden können, hat sich zur Ermittlung von Politikpositionen von Parteien insbesondere die Analyse von Partei- und Wahlprogrammen etabliert (Janda, et al. 1995, Laver und Garry 2000, Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006, Laver, et al. 2011).⁷¹ Sie bieten den Vorteil, dass sie regelmäßig und in ähnlicher Form von allen relevanten Parteien eines politischen Systems veröffentlicht werden und als Bekenntnis der gesamten Partei zu den enthaltenen politischen Inhalten gewertet werden können (Janda, et al. 1995), wohingegen Stellungnahmen, Interviews oder ähnliches meist von einzelnen Parteimitgliedern oder Gruppierungen innerhalb einer Partei verfasst werden und somit nicht den Anspruch erheben können für die gesamte Partei Gültigkeit zu besitzen (Laver und Garry 2000: 620). Nicht nur bei der Auswahl der Texte, die analysiert werden, sondern auch bei der Methode, mit der sie

⁷¹ Im Folgenden wird nur von Wahlprogrammen gesprochen. Die genannten Methoden können allerdings selbstverständlich auch auf andere Textarten angewendet werden.

analysiert werden, gibt es viele Möglichkeiten. In der Literatur wird häufig zwischen qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse unterschieden. Fraglich ist hierbei jedoch, ob eine solch klare Unterscheidung tatsächlich getroffen werden kann oder ob es sich eher um ein Kontinuum handelt und verschiedene Analysen lediglich die quantitativen oder qualitativen Aspekte stärker betonen (Früh 2007: 67ff.). Diese Frage kann und soll hier nicht abschließend beantwortet werden. Es wird jedoch festgehalten, dass die im folgenden besprochenen inhaltsanalytischen Ansätze einen deutlich quantitativen Schwerpunkt haben, was allerdings schon im Ziel der Analyse, nämlich der Identifikation von Politikpositionen als numerische Werte, begründet liegt. Grundsätzlich zu unterscheiden sind darüber hinaus manuelle, das heißt von menschlichen Kodierern durchgeführte Inhaltsanalysen und computergestützte Inhaltsanalysen. Bei den computergestützten Verfahren kann wiederum danach unterschieden werden, wie viel Vorarbeit durch den Forscher selbst geleistet werden muss, bevor der Computer eine Inhaltsanalyse ausführen kann.

Die Qualität einer Inhaltsanalyse lässt sich über die Validität und Reliabilität ihrer Ergebnisse bestimmen. Validität meint dabei die Gültigkeit der Messung, das heißt, ob durch die Inhaltsanalyse das gemessen wird, was gemessen werden soll. Reliabilität hingegen bezieht sich auf die Zuverlässigkeit der Messung, das heißt, ob wiederholte Messungen zum gleichen Ergebnis führen (Rössler 2010: 195ff.). In der Literatur zur Inhaltsanalyse werden verschiedenste Validitäts- und Reliabilitätsbegriffe unterschieden. Die wichtigsten sind: Analysevalidität, Inhaltsvalidität, Kriteriumsvalidität, Inferenzvalidität sowie Intercoderreliabilität und Intracoderreliabilität (Früh 2007: 196ff., Rössler 2010: 197 und 205f.). Während die Reliabilitätsbegriffe intuitiv verständlich sind und sich letztlich nur darauf beziehen, ob eine wiederholte Inhaltsanalyse desselben (Intracoderreliabilität) oder verschiedener (Intercoderreliabilität) Kodierer zum gleichen Ergebnis führt oder nicht, soll den verschiedenen Validitätsbegriffen etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Ziel einer Inhaltsanalyse ist es, aus einem Text Wissen über eine interessierende Variable, beispielsweise die Politikposition einer Partei oder die Bedeutung eines Themas, abzuleiten. Das Konzept der Analysevalidität fragt nun danach, ob durch die Kodierung das gemessen wird, was der Forscher messen möchte. Ein anderer Begriff für das Konzept der Inhaltsvalidität ist daher auch Kodierer-Forscher-Reliabilität. Inhaltsvalidität bezieht sich hingegen darauf, ob das Konstrukt, das gemessen werden soll, durch die Inhaltsanalyse vollständig abgedeckt wird. Ein Hinweis auf den Grad der Inhaltsvalidität ist daher die Häufigkeit der Verwendung der Restkategorie eines Kodierschemas (Früh 2007: 196, Rössler

2010: 206f.). Wird die Restkategorie sehr häufig verwendet, kann dies ein Hinweis darauf sein, dass das Kategorienschema nicht alle Aspekte des zu messenden Konstrukts abdeckt. Dies lässt auf mangelnde Inhaltsvalidität schließen. Die Prüfung der Gültigkeit einer Inhaltsanalyse kann aber auch extern erfolgen, indem die Ergebnisse mit den Ergebnissen ähnlicher Untersuchungen, die beispielsweise die gleichen Texte mit einer anderen inhaltsanalytischen Methode untersucht haben, verglichen werden. Diese Überprüfung der Plausibilität der eigenen Ergebnisse mittels externer Quellen wird Kriteriumsvalidität genannt. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass jede Untersuchung ihre eigene Perspektive einnimmt und daher besonders auf die Vergleichbarkeit geachtet werden muss (Früh 2007: 197, Rössler 2010: 207f.). Unterschiede in der Perspektive können jedoch auch interessante Einblicke und Erklärungsmöglichkeiten für unterschiedliche Ergebnisse bieten, sodass eine Überprüfung der Kriteriumsvalidität einer Inhaltsanalyse auch inhaltlich sehr aufschlussreich sein kann. Die Inferenzvalidität geht noch einen Schritt weiter und fordert, dass weitergehende Schlussfolgerungen, die auf Basis der inhaltsanalytischen Daten gezogen werden, durch Untersuchungen mit anderen Methoden abgesichert werden (Rössler 2010: 208). Für die Beurteilung der Qualität einer inhaltsanalytischen Methode ist darüber hinaus von entscheidender Bedeutung, ob sie eine Abschätzung der Messfehler ermöglicht.

Das bekannteste inhaltsanalytische Verfahren, das zur Ermittlung von Politikpositionen politischer Parteien auf die manuelle Kodierung von Wahlprogrammen setzt, ist das Comparative Manifesto Project (CMP).⁷² Dieses Verfahren wird hier beispielhaft für die manuelle Inhaltsanalyse vorgestellt. Aufbauend auf einem Kategorienschema mit 21 Kategorien, das von Robertson (1976: 73ff.) zur Analyse britischer Wahlprogramme von 1924-1966 entwickelt wurde, wurde das internationale⁷³ Kategorienschema des heutigen CMP mit zunächst 54 und dann 56⁷⁴ Kategorien entwickelt (Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006). Im Zuge dieser Erweiterung wurde durch die Aufnahme von Pro- und Kontra-Kategorien von der, dem ursprünglichen Kategorienschema zugrundeliegenden, Salienztheorie abgewichen. Für die Kodierung werden die einzelnen Aussagen der

⁷² Das Comparative Manifesto Project (CMP) wurde Ende der 1970er Jahre zunächst als Manifesto Research Group (MRG) gegründet (Klingemann, et al. 1994: 37, Mair 2001: 16). Es wurden beinahe alle Wahlprogramme der relevanten Parteien in den parlamentarischen Demokratien der Nachkriegszeit verschlüsselt und somit der bei weitem umfassendste Datensatz verschlüsselter Wahlprogramme geschaffen (Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006). Das Euromanifesto Projekt beschäftigt sich auf ähnliche Weise mit der Verschlüsselung der Europawahlprogramme der Parteien (Wüst und Volkens 2003).

⁷³ Zeitweise wurde für Deutschland ein spezielles Kategorienschema mit eigenen Kodierregeln angewendet. Dieses Kategorienschema wurde allerdings aufgegeben. Heute wird auch für die Kodierung der Wahlprogramme der deutschen Parteien das internationale Kategorienschema verwendet (Volkens 2002a).

⁷⁴ Für die zentral- und osteuropäischen Staaten wurden weitere Unterkategorien gebildet, die jedoch eindeutig den ursprünglichen Kategorien zugeordnet werden können.

Wahlprogramme, die sogenannten Quasi-Sätze, durch den Kodierer identifiziert und exklusiv einer der 56 Kategorien zugewiesen oder als nicht kodierbar verschlüsselt,⁷⁵ sodass nach der Verschlüsselung eine Tabelle mit Angaben zur Häufigkeit jeder Kategorie in einem Wahlprogramm vorliegt. Aus diesen Häufigkeiten können dann Salienzen, das heißt die Bedeutung einzelner Kategorien oder Kategoriengruppen für eine Partei, über die relative Häufigkeit der Kategorien berechnet werden.

Für die Positionsbestimmung auf Basis der CMP-Verschlüsselungen werden die Kategorien, auch wenn es sich nicht um explizite Pro- und Kontra-Kategorien handelt, in der Regel zu Gruppen zusammengefasst, die gegensätzliche Positionen auf einer Dimension abbilden sollen. Es werden also beispielsweise linke und rechte Kategorien zur Abbildung der Position auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala verwendet. Die prozentualen Anteile der linken und rechten Kategorien werden dann voneinander abgezogen und ergeben so die Position einer Partei auf der Links-Rechts-Skala von -100 bis +100. Neben dieser Standardmethode, die von den Autoren selbst vorgeschlagen wird und auch auf andere Politikdimensionen angewendet werden kann (Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006), gibt es in der Literatur viele weitere Vorschläge zur Konstruktion von Politikpositionen aus den CMP-Daten (Gabel und Huber 2000, Pappi und Shikano 2004, Franzmann und Kaiser 2006, Linhart und Shikano 2007, Dinas und Gemenis 2010, Lowe, et al. 2011). Politikpositionen, die auf Basis der CMP-Verschlüsselung gewonnen werden, sind Punktschätzungen ohne Standardfehler, sodass Unterschiede zwischen Positionen nicht als signifikant bzw. nicht signifikant bewertet werden können. Obwohl dieses Problem häufig angesprochen wurde (Klingemann, et al. 2006: 86ff., Benoit und Laver 2007a: 131), wurde erst im Jahr 2009 eine Methode entwickelt, die es ermöglicht Standardfehler für alle 56 Kodierkategorien zu berechnen (Benoit, et al. 2009).⁷⁶

Als großer Vorteil der Handverschlüsselung gegenüber computergestützten Inhaltsanalysen wird in der Literatur ihre höhere Validität genannt (Pennings 2011: 563). Dies beruht darauf, dass menschliche Kodierer den Text, den sie verschlüsseln, verstehen, wohingegen die computergestützte Inhaltsanalyse in der Regel auf die eine oder andere Weise einzelne Wörter oder Wortkombinationen zählt. Problematisch ist hingegen die Reliabilität manueller Inhaltsanalysen (Mikhaylov, et al. 2012: 79). Dies ist insbesondere der Fall, wenn, wie bisher bei den CMP-Verschlüsselungen geschehen, jedes Wahlprogramm lediglich von einem

⁷⁵ Für die genauen Kodierregeln und Ausnahmen von der exklusiven Zuweisung zu einer Kategorie (vgl. Volkens 2002b).

⁷⁶ Ein entsprechender Datensatz ist unter <http://www.kenbenoit.net/cmp/cmp-error/> abrufbar.

Kodierer verschlüsselt wird und die Interoderreliabilität folglich nicht gemessen und somit auch nicht beurteilt werden kann. Eine experimentelle Analyse der Reliabilität der CMP-Verschlüsselungen zeigt, dass dieses bisherige Vorgehen durchaus problematisch ist (Mikhaylov, et al. 2012). Der große Vorteil der computergestützten Inhaltsanalyse ist also die Reliabilität, die bei computergestützten Analysen aufgrund der über Zeit und Raum jederzeit replizierbaren Ergebnisse naturgemäß bei 100% liegt, häufig ist hier allerdings die Validität begründungsbedürftig (Laver und Garry 2000: 625, Pennings 2011: 563, Mikhaylov, et al. 2012: 79).

Zu den ältesten Varianten der computergestützten Inhaltsanalyse⁷⁷ gehören auf Wörterbüchern basierende Ansätze (Kleinnijenhuis und Pennings 2000, Laver und Garry 2000, Bara 2001, De Vries, et al. 2001, Garry 2001, König und Luig 2009). Dabei wird in den meisten Fällen durch die Forscher ein Wörterbuch mit einzelnen Worten erstellt. Zwar sind auch Wörterbücher mit Ausdrücken aus mehreren Wörtern oder ganzen Sätzen denkbar, diese werden aber, zum einen, da sie in den zu analysierenden Texten sehr viel seltener auftreten, und zum anderen, weil sie sehr viel stärker als einzelne Worte dem individuellen Stil des Autors unterliegen, kaum angewendet (Laver und Garry 2000: 625). Bei der Erstellung eines Wörterbuches sind verschiedene Dinge zu beachten, letztlich muss jedoch ein Ausgleich zwischen der Aufnahme möglichst vieler Worte und der Aufnahme von relevanten und vor allem eindeutigen Worten gefunden werden (Laver und Garry 2000: 626). Mit Hilfe des Computers können Texte dann bezüglich der im Wörterbuch enthaltenen Worte analysiert und die Häufigkeit jedes Wortes im untersuchten Text ermittelt werden. Mit diesen Ergebnissen steht man ähnlich wie bei den CMP-verschlüsselten Wahlprogrammen vor der Frage, wie aus den Häufigkeiten einzelner Worte Positionen gebildet werden können. Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sind letztlich unabhängig davon, ob es sich um Kategorienhäufigkeiten der CMP-Verschlüsselung oder Worthäufigkeiten auf Basis einer Wörterbuchanalyse handelt (Laver und Garry 2000: 627ff.).

Basierend auf den Überlegungen von Laver und Garry (2000), die ein Wörterbuch zur computergestützten Inhaltsanalyse entwickelt haben, entwickelten Benoit und Laver (2003) sowie Laver, Benoit und Garry (2003) ein für die Analyse von Wahlprogrammen sehr bedeutendes Verfahren der computergestützten Inhaltsanalyse mit dem Namen wordcores,

⁷⁷ Inhaltsanalysen, die von menschlichen Kodierern mit Unterstützung einer Software wie beispielsweise ATLAS.ti vorgenommen werden, werden hier nicht berücksichtigt, weil der gesamte Kodierprozess weiterhin von Kodierern übernommen wird und die Software diesen Prozess lediglich unterstützt (vgl. Alexa und Zuell 2000) für nähere Informationen zu dieser Art von Software.

das sich auch deshalb schnell verbreitete, weil die Autoren eine relativ einfach zu bedienende Software zur Verfügung gestellt haben (http://www.tcd.ie/Political_Science/wordscores/). Im Gegensatz zu den klassischen Wörterbuchansätzen verwendet wordscores kein manuell durch die Wissenschaftler erstelltes Wörterbuch, sondern generiert auf Basis von sogenannten Referenztexten automatisch ein Wörterbuch, das neben den Wörtern auch einen Wert (wordscore) für jedes Wort enthält. Die Referenztexte liefern folglich Informationen für die Analyse und Positionsbestimmung der eigentlich interessierenden Texte (Virgin-Texte). Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen die Referenztexte verschiedene Voraussetzungen erfüllen: Sie sollen der gleichen Textgattung angehören wie die Virgin-Texte, von den gleichen Autoren (Parteien) stammen, aus ungefähr dem gleichen Zeitraum und dem gleichen Kontext stammen, in der gleichen Sprache verfasst sein, möglichst viele verschiedene Worte enthalten und den ideologischen Raum aufspannen, das heißt die Referenztexte sollen auf den interessierenden Politikdimensionen möglichst unterschiedliche Positionen zum Ausdruck bringen (Laver, et al. 2003: 315). Das Aufspannen des ideologischen Raums spricht zugleich die wichtigste und nicht immer leicht zu erfüllende Anforderung an Referenztexte an, die Politikpositionen der Referenztexte auf den interessierenden Politikdimensionen müssen bekannt sein oder es müssen zumindest plausible Annahmen bezüglich dieser Positionen bestehen (Laver, et al. 2003: 314f.).

Ist die Auswahl der Referenz- und Virgintexte abgeschlossen, beginnt zunächst die Analyse der Referenztexte. Dabei wird die Häufigkeit jedes Wortes in jedem Referenztext durch den Computer ausgezählt. Anhand dieser Worthäufigkeiten wird dann für jeden Referenztext die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der es sich um diesen Text handelt, wenn nur ein Wort gelesen wird (Laver, et al. 2003: 315f.). Kommt Wort A beispielsweise nur in einem der Referenztexte vor, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um diesen Referenztext handelt, wenn man Wort A liest 100%. Jedes Wort hat folglich so viele Wahrscheinlichkeiten wie es Referenztexte gibt, diese Wahrscheinlichkeiten werden mit der Position der Referenztexte multipliziert und dann für jedes Wort aufsummiert (Laver, et al. 2003: 316). Dieser Wert ist der wordscore eines Wortes. Nach der Auszählung der Worthäufigkeiten in den Virgintexten wird dann für jedes Wort im Virgin-Text zunächst die relative Häufigkeit dieses Wortes im Text berechnet und diese mit dem jeweiligen wordscore multipliziert. In einem letzten Schritt werden diese Werte für den gesamten Virgin-Text aufsummiert und ergeben seine

Politikposition (Laver, et al. 2003: 316).⁷⁸ Wenn Positionen auf verschiedenen Politikdimensionen gemessen werden sollen, wird die Analyse mit politikfeldspezifischen Referenzpositionen wiederholt für den gesamten Text durchgeführt (Laver, et al. 2003: 323). Außer der Auswahl der Referenztexte und der Festlegung der Politikpositionen dieser Referenztexte auf den relevanten Dimensionen ist somit keine Vorarbeit für diese Art der computergestützten Analyse notwendig.

Wie bei allen computergestützten Verfahren ist die Reliabilität bei einer Inhaltsanalyse mit wordscores unproblematisch. Probleme bereitet hingegen die Validität. Diese kann, neben der allgemeinen Skepsis gegenüber Analyseansätzen, die lediglich Worthäufigkeiten aufgreifen, aus verschiedenen Gründen fraglich sein. Sie ist zum einen stark von der Qualität der Referenztexte und den Positionen, die den Referenztexten zugewiesen werden, abhängig. Zum anderen ist wichtig, dass die Referenztexte den Virgin-Texten möglichst ähnlich sind und einen Großteil des Wortschatzes der Virgin-Texte abdecken. Ein entsprechendes Maß (Anteil der abgedeckten Worte in den Virgin-Texten) wird von wordscores ausgegeben. Trotz der Bedenken gegenüber der Validität der Positionsschätzung mit wordscores konnte diese in zahlreichen Untersuchungen untermauert werden (Laver, et al. 2003, Klemmensen, et al. 2007). Neben der Schnelligkeit, den geringen Kosten und der Anwendbarkeit auf verschiedenste Sprachen, die vom Forscher nicht verstanden werden müssen, ist ein großer Vorteil von wordscores gegenüber den anderen bereits besprochenen Methoden zur inhaltsanalytischen Ermittlung von Politikpositionen, dass Konfidenzintervalle für die Politikpositionen angegeben werden können, sodass Aussagen über die Signifikanz von Unterschieden zwischen zwei gemessenen Positionen gemacht werden können (Laver, et al. 2003: 317 und 29).⁷⁹ Der größte Nachteil in der Anwendung von wordscores ist, dass geeignete Referenztexte, deren Positionen bekannt sein müssen, benötigt werden. In der Praxis bedeutet dies in der Regel, dass zunächst mit einer anderen Methode die Positionen der Referenztexte bestimmt werden müssen. Probleme treten zudem auf, wenn Positionen über einen langen Zeitraum gemessen werden sollen, da sich der in den Texten verwendete Wortschatz mit der Zeit verändert und die Referenztexte für die Analyse neuerer Virgin-Texte daher nur noch bedingt geeignet sind.

⁷⁸ Für eine exakte Beschreibung des Verfahrens (vgl. Laver, et al. 2003: 314f.), für eine kritische Auseinandersetzung (vgl. Lowe 2008).

⁷⁹ Eine kontroverse Diskussion über die Vor- und Nachteile von CMP und wordscores führten Benoit und Laver mit Budge und Pennings 2007 (vgl. Benoit und Laver 2007b, 2007a, Budge und Pennings 2007).

Neben wordscores ist wordfish eine in der Politikwissenschaft bedeutende Methode der computergestützten Ermittlung von Politikpositionen auf der Grundlage von Wahlprogrammen (Slapin und Proksch 2009). Der entsprechende R-Code wurde gemeinsam mit Erläuterungen zur Anwendung ebenfalls kostenlos im Internet zur Verfügung gestellt (<http://www.wordfish.org/>). Wie wordscores geht auch wordfish davon aus, dass aus Worthäufigkeiten in Wahlprogrammen auf programmatische Standpunkte der Parteien geschlossen werden kann. Dabei wird angenommen, dass die Worthäufigkeiten einem Poisson-Prozess folgen (Slapin und Proksch 2009: 708). Diese Verteilung wurde gewählt, da sie nur über einen Parameter verfügt und dementsprechend leicht zu schätzen ist (Slapin und Proksch 2009: 709). Das zugrundeliegende Modell ist:

$$y_{ijt} \sim \text{Poisson}(\lambda_{ijt})$$

$$\lambda_{ijt} = \exp(\alpha_{it} + \psi_j + \beta_j * \omega_{it})$$

Die Häufigkeit eines Wortes j im Wahlprogramm einer Partei i zum Zeitpunkt t folgt wie oben bereits erwähnt einer Poissonverteilung mit dem Parameter λ_{ijt} . Dieser Parameter wiederum ist durch fixe Partei-Wahljahreffekte (α_{it}), die dafür kontrollieren, dass die Wahlprogramme der Parteien unterschiedlich lang sein können, durch fixe Worteffekte ψ_j , die dafür kontrollieren, dass manche Worte häufiger verwendet werden als andere, durch ein wortspezifisches Gewicht (β_j), das die Bedeutung eines Wortes für die Unterscheidung von Parteipositionen beschreibt, und durch die eigentlich interessierende Politikposition einer Partei in einem Wahljahr (ω_{it}) bestimmt (Slapin und Proksch 2009: 709). Zur Schätzung der rechten Seite der Gleichung greifen Slapin und Proksch auf einen Expectation-Maximization-Algorithmus zurück. Dabei handelt es sich um einen iterativen Prozess, der Maximum-Likelihood-Schätzer für latente Variablen berechnet (McLachlan und Thriyambakam 1997, Slapin und Proksch 2009: 709f.). Über ein parametrisches Bootstrapping-Verfahren ermittelt wordfish zusätzlich zu den Politikpositionen auch die Konfidenzintervalle, sodass, wie auch bei wordscores, Aussagen über die Signifikanz von gefundenen Unterschieden in den Politikpositionen möglich sind (Slapin und Proksch 2009: 710f.). Um eine zuverlässige Schätzung mit möglichst kleinen Konfidenzintervallen zu erhalten, dürfen die analysierten Texte nicht zu kurz sein. Ab ca. 300 verschiedenen Worten und 20 Dokumenten kann mit guten Ergebnissen der Positionsschätzung gerechnet werden (Proksch und Slapin 2009: 326ff., Slapin und Proksch 2009: 721).

Da kein statisches Wörterbuch vorgegeben ist (auch nicht indirekt wie bei wordcores über die in den Referenztexten vorkommenden Worte), sondern alle Worte in den Dokumenten in die Schätzung einfließen, eignet sich wordfish insbesondere für die Berechnung von Politikpositionen über einen längeren Zeitraum. Voraussetzung ist allerdings die Annahme, dass die Bedeutung der Worte sich über die Zeit nicht verändert. Slapin und Proksch (2009: 711) diskutieren zwar auch die Möglichkeit manche Wortgewichte konstant zu halten und andere über die Zeit variieren zu lassen, dies setzt aber voraus, dass vor der Analyse bekannt ist, welche Worte ihre Bedeutung verändert haben, da das Modell nicht identifizierbar ist, wenn alle Wortparameter variieren (Slapin und Proksch 2009: 711). Aufgrund der Schwierigkeit dieser Annahme entscheiden Slapin und Proksch sich dafür, alle Wortparameter konstant zu halten (Slapin und Proksch 2009: 711). Wie oben bereits angesprochen werden zwar alle Worte in der Analyse verwendet, jedoch werden die Worte entsprechend ihrer Bedeutung für die Differenzierung zwischen den Wahlprogrammen gewichtet. Worte, die von allen Parteien in gleichem Maße verwendet werden, wie beispielsweise Artikel oder Präpositionen, erhalten ein niedriges Wortgewicht β_j nahe 0. Die fixen Worteffekte (ψ_j) wiederum sind umso größer, je häufiger ein Wort vorkommt. Stellt man die fixen Worteffekte auf der y-Achse und die Wortgewichte auf der x-Achse eines Schaubildes dar, ergibt sich die Form eines Eifelturms mit den häufigen, aber nicht diskriminierenden Worten (beispielsweise und, der, die, das) in der Spitze und seltenen aber stark diskriminierenden Worten in den beiden Füßen (vgl. Slapin und Proksch 2009: 711).

Mit wordfish können Politikpositionen nur auf einzelnen Dimensionen geschätzt werden. Um welche Dimension es sich handelt, hängt dabei von den analysierten Texten ab. Werden komplette Wahlprogramme analysiert, wird davon ausgegangen, dass es sich um eine allgemeine Links-Rechts-Dimension handelt. Sollen hingegen Positionen auf konkreten Dimensionen wie beispielsweise einer sozialpolitischen Dimension geschätzt werden, werden nur die Teile der Wahlprogramme analysiert, die sich mit Sozialpolitik beschäftigen (Slapin und Proksch 2009: 711f.). Im Gegensatz zu wordcores werden Schätzungen auf verschiedenen Dimensionen folglich unterschiedliche Texte zugrundegelegt. Ein Nachteil hierbei ist jedoch, dass die Schätzungen mit wordfish für jede Dimension separat und nicht auf einer festgelegten Skala erfolgen, sodass die Positionen auf verschiedenen Dimensionen nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Positionen, die in einer gemeinsamen Schätzung, also für die gleiche Dimension, ermittelt wurden, sind allerdings vergleichbar. Daher werden

alle Texte, die auf der gleichen Dimension angeordnet werden sollen, einer gemeinsamen Analyse unterzogen.

Obwohl bei der Schätzung von Zeitreihen Wahlprogramme einer und dergleichen Partei zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die Analyse aufgenommen werden, ist die geschätzte Position einer Partei zum Zeitpunkt t unabhängig von der geschätzten Position zum Zeitpunkt $t-1$ (Slapin und Proksch 2009: 709). Jedoch führt jede Veränderung der zu analysierenden Textsammlung, sei es durch Veränderungen in den einzelnen Texten oder die Heraus- bzw. Hinzunahme neuer Texte, zu einer Veränderung der Ergebnisse. Das bedeutet, dass die Position eines Textes immer auch davon abhängig ist mit welchen anderen Texten gemeinsam dieser Text analysiert wird (Slapin und Proksch 2009: 718). Im Extremfall kann bereits die Aufnahme eines Textes mit einer von den übrigen Texten stark abweichenden Wortverwendung dazu führen, dass die Positionen der übrigen Texte im Vergleich zu einer Analyse ohne diesen Text zusammengeschieben und folglich Unterschiede verschleiert werden. Aufgrund der Aufnahme aller Worte in die Analyse ist wordfish gegenüber Wortschatzveränderungen über die Zeit jedoch robuster als wordscores und eignet sich daher besonders für die Schätzung von Politikpositionen über einen längeren Zeitraum.

Ein weiterer für die praktische Anwendbarkeit nicht zu unterschätzender Vorteil von wordfish ist, dass keine Referenztexte mit bekannten Politikpositionen benötigt werden. Zu einem gewissen Grad ist dieser Vorteil bei der inhaltlichen Interpretation der geschätzten Politikpositionen allerdings nachteilig. Alle Texte werden durch wordfish entsprechend der (Un)Ähnlichkeit ihrer Worthäufigkeiten auf einer Dimension angeordnet. Da keine Referenzpositionen vorliegen, die diese Dimension aufspannen, ist man allerdings auf a priori Wissen angewiesen, um nicht nur Positionsunterschiede, sondern auch die Bedeutung der Positionen, wie beispielsweise welche Position für progressive und welche für konservative Politik steht, interpretieren zu können. Wordfish bietet hier allerdings Unterstützung an, da die Wortparameter der Analyse ausgegeben werden und folglich überprüft werden kann, welche Worte die Position in welche Richtung ziehen. Auf diese Weise wird die inhaltliche Interpretation der Positionen häufig erheblich erleichtert. Zusätzlich gibt es in wordfish die Möglichkeit, die Ausrichtung einer Dimension schon vor der Schätzung festzulegen, indem man je ein Dokument für jede Seite der Dimension benennt. Diese beiden Dokumente unterscheiden sich deutlich von den Referenztexten, die für wordscores benötigt werden: Zum einen muss keine Position für die Dokumente bekannt sein. Zum anderen werden sie in der Schätzung weiterhin behandelt wie jedes andere Dokument. Durch die Benennung solcher

Ankerdokumente wird also lediglich festgelegt, dass die Worthäufigkeiten dieser Dokumente eher einer bestimmten Seite der Dimension entsprechen. Die Festlegung dieser Ankerdokumente hat folglich keinen Einfluss auf die Schätzergebnisse, sondern lediglich auf die Vorzeichen der Positionen. Unterlässt man eine Bestimmung von Ankerdokumenten, muss nach der Analyse festgelegt werden, welche inhaltliche Bedeutung die Vorzeichen der Positionen haben.

Wie bei anderen computergestützten Verfahren ist die Reliabilität der Analyse auch hier unproblematisch. Überprüft werden muss hingegen die Validität. Durch die von wordfish berechneten Wortparameter sind grundlegende Validitätsprüfungen möglich, indem überprüft wird, ob Worte, die von wordfish als besonders diskriminierend und daher für die Positionsschätzung als bedeutend angesehen werden, auch die geschätzte Politikdimension beschreiben (Slapin und Proksch 2009: 715f.). Sowohl für die allgemeine Links-Rechts-Dimension als auch für politikfeldspezifische Dimensionen konnte die Validität der mit wordfish berechneten Positionen durch Vergleiche mit Positionen, die mit anderen inhaltsanalytischen Methoden gewonnen wurden, bestätigt werden (Klüver 2009: 542ff., Pappi und Seher 2009: 415ff., Slapin und Proksch 2009: 716). Darüber hinaus haben Slapin und Proksch ihre Methode mit guten Ergebnissen auf die Robustheit der Ergebnisse gegenüber Veränderungen der analysierten Textsammlung und gegenüber von der Poissonverteilung abweichenden Verteilungsannahmen untersucht (Slapin und Proksch 2009: 716f.). Basierend auf diesen Methoden zur Ermittlung von Politikpositionen und ihren spezifischen Vor- und Nachteilen sowie Voraussetzungen wird im folgenden Abschnitt die Auswahl der in dieser Arbeit verwendeten Methode getroffen und begründet.

4.1.2. Schätzung der Politikpositionen der deutschen Parteien

Zur Beantwortung der Forschungsfrage nach der Entstehung der Politikpositionen und -salienzen der deutschen Landesparteien müssen zunächst die betreffenden Politikpositionen und -salienzen vorliegen. Die Forschung zu Politikpositionen und -salienzen hat in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf nationale Parteien und den Vergleich zwischen verschiedenen Parteien auf der nationalen Ebene gelegt. Wenn dennoch eine Ausweitung auf die Landesebene vorgenommen wurde, wurden die Politikpositionen, wie im Übrigen auch die Politikfeldsalienzen, der nationalen Parteien häufig direkt auf die Landesparteien übertragen (Bräuninger und König 1999, Pappi, et al. 2005, Shikano 2009). Erst in jüngerer Zeit hat die Wissenschaft auch die Landesparteien als eigenständige Akteure in ihr

Untersuchungsprogramm aufgenommen (Bräuninger und Debus 2012). Es ist daher nicht möglich, für die Beantwortung der Fragestellung auf schon vorhandene Daten zu den Politikpositionen sowie den Politikfeldsalienzen der Landesparteien zurückzugreifen. Zwar haben (Bräuninger und Debus 2012) einen großen Beitrag geleistet, indem sie Politikpositionen und -salienzen für die deutschen Landesparteien ermittelt haben, diese liegen jedoch nur für die wirtschafts- und die gesellschaftspolitische Dimension vor. Für die auf der Landesebene besonders interessierende Dimension Kultus wurden in der Vergangenheit noch keine Politikpositionen und auch keine Salienzen der deutschen Landesparteien erhoben, sodass dies eine wichtige Aufgabe bleibt, die unter anderem im Rahmen dieser Arbeit zu erbringen ist.⁸⁰ Um für verschiedene bundes- und landespolitische Kontexte sowie eventuelle Veränderungen über die Zeit Aussagen treffen zu können, sollen Politikpositionen nicht nur für einen Zeitpunkt, sondern für mehrere Zeitpunkte über den Zeitraum von 1990 bis 2010 in vergleichbarer Form bestimmt werden. Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, können Politikpositionen anhand von Befragungen, Beobachtungen oder durch Inhaltsanalyse ermittelt werden. Fraglich ist nun welche Methode für die vorliegende Untersuchung am geeignetsten ist.

Aufgrund des über zwanzig Jahre in die Vergangenheit zurückreichenden Untersuchungszeitraumes ist die Durchführung von Befragungen zur Erhebung der Politikpositionen nicht geeignet, da die Befragten eine Positionsbestimmung für den Anfang dieses Zeitraumes immer mit dem Wissen über Entwicklungen nach dem fraglichen Zeitpunkt vornahmen und entsprechende Befragungen für die Landesparteien aus dieser Zeit nicht vorliegen. Zudem besteht die Gefahr, dass Positionswechsel in der Vergangenheit den Befragten nicht mehr gegenwärtig sind und sie daher dazu neigen, die Positionen auch für weiter zurückliegende Zeitpunkte in Anlehnung an die aktuelle Position zu bestimmen. Da Befragungen also schon aufgrund der zeitlich relativ weit zurückgehenden Untersuchungsperiode ausscheiden, erübrigt sich eine Erörterung sonstiger eventuell problematischer Punkte wie die Frage, ob die Befragten in der Lage sind, zwischen der Bundespartei und 16 verschiedenen Landesparteien zu differenzieren und unabhängige Urteile über die Politikpositionen zu fällen. Befragungen, unabhängig davon ob es sich um Experten-

⁸⁰ Vereinzelt Einschätzungen über die Positionen der Landesparteien findet man in eher deskriptiv orientierten Arbeiten (vgl. Schmid 1990, Lösche und Walter 1992, Lösche 1996). Vergleiche zur Messung von Politikpositionen der deutschen Landesparteien auch die Veröffentlichungen aus dem DFG-Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“, die mit dieser Arbeit in engem Zusammenhang stehen (Schmitt, et al. 2008, Pappi und Seher 2009, Seher 2010, Seher und Pappi 2011).

oder Bevölkerungsbefragungen handelt, sind für die Messung der Politikpositionen der Landesparteien für den angestrebten Zeitraum von 1990 bis 2010 folglich nicht geeignet.

Die zweite der beschriebenen Methoden ist die Beobachtung oder genauer die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten bei namentlichen Abstimmungen im Parlament. Unter bestimmten Voraussetzungen und Annahmen kann aus dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten auf die Politikpositionen der jeweiligen Partei geschlossen werden. Um aus den Abstimmungsergebnissen Politikpositionen auf breiten Politikdimensionen und nicht nur zu Einzelfragen bestimmen zu können, müssen namentliche Abstimmungen regelmäßig und in ausreichendem Maße sowie nicht nur zu bestimmten, beispielsweise besonders umstrittenen Themen stattfinden. Außerdem muss davon ausgegangen werden, dass die Abgeordneten im Parlament sich entsprechend der Parteiposition verhalten, da sonst lediglich die individuellen Abgeordnetenpositionen ermittelt werden können, die nicht zwangsläufig mit der Politikposition der jeweiligen Partei übereinstimmen müssen. Die namentlichen Abstimmungsergebnisse für die deutschen Bundesländer sind für den Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010 über das gemeinsame Informationssystem der Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland (www.parlamentsspiegel.de) frei zugänglich.

Bedenken bestehen allerdings bezüglich der Anzahl der zur Verfügung stehenden namentlichen Abstimmungen und der Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern. Stecker konnte zeigen, dass seit den 1970er Jahren durchschnittlich nur 26 namentliche Abstimmungen pro Legislaturperiode in den deutschen Landtagen stattfanden (Stecker 2010: 450). In den ostdeutschen Landtagen von 1990-2000 waren lediglich ca. 2% der Abstimmungen in den Landtagen namentliche Abstimmungen (Davidson-Schmich 2005: 92). Fraglich ist daher, ob auf der Grundlage von einigen wenigen Abstimmungen Politikpositionen zuverlässig erhoben werden können. Erschwert wird diese Problematik dadurch, dass Politikpositionen im Rahmen dieser Arbeit für die Politikbereiche Kultus sowie Arbeit und Soziales gemessen werden sollen, sodass selbst von den wenigen verfügbaren Abstimmungen nicht alle, sondern nur Abstimmungen zu entsprechenden Themen verwendet werden können. Zudem ist problematisch, dass sich die Landtage in den einzelnen Bundesländern und teilweise auch über die Zeit bezüglich der Häufigkeit von namentlichen Abstimmungen deutlich unterscheiden (Stecker 2010: 450). Bremen ist unter den Bundesländern mit durchschnittlich zwei namentlichen Abstimmung pro Legislaturperiode das Schlusslicht (Stecker 2010: 450). Dieses Beispiel macht nochmals deutlich, dass

namentliche Abstimmungen in den Landtagen schon allein aufgrund ihrer Seltenheit keine geeignete Methode zur Bestimmung von Politikpositionen der Landesparteien sind.

Die letzte der drei vorgestellten Methoden zur Ermittlung von Politikpositionen ist die Inhaltsanalyse. Inwieweit eine Inhaltsanalyse geeignet ist, hängt hauptsächlich davon ab, ob geeignete Dokumente und eine geeignete inhaltsanalytische Methode zur Verfügung stehen. Bei der Ermittlung von Politikpositionen wird auf verschiedene Dokumente zurückgegriffen, meist werden jedoch Wahl- oder Parteiprogramme analysiert. Wahl- und Parteiprogramme haben gegenüber anderen Dokumenten den Vorteil, dass sie geschrieben werden, um der Öffentlichkeit sowie Konkurrenten und potentiellen Koalitionspartnern einen Gesamteindruck von der Programmatik einer Partei zu vermitteln und daher alle relevanten politischen Themen abdecken. An der Gestaltung von Partei- und Wahlprogrammen sind zwar verschiedene innerparteiliche Gruppen beteiligt, die sich entsprechend ihrer innerparteilichen Stärke einbringen können (Maisel 1993, Conger 2010: 652f.). Dennoch werden Partei- und Wahlprogramme von der gesamten Partei und nicht von einzelnen Akteuren veröffentlicht und gelten somit als verbindliche Aussage der Partei, an die die Partei aufgrund der Veröffentlichung der Positionen in gewissem Maße auch gebunden ist (Klingemann, et al. 1994: 56, Libbrecht, et al. 2009: 60). Ob die Positionen, die in Wahl- und Parteiprogrammen geäußert werden, den ehrlichen Positionen der jeweiligen Partei entsprechen, geht daraus jedoch nicht hervor (Mair 2001: 23).

Für die hier durchgeführte Untersuchung ist das jedoch unproblematisch, da es bei der Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien um die Politikpositionen geht, die von der Landespartei gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien und potentiellen Koalitionspartnern kommuniziert werden. Da Partei- bzw. Grundsatzprogramme in Deutschland eher der langfristigen politischen Ausrichtung dienen und daher auch nur in größeren Zeitabständen von 10-20 Jahren verabschiedet werden, sind sie für die hier angestrebte Messung von Politikpositionen zu möglichst vielen Zeitpunkten im Untersuchungszeitraum weniger geeignet. Ein weiteres Problem bei der Verwendung von Parteiprogrammen ist, dass sie von den einzelnen Landesparteien zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten verabschiedet werden, sodass sich die Frage der Vergleichbarkeit zwischen den Positionen stellt. Wahlprogramme werden von den Landesparteien in der Regel zu jeder Landtagswahl verabschiedet, sodass mindestens alle 5 Jahre die Politikpositionen der Landesparteien auf der Basis von

Wahlprogrammen gemessen werden können.⁸¹ Wahlprogramme, die regelmäßig als offizielle Parteidokumente Auskunft über die Politikposition einer Partei geben, sind als Basis für die Ermittlung der Politikpositionen der Landesparteien über die Zeit daher gut geeignet (Volkens 2002b: 2).

Politikpositionen können aus Wahlprogrammen mit unterschiedlichen inhaltsanalytischen Methoden gewonnen werden. Zu unterscheiden sind insbesondere manuelle und computergestützte Verfahren. Eine manuelle Kodierung hat den Vorteil, dass durch den Einsatz von Kodierern der Inhalt von Text erfasst werden kann, wohingegen die computergestützten Ansätze letztlich nur auf Worthäufigkeiten basieren. Eine manuelle Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der Landesparteien würde zunächst die Entwicklung eines Kodierschemas bedeuten, da das bekannte CMP-Kodierschema aufgrund seines Zuschnitts auf die nationale Ebene nicht geeignet ist (Agasøster 2001, Pétry und Landry 2001). Es wurde für die Erfassung der Politikpositionen nationaler Parteien entwickelt und legt seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf Außen- und Wirtschaftspolitik, sodass beide im Rahmen dieser Arbeit interessierenden Politikfelder (Arbeit und Soziales sowie Kultus) nicht ausreichend abgedeckt werden, um verlässlich Positionen ermitteln zu können. Für die Kategorie Kultus würden lediglich die drei Kategorien Bildungsexpansion (positiv), Bildungsexpansion (negativ) und Kultur (Volkens 2002b) in Frage kommen, von denen Bildungsexpansion (negativ) zudem kaum besetzt ist, sodass eine Berechnung von Politikpositionen im Politikfeld Kultus auf Basis einer CMP-Kodierung nicht sinnvoll ist. Neben der Entwicklung eines Kodierschemas ist die manuelle Inhaltsanalyse auch mit einem sehr zeit- und kostenintensiven Kodierprozess verbunden, der, wenn Reliabilitätsmaße ermittelt werden sollen, zumindest teilweise von mehreren Kodierern durchgeführt werden muss. Da die Forschungsfrage sich insbesondere auch auf Unterschiede zwischen den Politikpositionen verschiedener Parteien bezieht, ist ein weiterer großer Nachteil, dass für Positionsberechnungen, die auf manueller Kodierung beruhen, in der Regel keine Konfidenzintervalle angegeben werden, obwohl Messfehler vorliegen können. Dies ist selbstverständlich möglich, aber mit weiterem Aufwand verbunden und löst das Problem der Kodierfehler bzw. der Unterschiede in der Kodierung zwischen verschiedenen Kodierern nicht (Benoit, et al. 2009).

⁸¹ Die Dauer der Legislaturperioden der deutschen Landtage, Bürgerschaften bzw. des Berliner Abgeordnetenhauses beträgt je nach Bundesland vier oder fünf Jahre.

Eine weitaus kostengünstigere und weniger zeitintensive Methode ist die computergestützte Inhaltsanalyse. Hier stehen insbesondere die beiden bereits angesprochenen Anwendungen wordscore und wordfish zur Auswahl. Wie bereits erwähnt stehen für die Landesparteien auf der Kultusdimension keine Politikpositionen zur Verfügung, sodass eine Schätzung der Politikpositionen mit wordscores zunächst eine Erhebung von Referenzpositionen der Landesparteien im Politikfeld Kultus erforderlich machen würde. Bräuninger und Debus (2012) greifen bei ihrer Untersuchung auf die Politikpositionen der entsprechenden Bundesparteien als Referenzpositionen zurück. Dieses Vorgehen ist in doppelter Hinsicht problematisch. Zum einen sollen in dieser Arbeit die Zusammenhänge zwischen den Politikpositionen der Bundespartei und den korrespondierenden Landesparteien untersucht werden, sodass eine Verwendung der Bundestagswahlprogramme als Referenztexte für die Schätzung der Landespositionen problematisch ist. Zum anderen liegen für das Politikfeld Kultus selbst auf Bundesebene keine geeigneten Referenzpositionen vor. Wordfish hingegen benötigt keine Referenzpositionen und ist zudem besonders geeignet zur Schätzung von Politikpositionen über längere Zeiträume, sodass wordfish eine geeignete Methode ist, um die Politikpositionen der Landesparteien zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Forschungsfrage zu schätzen.

Allerdings müssen auch bei der Anwendung von wordfish verschiedene Hindernisse überwunden werden. Zunächst müssen die Wahlprogramme ausgewählt werden, für die eine wordfish-Analyse durchgeführt werden soll. Wie oben erläutert ist es wichtig, dass die zu analysierenden Textdokumente einen ähnlichen Sprachgebrauch aufweisen, da gefundene Unterschiede zwischen den Texten ansonsten auch lediglich Unterschiede im Sprachgebrauch zeigen können und nicht die eigentlich interessierenden Positionsunterschiede. Grundsätzlich können Wahlprogramme als eigene Textgattung aufgefasst werden, die einen bestimmten Sprachgebrauch impliziert und sich beispielsweise deutlich von Reden oder Zeitungsartikeln unterscheidet und zudem ein gewisses Themenspektrum abdeckt. Naheliegend wäre hier nur die für die spätere Analyse interessierenden Wahlprogramme von CDU/CSU und SPD mit wordfish zu analysieren. Das verhindert allerdings eine Einschätzung der gefundenen Unterschiede, erschwert die Bestimmung der Bedeutung der Pole der jeweiligen Politikdimension und wird dem Wettbewerb zwischen den Parteien, der immer auch von den anderen (relevanten) Parteien beeinflusst wird, nicht gerecht. So kann es beispielsweise sein, dass die CDU in manchen Bereichen den Grünen ähnlicher ist als der SPD, also auch der Wortschatz in diesen Bereichen eher dem der Grünen ähnelt. Durch diese Worte wird die

Position der CDU nach links verschoben, allerdings nur, wenn die Grünen in der Analyse enthalten sind und eine Position links von der CDU einnehmen. Es ist daher grundsätzlich wünschenswert, die Wahlprogramme möglichst vieler verschiedener Parteien in die Analyse mit wordfish aufzunehmen. Eine Möglichkeit wäre daher die Wahlprogramme aller Parteien, die zu einer Wahl antreten, zu analysieren. Fraglich ist dabei jedoch, ob alle Wahlprogramme gleichermaßen professionell gestaltet sind, sich dem typischen Sprachgebrauch bedienen und alle relevanten Themen abdecken oder ob es Unterschiede zwischen etablierten und weniger etablierten Parteien gibt.

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 sind beispielsweise 25 Parteien mit einer Liste zur Wahl angetreten, weitere Parteien sind nur mit Kandidaten in einzelnen Wahlkreisen angetreten. In den Landtag eingezogen sind allerdings lediglich fünf Parteien. Von den übrigen Parteien haben nur zwei Parteien mehr als 1% der Stimmen erhalten. Die Parteien, die nicht in den Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes eingezogen sind, haben größtenteils nur wenige Hundert, teilweise sogar weniger als 100, Mitglieder, sodass sich die Frage nach der Professionalität der Parteiarbeit und somit der Vergleichbarkeit der Wahlprogramme zwischen diesen Parteien und etablierten Volksparteien wie CDU/CSU und SPD geradezu aufdrängt. Ein Blick auf die Wahlprogramme verstärkt diese Bedenken. So besteht das Wahlprogramm der Partei bibeltreuer Christen (PBC) aus lediglich zwei Seiten mit einzelnen Aufzählungspunkten. Das Wahlprogramm von Pro NRW hingegen besteht immerhin aus 5 Seiten, wobei sich allerdings lediglich 1/3 Seite auf Kultuspolitik, die Kernkompetenz der Bundesländer, bezieht. Das Wahlprogramm der Tierschutzpartei ähnelt in den Themen hingegen stärker den Wahlprogrammen der etablierten Parteien. Teilweise veröffentlichen diese kleinen Parteien allerdings auch gar keine Wahlprogramme. Die Aufnahme aller Wahlprogramme scheint aufgrund der großen Unterschiede für eine computergestützte Inhaltsanalyse daher nicht geeignet. Fraglich ist daher, wie entschieden werden soll, welche Wahlprogramme in die Analyse aufgenommen werden.

Eine Auswahl, die jedes Wahlprogramm einzeln danach beurteilt, ob es den Anforderung eines professionellen Wahlprogramms entspricht und in die Analyse aufgenommen werden soll, enthält eine stark subjektive Komponente und ist deshalb nicht geeignet. Vielmehr müssen möglichst objektive Kriterien für die Professionalität der Wahlprogrammgestaltung gefunden werden. Als Kriterium kommt beispielsweise die Textlänge in Frage. Da die Textlänge der Wahlprogramme jedoch zwischen wenigen bis zu 600 Seiten variiert, fällt es schwer eine nachvollziehbare Grenze zu ziehen. Außerdem kann über die reine Textlänge

nicht ermittelt werden, ob auch die üblichen Themen abgedeckt werden und der Sprachgebrauch wahlprogrammtypisch ist. Eine weitere Möglichkeit ist aus den Erfolgen und der Verankerung im politischen System auf die Professionalität einer Partei zu schließen. Vereinfachend kann davon ausgegangen werden, dass Parteien, denen der Einzug in ein Parlament gelingt, über ein gewisses Maß an Professionalität in der Wahlprogrammgestaltung verfügen. Ein mögliches Kriterium wäre daher die Mitgliedschaft im Bundestag. Dies scheint jedoch problematisch, da Parteien in verschiedenen Bundesländern unterschiedlich stark etabliert sind. Das trifft zum einen auf reine Regionalparteien, die im Bundestag nicht vertreten sind, wie den SSW in Schleswig-Holstein, zum anderen aber auch auf im Bundestag vertretene Parteien wie die PDS bzw. die Linke, die sich erst im Laufe der Jahre auch in den alten Bundesländern etablieren konnte, zu. Folglich kann aus der Vertretung im Bundestag nicht auf eine Verankerung der Partei in allen Bundesländern geschlossen werden.

Es erscheint daher naheliegend, den Einzug einer Partei in das jeweilige Landesparlament als Kriterium für die Verankerung und damit die Professionalität in der Wahlprogrammgestaltung auszuwählen. Dieses Kriterium hat den Vorteil, dass die Wettbewerbssituation im betreffenden Bundesland berücksichtigt wird und gleichzeitig ein gewisses Maß an Professionalität bei der Wahlprogrammerstellung gewährleistet ist. In Einzelfällen kann dies jedoch einerseits dazu führen, dass die Wahlprogramme von Parteien, die eigentlich als etabliert gelten, für einzelne Wahljahre und Bundesländer nicht in die Analyse aufgenommen werden, und andererseits dazu, dass Wahlprogramme von Parteien, die nur einmalig oder selten in Landtage einziehen, in die Analyse aufgenommen werden. Aufgrund der Einfachheit und der Objektivität dieses Kriteriums sowie der Möglichkeit den tatsächlichen Wettbewerb damit möglichst realistisch abbilden zu können, werden diese potentiellen Nachteile jedoch in Kauf genommen und folglich die Wahlprogramme aller Landtagsparteien zwischen 1990 und 2010 analysiert.⁸²

Für die Schätzung von Politikpositionen auf einzelnen Politikdimensionen verwendet wordfish nur Texte bzw. Textteile, die sich mit der jeweiligen Politikdimension befassen. Zunächst müssen die Wahlprogramme daher thematisch in verschiedene Textabschnitte unterteilt werden. Dafür muss entschieden werden, wie detailliert diese Unterteilung vorgenommen werden soll. Sollen einzelne politische Fragen wie beispielsweise die Diskussion über die Einführung der Gesamtschule als eigene Dimension betrachtet werden

⁸² Die Aufstellung der analysierten Wahlprogramme in Kapitel 4.1.4 zeigt, inwieweit diese potentiellen Probleme im vorliegenden Zeitraum tatsächlich auftreten.

oder soll eine allgemeine Kultusdimension gewählt werden, die alle Fragen, die im Kultusbereich auftreten, beinhaltet? Obwohl auch Standpunkte der Landesparteien zu einzelnen politischen Fragen interessante Einblicke geben können, ist dieses Vorgehen hier aus methodischen und inhaltlichen Gründen nicht geeignet. Zum einen benötigt wordfish für eine zuverlässige Schätzung der Politikpositionen eine ausreichende Textmenge, die bei einer sehr feingliederigen Unterteilung der Wahlprogramme in einzelne politische Streitfragen nicht erreicht wird. Zum anderen sollen vergleichbare Positionen für alle Landesparteien erhoben werden, nicht alle politischen Streitfragen sind aber zur gleichen Zeit in allen Bundesländern und auch nicht über den gesamten Zeitraum aktuell, sodass nicht für alle Zeitpunkte bzw. nicht für alle Landesparteien Positionen für alle Dimensionen geschätzt werden könnten. Aus diesen Gründen wird eine Verschlüsselung auf höherer Ebene gewählt, die der Aufgabenverteilung in der Landespolitik gerecht wird. Dafür wird die typische Aufgabenverteilung zwischen den Landesministerien herangezogen, die sich auch in der thematischen Organisation von Ausschüssen und innerparteilichen Arbeitsgruppen widerspiegelt (Pappi, et al. 2008).

Die Zuständigkeiten der Ministerien ergeben sich aus ihrer Bezeichnung, häufig werden hier mehrere Geschäftsbereiche, wie beispielsweise Arbeit und Soziales, kombiniert. Eine Auswertung der Ministerienbezeichnungen in den deutschen Bundesländern von 1946 bis Ende 2005 ergab 282 verschiedene Ministerienbezeichnungen, die sich aus 83 verschiedenen bezeichneten Geschäftsbereichen zusammensetzen (Pappi, et al. 2008: 327f.). Auf Basis der Häufigkeit, mit der einzelne Geschäftsbereiche miteinander in einem Ministerium kombiniert wurden, wurden die Geschäftsbereiche zu vierzehn breiteren Politikdimensionen aggregiert (Pappi, et al. 2008: 329.).⁸³ Unter diesen Politikdimensionen sind auch Kultus, Bau sowie Arbeit und Soziales vertreten. Somit sind die für diese Arbeit relevanten Politikdimensionen abgedeckt. Anhand dieser 14 Politikdimensionen sollen die Wahlprogramme verschlüsselt werden, um Texte zu erhalten, die sich nur mit einer Politikdimension beschäftigen, aber dennoch umfangreich genug sind, um sie mit wordfish analysieren zu können.

⁸³ Diese sind: Arbeit und Soziales, Aufbau und Wiederaufbau, Bau, Kultus, Bund und Europa, Kriegsfolgen, Landwirtschaft, Finanzen, Justiz, Inneres, Umwelt und Landesplanung, Wirtschaft und Verkehr, ohne Geschäftsbereich/Sonderaufgaben, Staatskanzlei. Einleitung und Präambel werden gesondert verschlüsselt, sind aber kein eigener Politikbereich. Damit das Kategorienschema auch auf Bundesebene angewendet werden kann, wurde zusätzlich die Kategorie Außen- und Sicherheitspolitik hinzugefügt. Das Kodierschema mit Hinweisen zu den Themen, die unter den einzelnen Politikfeldern zusammengefasst wurden, findet sich in Seher und Pappi (2011: 23ff.) und in Tabelle A 1 im Anhang.

Wahlprogramme sind in der Regel durch thematische Überschriften gegliedert, sodass aus der Überschrift abgelesen werden kann, welches Politikfeld im darauffolgenden Text schwerpunktmäßig behandelt wird. Im Unterschied zur CMP-Verschlüsselung sollen daher keine Quasi-Sätze, sondern ganze Kapitel verschlüsselt werden. Dabei wird für die Analyse die unterste Überschriftenebene herangezogen, die für die Verschlüsselungsentscheidung einen Unterschied macht. Das bedeutet im unten aufgeführten Beispiel, dass die Betrachtung der Überschriften der zweiten Ebene „Bildung“ und „Soziales“ für eine Verschlüsselung ausreicht und deshalb der gesamte Text, der auf diese Überschriften folgt, im ersten Fall mit der Kategorie Kultus und im zweiten Fall mit der Kategorie Arbeit und Soziales verschlüsselt wird.⁸⁴

1. Bildung und Soziales
 - a. Bildung
 - i. Schule
 - ii. Hochschule
 - b. Soziales
 - i. Kinderbetreuung
 - ii. Elterngeld

Nach der Verschlüsselung der Wahlprogramme werden die Texte dimensionsweise mit wordfish analysiert. Dafür werden die Textteile eines Wahlprogrammes, die sich mit der gleichen Politikdimension befassen, zu einem Dokument zusammengefasst. Nach dieser Zusammenfassung werden noch einige Bereinigungsverfahren ausgeführt, bevor die wordfish-Analyse gestartet werden kann. Dazu gehört eine Umwandlung in Kleinbuchstaben und Wortstämme, die Entfernung von Ziffern, Aufzählungszeichen und sogenannten stopwords,⁸⁵ eine Anpassung der alten an die neue Rechtschreibung sowie die Entfernung der Namen von Parteien und Bundesländern.⁸⁶

Eine Gefahr bei der Analyse von Wahlprogrammen mit wordfish ist das Auftreten eines sogenannten Agenda-Effekts (Proksch und Slapin 2009: 334ff.). Dieser tritt dann auf, wenn sich die Themen, die in den Wahlprogrammen behandelt werden, unterscheiden bzw. verändern, und führt dazu, dass durch große Unterschiede im Wortschatz über die Zeit Unterschiede zwischen den Positionen der Parteien zu einem Zeitpunkt verdeckt werden

⁸⁴ Für genauere Angaben zum Vorgehen bei der Verschlüsselung (vgl. Schmitt 2008).

⁸⁵ Die verwendete Liste mit stopwords ist im tm-Paket des Statistikprogramms R enthalten und wurde lediglich so angepasst, dass die Begriffe einzig und einigen aus der stopword-Liste entfernt wurden, da diese Begriffe im deutschen Kontext als relevant erachtet werden.

⁸⁶ Für eine genauere Beschreibung dieses Vorgehens (vgl. Schmitt 2008, Pappi und Seher 2009, Seher und Pappi 2011).

(Seher und Pappi 2011: 6f.). Dieser Agenda-Effekt ist somit häufig ein Problem bei der Analyse von langen Zeitreihen (Seher und Pappi 2011: 6f.), kann aber immer dann auftreten, wenn sich die Agenda zwischen verschiedenen Gruppen der zu untersuchenden Wahlprogramme stark unterscheidet. Eine Ausweitung der Analyse auf die Jahre vor 1990 wäre daher problematisch, da im Zuge der Wiedervereinigung fünf neue Bundesländer mit den entsprechenden Parteien hinzugekommen sind, sich die politische Thematik durch die Wiedervereinigung stark verändert hat und auch der politische Wettbewerb durch die PDS bzw. Linke seit 1990 ein grundlegend anderer ist als davor. Von einer gemeinsamen Analyse der Positionen der Landesparteien vor und nach der Wiedervereinigung wird daher abgesehen (vgl. Pappi, et al. 2011: für eine Darstellung der Problematik bei der Schätzung und Auswertung von Politikpositionen vor und nach der Wiedervereinigung).

Bei der vorliegenden Analyse ist der Untersuchungszeitraum so gewählt, dass ein Agenda-Effekt aufgrund von Veränderungen über die Zeit unwahrscheinlich ist. Sehr viel wahrscheinlicher ist jedoch ein Agenda-Effekt aufgrund unterschiedlicher Problemlagen in den Bundesländern oder unterschiedlicher Wortwahl oder Problemwahrnehmung durch die Parteien in verschiedenen Bundesländern. Ein Agenda-Effekt kann beispielsweise also auch dadurch entstehen, dass die Parteien in Hamburg in ihren Wahlprogrammen den Ausbau des Hamburger Hafens diskutieren, während die hessischen Parteien den Ausbau des Frankfurter Flughafens und das Nachtflugverbot thematisieren. Wie sich dieser Effekt bei der Analyse von Wahlprogrammen aus verschiedenen Bundesländern auswirken kann, hat Schmitt (2008: 14f.) eindrücklich demonstriert. Die einfachste Möglichkeit diesen potentiellen Agenda-Effekt zu umgehen ist die getrennte Analyse der Wahlprogramme nach Ländern. Um vergleichbare Positionen zu erhalten, müssen die Wahlprogramme allerdings gemeinsam analysiert werden, sodass ein anderer Weg gefunden werden muss, um potentiellen Agenda-Effekten vorzubeugen. Die Ursache des Agenda-Effekts sind Unterschiede in der Wortverwendung zwischen den Bundesländern, sodass es nahe liegt, in gewissem Maße für eine Vereinheitlichung der Wortverwendung zu sorgen und so Agenda-Effekten vorzubeugen. Für die Aufnahme in die wordfish-Analyse müssen Worte daher von Parteien in mindestens vier verschiedenen Bundesländern verwendet werden, um bundeslandspezifische Begriffe aus der Analyse auszuschließen.⁸⁷

⁸⁷ Die Festlegung der Grenze bei vier Bundesländern wurde mit Blick auf die drei Stadtstaaten (Berlin, Hamburg und Bremen), die aufgrund zusätzlicher Zuständigkeiten und spezieller Problemlagen besonders

Um Vergleichbarkeit herzustellen und den tatsächlichen Parteienwettbewerb möglichst gut abbilden zu können, werden die Wahlprogramme aller Landtagsparteien gemeinsam analysiert. Dieses Vorgehen birgt jedoch die Gefahr, dass bereits eine einzelne Partei, deren Wortschatz sich stark vom Wortschatz der übrigen Parteien unterscheidet, die Analyse verzerren kann. Dies soll mit einem Wort kurz demonstriert werden.⁸⁸ Wenn Worte wie „ganzheitlich“ nur von einer Partei verwendet werden, erhält dieses Wort ein hohes Wortgewicht β , was sich bei der Skalierung der Politikpositionen so auswirken kann, dass in erster Linie zwischen Parteien, die dieses Wort verwenden, und Parteien, die dieses Wort nicht verwenden, unterschieden wird. Die Positionen der Parteien, die das Wort nicht verwenden, werden folglich auf einer Seite der Skala zusammengeschoben, während die Partei, die das Wort verwendet, auf der anderen Seite der Skala positioniert wird. Dadurch können relevante Unterschiede zwischen den Parteien, die sich nicht dieses parteispezifischen Wortes bedienen, leicht verdeckt werden.⁸⁹

In gewisser Weise wird dieser Gefahr durch die oben erläuterte Regel, dass Worte in Wahlprogrammen aus mindestens vier Bundesländern vorkommen müssen, um in die Analyse aufgenommen zu werden, bereits vorgebeugt, da reine Regionalparteien wie der SSW oder auch Parteien wie die Republikaner, denen im Untersuchungszeitraum nur in Baden-Württemberg der Einzug in den Landtag gelang, die Analyse nicht verzerren können. Da es jedoch auch sein kann, dass eine der stärker etablierten Parteien, die in mehr als vier Bundesländern in den Landtagen vertreten ist, parteispezifische Worte in ihren Wahlprogrammen verwendet, wird als zusätzliche Bedingung für die Aufnahme von Worten eingeführt, dass Worte von mindestens zwei verschiedenen Parteien verwendet werden müssen, um in die Analyse aufgenommen zu werden. Für die Analyse mit wordfish müssen nun nur noch die Ankerdokumente für die Ausrichtung der Dimensionen ausgewählt werden. Diese sind das Wahlprogramm der CDU zur Landtagswahl in Thüringen im Jahr 2009 für die rechte Seite der Skala und das Wahlprogramm der SPD bei der gleichen Landtagswahl für die linke Seite der Skala.⁹⁰ Da im Rahmen dieser Arbeit der Zusammenhang zwischen den Politikpositionen der Parteien auf Landes- und Bundesebene erklärt werden soll, müssen auch für die Bundesparteien entsprechende Politikpositionen ermittelt werden. Um vergleichbare Positionen zu erhalten, werden daher die Wahlprogramme der Bundestagsparteien nach dem

große Unterschiede zu den übrigen Bundesländern aufweisen sollten, gewählt. Schätzungen mit abweichenden Wortregeln haben zu ähnlichen Ergebnissen geführt.

⁸⁸ Bei der wordfish Analyse wird ein Wort allein in der Regel allerdings nicht ausreichen, um einen solch deutlichen Effekt zu verursachen.

⁸⁹ Der Prozess ist ähnlich wie beim bereits beschriebenen Agenda-Effekt.

⁹⁰ Berechnungen mit anderen Ankerdokumenten führen zu den gleichen Ergebnissen.

gleichen Verfahren wie die Wahlprogramme der Landtagsparteien verschlüsselt und gemeinsam mit den Programmen der Landtagsparteien analysiert.⁹¹

4.1.3. Messung von Politikfeldsalienzen

Neben der Bestimmung der politischen Positionen der Landes- und Bundesparteien muss für die Beantwortung der Forschungsfrage auch das Interesse der Parteien an den einzelnen Politikfeldern, die Politikfeldsalienz, bestimmt werden. Wie auch bei der Messung der Politikpositionen stehen zur Salienzbestimmung verschiedene Methoden zur Auswahl. Ebenso wie Positionen können auch Salienzen durch die Befragung verschiedener Personengruppen ermittelt werden (Benoit und Laver 2006, Bakker, et al. im Erscheinen). Allerdings gelten hier die gleichen Einschränkungen wie bereits in Kapitel 4.1.1 erläutert, sodass die Befragung für die vorliegende Arbeit auch im Rahmen der Salienzbestimmung keine geeignete Methode darstellt. Die Ermittlung von Salienzen durch Beobachtung gestaltet sich ebenfalls schwierig. In Betracht käme beispielsweise die Beobachtung der Ministerienverteilung in Koalitionsregierungen, um daraus die Bedeutung der einzelnen Politikbereiche für die Koalitionsparteien abzuleiten. Dieses Vorgehen ist allerdings mit mehreren Nachteilen behaftet. Zum einen hängt die Verteilung der Ministerien nicht nur von den inhaltlichen Interessen der Koalitionsparteien ab, zum anderen ermöglicht diese Betrachtung nur eine Einteilung in wichtig (Ministerium wurde von einer bestimmten Partei besetzt) und unwichtig (Ministerium wurde nicht von einer bestimmten Partei besetzt) und kann zudem nur Politikfeldsalienzen für Koalitionsparteien liefern. Folglich wird auch bei der Bestimmung der Politikfeldsalienzen der Parteien auf die Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen zurückgegriffen.

Wie für die Positionsbestimmung kommen auch für die Salienzbestimmung computergestützte wie auch manuelle Verfahren der Inhaltsanalyse in Frage. Die Salienzbestimmung mit wordscores erfolgt auf die gleiche Art und Weise wie die Bestimmung von Politikpositionen, als Referenzen werden den Referenztexten jedoch keine Positionen, sondern Politikfeldsalienzen zugewiesen (Bräuninger 2009). Auch auf Basis manueller Verschlüsselungen wie beispielsweise anhand der CMP-Kategorien kann die Bedeutung einzelner Politikbereiche für eine Partei bestimmt werden. In diesen Fällen greift

⁹¹ Durch die oben besprochenen Kriterien für die Aufnahme eines Wortes wird auch der Gefahr vorgebeugt, dass die Analyse aufgrund unterschiedlicher Themen und somit unterschiedlicher Worte lediglich zwischen Bundes- und Landesparteien unterscheidet, da Worte, die nur auf Bundesebene verwendet werden, nicht in die Analyse eingehen.

man auf den relativen Anteil der Aussagen zu einem Politikbereich an allen Aussagen im Wahlprogramm zurück (Budge, et al. 2001, Klingemann, et al. 2006). Ein ähnlicher Weg soll auch hier gegangen werden. Anstatt die Wahlprogramme nach dem CMP-Schema oder einem anderen Schema neu zu kodieren, wird allerdings auf die bereits erfolgte Überschriftenverschlüsselung zurückgegriffen.

Wie bei der Salienzbestimmung in der Politikwissenschaft üblich wird als Salienzmaß der relative Anteil der einzelnen Politikbereiche am gesamten Wahlprogramm verwendet. Da die einzelnen verschlüsselten Kapitel in ihrem Umfang stark variieren, bietet sich die Zahl der Kapitel zu einem Politikbereich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kapitel eines Wahlprogramms zur Salienzbestimmung der einzelnen Politikbereiche nicht an. Stattdessen wird die Salienz eines Politikbereiches durch den Anteil des Wahlprogrammes, der sich mit einem Politikbereich beschäftigt, am gesamten Wahlprogramm gemessen. Verwendet wird hier die Anzahl der Zeichen in den einzelnen Kapiteln und im gesamten Wahlprogramm, um potentiellen Ungenauigkeiten, wie sie beispielsweise durch Unterschiede in Layout, Schriftgröße, Bildern etc. innerhalb eines Wahlprogramms entstehen können, vorzubeugen. Um nur inhaltlich relevante Textteile, das heißt Textteile, die sich mit einem Politikbereich auseinandersetzen, in die Salienzberechnung einzuschließen, werden bestimmte Textteile vor der Auszählung der Zeichen eines Wahlprogramms entfernt. Hierzu gehören einleitende Passagen, Präambeln, Wahlaufrufe, Vorworte, Schlussworte sowie nicht kodierbare Textteile, die sich keiner Kategorie des Verschlüsselungsschemas zuordnen lassen.⁹² Diese Textteile werden schon bei der Verschlüsselung der Wahlprogramme speziellen Kategorien zugewiesen, sodass ihr Ausschluss aus der Salienzbestimmung unproblematisch möglich ist. Gleiches gilt für die Kategorien „ohne Geschäftsbereich/Sonderaufgaben“ und „Staatskanzlei“, die sich aufgrund der oben beschriebenen Bildung der Kategorien über die Bezeichnungen der Landesministerien ergeben haben und in Ausnahmefällen⁹³ auch in den Wahlprogrammen auftauchen, aber keinem inhaltlichen Politikbereich zugeordnet werden können.

Sonderfälle sind hingegen die Kategorien „Aufbau/Wiederaufbau“ und „Kriegsfolgen“, da es sich hier um inhaltlich bestimmte Politikbereiche handelt. Beide Kategorien beziehen sich auf die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und waren in dieser Zeit auch in den

⁹² Bei Textteilen, die keiner Kategorie zugewiesen wurden, handelt es sich in der Regel um die Titel der Wahlprogramme.

⁹³ Im Untersuchungszeitraum wurde die Kategorie „ohne Geschäftsbereich/Sonderaufgaben“ nie und die Kategorie „Staatskanzlei“ dreimal vergeben.

Bezeichnungen der Landesministerien enthalten. Für den hier vorliegenden Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010 sollten sie hingegen nicht relevant sein. Diese Vermutung wird bestätigt, wenn man die Häufigkeit der Verwendung dieser Kategorien zur Verschlüsselung von Kapiteln aus den Wahlprogrammen im Untersuchungszeitraum betrachtet. Insgesamt wurden 353 Wahlprogramme im Untersuchungszeitraum verschlüsselt, davon wurde lediglich bei drei Wahlprogrammen die Kategorie „Aufbau/Wiederaufbau“ und bei 21 Wahlprogrammen die Kategorie „Kriegsfolgen“ verwendet, während alle anderen Kategorien jeweils in mindestens 119 Wahlprogrammen vorkamen. Um die Vergleichbarkeit zwischen den Salienzen verschiedener Parteien und über die Zeit zu gewährleisten, werden folglich auch die Kategorien „Aufbau/Wiederaufbau“ und „Kriegsfolgen“ aus der Berechnung der Salienzen ausgeschlossen. Auf diese Weise wird erreicht, dass äußerst selten auftretende und für die Mehrheit im politischen Wettbewerb nicht (mehr) relevante Politikbereiche die Ergebnisse nicht verzerren und beispielsweise ein Vergleich der Salienzen im Politikfeld Kultus nicht davon beeinflusst wird, ob eine Partei sich zum Thema „Kriegsfolgen“ geäußert hat oder nicht. Das Interesse von Partei i am Politikfeld p in Jahr t wird daher wie folgt berechnet:

$$\text{Salienz}_{itp} = \frac{z_{itp}}{\sum_{p=1}^{11} z_{itp}}$$

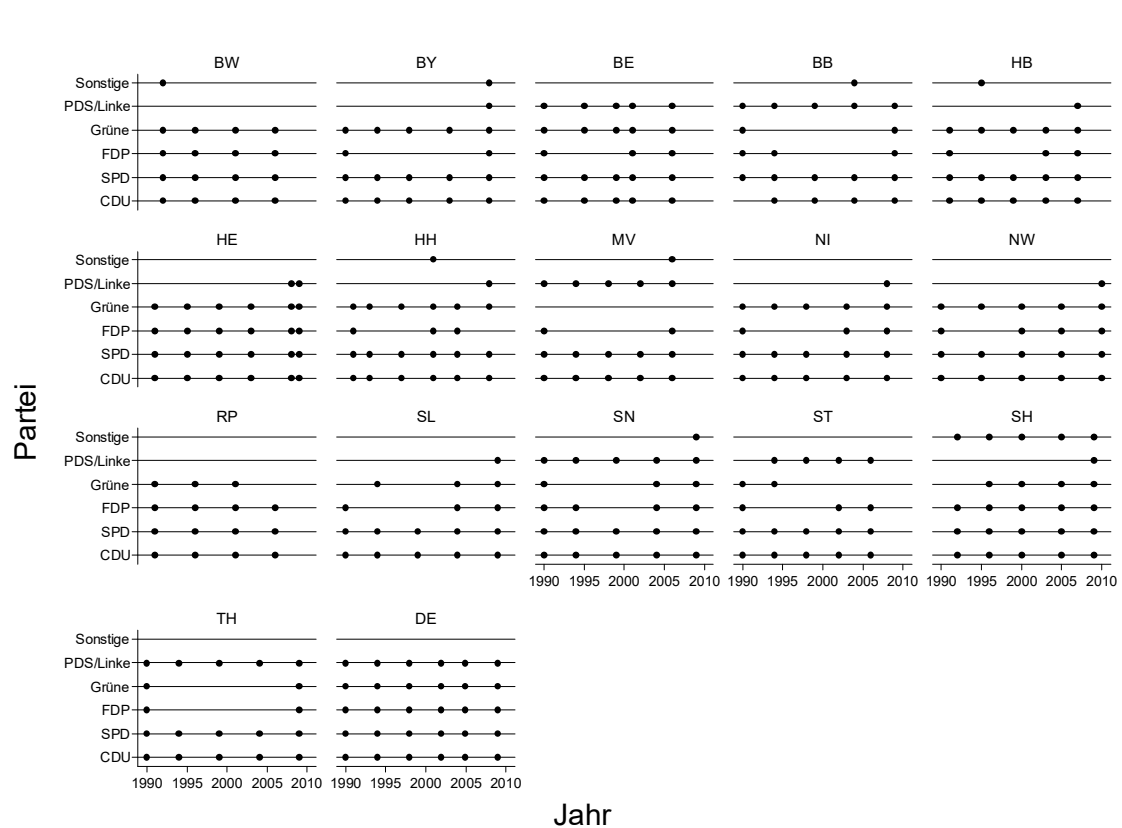
Hierbei entspricht z_{itp} der absoluten Anzahl der Zeichen im Wahlprogramm von Partei i im Jahr t in Politikfeld p . Im Nenner wird die Anzahl der Zeichen über alle berücksichtigten elf Politikfelder aufsummiert. Letztlich ergibt sich so der Anteil eines Politikfeldes am gesamten Wahlprogramm als Salienz dieses Politikfelds.

4.1.4. Deskription der Salienzen und Positionen

Nach der oben beschriebenen Methode benötigt man für die Berechnung der Politikpositionen und Politikfeldsalienzen von Parteien die entsprechenden Wahlprogramme. Aufgrund der besseren Vergleichbarkeit werden nur Wahlprogramme von etablierten Parteien, das bedeutet im Rahmen dieser Arbeit von Parteien, die in den jeweiligen Landtagen vertreten sind, verwendet. Abbildung 7 zeigt die Verfügbarkeit dieser Wahlprogramme getrennt nach Bundesländern und Parteien im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010. Dabei werden die

fünf im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU⁹⁴, SPD, FDP, Grüne und PDS bzw. Linke einzeln berücksichtigt, alle anderen Parteien werden unter Sonstige zusammengefasst.

Abbildung 7: Verschlüsselte Wahlprogramme von 1990 bis 2010



Quelle: Eigene Darstellung.

Ein Blick auf Abbildung 7 verrät, dass „Sonstige Parteien“ nur in Schleswig-Holstein regelmäßig ein Wahlprogramm veröffentlicht haben und auch im Landtag vertreten waren. Im Falle Schleswig-Holsteins handelt es sich um den Südschleswigschen Wählerbund (SSW), der aufgrund einer Minderheitenregelung nicht an das Erreichen der 5%-Hürde gebunden ist. Bei der Landtagswahl im Jahr 1992 gelang zudem der DVU der Einzug in den schleswig-holsteinischen Landtag, da von der DVU jedoch kein Wahlprogramm für diese Wahl auffindbar war, ist sie in Abbildung 7 nicht verzeichnet. Damit ist bereits eine erste Problematik der Positions- und Salienzschätzung angesprochen: Sie kann nur durchgeführt werden, wenn ein Wahlprogramm der jeweiligen Partei vorliegt. Da Wahlprogramme in Deutschland grundsätzlich zum Standard jeder Wahlkampagne gehören, wird dieses Problem

⁹⁴ Wie bereits erwähnt werden CDU und CSU hier als eine Partei betrachtet und im Folgenden daher vereinfachend unter dem Namen CDU zusammengefasst.

in der Regel jedoch auf die Sonstigen Parteien begrenzt sein.⁹⁵ Die einzigen Ausnahmen von dieser Regel im Untersuchungszeitraum sind die CDU in Brandenburg bei der ersten Landtagswahl 1990 und die PDS in Sachsen-Anhalt ebenfalls bei der ersten Landtagswahl 1990, für die ebenfalls keine Wahlprogramme vorliegen (Bräuninger und Debus 2012: 45).⁹⁶

Des Weiteren weist Abbildung 7 bei den etablierten Parteien teilweise erhebliche Lücken auf. Das betrifft in den westdeutschen Bundesländern in erster Linie die PDS bzw. die Linke, die sich hier erst seit 2007 langsam etablieren kann. Lücken weisen die westdeutschen Bundesländer allerdings auch bei der FDP und in einzelnen Fällen bei den Grünen auf. Betrachtet man die ostdeutschen Bundesländer, ergibt sich ein umgekehrtes Bild; die PDS/Linke ist in Ostdeutschland in jedem Landtag vertreten und hat, abgesehen von der Landtagswahl 1990 in Sachsen-Anhalt, auch immer ein Wahlprogramm vorgelegt. Große Lücken weisen die ostdeutschen Bundesländer jedoch bei FDP und Grünen auf. Im Extremfall Mecklenburg-Vorpommern waren die Grünen sogar in keinem einzigen Landtag im Untersuchungszeitraum vertreten. Lediglich auf Bundesebene sind die fünf etablierten Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne und PDS/Linke) im gesamten Untersuchungszeitraum durchgehend im Parlament vertreten und haben auch für jede Wahl ein Wahlprogramm veröffentlicht. Um eine möglichst vollständige Zeitreihe und einen zwischen den einzelnen Bundesländern vergleichbaren Datensatz zu erhalten, wird die folgende Analyse daher auf CDU und SPD, die einzigen Parteien, die in jedem untersuchten Bundesland und im Bund regelmäßig im Parlament vertreten waren, beschränkt.⁹⁷

Auf Basis der Verschlüsselung der vorliegenden Wahlprogramme werden nun die politikfeldspezifischen Salienzen von CDU und SPD berechnet. Tabelle 9 zeigt, dass sich die Salienzen zwischen den Politikfeldern stark unterscheiden. Die Unterschiede zwischen den betrachteten Parteien sind hingegen deutlich geringer. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass die starke Aggregation über die Zeit und über die Ebenen (Bund und Länder wurden

⁹⁵ Neben dem bereits erwähnten fehlenden Wahlprogramm der DVU 1992 in Schleswig-Holstein betrifft dies: die Statt.Partei in Hamburg 1993, die Republikaner 1996 in Baden-Württemberg, die DVU 1999 in Brandenburg, die DVU in Bremen 1991, 1999, 2003 und 2007, die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) in Bremen 2007, die NPD in Sachsen 2004 und die NPD in Sachsen-Anhalt 1998.

⁹⁶ Bräuninger/Debus (2012: 223) haben sich im Fall der PDS in Sachsen-Anhalt dafür entschieden, ein auf dem Landesparteitag vorgetragenes Referat als Wahlprogramm zu verwenden. Da es sich um das Referat einer Einzelperson handelt, ist jedoch der Anspruch der allgemeinen Gültigkeit des Wahlprogramms durch die Aushandlung zwischen verschiedenen innerparteilichen Gruppen nicht gegeben, sodass die PDS in Sachsen-Anhalt im Jahr 1990 nicht in die vorliegende Analyse eingeht.

⁹⁷ Die Ermittlung der Politikpositionen mit wordfish erfolgte dennoch für alle in den Parlamenten vertretenen Parteien, für die Wahlprogramme vorliegen, da nur so gewährleistet werden kann, dass alle relevanten Positionen und die individuellen Wettbewerbsbedingungen, mit denen die Parteien in verschiedenen Bundesländern konfrontiert werden, angemessen berücksichtigt werden.

zusammengefasst) zu einer Verschleierung relevanter Unterschiede führen kann. Eine genauere Betrachtung der Salienzen erfolgt daher in Kapitel 5.1.

Tabelle 9: Salienzen der Bundes- und Landesverbände von CDU und SPD 1990 bis 2010

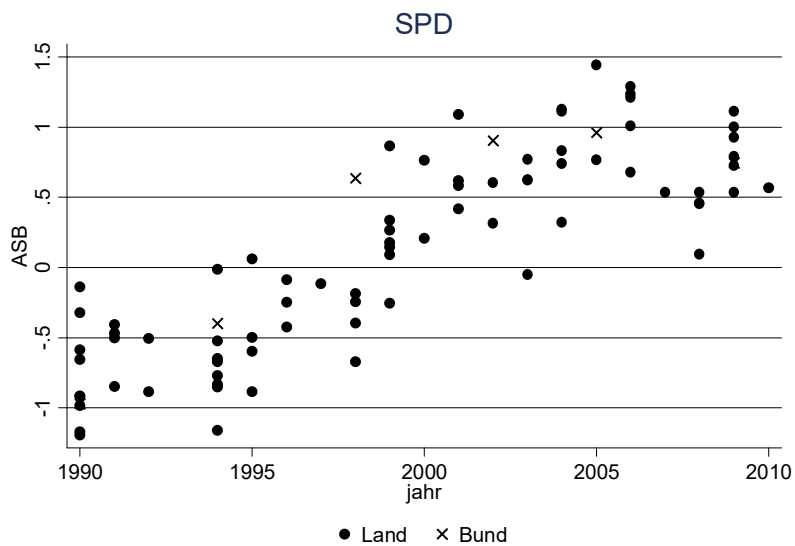
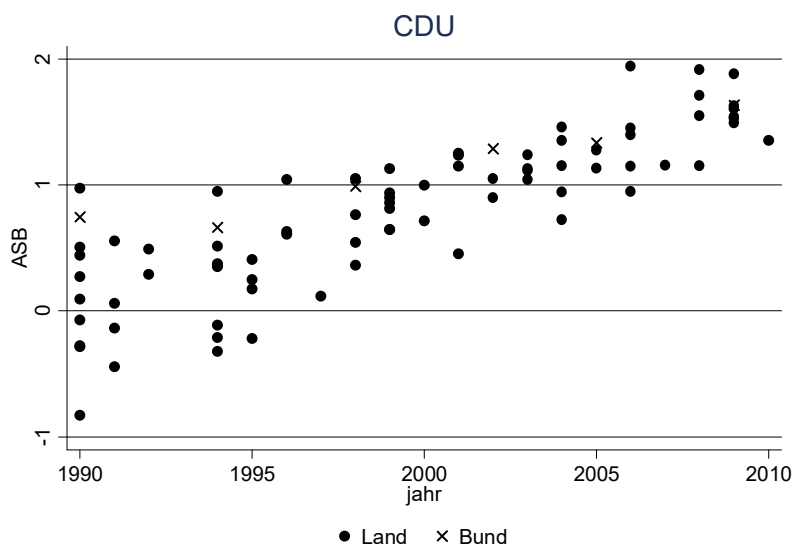
Politikfeld	CDU	SPD
Arbeit/Soziales/Bau (ASB)	24,7	28,8
Außen/Sicherheit/Europa (ASE)	4,3	3,5
Kultus	20,4	20,7
Recht	15,4	12,9
Wirtschaft/Umwelt/Landwirtschaft/Finanzen (WULF)	35,1	34,0
Gesamt	99,9	99,9

Angegeben sind die durchschnittlichen Textanteile der Wahlprogramme, die sich mit dem jeweiligen Politikbereich beschäftigen. Abweichung von 100 beruht auf Rundungsungenauigkeiten.

Quelle: Eigene Berechnung.

Die Abbildungen 8 und 9 bilden die Politikpositionen im Zeitverlauf nach Politikfeldern und Parteien getrennt ab. Zusätzlich zu den Politikpositionen der Landesparteien werden hier auch die Positionen der jeweiligen Bundespartei, gekennzeichnet durch x, dargestellt. Bei der vergleichenden Betrachtung der Abbildungen 8 und 9 ist darauf zu achten, dass Vergleiche zwischen den Positionen, aufgrund der getrennten Schätzung der Positionen für die verschiedenen Politikfelder, nur innerhalb eines Politikfeldes zulässig sind. Zwischen den verschiedenen Politikfeldern lässt sich lediglich die ordinale Anordnung der Parteien vergleichen.

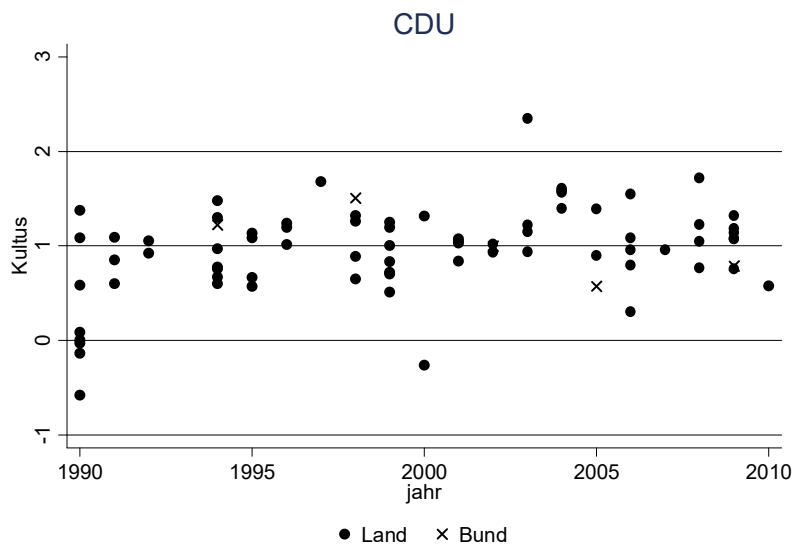
Abbildung 8: Positionen von CDU und SPD im Politikfeld ASB, 1990-2010

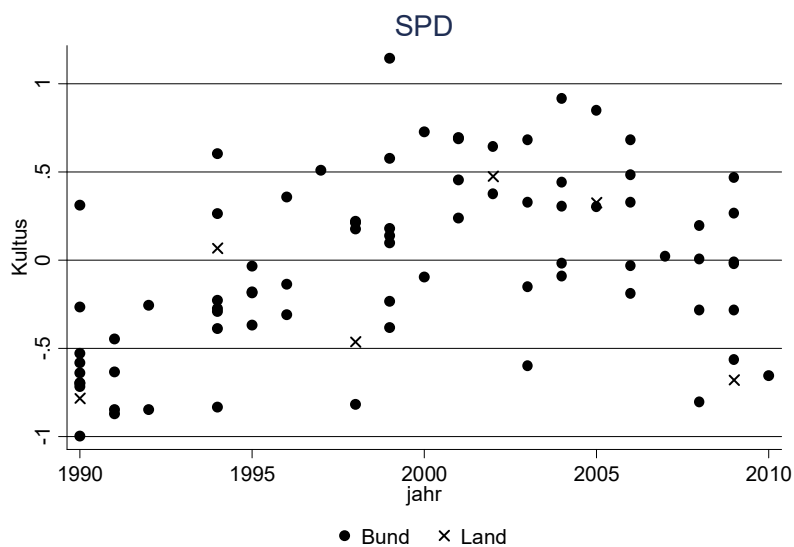


Quelle: Eigene Darstellung.

Für das Politikfeld ASB zeigt sich bei beiden Parteien sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene im Zeitverlauf ein Trend hin zu konservativeren Positionen. So vertritt die Bundespartei der SPD im Jahr 2009 eine ähnliche Position wie sie die Bundes-CDU im Jahr 1990 vertreten hat. Während in der Mitte des Untersuchungszeitraums eine Annäherung zwischen CDU und SPD stattgefunden hat, scheinen sich die Positionen in der Legislaturperiode ab 2009 wieder voneinander zu entfernen. Neben der Verschiebung der Positionen nach rechts kann man bei der CDU im Politikfeld ASB im Zeitverlauf auch eine Abnahme der Streuung der Positionen der Landesparteien um die jeweilige Position der Bundespartei, also eine Homogenisierung der Politikpositionen und somit eine tendenziell abnehmende Regionalisierung, erkennen. Allerdings waren die Politikpositionen der CDU im Politikfeld ASB zu Beginn des Untersuchungszeitraumes auch deutlich heterogener als die der SPD, sodass die beschriebene Homogenisierung letztlich zu einer Angleichung der Streuung der Positionen von CDU und SPD geführt hat.

Abbildung 9: Positionen von CDU und SPD im Politikfeld Kultus, 1990-2010





Quelle: Eigene Darstellung.

Im Politikfeld Kultus zeigt Abbildung 9 zwar auch Positionsveränderungen im Zeitverlauf, jedoch ist ein Richtungstrend wie im Politikfeld ASB hier nicht erkennbar. Zumindest bei den Kultuspositionen der Bundesparteien zeigt sich hingegen eine Zick-Zack-Bewegung, durch die die Positionen der Parteien immer in einem gewissen Bereich schwanken. Eine zu- oder abnehmende Heterogenität der Parteipositionen der Landesparteien ist im Politikfeld Kultus grundsätzlich nicht zu erkennen, lediglich im Jahr 1990 weisen die Landesverbände der CDU eine deutlich größere Streuung der Positionen auf als in den übrigen Jahren.

4.1.5. Reliabilität und Validität

Die für die Inhaltsanalyse maßgeblichen Qualitätskriterien Validität und Reliabilität, die Aussagen über Gültigkeit und Zuverlässigkeit der inhaltsanalytischen Messung treffen, wurden bereits in Kapitel 4.1.1 erläutert. Zu prüfen ist nun die Validität und Reliabilität der oben beschriebenen Messung von Politikpositionen und Salienzen, die auf einer Kombination von manueller Kodierung und computergestützter Schätzung basiert.

Zur Überprüfung der Validität einer Positionsbestimmung werden häufig die Ergebnisse verschiedener Methoden miteinander verglichen. Beispielsweise vergleichen Benoit und

Laver (2007a) die Ergebnisse ihre Expertenbefragung mit den Ergebnissen der CMP-Verschlüsselung. Pennings (2011) wiederum entwickelt ein auf den CMP-Kategorien basierendes Wörterbuch und eine dazugehörige Software für eine Computeranalyse und vergleicht die manuelle CMP-Kodierung mit der automatischen Zuweisung von Kategorien auf Basis seines Wörterbuches. Auch für die in dieser Arbeit verwendeten Politikpositionen wurden soweit möglich verschiedene Validitätstests durch Vergleiche mit Politikpositionen und Salienzen, die für die gleichen Parteien und ähnliche Politikfelder, aber auf andere Art und Weise gewonnen wurden, durchgeführt. Die hier vorgestellten Schätzungen der Politikpositionen auf Bundesebene können mit auf der CMP-Verschlüsselung basierenden Politikpositionen sowie mit den ebenfalls mit wordfish berechneten Politikpositionen von Slapin und Proksch (2009) verglichen werden. Die Korrelationen zwischen diesen auf verschiedene Weise ermittelten Politikpositionen schwanken zwar je nach Politikfeld, bestätigen insgesamt jedoch die Validität der gemessenen Politikpositionen (Pappi und Seher 2009: 416, Pappi, et al. 2011: 16ff.).

Auch ein Vergleich der auf Basis der Überschriftencodierung mittels Textlänge ermittelten Salienzen mit auf der CMP-Kodierung basierenden Salienzen (Linhart und Shikano 2007, Pappi, et al. 2008) zeigt mit Ausnahme des Politikbereichs Inneres und Recht eine hohe, mit Blick auf den stark aggregierten Politikbereich Wirtschaft, Arbeit und Soziales⁹⁸ sowie den Politikbereich Kultus sogar eine sehr hohe, Übereinstimmung (Pappi und Seher 2009). Darüber hinaus wurden Salienzen auf Basis der CMP-Kodierung, auf Basis einer Befragung von Fraktions- und Landesvorständen der Landtagsparteien (vgl. Linhart und Windwehr 2012) und auf Basis der Überschriftenverschlüsselung über alle Politikfelder für die Landesparteien nach Parteien getrennt verglichen (Pappi, et al. 2013). Dabei zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen den auf Basis der Wahlprogramme ermittelten Salienzen höher ist, als der Zusammenhang mit den Salienzen aus der Politikerbefragung, obwohl die CMP-Salienzen für die Bundesebene ermittelt wurden. Dieses Ergebnis legt die Vermutung nahe, dass Politiker bei Befragungen verstärkt auf die mit den einzelnen Ministerien verbundenen Machtressourcen achten, wohingegen bei Wahlprogrammen auf die Möglichkeiten der konkreten inhaltlichen und öffentlichkeitswirksamen Politikgestaltung geachtet wird (Pappi, et al. 2013). Abschließend kann daher festgehalten werden, dass die hier ermittelten Salienzen eine gültige Messung der Salienzen, die durch die Wahlprogramme vermittelt werden, darstellen.

⁹⁸ Die Aggregation zu diesem breiten Politikbereich wurde aufgrund der Dominanz wirtschaftlicher Kategorien im CMP-Verschlüsselungsschema vorgenommen.

Neben den beschriebenen Vergleichen mit bereits bestehenden Messungen von Politikpositionen und Salienzen der deutschen Parteien kann auch die Angemessenheit der manuellen Überschriftenverschlüsselung einem ersten Test unterzogen werden, indem verglichen wird, aus welchen CMP-Kategorien sich die anhand der Überschriftenverschlüsselung verschiedenen Politikdimensionen zugewiesenen Textabschnitte zusammensetzen. Dies wurde durch einen Vergleich mit der CMP-Verschlüsselung der Bundestagswahl 2009, die im Auftrag des Comparative Manifesto Projects von der Autorin durchgeführt wurde, umgesetzt. Berücksichtigt man bei diesem Vergleich Unschärfen, die den unterschiedlichen Verschlüsselungseinheiten (Quasi-Sätze vs. Kapitel), Unklarheiten bei der Kategorienbildung sowie der mangelnde Abdeckung mancher Politikbereiche durch das CMP-Schema zuzuschreiben sind, können die Ergebnisse als Bestätigung der manuellen Verschlüsselung von Kapiteln gesehen werden (Pappi, et al. 2011: 15f.). Der Großteil der Quasi-Sätze in den politikfeldspezifischen Textdokumenten wurde auch auf Basis der CMP-Verschlüsselung diesen Politikfeldern zugewiesen (Pappi, et al. 2011: 16).⁹⁹ Das bestätigt die oben getroffene Annahme, dass Überschriften in Wahlprogrammen ausreichende Hinweise auf das Politikfeld, mit dem sich der auf die Überschrift folgende Text befasst, enthalten. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Auszählung der Schlagworte, die bei der Überschriftenverschlüsselung zur Charakterisierung der Politikbereiche im Verschlüsselungsschema angegeben sind (vgl. Tabelle 1 im Anhang), in den kodierten Textabschnitten. Diese hat ergeben, dass diese Worte in den dem jeweiligen Politikbereich zugewiesenen Textabschnitten eine hohe Konzentration aufweisen (vgl. Pappi, et al. 2013).

Bei der Reliabilität der Messung geht es bei der hier vorgestellten Methode zur Schätzung von Politikpositionen und Salienzen lediglich um die Reliabilität der manuellen Überschriftenverschlüsselung, da die Analyse mit wordfish durch einen Computeralgorithmus erfolgt und daher zu 100% reliabel ist. Zur Überprüfung der Intercoderreliabilität der manuellen Verschlüsselung der Überschriften wurden die Wahlprogramme der CDU zur hessischen Landtagswahl im Jahr 2003 und der hessischen SPD zur Landtagswahl 2008 durch alle sieben Kodierer, die am Projekt beteiligt waren, verschlüsselt. Das bedeutet, dass insgesamt 232 Analyseeinheiten von allen sieben Kodierern verschlüsselt wurden und somit die Übereinstimmung zwischen den Kodierern als Maß für die Intercoderreliabilität bestimmt

⁹⁹ Eine Ausnahme bildet das Politikfeld Kultus, in dem nur 46% der Quasi-Sätze auch anhand der Überschriftenverschlüsselung dem Politikfeld Kultus zugeordnet werden. Die Erklärung für diesen relativ geringen Anteil liegt im Aufbau des CMP-Schemas begründet, das für die nationale Ebene entworfen wurde und nur drei Kategorien für den Bereich Kultus vorsieht.

werden kann. Der Reliabilitätskoeffizient von Holsti (1969) gibt den Durchschnitt der paarweisen Übereinstimmungen aller Kodierer an. Er beträgt für die oben genannten Wahlprogramme ca. 89%. Das ist ein zufriedenstellendes Ergebnis, da auch die einzelnen Werte des paarweisen Vergleichs eine sehr gute Übereinstimmung zwischen 85 und 99% ergeben, sodass die InterCODERreliabilität insgesamt zufriedenstellend ist und es keine deutlich abweichenden Kodierer gibt (Pappi, et al. 2011, Pappi und Seher 2014).

Ebenso wie einzelne Kodierer besonders hohe oder besonders niedrige Übereinstimmungswerte aufweisen können, kann die Übereinstimmung der Verschlüsselung auch zwischen den Politikfeldern variieren. Im Fall der hier betrachteten Politikfelder Kultus und ASB stellt sich die Frage, ob das Politikfeld ASB, das durch die Zusammensetzung aus drei verschiedenen Politikbereichen (Arbeit, Soziales und Bau) und durch die Überschneidungen mit dem Politikbereich Wirtschaft deutlich komplexer ist als das Politikfeld Kultus, bei der Verschlüsselung besonders problematisch ist. Zur Beantwortung dieser Frage wurden Reliabilitätskoeffizienten nach Holsti für die Politikfelder Kultus und ASB getrennt berechnet. Die Ergebnisse zeigen, dass Kultus ein klar abgegrenztes Politikfeld ist, das auch in der Verschlüsselung kaum Probleme bereitet (Reliabilitätskoeffizient über 90%), wohingegen ASB mit knapp 80% zwar immer noch ein zufriedenstellendes Ergebnis liefert, jedoch, wie erwartet, deutlich schwieriger zu verschlüsseln ist. Alle Reliabilitätskoeffizienten bestätigen jedoch die Reliabilität der angewendeten Überschriftenverschlüsselung und weisen nicht auf entscheidende Unterschiede zwischen den Kodierern hin.

4.2. Untersuchungsplan

Zur Erklärung der Politikpositionen deutscher Landesparteien unter Berücksichtigung der Politikpositionen der jeweiligen Bundespartei und des jeweiligen regionalen Kontextes wird ein zweistufiges Vorgehen gewählt. Zunächst werden die mit wordfish geschätzten Politikpositionen der Landes- und Bundesparteien vorgestellt und deskriptiv analysiert. Im zweiten Teil folgt die Überprüfung der in Kapitel 3 aufgestellten Hypothesen zur Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien.

Die deskriptive Analyse dient zum einen dazu, sich mit dem Datensatz vertraut zu machen und zum anderen der Überprüfung der dieser Arbeit zugrundeliegenden Annahmen, dass sich die Politikpositionen der Landesparteien in Deutschland von der Position der zugehörigen

Bundespartei sowie zwischen den Landesverbänden einer Partei in den Politikfeldern Arbeit, Soziales und Bau sowie Kultus unterscheiden. Unterschieden sich die Positionen nicht, wäre dieser Arbeit der Untersuchungsgegenstand entzogen. Über die Deskription der abhängigen Variablen hinaus ist auch eine deskriptive Auseinandersetzung mit dem gesamten Datensatz erforderlich, um mögliche Fallstricke der empirischen Analyse zu erkennen und einen Überblick über die zu analysierenden Daten zu erhalten, der für das Verständnis und die Beurteilung der Analyse zur Hypothesenprüfung unerlässlich ist. Dafür werden sowohl die Politikpositionen der Landes- und Bundesparteien in den für die Analyse ausgewählten Politikfeldern – Arbeit, Soziales und Bau sowie Kultus – im Zeitraum von 1990 bis 2010 als auch die unabhängigen Variablen und die Kontrollvariablen herangezogen. Für einen ersten Hypothesentest werden bivariate Korrelationen zwischen den Politikpositionen und der jeweiligen unabhängigen Variablen durchgeführt. Abschließend gibt eine mehrfaktorielle Varianzanalyse der Politikpositionen der Landesverbände Aufschluss darüber, wie die Varianz der Politikpositionen zwischen den Landesverbänden aufgeteilt ist.

Im zweiten Teil der empirischen Analyse werden die Hypothesen aus Kapitel 3 gemeinsam überprüft, um Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen den Parteipositionen auf Bundes- und Landesebene sowie den Einfluss subnationaler Kontext- und Individualfaktoren zu gewinnen. Bevor diese Analyse durchgeführt werden kann, muss festgelegt werden, welches Modell für diese Art von Analyse geeignet ist, welche Probleme auftreten und wie diese gelöst werden können. Es muss folglich zunächst die Methode der empirischen Analyse ausgewählt werden. Die Auswahl der Methode unter Berücksichtigung der Besonderheiten des spezifischen Datensatzes und der potentiellen Probleme ist Gegenstand dieses Kapitels.

4.2.1. Fehlende Werte

Ein Vergleich der Parteipositionen zwischen den Ländern erscheint auf Basis der vorliegenden Daten zunächst problematisch, da die Parteipositionen für die Landesparteien nicht für den gleichen Zeitpunkt, sondern zur jeweiligen Landtagswahl vorliegen und es dadurch zu einer Verzerrung der Ergebnisse kommen kann. Eine Möglichkeit für jedes Jahr im Untersuchungszeitraum einen Messwert und somit eine vollständige Zeitreihe mit Positionen für alle Landesparteien in jedem Jahr zu erhalten ist die Interpolation der Parteipositionen, indem beispielsweise eine lineare Entwicklung der Position zwischen zwei Wahlen angenommen wird und somit Positionen für Jahre, in denen keine Landtagswahl

stattfind, angegeben werden können.¹⁰⁰ Der Interpolation von Parteipositionen liegen sehr starke Annahmen über die Entwicklung von Politikpositionen zugrunde; so geht man bei der linearen Interpolation davon aus, dass sich die Parteipositionen von einer Wahl zur nächsten Wahl stetig und gleichmäßig verändern. Die Verwendung von Wahlprogrammen als Grundlage zur Positionsbestimmung ist mit dieser Annahme nur schwer zu vereinen, da Wahlprogramme ausgewählt wurden, weil sie als bewusste Positionsfestlegung der gesamten Partei verstanden werden. Interpoliert man die Politikpositionen zwischen den Wahlen nun, simuliert man hingegen Parteientscheidungen, die nicht getroffen wurden.

Bei der Verwendung von Wahlprogrammen zur Positionsbestimmung geht man jedoch davon aus, dass durch das Wahlprogramm eine Position festgelegt wird, die bis zur nächsten tatsächlichen Entscheidung, also in der Regel dem Erstellen des nächsten Wahlprogrammes, Bestand hat.¹⁰¹ Aufgrund der Bedenken bezüglich der Annahme einer stetigen Positionsveränderung und dem Widerspruch dieser Annahme zur Auswahl von Wahlprogrammen als explizite Positionsentscheidung von Parteien wird keine Interpolation der Politikpositionen für die Jahre ohne Landtagswahl in den einzelnen Ländern durchgeführt. Gleichzeitig kann aber auch nicht für jedes Jahr eine Messung angenommen werden und die immer gleiche Position des letzten Landtagswahlprogrammes als neues Messergebnis verbucht werden, da dies einer ungerechtfertigten Vervielfachung der Fallzahl entspräche. Die Aufnahme wiederholter Messungen ist nur dann zulässig, wenn es zwischen den Zeitpunkten Veränderungen in den Messergebnissen und den untersuchten Zusammenhängen gibt, da es sich sonst lediglich um eine Vervielfältigung der gleichen Beobachtung handelt (Wilson und Butler 2007: 108).

¹⁰⁰ Durchgeführt wurde dies beispielsweise von Kim/Fording (1998: 80) (2003: 99), um Vergleiche zwischen Ländern zu erleichtern, wenn die Wahlen nicht im selben Jahr stattfinden. Auch König und Luig (2012) weisen auf das Problem fehlender Werte für Jahre, in denen keine Wahl bzw. keine Expertenbefragung zu Politikpositionen stattfand, hin und schlagen für Untersuchungen zum legislativen Entscheidungsprozess in der EU eine Verbindung der Parteipositionen mit der legislativen Agenda der EU-Kommission vor.

¹⁰¹ Selbstverständlich können Positionsveränderungen, beispielsweise aufgrund exogener Schocks, auch während der Legislaturperiode auftreten und durch Parteitagsbeschlüsse festgestellt werden. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist die Position der CDU auf Bundesebene zum Atomausstieg. Nach dem Unfall im Kernkraftwerk von Fukushima in Japan im Frühjahr 2011 beschloss die CDU auf ihrem Bundesparteitag im November 2011 in Leipzig den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2020 (Beschluss C 106). Dieser Beschluss ist selbstverständlich nur ein Zeichen der Akzeptanz der Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, dennoch kann man an diesem Beispiel sehen, dass sich die Position der CDU im Vergleich zur Position, die im Wahlprogramm von 2009 ausgedrückt wurde, verändert hat. Die Veränderung erfolgte allerdings nicht graduell wie bei der Interpolation angenommen würde, sondern plötzlich aufgrund eines exogenen Schocks. Jedoch würde man bei der Interpolation der Positionen davon ausgehen, dass sich die Position der CDU bereits 2010 in diese Richtung bewegt hat, was allerdings nicht zu erkennen war. Erst das Unglück von Fukushima hat zu diesem Sinneswandel in der CDU geführt. In diesem konkreten Fall wäre eine Interpolation der Positionen folglich unangebracht.

Das Problem der fehlenden Werte wird daher, basierend auf der Annahme, dass die in den Wahlprogrammen festgelegten Parteipositionen in der Regel bis zur Erstellung eines neuen Wahlprogrammes Bestand haben, auf andere Art und Weise behandelt. Ziel ist es, die Landtagswahlen in Perioden zusammenzufassen, sodass möglichst viele Landtagswahlen in einer Periode stattgefunden haben, es gleichzeitig aber nicht zu einer Dopplung von Wahlen eines Bundeslandes in der Periode kommt. Neben diesen eher methodisch begründeten Anforderungen, die weiter unten noch ausführlicher erläutert und begründet werden, soll die Periodeneinteilung auch für Kontextbedingungen stehen, die für die Positionsbildung der Landesparteien bedeutend sind und innerhalb der Periode konstant und für alle Bundesländer gleich sind. Demzufolge müssen die Kriterien der Periodeneinteilung auf nationaler Ebene liegen.

Im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010 kommen beispielsweise die Zusammensetzung der Bundesregierung, die Periode vor und nach der Verabschiedung der Föderalismusreform und die Legislaturperioden des Bundestages als Periodeneinteilung in Betracht. Die parteipolitische Zusammensetzung der Bundesregierung gibt den politischen Kontext, in dem eine Landtagswahl stattfindet, vor, darüber hinaus kann sie Einfluss auf die Wahlchancen der Landesparteien und die Bedingungen der Regierungsbildung in den Ländern haben, sodass durchaus von einem prägenden Einfluss auf die Positionsbildung der Landesparteien ausgegangen werden kann. Das gleiche gilt für die Föderalismusreform, die durch die Veränderung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern auch die Themen, mit denen sich die Landesparteien auseinandersetzen müssen, teilweise verändert hat. Beide Periodeneinteilungen sind hier dennoch nicht angebracht, da es innerhalb der so eingeteilten Perioden in vielen Bundesländern mehrere Wahlen gibt und sie somit die beschriebenen methodischen Anforderungen an die Periodeneinteilung nicht erfüllen. Die Einteilung in Bundeslegislaturperioden folgt ähnlichen inhaltlichen Überlegungen wie die Einteilung nach der Zusammensetzung der Bundesregierung, da davon ausgegangen wird, dass der politische Rahmen innerhalb einer Bundeslegislaturperiode, insbesondere wenn sich die Zusammensetzung der Bundesregierung nicht verändert, konstant ist. Im Untersuchungszeitraum kam es nie zu einer Änderung der Zusammensetzung der Bundesregierung innerhalb einer Bundeslegislaturperiode. Eine bedeutende unabhängige Variable in der vorliegenden Untersuchung ist die Politikposition der Bundespartei, die durch Verabschiedung eines Bundestagswahlprogrammes festgelegt wird und folglich bis zur Verabschiedung des folgenden Wahlprogrammes konstant bleibt bzw. wie oben ausführlich

dargelegt wurde zumindest als konstant angenommen wird. Da eine Legislaturperiode in Deutschland im Regelfall vier Jahre beträgt, auf keinen Fall aber länger andauert, ist die Gefahr von mehreren Wahlen in einem Bundesland während einer Bundeslegislaturperiode relativ gering und auf Fälle vorgezogener Neuwahlen in den Bundesländern begrenzt. Mit diesen Einzelfällen muss dennoch in angemessener Weise verfahren werden, um einen Verlust der Daten nach Möglichkeit zu verhindern.

Zunächst muss jedoch die genaue zeitliche Eingrenzung einer Bundeslegislaturperiode (BLEG) festgelegt werden. Dabei sind verschiedene Varianten denkbar. Wichtig dabei ist, dass keine Zeiträume entstehen, die keiner Bundeslegislaturperiode zugewiesen werden können, wie es beispielsweise der Fall wäre, wenn man die erste Zusammenkunft des Bundestags als Start- und die letzte Zusammenkunft des Bundestages als Enddatum betrachten würde. Als Startzeitpunkte kommen die bereits erwähnte erste Zusammenkunft des Bundestags nach einer Wahl, der Tag der Bundestagswahl oder der Tag der Positionsfestlegung bzw. der Beginn der Positionsdiskussion innerhalb der Bundespartei in Betracht. Im Sinne der hier verfolgten Argumentation, dass die Landesparteien sich bei der Gestaltung ihrer Positionen an der aktuellen Position der Bundespartei orientieren und sich dabei im Jahr der Bundestagswahl eher an der aktuellen Programmdebatte bzw. dem diskutierten vorläufigen oder schon beschlossenen Bundestagswahlprogramm orientieren als am bereits drei bis vier Jahre alten Programm der Bundespartei wird als Beginn einer Bundeslegislaturperiode der Beginn der Programmdiskussion in der Bundespartei festgelegt.

Da der Zeitpunkt des Beginns der Programmdiskussion bzw. -entwicklung jedoch nicht genau festzustellen ist und sich darüber hinaus zwischen den Parteien unterscheidet, wird hier eine Hilfsannahme getroffen, die besagt, dass die Programmdiskussion und damit auch die Bekanntheit der Positionen, mit denen sich die Bundesparteien zur Wahl stellen, am 1. Januar des Bundestagswahljahrs beginnt und folglich am 31. Dezember des Jahres vor der nächsten Bundestagswahl wieder endet (Seher und Pappi 2011: 7). Fraglich ist diese Vorgehensweise für die vorgezogene Bundestagswahl im Jahr 2005, da der Beschluss für eine vorgezogene Neuwahl erst nach den beiden Landtagswahlen im Jahr 2005 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein getroffen wurde. Basierend auf der Argumentation des bundespolitischen Orientierungspunktes beginnt diese Bundeslegislaturperiode daher ausnahmsweise erst im Mai 2005. Daraus ergeben sich für den Untersuchungszeitraum sechs Bundeslegislaturperioden mit folgender Start- und Endpunkten 01.01.1990 – 31.12.1993,

01.01.1994 – 31.12.1997, 01.01.1998 – 31.12.2001, 01.01.2002 – 22.05.2005, 23.05.2005 – 31.12.2008, 01.01.2009 – 31.12.2010.

Tabelle 10 zeigt die Einteilung in die genannten sechs Bundeslegislaturperioden (BLEG) und die Zahl der innerhalb der jeweiligen Bundeslegislaturperioden durchgeführten Landtagswahlen pro Bundesland und insgesamt sowie die Anzahl der insgesamt berücksichtigten Landtagswahlen ebenfalls pro Bundesland und insgesamt.

Tabelle 10: Zuteilung der Landtagswahlen zu Bundeslegislaturperioden¹⁰²

Land/BLEG	1	2	3	4	5	6	Summe
BB	1	1	1	1	0	1	5
BE	1	1	2 (1)	0 (1)	1	0	5
BW	1	1	1	0	1	0	4
BY	1	1	1	1	1	0	5
HB	1	1	1	1	1	0	5
HE	1	1	1	1	1	1	6
HH	2 (1)	1	1	1	1	0	6 (5)
MV	1	1	1	1	1	0	5
NI	1	1	1	1	1	0	5
NW	1	1	1	1	0	1	5
RP	1	1	1	0	1	0	4
SH	1	1	1	1	0	1	5
SL	1	1	1	1	0	1	5
SN	1	1	1	1	0	1	5
ST	1	1	1	1	1	0	5
TH	1	1	1	1	0	1	5
Summe	17 (16)	16	17 (16)	13 (14)	10	7	80 (79) ¹⁰³

Quelle: Eigene Darstellung.

¹⁰² In der ersten hier betrachteten Bundeslegislaturperiode kam es in Hamburg aufgrund von Wahlrechtsverstößen bei der vorherigen Wahl zu vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 1993. In Berlin fand 2001 in Folge der Bankenaffäre eine vorgezogene Neuwahl statt. Die genannten vorgezogenen Neuwahlen führen dazu, dass in einer Bundeslegislaturperiode in einem Bundesland zwei Wahlen stattgefunden haben. Dies ist aus methodischen Gründen (s.u.) jedoch nicht zulässig, folglich muss eine Lösung für diese beiden Fälle gefunden werden. Zwar kam es im Untersuchungszeitraum auch in anderen Bundesländern zu vorgezogenen Neuwahlen, diese fanden allerdings jeweils in einer anderen Bundeslegislaturperiode als die vorangegangenen und die nachfolgenden Landtagswahlen statt und müssen hier daher nicht gesondert betrachtet werden. Im Falle Berlins scheint es aufgrund der relativ späten Wahl des Abgeordnetenhauses am 21.10.2001 vertretbar, diese Wahl bereits der darauffolgenden Bundeslegislaturperiode zuzuordnen. Die gleiche Argumentation könnte auch für die Wahl der Bürgerschaft in Hamburg 1993 gelten, jedoch ist eine Verschiebung hier nicht sinnvoll, da auch in der darauffolgenden Bundeslegislaturperiode eine Wahl in Hamburg stattfand und das Problem durch die Verschiebung folglich nicht gelöst werden kann. Es wird daher nur die reguläre Wahl von 1991 in die Untersuchung aufgenommen und auf die zusätzlichen Informationen aus dem Wahljahr 1993 verzichtet. Die letzte Bundeslegislaturperiode endet hier mit dem Untersuchungszeitraum, da in der Wahlprogrammmananalyse nur Landtagswahlen bis Ende 2010 berücksichtigt wurden. Die letzte berücksichtigte Landtagswahl ist somit die Wahl in Nordrhein-Westfalen am 09.05.2010.

¹⁰³ Tatsächlich werden in den folgenden Berechnungen nur 79 Landtagswahlen berücksichtigt, da die vorgezogene Neuwahl in Hamburg im Jahr 1993 aus der Analyse ausgeschlossen wird. In Klammern ist bei Abweichungen die der Analyse zugrundeliegende Zuteilung angegeben.

4.2.2. Abhängige Variable

Im nächsten Schritt soll das statistische Modell zur Überprüfung der in Kapitel 3 aufgestellten Hypothesen entwickelt werden. Der vorliegende Datensatz weist eine Panelstruktur auf, das heißt es werden mehrere Individuen/Fälle, in diesem Fall Landesparteien, zu mehreren Zeitpunkten, hier Bundeslegislaturperioden, beobachtet.¹⁰⁴ Als Analyseverfahren für die Datenstruktur bieten sich dementsprechend Panelanalysen an. Während Stimson (Stimson 1985: 914) vor knapp 30 Jahren noch zu dem Schluss kam, dass die gleichzeitige Analyse von Daten über Zeit und Raum in den Politikwissenschaften eine Ausnahme ist, zeigt Beck (Beck 2001a: 98) die außerordentlich große Zunahme von Artikeln, die Time-Series-Cross-Section-Daten (TSCS-Daten) verwenden. Diese Datenstruktur im allgemeinen und die Besonderheiten des vorliegenden Datensatzes im Besonderen bringen einige Probleme bei der Analyse mit sich, da einfache Verfahren wie die lineare Regression aufgrund von Verstößen gegen die Modellannahmen als Analyseverfahren zunächst ausscheiden.

Abhängige Variablen in dieser Untersuchung sind sowohl die Politikfeldsalienzen als auch die Politikpositionen der Landesparteien. Die Politikposition der Landesparteien, liegen für das Politikfeld ASB und das Politikfeld Kultus vor. Es handelt sich hierbei um zwei getrennte Datensätze, da die Parteipositionen für die einzelnen Politikfelder, mit der oben beschriebenen Prozedur durch wordfish in nach Politikfeldern getrennten und voneinander unabhängigen Schätzungen gewonnen wurden. Daraus folgt, dass die Politikpositionen in unterschiedlichen Politikfeldern nicht auf der gleichen Skala abgebildet werden und die Politikpositionen zwischen den Politikfeldern folglich nicht direkt vergleichbar sind.¹⁰⁵ Letztlich liegen damit zwei abhängige Variablen vor, die intervallskalierten Politikpositionen im Politikfeld Arbeit, Soziales und Bau sowie die intervallskalierten Politikpositionen im Politikfeld Kultus. Da die Politikpositionen der Parteien bezüglich der beiden verschiedenen Politikfelder nicht vergleichbar sind, folgt für die Analyse, dass sie getrennt nach den Politikfeldern durchgeführt werden muss.

¹⁰⁴ In der Literatur wird auch die Bezeichnung Time-Series-Cross-Section häufig verwendet. Zu einer möglichen Abgrenzung dieser Bezeichnungen (Beck 2001b: 273, Tiemann 2009: 216). Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe jedoch synonym verwendet. Gemeint ist also ein Datensatz, der wiederholte Messungen der Politikpositionen der deutschen Landesparteien enthält. Das bedeutet, es handelt sich bei den Untersuchungseinheiten nicht um eine zufällige Stichprobe. Der vorliegende Datensatz erfüllt weder die Bedingung von Messungen zu sehr vielen Zeitpunkten, noch die Messung sehr vieler Einheiten, sodass er weder eindeutig den Paneldaten noch den Time-Series-Cross-Section-Daten zugeordnet werden kann (Beck 2001: 274).

¹⁰⁵ Mit Hilfe der Varianzanalyse ist es möglich, im deskriptiven Teil der Analyse dennoch eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Politikpositionen in den beiden Politikfeldern herzustellen, da die Politikpositionen von wordfish auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 normiert sind.

4.2.3. Probleme bei der Analyse von Time-Series-Cross-Section-Daten

Durch die Komplexität eines Paneldatensatzes können verschiedenste Probleme bei der Analyse auftreten. Diese sollen in den folgenden Abschnitten besprochen und für den dieser Arbeit zu Grunde liegenden Datensatz bestmöglich gelöst werden. Die Annahme der Homogenität der Beobachtungseinheiten bzw. die schwächere Anforderung eines konstanten kausalen Effektes sind Grundvoraussetzung für die Messung kausaler Effekte und somit die Anwendung der Panelanalyse (King, et al. 1994: 91, Kittel 2005: 97). Sie besagt, dass Einheiten mit denselben Werten für die unabhängigen Variablen auch denselben erwarteten Wert für die abhängige Variable haben (King, et al. 1994: 91) beziehungsweise, dass der kausale Effekt der unabhängigen Variablen konstant ist, auch wenn der Wert der abhängigen Variablen nicht gleich ist (King, et al. 1994: 92f.). Eine Gefährdung der Gültigkeit der Annahme der Homogenität der Beobachtungseinheiten beziehungsweise des konstanten kausalen Effektes tritt häufig auf, wenn Daten aus verschiedenen Ländern und über Zeit analysiert werden sollen, da dadurch die Äquivalenz von Messkonzepten und die Anwendung gleicher Messverfahren zwischen Ländern und über die Zeit besonderen Anforderungen ausgesetzt sind (Kittel 2005: 97).

Die Messkonzepte und Messverfahren sind im vorliegenden Fall für alle Bundesländer gleich. Dieses Problem stellt sich eher bei staatenübergreifenden Untersuchungen, wenn gleiche Konzepte in stark verschiedenen Kontexten erhoben werden, wenn also beispielsweise Indikatoren wie die Arbeitslosigkeit in unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Weise erhoben werden oder Fragebögen in unterschiedlichen Sprachen verfasst werden müssen (Van Deth 1998).¹⁰⁶ Auch bei der Messung von Politikpositionen können solche Probleme allerdings auftreten (Tóka 1998). Bei der hier durchgeführten Untersuchung wird diese Problematik jedoch durch die große Ähnlichkeit der Kontexte (Bundesländer) sowie einige Prozeduren, die die verwendeten Texte vereinheitlichen, wie beispielsweise die Entfernung der Namen der Bundesländer oder Bedingungen für die Aufnahme einzelner Worte in die Analyse (vgl. Kapitel 4.1.2), abgeschwächt.

Paneldaten können mit einer einfachen OLS-Regression analysiert werden, wenn die Gauss-Markov-Bedingungen erfüllt sind. Das bedeutet, dass die nicht erklärten Fehler nicht korreliert sind (keine Autokorrelation), einen Erwartungswert von null und die gleiche

¹⁰⁶ Alle abhängigen und unabhängigen Variablen des vorliegenden Datensatzes wurden für alle Bundesländer und alle Zeitpunkte mit den gleichen Messinstrumenten erhoben.

Varianz haben (Homoskedastizität). Die Erfüllung aller drei Bedingungen ist bei der Analyse eines Paneldatensatzes allerdings fraglich, weshalb es zu Fehlern bei der Schätzung der Koeffizienten und Standardfehler kommen kann (Beck und Katz 1995: 636, Kittel 2005: 100). Daher ist es für Panelanalysen unerlässlich, die Erfüllung dieser Bedingungen zu überprüfen bzw. Korrekturmechanismen für die Verletzung der Annahmen in das Modell aufzunehmen. Darüber hinaus geht das einfache Regressionsmodell davon aus, dass die Konstante für alle Beobachtungseinheiten gleich ist. Diese Annahme ist nur erfüllt, wenn die in das Modell aufgenommenen unabhängigen Variablen in der Lage sind, Unterschiede zwischen den Landesparteien zu einem großen Teil zu erklären und wenn außerdem die Konstante über die Zeit gleich bleibt. In den nächsten Abschnitten werden diese Annahmen, potentielle Verstöße und Lösungsmöglichkeiten bei der Analyse von TSCS-Daten besprochen. Zunächst wird dabei die zeitliche und im zweiten Teil die räumliche Dimension betrachtet.

Serielle Autokorrelation tritt auf, wenn die Werte einer Variablen zu einem Zeitpunkt nicht unabhängig vom Wert dieser Variablen zu einem anderen Zeitpunkt sind und daher die Fehler zwischen den Perioden korreliert sind (Beck 2001b: 275). Dies ist folglich ein klassisches Problem von Zeitreihen- und damit auch Panelanalysen. In der Panelanalyse wird insbesondere bei jährlichen Daten oder noch längeren Perioden davon ausgegangen, dass der Prozess, dem Störterme folgen, ein autoregressiver Prozess erster Ordnung ist und folgende Form hat:¹⁰⁷

$$\varepsilon_t = \rho \varepsilon_{t-1} + \mu_{i,t} \quad i=1,\dots,N; t=1,\dots,T$$

Dabei wird von $|\rho| < 1$ ausgegangen, sodass der Prozess im Laufe der Zeit abebbt und irgendwann tatsächlich endet (Kittel 2005: 103). Je größer ρ ist, desto länger beeinflussen Variablenausprägungen aus der vorherigen Periode die Variablenausprägung der nächsten Perioden (Kittel 2005: 103).¹⁰⁸ Zwar werden Koeffizienten trotz serieller Autokorrelation richtig geschätzt, allerdings werden Standardfehler unterschätzt und folglich die Nullhypothese zu leichtfertig abgelehnt (Kittel 2005: 103). Das Vorliegen von serieller Autokorrelation kann anhand verschiedener Tests überprüft werden. Liegt der Betrag von ρ über 0,3, muss dafür kontrolliert werden (Kittel 2005: 103).

¹⁰⁷ Dabei wird angenommen, dass $\mu_{i,t}$ unabhängig, identisch verteilte Zufallsvariablen sind und einen Erwartungswert von 0 haben. Technische Lösungen sind beispielsweise „generalized-least-squares-Verfahren“ wie das Cochrane-Orcutt-Verfahren oder die Prais-Winsten-Transformation (Beck und Katz 1995: 637, Beck 2001b: 274ff., Kittel 2005: 104, Baum 2006: 159).

¹⁰⁸ Hier wird davon ausgegangen, dass ρ für alle Beobachtungseinheiten gleich ist. Es ist aber auch möglich ρ_i zuzulassen (Beck und Katz 1996: 5).

Besser als eine rein technische Lösung ist es, den Effekt theoretisch zu modellieren. Dies kann im vorliegenden Fall beispielsweise durch die Aufnahme der lagged dependent variable, also der zeitverzögerten abhängigen Variable, als unabhängige Variable geschehen (Beck und Katz 1995: 645, Tiemann 2009: 219). Implizit basiert die Aufnahme der lagged-dependent-Variable in das Modell auf der Annahme, dass alle Variablen einen relativ gleich starken zeitverzögerten Effekt haben und die lagged-dependent-Variable somit den durchschnittlichen dynamischen Effekt aller unabhängigen Variablen schätzt (Plümper und Troeger 2009: 266). Die Einbeziehung einer zeitverzögerten abhängigen Variable in das Modell ist allerdings mit einigen Problemen behaftet, die bei der Analyse berücksichtigt werden müssen (Achen 2000, Keele und Kelly 2006, Plümper und Troeger 2009). Zum einen führt die Aufnahme einer zeitverzögerten abhängigen Variable zum Verlust der Daten des ersten Zeitpunktes, zum anderen besteht die Gefahr, dass der Effekt der substantiellen Variablen durch die Aufnahme der lagged-dependent-Variable unterschätzt wird (Achen 2000, Tiemann 2009: 219).

Besondere Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme der lagged-dependent-Variablen treten auf, wenn der Betrag von ρ größer oder gleich 1 ist und somit Nichtstationarität vorliegt. R^2 nimmt in diesem Fall einen sehr hohen Wert an und die Koeffizienten der erklärenden Variablen werden klein und häufig auch statistisch insignifikant. Dies liegt daran, dass die abhängige Variable in dieser Situation fast vollständig durch die lagged-dependent Variable erklärt wird und somit ein hohes R^2 entsteht, gleichzeitig aber die zeitverzögerte abhängige Variable hoch mit den übrigen unabhängigen Variablen korreliert ist und folglich Multikollinearität vorliegt, was sich negativ auf die Schätzung der Koeffizienten der unabhängigen Variablen auswirkt (Kittel 2005: 105). In diesen Fällen, kann die Verwendung eines Modells in Differenzen angezeigt sein (Kittel 2005: 105ff.).

Ein weiteres Problem tritt bei der Berücksichtigung einer lagged-dependent Variablen und der gleichzeitigen Aufnahme von Ländereffekten in das Modell auf. Dies führt bei endlichen Zeitreihen zu einer verzerrten Schätzung (Nickel-Bias). Insbesondere bei kurzen Zeitreihen und großem ρ ist das Ausmaß dieser Verzerrung problematisch. Die Lösung dieses Problems ist die Schätzung eines Modells in Differenzen sowie die Schätzung mit Instrumentenvariablen oder der generalisierten Momentmethode (Kittel 2005: 105), wobei Monte Carlo Studien mit endlichen Stichproben darauf hinweisen, dass diese Methoden zu ineffizienten Ergebnissen führen, sodass letztlich auch die Akzeptanz der Nickel-Verzerrung vertretbar erscheint (Plümper und Troeger 2009: 266). Trotz aller Einwände ist die Notwendigkeit, auf die eine oder andere Art für serielle Korrelation zu kontrollieren,

unumstritten, teilweise genügt allerdings schon die Aufnahme von Länderdummies (Plümper und Troeger 2009: 267). Wie sich dies im vorliegenden Fall darstellt, ist eine empirische Frage und wird bei der Analyse in Kapitel 5 untersucht und wenn nötig korrigiert. Keele und Kelly (2006: 203) schließen ihre Untersuchung über die Vor- und Nachteile der Aufnahme einer zeitverzögerten abhängigen Variable in das Regressionsmodell mit der Feststellung, dass die Aufnahme einer solchen Variablen immer dann sinnvoll ist, wenn man annimmt, dass die Vergangenheit einen Einfluss hat. Voraussetzung ist allerdings weiterhin, dass Stationarität vorliegt. Da ein Zusammenhang zwischen der aktuellen und der vorherigen Position der Landesparteien im Rahmen dieser Arbeit theoretisch begründet ist (vgl. Hypothese 11), scheint die Aufnahme der zeitverzögerten abhängigen Variablen hier die geeignetste Lösung zu sein.

Ebenso wie die besprochene serielle Korrelation der Fehler, also Korrelationen zwischen den Perioden, können die Fehler auch im Querschnitt einer Periode korreliert sein (kontemporäre Korrelation). Kontemporäre Korrelation kann beispielsweise durch übergreifende Entwicklungen wie Globalisierung oder Regionalisierung, die auf mehrere oder alle Beobachtungseinheiten gleichermaßen zutreffen, ausgelöst werden. Kontrolliert wird hierfür häufig mit Periodendummies (Tiemann 2009: 219). Grundsätzlich sind jedoch inhaltlich begründete Variablen den Dummy-Variablen immer vorzuziehen. Ebenso kann kontemporäre Korrelation aufgrund räumlicher Nähe von Beobachtungseinheiten (räumliche Korrelation) auftreten. Um diese Abhängigkeit zu modellieren, bieten sich Mehrgleichungsmodelle, wie die *seemingly unrelated regression*, an (Zellner 1962). Eine Schätzung mit *generalized least squares* (GLS) ist in der Praxis nicht möglich, da sie die Kenntnis der Kovarianzmatrix der Fehler voraussetzt, was allerdings nie zutrifft (Beck und Katz 1995: 637). Daher wird für die Schätzung von Mehrgleichungsmodellen mit TSCS-Daten häufig *feasible generalized least squares* (FGL) angewendet. FGLS wurde von Parks (1967) erstmals auf TSCS-Daten angewendet. Die Methode nach Parks korrigiert für serielle und kontemporäre Autokorrelation¹⁰⁹, ist allerdings nur bedingt geeignet, wenn die Daten über weniger Zeitpunkte als Beobachtungseinheiten verfügen (Beck, et al. 1993: 946).

Durch die besprochene kontemporäre Korrelation wurde bereits deutlich, dass Paneldaten neben der Zeitdimension auch über eine Querschnittsdimension verfügen, die ebenfalls einige Besonderheiten für die Analyse mit sich bringt. Neben der Vergleichbarkeit der Messungen in

¹⁰⁹ Durch die Kontrolle für kontemporäre Autokorrelation wird auch für Panelheteroskedastizität kontrolliert, auf die im nächsten Abschnitt noch gesondert eingegangen wird (Beck und Katz 1995: 637).

verschiedenen Ländern, die bereits weiter oben angesprochen wurde (vgl. Kapitel 4.1.2), und der eben besprochenen kontemporären Korrelation ist die Variation zwischen Beobachtungseinheiten bzw. Ländern zu berücksichtigen. Nur wenn davon ausgegangen wird, dass es keinerlei Unterschiede zwischen den Beobachtungseinheiten/Ländern gibt, ist ein vollständig gepooltes Modell angemessen (Beck und Katz 2007: 183). Tatsächlich können jedoch bis zu vier verschiedene Arten von Unit-Heterogenität in Paneldaten auftreten. Dies sind unterschiedliche Konstanten, unterschiedliche Steigungskoeffizienten, verschiedene lag-Strukturen und unterschiedliche Dynamiken (Plümper und Troeger 2009: 264).

Die Modellierung unterschiedlicher lag-Strukturen sowie unterschiedlicher Dynamiken zwischen den Ländern ist im vorliegenden Fall nicht notwendig, da davon ausgegangen werden kann, dass sich Bundesländer hier nicht maßgeblich unterscheiden. Durch unterschiedliche Konstanten oder Steigungskoeffizienten zwischen Ländern kann es jedoch zu einer Abweichung der mittleren Fehler von Null kommen (Plümper und Troeger 2009: 264). Für die Möglichkeit unterschiedlicher Konstanten wird in der Regel durch die Aufnahme von Länderdummies in die Analyse kontrolliert (Kittel 2005: 109, Beck und Katz 2007: 183). Das hat jedoch zur Folge, dass sich die Koeffizienten der unabhängigen Variablen beinahe ausschließlich auf die Variation innerhalb der Länder beziehen. Wünschenswert wäre es hingegen, die Variation zwischen den Ländern durch inhaltliche Variablen zufriedenstellend abzudecken und somit auf den Einsatz von Länderdummies verzichten zu können (Tiemann 2009: 218).

Viele dieser inhaltlichen Variablen, beispielsweise die Einteilung in alte und neue Länder oder Stadt- und Flächenstaaten, variieren allerdings nicht über die Zeit, sodass sie aufgrund der Multikollinearität nicht gemeinsam mit Länderdummies in ein Modell aufgenommen werden können (Beck 2001b: 285, Plümper und Troeger 2009: 268). Werden die Niveauunterschiede zwischen den Beobachtungseinheiten allerdings nicht angemessen modelliert, kann es zu einer erheblichen Verzerrung der Schätzung aufgrund von Autokorrelation und Heteroskedastizität der Fehler kommen, selbst wenn der ursprüngliche Datensatz homoskedastisch und nicht autokorreliert ist (Stimson 1985: 920). Insbesondere wenn die Variation zwischen Einheiten gegenüber der Variation über Zeit relativ groß ist, kann diese Fehlspezifikation zu einer erheblichen Verzerrung der Schätzung führen (Stimson 1985: 920). Daher ist es notwendig zu überprüfen, ob die aufgenommenen Variablen den Einschluss von Länderdummies überflüssig machen, indem sie die zwischen den Ländern auftretende Variation angemessen abbilden können (Kittel 2005: 110). Alternativ zu

Ländereffekten kann ein Modell erster Differenzen geschätzt werden, indem jeder Wert als Abweichung vom Mittelwert der jeweiligen Beobachtungseinheit neu berechnet wird (Stimson 1985: 921). Dies entbindet aber nicht von der Entscheidung, ob Ländereffekte oder zeitinvariante Variablen in das Modell aufgenommen werden sollen (Kittel 2005: 110). Bezüglich der Möglichkeit unterschiedlicher Zusammenhänge zwischen abhängiger und unabhängiger Variablen wird aufgrund der großen Ähnlichkeiten der deutschen Bundesländer hier davon ausgegangen, dass auch die angenommenen Zusammenhänge in den Bundesländern gleich ausgeprägt sind.

In Paneldaten sind die Varianzen der Fehler unterschiedlicher Fälle häufig verschieden, sodass Panelheteroskedastizität vorliegt, das bedeutet, dass jede Untersuchungseinheit eine eigene Fehlervarianz haben kann (Beck 2001b: 275f.). Beck und Katz (1995: 645) schlagen zur Korrektur von Panelheteroskedastizität die Berechnung von „panel-corrected standard errors“ vor.¹¹⁰ Die Berechnung von „panel-corrected standard errors“ führt zwar nie zu schlechteren Ergebnissen als die Berechnung einer einfachen OLS, jedoch werden Beobachtungen zu mindestens 16 Zeitpunkten für eine akkurate Schätzung empfohlen (Beck 2001b: 278).

Wie die vorangegangenen Ausführungen zeigen ist die Analyse der vorliegenden Daten mit vielen potentiellen Problemen belastet. Bei der nun folgenden Auswahl der zu berechnenden Modelle soll daher versucht werden möglichst vielen dieser Probleme gerecht zu werden.

4.2.4. Modelle und Modellauswahl

Wie die vorangehenden Abschnitte gezeigt haben, bietet die Analyse von Paneldaten zwar viele Möglichkeiten, ist gleichzeitig aufgrund der Datenstruktur aber auch nicht unproblematisch. Aufgrund der getrennt erfolgten Schätzung der Politikpositionen für die Politikfelder ASB und Kultus, müssen die Analysen in jedem Fall getrennt nach Politikfeldern durchgeführt werden. Die Vergleichbarkeit der Positionen zwischen Parteien sowie die Vergleichbarkeit der unabhängigen Variablen innerhalb der einzelnen Politikfelder ist aber gegeben, sodass innerhalb der einzelnen Politikfelder eine gemeinsame Analyse vorgenommen werden kann.

¹¹⁰ Durch die Berechnung von PCSEs wird gleichzeitig auch für kontemporäre Korrelation kontrolliert (Beck und Katz 1996: 6).

Zunächst werden die Hypothesen 1 und 4, die die Bedeutung, die Parteien verschiedenen Politikfeldern einräumen (Salienzen), untersucht. Die Untersuchung dieser Hypothesen beschränkt sich jedoch auf deskriptive Darstellungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden muss, und Varianzanalysen. Mit Hilfe einer Varianzanalyse kann man erkennen, welcher Anteil der vorhandenen Varianz durch eine bestimmte Variable erklärt werden kann. Diese einfache Methode kann insbesondere im Hinblick auf komplexe Datensätze sehr hilfreich sein und wertvolle Einblicke liefern. Aus diesem Grund wird sie, außer bei der Analyse der Politikfeldsalienzen, auch im Vorfeld der multivariaten Analyse des Zusammenhangs der Politikpositionen auf Bundes- und Landesebene durchgeführt, da so überprüft werden kann, welcher Anteil der Varianz durch die Bundesländer erklärt werden kann.

Der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Politikpositionen der Landesparteien und ihrer zugehörigen Bundespartei geht ebenfalls eine umfangreiche deskriptive Darstellung voraus, die zum Verständnis der Daten wie auch zur Auswahl der in die Modelle aufzunehmenden Variablen beiträgt. Die Frage, welche unabhängigen Variablen in das Modell aufgenommen werden sollen, ist jedoch nicht leicht zu beantworten (Leamer 1978). Die Auswahl der in das endgültige Modell aufzunehmenden Variablen wird daher auf Basis von Varianzanalysen, die Auskunft darüber geben, welcher Anteil der Varianz zwischen den Politikpositionen durch Variablen einer bestimmten Gruppe erklärt werden kann, getroffen. Das kann beispielsweise die Varianz über Zeit oder die Varianz zwischen den Bundesländern sein.

Darüber hinaus werden alle in den Hypothesen aufgeführten Zusammenhänge für die einzelnen Variablengruppen, nationale Kontextvariablen, parteispezifische nationale Variablen, subnationale Kontextvariablen und subnationale Parteivariablen untersucht und die jeweils aussagekräftigsten bzw. signifikanten Variablen in das Gesamtmodell übernommen. Wichtig ist dabei, dass für CDU und SPD die gleichen Variablen aufgenommen werden, da die Positionierung subnationaler Parteien in einem breiteren Kontext und nicht zugespitzt auf die vorliegende Parteiauswahl erklärt werden soll. Ebenso sollen auch für die verschiedenen zu analysierenden Politikfelder die gleichen Modelle geschätzt werden, um Unterschiede in den Mechanismen beurteilen zu können und somit auch eine Antwort auf die Frage nach unterschiedlichen Einflussfaktoren in den Politikfeldern ASB und Kultus geben zu können. Darüber hinaus ist die Aufnahme der Kontrollvariablen, die in Kapitel 3.2.1 genannt wurden, unerlässlich.

Die vorliegenden Daten beinhalten 6 Messzeitpunkte (Bundeslegislaturperioden, vgl. Abschnitt 4.2.1), zu denen die Positionen der Landesparteien von CDU und SPD gemessen wurden, wenn eine Landtagswahl in der jeweiligen Bundeslegislaturperiode stattgefunden hat. Aufgrund der unterschiedlichen Länge der Legislaturperioden in den Bundesländern und vorgezogener Neuwahlen stehen nicht für alle Landesparteien gleich viele Messungen zur Verfügung (4-6). Insgesamt liegen jedoch Positionen von 32 Landesparteien vor, sodass die Zahl der Beobachtungseinheiten die Zahl der Messzeitpunkte deutlich übertrifft. Die weiteren Problempunkte wie Panelheteroskedastizität, serielle und kontemporäre Korrelation der Daten werden zunächst bei der deskriptiven Analyse der Daten untersucht, um darauf basierend eine Entscheidung über notwendige Korrekturen treffen zu können. Um die Robustheit der Modelle gegenüber unterschiedlichen Korrekturen für typische Probleme bei der Analyse von Paneldaten zu kontrollieren, werden außerdem Modelle mit panelkorrigierten Standardfehlern und unter Berücksichtigung von serieller Autokorrelation 1. Ordnung berechnet. Der Vorschlag von Beck und Katz (1995) sieht zwei Schritte zur Kontrolle von serieller Autokorrelation, Panelheteroskedastizität und kontemporäre Korrelation in einer einfachen gepoolten OLS-Regression vor. Zur Kontrolle von Panelheteroskedastizität und kontemporärer Korrelation schlagen sie die Berechnung von „panel-corrected-standard-errors“ (PCSE) vor, die bei der Berechnung der Standardfehler die kontemporäre Korrelation der Fehler berücksichtigt und damit automatisch auch für Panelheteroskedastizität kontrolliert (Beck und Katz 1995: 638, 45, 1996: 306). Zur Kontrolle von serieller Autokorrelation wird zusätzlich die zeitverzögerte abhängige Variable aufgenommen. Dies führt allerdings zu einem Verlust der ersten Periode (Beck und Katz 1995: 645, 1996: 30) und wird in den im Folgenden durchgeführten Analysen nur dann angewendet, wenn die Aufnahme der zeitverzögerten abhängigen Variablen inhaltlich begründet ist.

Da darüber hinaus nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich Landesparteien, die im Wettbewerb miteinander stehen, gegenseitig beeinflussen, ihre Positionen also nicht unabhängig voneinander sind, muss auch dies bei der Analyse berücksichtigt werden. Dem wird in der Analyse dadurch Rechnung getragen, dass neben einer einfachen OLS-Regression sowie den oben angesprochenen Modellen zur Überprüfung der Robustheit auch ein gemeinsames Mehrgleichungsmodell für CDU und SPD berechnet wird, das eine mögliche Interdependenz zwischen den Positionen von CDU und SPD berücksichtigt. Im seemingly unrelated regression Modell von Zellner (Zellner 1962) wird davon ausgegangen, dass die Störterme der einzelnen Gleichungen aufgrund unbeobachteter Variablen kontemporär

miteinander korreliert sind. Ist dies tatsächlich der Fall, verbessert die Berücksichtigung der Korrelation die Effizienz der Schätzung (Baltagi 2008: 115). Liegt diese Korrelation nicht vor, ist ein Mehrgleichungsmodell hingegen nicht notwendig. Das bedeutet, dass grundsätzlich eine einfache OLS-Regression geschätzt wird und die anderen Modelle, da sie aufgrund der Datenstruktur nur bedingt geeignet sind, lediglich als Kontrolle zusätzlich geschätzt werden.

5. Ergebnisse

Wie können Politikfeldsalienzen und Politikpositionen der deutschen Landesparteien erklärt werden? Dieser Frage wird in den folgenden Abschnitten auf verschiedene Weise nachgegangen. Zunächst muss sowohl für die Politikfeldsalienzen als auch für die Politikpositionen der Landesparteien überprüft werden, ob überhaupt erklärungsbedürftige Unterschiede zwischen den Parteigliederungen auf Bundes- und Landesebene bestehen. Außerdem muss überprüft werden, ob sich auch die Politikpositionen der Landesgliederungen einer Gesamtpartei unterscheiden. Diese Überprüfung wird getrennt für die Politikfeldsalienzen und die Politikpositionen vorgenommen. An dieser Stelle sei vorweggenommen, dass es sowohl zwischen Bundes- und Landesparteien als auch zwischen den unterschiedlichen Landesparteien einer Gesamtpartei erklärungsbedürftige Unterschiede gibt.

Zur Erklärung dieser Unterschiede wurden in Kapitel 3 verschiedene Erklärungsansätze und Hypothesen aufgestellt, die hier nun systematisch überprüft werden sollen. Den Anfang machen dabei die Politikfeldsalienzen der Landesparteien. Hier soll überprüft werden, inwieweit sich die im Grundgesetz festgelegte Kompetenzverteilung in der Gesetzgebung in der Schwerpunktbildung innerhalb der Wahlprogramme niederschlägt. Fraglich ist also, ob sich die Landesparteien tatsächlich verstärkt mit politischen Themen befassen, für die sie auch über nennenswerte gesetzgeberische Kompetenz verfügen. Zudem wird überprüft, ob sich Veränderungen im Untersuchungszeitraum feststellen lassen, die die Hypothese einer zunehmenden Regionalisierung der deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung untermauern.

Der Großteil dieses Kapitels befasst sich jedoch mit den Politikpositionen der Landesparteien von CDU und SPD in den Politikfeldern ASB und Kultus. Zunächst wird auch hier überprüft, ob überhaupt von eigenständigen Positionen der Landesparteien gesprochen werden kann oder diese lediglich die Positionen der jeweiligen Bundespartei vertreten. Auch hier sei bereits gesagt, dass die Landesparteien durchaus Positionen vertreten, die sich in erheblichem Maße von der Position der jeweiligen Partei auf Bundesebene unterscheiden. Die Hauptfrage ist daher auch, wie sich die Politikpositionen der Landesparteien erklären lassen.

Trotz der bereits erwähnten Unterschiede in der politischen Positionierung auf Bundes- und Landesebene wird davon ausgegangen, dass die Bundespartei die Positionierung der

Landesparteien beeinflusst. In welchem Maße dies geschieht und welche Faktoren die Einflussnahme der Bundespartei abschwächen bzw. stärken, wird in Kapitel 5.2 untersucht. Dazu werden die Positionsunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene zunächst deskriptiv untersucht und die möglichen Einflussfaktoren dann einer multivariaten Analyse unterzogen.

Neben der Bundesposition und den verschiedenen moderierenden Faktoren, die die Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landesposition steigern oder abschwächen, wird in Kapitel 5.3 der Einfluss regionaler Bedingungen auf die Positionierung der Landesparteien beleuchtet. Dabei werden verschiedene regionale Bedingungen, die Einfluss auf die politische Ausrichtung der regionalen Parteigliederungen haben können, unter Berücksichtigung von für die deutschen Bundesländer üblichen Kontrollvariablen wie Ostdeutschland, Stadtstaat und im Falle der CDU auch die Kontrolle für den „Landesverband“ der CSU in Bayern, untersucht.

In einem letzten Schritt werden vielversprechende Variablen zum Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen sowie zum Einfluss regionaler Bedingungen in einem gemeinsamen Modell zusammengefasst, um feststellen zu können welcher Anteil der Varianz der Politikpositionen der Landesparteien anhand dieser Variablen erklärt werden kann. Da immer zwei Politikfelder, ASB und Kultus, auf die gleiche Weise untersucht werden, ergeben sich im Rahmen dieses Kapitel darüber hinaus interessante Einblicke in die Unterschiedlichkeit der Positionierungsprozesse in verschiedenen Politikfeldern, aber auch in die Unterschiedlichkeit der Zusammenhänge zwischen Parteien, da die Analysen für CDU und SPD jeweils getrennt ausgeführt werden.

5.1. Politikfeldsalienzen in Abhängigkeit von der Bundespartei

In diesem Abschnitt werden die Hypothesen 1 und 4, die sich mit den Politikfeldsalienzen der Landesparteien beschäftigen, näher untersucht. Für einen ersten Überblick über die Salienzen auf Bundes- und Landesebene werden in Tabelle 11 die durchschnittlichen Salienzen von CDU und SPD über den Untersuchungszeitraum aggregiert, aber nach Ebenen getrennt dargestellt.¹¹¹

Tabelle 11: Durchschnittliche Salienzen der Bundes- und Landesverbände von CDU und SPD 1990 bis 2010 in 5 Politikfeldern

	CDU		SPD	
	Bund	Länder	Bund	Länder
Kultus	5,3	21,6	9,6	21,7
Recht	12,0	15,8	10,2	13,1
Wirtschaft/Umwelt/Landwirtschaft/Finanz en (WULF)	36,0	35,0	28,7	34,4
Arbeit/Soziales/Bau (ASB)	25,5	24,6	33,7	28,3
Außen/Sicherheit/Europa (ASE)	21,2	3,1	17,8	2,5
Gesamt	100	100,1*	100	100

*Abweichung von 100 aufgrund von Rundungsungenauigkeiten.

Angegeben sind die durchschnittlichen Textanteile der Wahlprogramme, die sich mit dem jeweiligen Politikbereich beschäftigen.

Quelle: Eigene Berechnung.

Bei der Darstellung der Salienzen in Tabelle 11 wird zwischen der Bundes- und der Landesebene unterschieden, da aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen in Deutschland (vgl. Kapitel 3.1.1) mit einer unterschiedlichen Betonung der Politikbereiche auf den verschiedenen Ebenen gerechnet wird. Die Politikbereiche sind entsprechend der angenommenen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern in der Tabelle aufgeführt, angefangen mit Kultus als Kernkompetenz der Länder bis hin zur Außen-, Sicherheits- und Europapolitik mit beinahe ausschließlicher Bundeszuständigkeit. Bei einem Vergleich der Politikfeldsalienzen zwischen Bundes- und Landesebene kann festgehalten werden, dass entsprechend Hypothese 1 die Salienzen der Landesparteien größer sind als die Salienzen der Bundesparteien, wenn die Zuständigkeiten für ein Politikfeld hauptsächlich auf der Landesebene zu verorten sind. Umgekehrt trifft dies auch auf Politikfelder mit einem Schwerpunkt der Kompetenzen auf Bundesebene zu. In den Politikfeldern Kultus und Recht sind die Salienzen der Landesparteien deutlich größer als die Salienzen der zugehörigen Bundesparteien. Beim Politikfeld WULF, das aufgrund seiner

¹¹¹ Die Wahl in Hamburg 1993 wird hier nicht berücksichtigt (vgl. Kapitel 4.2.1).

heterogenen Zusammensetzung als Mischung aus Bundes- und Landeskompentenz charakterisiert wurde, zeigt sich hingegen zumindest bei der CDU kein nennenswerter Unterschied zwischen Bundes- und Landesebene. Bei den eher der Bundesebene zugeordneten Politikfeldern zeigt sich wie erwartet eine höhere Saliienz der Parteien auf Bundesebene. Im Politikfeld Arbeit, Soziales und Bau ist der Unterschied zwischen den Ebenen noch eher schwach ausgeprägt, im Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa hingegen eindeutig.

Tabelle 12 zeigt die Ergebnisse einer Varianzanalyse der Salienzen von CDU und SPD auf Landesebene. Die Variable Kompetenz wurde hierfür so gebildet, dass jedem Politikfeld ein Kompetenzwert von null bis vier zugeordnet wurde. Im Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa verfügt die Landesebene über keine nennenswerte Kompetenz und hat somit den Kompetenzwert null. Das Politikfeld Kultus ist hingegen Kernkompetenz der Landesebene und erhält daher den Kompetenzwert vier. Dabei zeigt sich, dass ca. 1/3 Drittel der Gesamtvarianz der Politikfeldsalienzen allein durch die Variable Kompetenz erklärt werden kann und Hypothese 1 somit bestätigt wird.

Tabelle 12: Varianzanalyse der Salienzen der Landesparteien von CDU und SPD nach Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern

	SS	df	F	Prob>F
Kompetenz	3561,20	4	102,72	0,00
Residuum	6760,57	780		
Adj. R²	0,34			
N	785			

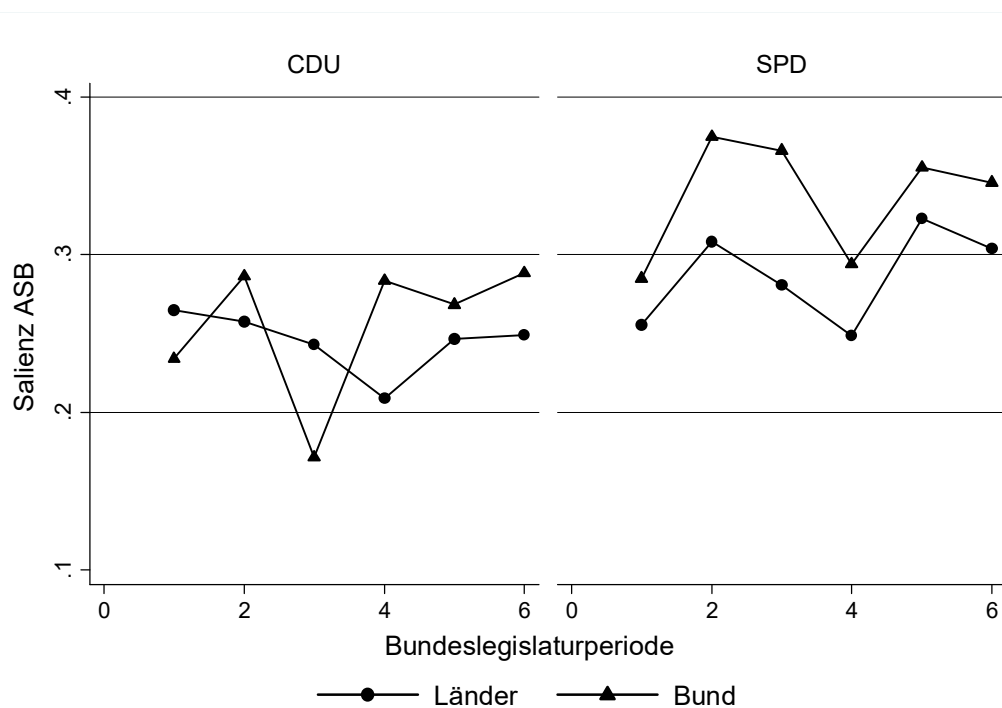
Quelle: Eigene Berechnung.

Hypothese 4, die sich ebenfalls mit Salienzen als abhängige Variable beschäftigt, geht davon aus, dass die Salienzunterschiede zwischen den Ebenen im Untersuchungszeitraum aufgrund verschiedener Regionalisierungsprozesse zugenommen haben. Um dies beurteilen zu können, ist die Betrachtung der Unterschiede im Zeitverlauf notwendig. Dafür werden die durchschnittlichen Salienzen der Landesparteien mit den Salienzen der jeweiligen Bundespartei verglichen. Da die Landtagswahlen nicht immer im gleichen Jahr wie Bundestagswahlen stattfinden, wird für den Vergleich der Durchschnitt der Salienzen der Landesparteien verwendet, die in der betreffenden Legislaturperiode des Bundes ein Wahlprogramm veröffentlicht haben.¹¹² Hier werden allerdings nur zwei Politikfelder näher

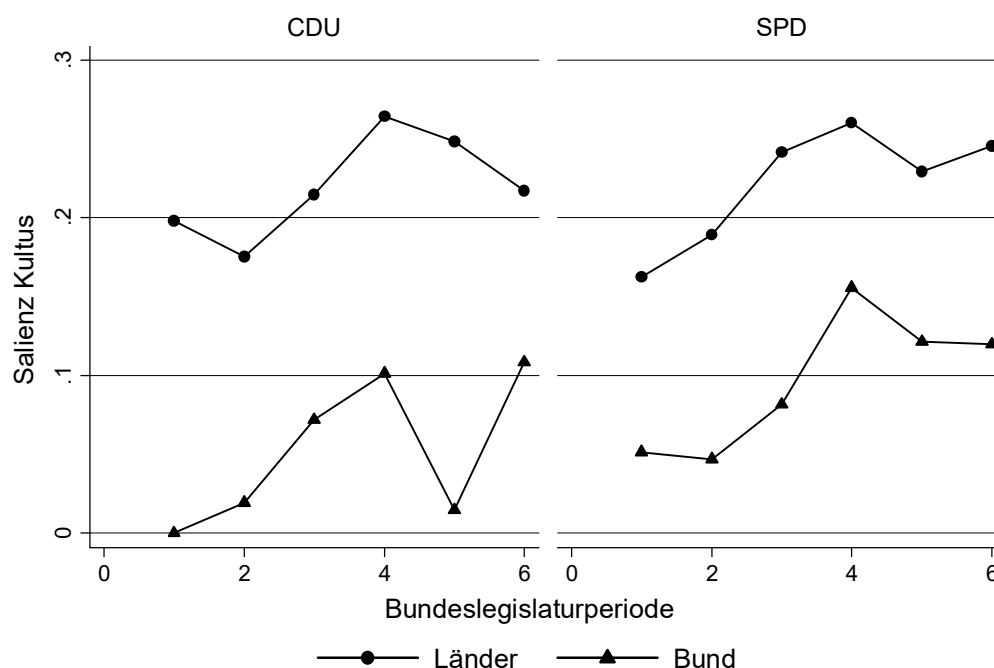
¹¹² Die Einteilung in Bundeslegislaturperioden wird in Kapitel 4.2.1 detailliert dargestellt.

betrachtet. Zum einen das Politikfeld Kultus als klassisches Kernkompetenzfeld der Bundesländer und zum anderen das Politikfeld Arbeit, Soziales und Bau (ASB) mit Kompetenzschwerpunkt auf Bundesebene. Abbildung 10 und 11 zeigen die durchschnittlichen Salienzen im Untersuchungszeitraum von 1990-2010.

Abbildung 10: Salienz des Politikfelds ASB auf Bundes- und Landesebene



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 11: Salienz des Politikfelds Kultus auf Bundes- und Landesebene

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildungen 11 und 12 können die in Hypothese 4 angenommene zunehmende Regionalsierung nicht bestätigen. Die Salienzunterschiede zwischen Bundes- und Landesparteien schwanken zwar im Zeitverlauf, weisen jedoch keinen auseinandergelenden Trend auf. Im Politikfeld ASB scheint es vielmehr so zu sein, dass sich die Salienzen in der Mitte des Untersuchungszeitraumes auseinanderentwickelt haben, gegen Ende des Untersuchungszeitraumes aber wieder annähern. Die Folgerungen aus Tabelle 12 und damit auch Hypothese 1 können daher auch bei Betrachtung der Salienzen im Zeitverlauf grundsätzlich bestätigt werden: Entsprechend der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern unterscheidet sich auch das Interesse an den einzelnen Politikfeldern. Lediglich bei der CDU im Politikbereich Arbeit, Soziales und Bau trifft dies nicht immer zu. Bei den Bundestagswahlen 1990 und 1998 ist das Interesse der Bundes-CDU am Politikbereich Arbeit, Soziales und Bau entgegen der Annahme geringer als das durchschnittliche Interesse der Landesparteien in diesen Bundeslegislaturperioden. Im Fall der Bundestagswahl 1990 liegt dies wohl am großen Interesse, das die Bundes-CDU als „Partei der Wiedervereinigung“ der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten entgegenbrachte. Textabschnitte, die sich mit dem Thema Wiedervereinigung beschäftigen, werden dem Politikfeld Bund und Europa und damit dem größeren Politikbereich Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (ASE)

zugeordnet. Aufgrund der mit über 30% am Gesamttext im Vergleich zu 19% in den anderen Bundestagswahlprogrammen der CDU außerordentlich großen Bedeutung dieses Politikbereichs im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990 bleibt für die übrigen Politikfelder weniger Raum im Wahlprogramm. Für das geringe Interesse der CDU am Politikfeld Arbeit und Soziales 1998 kann eine Erklärung hingegen nicht so leicht gefunden werden. Beim Vergleich mit den Salienzen der CDU-Landesverbände und auch der SPD auf Bundes- und Landesebene zeigt sich allerdings, dass insgesamt eine Abnahme der Salienz des Politikfelds ASB in diesem Zeitraum festgestellt werden kann, der bei der Bundes-CDU jedoch außerordentlich stark ausgeprägt ist.

Tabelle 13 zeigt die Ergebnisse einer Varianzanalyse der Salienzunterschiede zwischen Bund und Ländern für die einzelnen Politikfelder. Dabei wird überprüft, welcher Anteil der Varianz durch die Bundeslegislaturperioden erklärt werden kann. Da in der Literatur teilweise davon ausgegangen wird, dass die SPD zentralistischer organisiert ist als die CDU, wird in den Modellen 2 und 3 auch die Partei in die Varianzanalyse einbezogen. Dabei fällt auf, dass die Bundeslegislaturperiode nur im Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa einen nennenswerten Beitrag zur Erklärung der Varianz beiträgt. Es ist zu vermuten, dass dies mit dem oben bereits geschilderten Befund zur Wiedervereinigung zusammenhängt. In allen anderen Politikfeldern können Salienzunterschiede zwischen Bundes- und Landesverbänden nicht oder kaum mit der Variablen Bundeslegislaturperiode erklärt werden.

Interessant ist auch das Ergebnis aus Modell 2. Hier wird deutlich, dass auch die Partei (CDU oder SPD) nur in geringem Umfang und nur in einzelnen Politikfeldern zur Erklärung der Salienzunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene beiträgt. Häufig wird von einer stärker zentralistisch ausgerichteten Organisation der SPD im Vergleich zur CDU gesprochen, was zur Vermutung führen könnte, dass die Salienzunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene bei der SPD geringer ausfallen als bei der CDU. Die Ergebnisse in Tabelle 13 stützen diese Vermutung allerdings kaum. Lediglich in den Politikfeldern Außen, Sicherheit und Europa sowie Kultus gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Parteien. Im Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa ist zu vermuten, dass dies mit der bereits besprochenen hohen Salienz dieses Politikfeldes bei der Bundestagswahl 1990 zusammenhängt. Das Ergebnis im Politikfeld Kultus kann hingegen als Hinweis auf eine größere Unabhängigkeit der Landesverbände der CDU gesehen werden. Dass die Salienzunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene im Politikfeld Kultus bei der CDU tendenziell größer sind als bei der SPD hat auch Abbildung 11 gezeigt. Hier wird auch

deutlich, dass sich die Bundespartei im Jahr 1990, eventuell ebenfalls aufgrund der großen Bedeutung des Einheitsthemas, gar nicht mit Kultus beschäftigt hat. Auch im Jahr 2002 äußerte sich die Bundes-CDU nur sehr zurückhaltend zum Politikfeld Kultus. Insgesamt kann Hypothese 4 einer zunehmenden Regionalisierung und damit einhergehend einer Zunahme der Unterschiede der Salienzen zwischen Bundes- und Landesebene nicht bestätigt werden.

Tabelle 13: Varianzanalyse der Salienzunterschiede zwischen Bund und Ländern

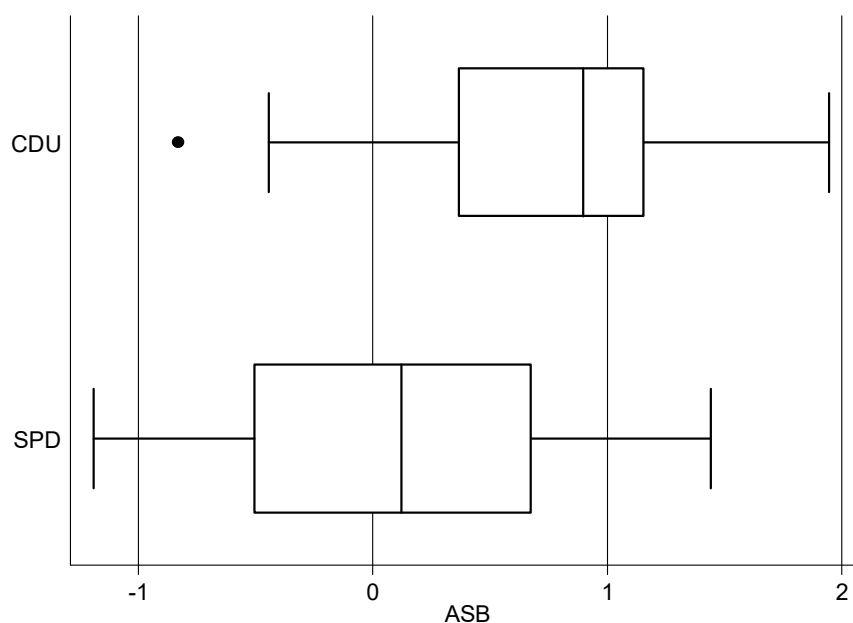
		Modell 1				Modell 2				Modell 3			
		SS	df	F	Prob>F	SS	df	F	Prob>F	SS	df	F	Prob>F
ASB	BLEG Partei	0,02	5	1,71	0,14					0,02	5	1,70	0,14
	Residuum	0,43	151			0,00	1	0,67	0,41	0,00	1	0,66	0,42
	Adj. R ²	0,02				0,45	155			0,43	150		
	N	157				-0,00				0,02			
		157				157				157			
ASE	BLEG Partei	0,17	5	14,27	0,00					0,17	5	15,97	0,00
	Residuum	0,35	151			0,03	11	11,14	0,00	0,04	1	17,34	0,00
	Adj. R ²	0,30				0,48	155			0,32	150		
	N	157				0,06				0,37			
		157				157				157			
Kultus	BLEG Partei	0,05	5	2,29	0,05					0,06	5	2,48	0,03
	Residuum	0,72	151			0,06	1	11,86	0,00	0,06	1	12,51	0,00
	Adj. R ²	0,04				0,72	155			0,67	150		
	N	157				0,07				0,11			
		157				157				157			
Recht	BLEG Partei	0,00	5	0,55	0,74					0,00	5	0,54	0,74
	Residuum	0,26	151			0,00	1	0,26	0,61	0,00	1	0,24	0,63
	Adj. R ²	0,01				0,26	155			0,26	150		
	N	157				-0,00				-0,02			
		157				157				157			
WULF	BLEG Partei	0,10	5	2,97	0,01					0,10	5	2,94	0,01
	Residuum	1,00	151			0,00	1	0,11	0,74	0,00	1	0,09	0,77
	Adj. R ²	0,06				1,09	155			0,99	150		
	N	157				-0,01				0,05			
		157				157				157			

Quelle. Eigene Darstellung.

5.2. Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von der Bundespartei

Nach der Untersuchung der Politikfeldinteressen von CDU und SPD werden nun die Politikpositionen der Parteien in den Politikfeldern ASB und Kultus dargestellt. Um einen ersten überblickartigen Eindruck von den mit wordfish bestimmten Positionen der Landesparteien zu gewinnen, werden diese in den Abbildungen 12 und 13 zunächst über den gesamten Zeitraum aggregiert dargestellt. In beiden Politikfeldern kann man dadurch bereits erklärungsbedürftige Unterschiede zwischen den Politikpositionen der Landesparteien erkennen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass aus den Abbildungen 12 und 13 nicht hervorgeht inwieweit diese Unterschiede tatsächlich auf Unterschiede zwischen verschiedenen Landesverbänden zurückzuführen sind, da auch Veränderungen im Zeitverlauf die dargestellten Unterschiede bedingen können. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Politikpositionen der Landesverbände im Untersuchungszeitraum deutlich voneinander unterscheiden und somit auch Erklärungsbedarf für diese Unterschiede besteht.

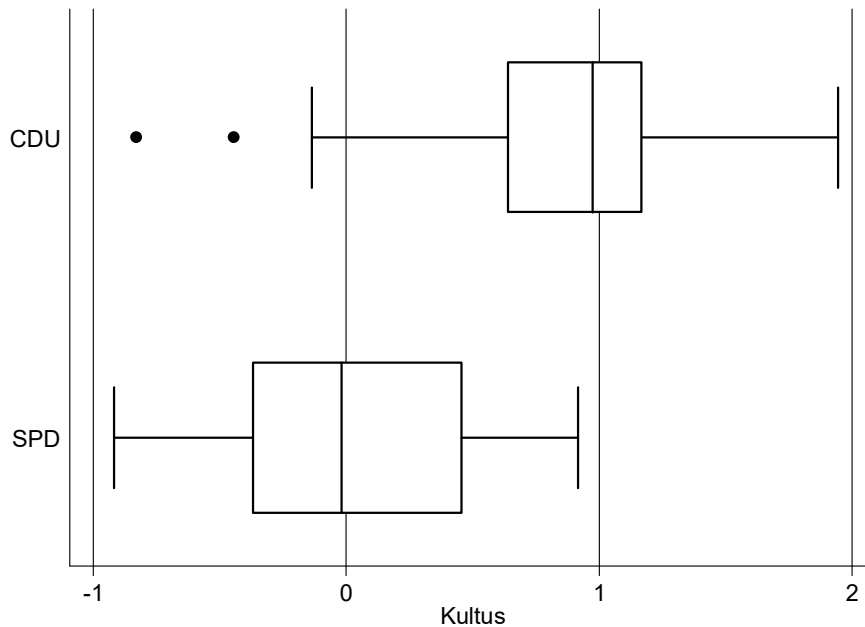
Die Politikskalen sind so gewählt, dass positive Werte eine konservative bzw. rechte Politikposition und negative Werte eine linke bzw. progressive Politikposition beschreiben. Dementsprechend zeigt ein Blick auf Abbildungen 12 und 13, dass die mit wordfish gemessenen Politikpositionen von CDU und SPD in beiden Politikfeldern der Erwartung, dass die CDU insgesamt eine konservativere/rechtere Politik vertritt als die SPD, entsprechen. Zwar gibt es in beiden Politikfeldern durchaus Überschneidungen zwischen den Parteien, jedoch sind die Medianpositionen der Parteien wie auch die Extrempositionen in beiden Politikfeldern erwartungsgemäß so ausgeprägt, dass der Median der CDU rechter/konservativer ist als der Median der SPD und der Extrempunkt auf der rechten Seite von der CDU sowie der Extrempunkt auf der linken Seite von der SPD besetzt ist.

Abbildung 12: Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld ASB, 1990-2010

Quelle: Eigene Darstellung.

In Abbildung 12, die die Verteilung der Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld Arbeit, Soziales und Bau abbildet, zeigt sich hinsichtlich der Spannweite der Positionen kaum ein Unterschied zwischen den Landesparteien von CDU und SPD. Bei den Landesverbänden der CDU gibt es lediglich einen Ausreißer auf der linken Seite, der allerdings dennoch eine Position rechts von mindestens einem Landesverband der SPD vertritt. In diesem Fall handelt es sich um die Position der thüringischen CDU im Jahr 1990, das heißt der ersten Landtagswahl in Thüringen nach der Wiedervereinigung. Diese Position sollte aufgrund des neu gegründeten Landesverbands und der kurzen Zeit, die zur Positionsbestimmung und dem Entwurf des Wahlprogramms zur Verfügung stand, allerdings nicht überbewertet werden.

Abbildung 13: Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld Kultus, 1990-2010



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 13 stellt die Verteilung der Politikpositionen der Landesparteien von CDU und SPD im Politikfeld Kultus dar. Hier zeigt sich grundsätzlich das gleiche Muster wie im Politikfeld ASB in Abbildung 12. Die Politikpositionen zwischen CDU und SPD unterscheiden sich im Politikfeld Kultus jedoch deutlich stärker. Zudem ist die Spannweite der Positionen im Politikfeld Kultus insgesamt, insbesondere aber innerhalb des zweiten und dritten Quartils deutlich geringer als im Politikfeld ASB. Dies scheint der Vermutung, dass die Landesparteien im Politikfeld Kultus stärker eigene - von der Bundespartei unabhängige - Positionen vertreten können, zu widersprechen. Da es sich allerdings lediglich um eine über die Zeit aggregierte Darstellung handelt, kann hier noch kein abschließendes Urteil diesbezüglich gefällt werden. Auch hier gibt es Ausreißer bei der CDU. Hier handelt es sich ebenfalls um das Programm der thüringischen CDU zur ersten Landtagswahl nach der Wiedervereinigung und um das Wahlprogramm der CDU aus Hamburg im Jahr 1991. Insgesamt zeigen sich in beiden Politikfeldern große Unterschiede zwischen den

Landesverbänden, die im Rahmen dieser Arbeit noch näher untersucht und erklärt werden sollen.

Zunächst wird allerdings noch ein Blick auf den Zusammenhang zwischen den Politikpositionen der Bundespartei und der zugehörigen Landesparteien geworfen. Grundsätzlich wird dabei davon ausgegangen, dass aufgrund der gemeinsamen Ideologie, auf der alle Parteigliederungen einer Partei aufbauen, obwohl sie auf unterschiedlichen Ebenen antreten, eine Ähnlichkeit der Politikpositionen vorliegt. Desweiterem wird angenommen, dass die Bundesparteien versuchen die Landesparteien auf eine einheitliche politische Linie zu verpflichten, sodass sie gegenüber dem Wähler als geschlossene Partei auf verschiedenen Eben auftreten kann. Gleichzeitig wurde in Kapitel 3 aber auch argumentiert, dass die Landesparteien aufgrund regionaler Besonderheiten, Anforderungen und Bedürfnissen teilweise von der Bundespartei abweichende Positionen vertreten müssen, um bei Wahlen erfolgreich sein zu können. Diese Arbeit beruht insgesamt auf der Annahme, dass die Landesparteien bis zu einem gewissen Grad unabhängig von der Bundespartei über ihre Positionierung entscheiden können und folglich eigene Positionen vertreten. Wie groß der Zusammenhang zwischen den Positionen auf Bundes- und Landesebene tatsächlich ist, wird daher zunächst anhand der Korrelation zwischen den Landes- und Bundespositionen in der gleichen Bundeslegislaturperiode für die beiden Politikfelder ASB und Kultus sowie für CDU und SPD gemeinsam überprüft.

Tabelle 14: Korrelation zwischen Bundes- und Landespositionen

Position Bundesparteien	Position Landesparteien
	0,77
	(0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Wie Tabelle 14 zeigt ist die Korrelation zwischen den Politikpositionen der Bundes- und der zugehörigen Landesparteien mit 0,77 relativ hoch. Dennoch scheint es auch deutliche Unterschiede zu geben, die in den nächsten Abschnitten erklärt werden sollen. Zunächst wird dazu die Erklärungskraft der einzelnen Hypothesen aus Kapitel 3.1 über den Einfluss der Bundesparteien auf die Politikpositionen der Landesparteien beschrieben und dann mittels komplexerer Analysen untersucht.

5.2.1. Deskription der Positionsunterschiede zwischen Bundes- und Landesebene

In den folgenden Abschnitten werden die in Kapitel 3.1 aufgestellten Hypothesen 2, 3 sowie 5 bis 9 einzeln untersucht. Als abhängige Variable für diese erste Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landesposition dient dabei die Ähnlichkeit¹¹³ zwischen den Positionen auf Bundes- und Landesebene. Ausschlaggebend ist dabei jedoch nicht, ob die Position der Bundespartei links oder rechts von der Position einer Landespartei liegt, sondern der Betrag der Differenz zwischen Bundes- und Landesposition.

Hypothese 2 geht davon aus, dass sich der Grad des Einflusses der Bundespartei auf die Positionen der Landesparteien in Deutschland aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen den Politikfeldern unterscheidet. Im Politikfeld ASB mit hauptsächlicher Kompetenz des Bundes wird von einer größeren Abhängigkeit der Landespositionen von der Bundesposition ausgegangen als im Politikfeld Kultus, das gemeinhin als Kernkompetenz der Länder gilt. Um diese Hypothese einem ersten Test zu unterziehen, wird die durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen der Parteien in Tabelle 15 daher nach Politikfeldern getrennt ausgewiesen. Entsprechend Hypothese 2 sollte die durchschnittliche Ähnlichkeit im Politikbereich Kultus kleiner ausfallen als die durchschnittliche Ähnlichkeit im Politikfeld ASB.

Tabelle 15: Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen

	ASB	Kultus
Durchschnittliche Ähnlichkeit	-0,36	-0,44
N	156	139

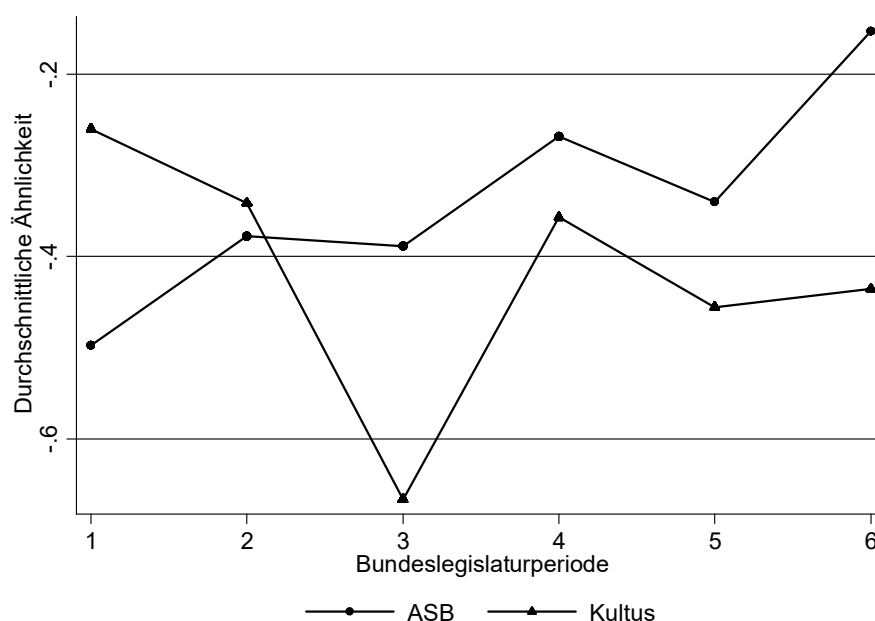
Quelle: Eigene Darstellung.

In Tabelle 15 zeigt sich erwartungsgemäß, dass die durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld ASB tendenziell größer ist als im Politikfeld Kultus. Es gibt somit einen ersten Anhaltspunkt dafür, dass die Landesparteien in ihrem Kernkompetenzfeld Kultus unabhängiger von der Bundespartei agieren können und Hypothese 2 zutrifft. Daher werden auch die folgenden Analysen für diese beiden Politikfelder getrennt durchgeführt.

¹¹³ Die Ähnlichkeit wird berechnet, indem der absolute Unterschied zwischen den Positionen mit -1 multipliziert wird. Die Ähnlichkeit ist daher immer negativ, je näher ein Wert an 0 ist, umso größer ist die Ähnlichkeit. Es wird die Ähnlichkeit und nicht der Unterschied verwendet, damit die erwarteten Zusammenhänge in diesem Kapitel die gleiche Richtung aufweisen wie in Kapitel 5.2.2, in dem die multivariaten Analysen vorgestellt werden.

Hypothese 3 beschäftigt sich nicht mit dem Einfluss von Politikfeldern auf die Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen, sondern mit der Ähnlichkeit dieser Positionen im Zeitverlauf. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Regionalisierung in Deutschland seit der Wiedervereinigung zugenommen hat und die Landesparteien somit zunehmend unabhängiger von der Bundespartei agieren können. Die Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen auf Bundes- und Landesebene müssten im Zeitverlauf folglich abnehmen. Abbildung 14 zeigt die durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen der Bundes- und Landesparteien getrennt nach Politikfeldern und für jede einzelne der insgesamt 6 Bundeslegislaturperioden im Untersuchungszeitraum. Die erste Bundeslegislaturperiode bezeichnet den Zeitraum von 1990 bis 1993, die sechste Bundeslegislaturperiode bezeichnet den Zeitraum von 2009 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2010.

Abbildung 14: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Darstellung.

Bei der Betrachtung von Abbildung 14 kann die Vermutung, dass die Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen im Zeitverlauf abnimmt, lediglich für das Politikfeld Kultus

bestätigt werden. Hier sinkt die durchschnittliche Ähnlichkeit von -0,26 in der ersten Bundeslegislaturperiode auf -0,44 in der letzten Bundeslegislaturperiode. Im Politikfeld ASB zeigt sich hingegen ein umgekehrter Trend, die Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen der Parteien nimmt hier von -0,50 in der ersten Bundeslegislaturperiode auf -0,15 in der letzten Bundeslegislaturperiode zu. Einmal mehr scheint sich somit zu bestätigen, dass es bezüglich des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landespositionen gravierende Unterschiede zwischen den Politikfeldern gibt.

Während sich die bereits besprochenen Hypothesen 2 und 3 mit dem Einfluss nationaler Kontextbedingungen auf den Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen beschäftigen, betrachtet Hypothese 5 den Einfluss des Status der jeweiligen nationalen Partei und ist folglich parteispezifisch. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine mächtige Bundespartei größeren Einfluss auf die Positionierung der Landesparteien hat und sich die Politikpositionen zwischen den Ebenen somit ähnlicher sein sollten. Der Status der Bundespartei wird hier dadurch gemessen, ob sie in der aktuellen Bundeslegislaturperiode den Bundeskanzler stellt oder nicht. Fand eine Landtagswahl im gleichen Jahr wie die Bundestagswahl, aber vor der Benennung des neuen Kanzlers, statt, wird der Status der Bundespartei aus der vorherigen Bundeslegislaturperiode verwendet.

Tabelle 16 zeigt die durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen in Abhängigkeit des Status der Bundespartei. Die Ergebnisse können Hypothese 5 jedoch nicht untermauern, da sie sehr uneinheitlich sind und sich sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen den Politikfeldern unterscheiden. Somit kann hier zunächst kein Zusammenhang zwischen dem Status der Bundespartei und der Ähnlichkeit der Politikpositionen der Bundes- und Landesparteien festgestellt werden.

Tabelle 16: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach dem Status der Bundespartei

		CDU		SPD	
		Bundes-	Kein	Bundes-	Kein
		kanzler	Bundeskanzler	kanzler	Bundeskanzler
ASB	Durchschnittliche Ähnlichkeit	-0,43	-0,20	-0,36	-0,37
	N	52	26	26	52
Kultus	Durchschnittliche Ähnlichkeit	-0,39	-0,50	-0,54	-0,38
	N	36	26	26	51

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Hypothesen 6 und 7 beschäftigen sich mit dem Einfluss des subnationalen Kontexts. Die Ausprägung der unabhängigen Variablen unterscheidet sich demnach zwischen den Bundesländern, aber nicht zwischen den Parteien eines Bundeslandes. Hypothese 6 geht davon aus, dass mit zunehmender Bedeutung einer Landtagswahl der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen ebenfalls zunimmt, da die Bundespartei bei wichtigen Landtagswahlen energischer versucht die Landespartei an die Parteilinie zu binden. Die Bedeutung einer Landtagswahl wird hier über die zeitliche Nähe der Wahl zur Bundestagswahl, die in der gleichen Bundeslegislaturperiode stattfindet, gemessen. Der Wert 1 steht dabei für größtmögliche Nähe, das heißt Bundestags- und Landtagswahl finden am selben Tag statt, 0 hingegen steht für den maximalen zeitlichen Abstand. Es wird erwartet, dass die Ähnlichkeit zwischen Landes- und Bundesposition umso größer ist, je näher die Landtagswahl an einer Bundestagswahl liegt. Demzufolge ist der erwartete Zusammenhang zwischen Nähe zur Bundestagswahl und der durchschnittlichen Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen positiv.

Tabelle 17 zeigt diesen Zusammenhang getrennt für die beiden Politikfelder anhand der Korrelationen. Der Zusammenhang weist nur im Politikfeld Kultus das erwartete positive Vorzeichen auf und ist auch nur in diesem Politikfeld signifikant, sodass hier zunächst nur für das Politikfeld Kultus von einer vorläufigen Bestätigung von Hypothese 6 ausgegangen werden kann. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Landesparteien im Politikfeld Kultus in der Regel einen großen Spielraum in ihrer Positionsfestlegung haben, die Bundespartei aber im zeitlichen Umfeld von Bundestagswahlen darauf achtet, dass eine einheitliche Position vertreten wird, wohingegen die Landespositionen im Politikfeld ASB unabhängig von der

zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl von der Bundespartei beeinflusst werden. Dieser Schluss steht auch in Einklang mit den oben präsentierten Unterschieden zwischen den Politikfeldern (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 17: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen in Zusammenhang mit der zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl

		Ähnlichkeit
Zeitliche Nähe zur Bundestagswahl	ASB	-0,12 (0,13)
	Kultus	0,20 (0,02)

Quelle: Eigene Darstellung.

Auch Hypothese 7 beschäftigt sich mit der Bedeutung einer Landtagswahl für die Bundespartei, hier allerdings gemessen durch die Bedeutung des Bundeslandes, in dem die Wahl stattfindet. Zur Messung der Bedeutung des Bundeslandes werden hier die Sitze des Landes im Bundesrat verwendet. Je mehr Sitze ein Land im Bundesrat hat, desto größer ist sein Einfluss auf politische Entscheidungen im Bundesrat und somit auf Bundesebene. Außerdem besteht häufig ein überregionales öffentliches Interesse am politischen Geschehen und den Parteien in größeren Bundesländern. Dies spricht ebenfalls dafür, dass die Bundespartei in großen Bundesländern verstärkt versucht Einfluss auf die Positionierung zu nehmen. Eine große Übereinstimmung mit den Positionen der Bundespartei ist in diesen Ländern also von großer Bedeutung für die Bundespartei. Tabelle 18 zeigt die durchschnittliche Ähnlichkeit der Politikpositionen einer Partei auf Bundes- und Landesebene getrennt nach der Anzahl der Sitze des Bundeslandes im Bundesrat. Aus der in Tabelle 18 abgebildeten durchschnittlichen Ähnlichkeit kann allerdings keine klare Bestätigung eines Einflusses der Sitzzahl eines Bundeslandes im Bundesrat auf die Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen auf Bundes- und Landesebene abgeleitet werden.

Tabelle 18: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach der Bedeutung des Bundeslandes

	Bundesratssitze	Durchschnittliche Ähnlichkeit	N
ASB	3	-0,39	40
	4	-0,34	70
	5	-0,29	8
	6	-0,39	38
Kultus	3	-0,42	35
	4	-0,42	62
	5	-0,41	8
	6	-0,50	34

Quelle: Eigene Darstellung.

Im Politikfeld ASB scheint es so zu sein, dass insbesondere die Länder mit wenigen und vielen Sitzen unabhängiger sind als die mittelgroßen Bundesländer. Die Landesparteien in kleinen Bundesländern sind der Bundespartei nicht wichtig genug, um viel Einfluss zu nehmen; die Landesparteien aus großen Bundesländern sind stark genug, um vergleichsweise unabhängig zu entscheiden. Lediglich bei den mittelgroßen Ländern hat die Bundespartei mehr Einfluss. Beim Politikfeld Kultus lässt sich ein solcher Zusammenhang, wenn überhaupt, nur für die großen Länder erkennen.

Die letzten beiden Hypothesen, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen beschäftigen, betrachten Eigenschaften und Merkmale der einzelnen subnationalen Parteien. Hypothese 8 geht davon aus, dass sich der Status einer Landespartei auf ihre Unabhängigkeit von der Bundespartei auswirkt. Die erwartete Wirkrichtung kann hier allerdings nicht eindeutig bestimmt werden. Zum einen ist eine starke und mächtige Landespartei in der Lage unabhängiger von der Bundespartei zu agieren, zum anderen sind aber insbesondere diese Landesparteien besonders wichtig für die Verkörperung einer einheitlichen Parteilinie. Welcher dieser Wirkmechanismen überwiegt oder ob sie sich gegenseitig aufheben, muss die empirische Analyse zeigen. Der Parteistatus wird hier darüber gemessen, wie häufig eine Partei in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden den Ministerpräsidenten gestellt hat. Hat sie in beiden Legislaturperioden den Ministerpräsidenten gestellt, erhält sie den Wert drei, hat sie in der direkt vorangegangenen Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt, erhält sie den Wert zwei, hat sie in der vorletzten

Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt, erhält sie den Wert 1 und hat sie in keiner der beiden vorangegangenen Legislaturperioden den Ministerpräsidenten gestellt, erhält sie den Wert 0.¹¹⁴

Tabelle 19: Durchschnittliche Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach dem Status der Landespartei

	Parteistatus	Durchschnittliche Ähnlichkeit	N
ASB	0	-0,30	29
	1	-0,42	9
	2	-0,46	13
	3	-0,21	23
	0	-0,45	27
	1	-0,26	9
SPD	2	-0,34	10
	3	-0,35	28
	0	-0,43	25
Kultus	1	-0,22	6
	2	-0,44	12
	3	-0,51	19
	0	-0,47	26
	1	-0,32	9
SPD	2	-0,45	10
	3	-0,47	28

Quelle: Eigene Darstellung.

Aus der Betrachtung von Tabelle 19 kann bezüglich Hypothese 8 keine eindeutige Aussage abgeleitet werden. Die Ähnlichkeit zwischen den Parteipositionen auf Bundes- und Landesebene scheint in keinem eindeutigen Zusammenhang mit dem Status der jeweiligen Landespartei zu stehen.

Hypothese 9 beschäftigt sich mit dem Einfluss der Bedeutung eines Politikfeldes für die Parteien auf Bundes- und Landesebene auf die Ähnlichkeit der Positionen zwischen den

¹¹⁴ Für die ostdeutschen Bundesländer kann diese Variable erst für die dritte Landtagswahl im Untersuchungszeitraum bestimmt werden. Für die zweite Landtagswahl wird deshalb näherungsweise der Wert 2 vergeben, wenn eine Partei in der ersten Legislaturperiode den Ministerpräsidenten gestellt hat. Hat sie den Ministerpräsidenten in der ersten Legislaturperiode nicht gestellt, erhält sie den Wert 0.

Ebenen. In Kapitel 5.1 konnte bereits gezeigt werden, dass sich die Ebenen je nach Kompetenz unterschiedlich stark mit den verschiedenen Politikfeldern beschäftigen, die Politikfelder für die verschiedenen Ebenen folglich von unterschiedlicher Wichtigkeit sind. Der Vergleich der Unterschiede zwischen Bundes- und Landespositionen in den beiden Politikfeldern ASB und Kultus (Hypothese 2) konnte zumindest im Ansatz zeigen, dass die Positionsunterschiede zwischen den Ebenen in den beiden betrachteten Politikfeldern unterschiedlich groß sind. Hier geht es nun nicht um den Vergleich zwischen den Politikfeldern, sondern darum, ob die Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen davon abhängt wie wichtig der jeweiligen Landespartei und der zugehörigen Bundespartei ein Politikfeld ist. Dafür wird für die beiden untersuchten Politikfelder, ASB und Kultus, der Quotient der Salienz der Bundespartei und der Salienz der jeweiligen Landespartei gebildet. Dieser sollte in einem positiven Zusammenhang mit der Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen der Landes- und Bundesparteien stehen, da davon ausgegangen wird, dass die Bundespartei stärker Einfluss nehmen kann bzw. stärker Einfluss nimmt, wenn ihr ein Politikfeld im Vergleich zur jeweiligen Landespartei wichtiger ist. Tabelle 20 zeigt die Korrelationen zwischen diesem Quotienten und der Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen. Beide Koeffizienten in Tabelle 8 sind nicht signifikant und lediglich der Koeffizient für das Politikfeld Kultus verfügt über das richtige Vorzeichen, sodass der vermutete Zusammenhang hier nicht bestätigt werden kann.

Tabelle 20: Korrelation der durchschnittlichen Ähnlichkeit zwischen Bundes- und Landespositionen nach der Bedeutung des Politikfeldes für Landes- und Bundesebene

		Ähnlichkeit
Bedeutung	ASB	-0,03 (0,69)
	Kultus	0,01 (0,88)

Quelle: Eigene Darstellung.

Nachdem nun alle Hypothesen und Variablen zum Einfluss der Politikposition der Bundespartei auf die Politikpositionen der Landesparteien vorgestellt und kurz besprochen wurden, folgt im nächsten Abschnitt die multivariate Analyse dieses Zusammenhangs.

5.2.2. Multivariate Analyse des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landespositionen

Nachdem die möglichen Einflussfaktoren auf den Zusammenhang zwischen den Politikpositionen der Bundes- und Landesgliederungen einer Partei im vorigen Kapitel bezüglich ihres Einflusses auf die Ähnlichkeit zwischen den Politikpositionen der Parteien auf Bundes- und Landesebene einzeln untersucht wurden, folgt nun die multivariate Analyse. Die abhängige Variable ist dabei die Politikposition der Landespartei. Diese soll zunächst durch die Politikposition der Bundespartei erklärt werden. Entsprechend der Hypothesen 2, 3 und 5 bis 9 werden dann verschiedene Einflussfaktoren, die den Zusammenhang zwischen Bundesposition und Landesposition beeinflussen können, berücksichtigt. Dies geschieht in Form von Interaktionstermen, das heißt für die unabhängigen Variablen der Hypothesen 3 und 5 bis 9 werden Interaktionsterme mit der Politikposition der Bundespartei gebildet und diese in die Analyse aufgenommen. So kann beispielsweise überprüft werden, ob der Einfluss der Bundespartei auf die Politikpositionen der Landesparteien größer ist, wenn eine Partei den Bundeskanzler stellt. Den unterschiedlichen Politikfeldern und damit Hypothese 2 wird durch eine getrennte Analyse der Politikfelder Rechnung getragen.

Vor der Aufnahme der Interaktionsterme in die multivariate Analyse werden die Korrelationen zwischen den Interaktionstermen geprüft (vgl. Tabellen A 2 - A 5 im Anhang). Hierbei zeigt sich, dass insbesondere die Interaktionsterme der Bundesposition mit der Anzahl der Bundeslegislaturperioden (Hypothese 3), den Sitzen der Länder im Bundesrat (Hypothese 7) und der relativen Bedeutung des Politikfeldes für die Bundespartei (Hypothese 9) sehr hoch mit der Bundesposition und auch untereinander korreliert sind ($>0,7$), sodass diese Variablen aus der multivariaten Analyse ausgeschlossen werden müssen. Diese Auswahl der aufzunehmenden Interaktionsterme hat allerdings den Vorteil, dass aus jeder Gruppe eine unabhängige Variable aufgenommen wird: die Bundesposition als nationaler Kontextfaktor, der Status der Bundespartei als nationaler Partiefaktor, die Bedeutung der Landtagswahl als subnationaler Kontextfaktor und schließlich der Status der Landespartei als subnationaler Partiefaktor. Zudem wird so dem Gebot nach der Aufnahme von möglichst wenigen unabhängigen Variablen Rechnung getragen.

Um zu überprüfen, ob die einzelnen Bundesländer als Kontrollvariablen aufgenommen werden sollen oder sogar besondere Analyseverfahren wie beispielsweise eine Mehrebenenanalyse angezeigt sind, werden entsprechende Varianzanalysen durchgeführt

(vgl. Tabelle 21). Die Bundesländer tragen jedoch nur in Ausnahmefällen signifikant zur Erklärung der Varianz bei, sodass im Folgenden von einer gesonderten Berücksichtigung der Bundesländer als Kontrollvariablen abgesehen wird. Stattdessen wird für bestimmte Gruppen von Bundesländern, namentlich die neuen Bundesländer und die Stadtstaaten, kontrolliert. Aufgrund der Sonderstellung der CSU innerhalb der Landesverbände der CDU wird auch für die CSU eine Kontrollvariable berücksichtigt. Aufgrund der geringen Fallzahlen muss allerdings, wie schon mehrfach erwähnt, insgesamt darauf geachtet werden, dass nicht zu viele unabhängige Variablen in die einzelnen Analysen aufgenommen werden.

Tabelle 21: Varianzanalyse der Politikpositionen der Landesparteien

	ASB				Kultus			
	SS	Df	F	Prob>F	SS	df	F	Prob>F
CDU								
Land	2,81	15	0,45	0,96	4,64	15	1,51	0,13
Residuum	26,09	62			12,12	59		
Adj. R²	-0,12				0,09			
N	78				75			
SPD								
Land	4,81	15	0,58	0,88	7,28	15	2,45	0,00
Residuum	34,17	62			12,06	61		
Adj. R²	-0,09				0,22			
N	78				77			

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 22 zeigt die Regressionskoeffizienten für sechs Modelle mit unterschiedlichen Kombinationen von Variablen im Politikfeld ASB mit und ohne Kontrollvariablen. Für CDU und SPD wurden aufgrund der vermuteten und teilweise auch bereits bestätigten Unterschiede zwischen den Parteien getrennte Analysen durchgeführt. Modell 1 zeigt für beide Parteien einen starken und hochsignifikanten Zusammenhang zwischen den Bundes- und Landespositionen im Politikfeld ASB. Allein durch die Bundesposition können im Falle der CDU 66% der Varianz und im Fall der SPD sogar 68% der Varianz der Landespositionen erklärt werden. In den Modellen 2 bis 4 wird je ein Interaktionsterm hinzugenommen. Der Interaktionsterm mit dem Status der Bundespartei in Modell 2 weist keinen signifikanten Effekt und nur im Fall der SPD das richtige Vorzeichen auf. Die zeitliche Nähe der Landtagswahl zur Bundestagswahl in Modell 3 wirkt sich bei beiden Parteien unerwartet negativ aus und ist im Falle der CDU signifikant. Modell 4 untersucht, ob der Status der Landespartei sich auf den Zusammenhang der Bundes- mit den Landespositionen auswirkt, die erwartete Wirkrichtung ist hier nicht klar. Die Koeffizienten in Modell 4 sind für beide

Parteien positiv, allerdings liegt nur im Fall der CDU ein signifikanter Koeffizient vor. Dass der Koeffizient positiv ist, bedeutet, dass der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landesposition umso größer ist, je erfolgreicher die Landespartei ist. Dies kann damit erklärt werden, dass die Bundespartei in diesen Fällen besonders viel Wert auf möglichst einheitliche Politikpositionen legt.

Tabelle 22: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	1,57***	1,57***	1,59***	1,60***	1,77***	1,78***	1,35***	1,41***	1,52***	1,61***	1,52***	1,61***
BK*Bundespos.			-0,04	-0,07							0,00	0,01
Nähe*Bundespos.					-0,32**	-0,35***			-0,27**	-0,33***	-0,27**	-0,34***
Erfolg*Bundespos							0,05**	0,02	0,06**	0,02	0,06**	0,02
.												
CSU		0,29*		0,29*		0,28*		0,25*		0,24*		0,24*
Ost		-0,15		-0,15		-0,08		-0,03		0,02		0,02
Stadtstaat		-0,30***		-0,31***		-0,32***		-0,29***		-0,31***		-0,31***
R ²	0,66	0,72	0,67	0,73	0,69	0,75	0,70	0,75	0,72	0,78	0,72	0,78
N ¹¹⁵	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74
SPD												
Bundesposition	0,78***	0,78***	0,75***	0,75***	0,81***	0,82***	0,77***	0,79***	0,79***	0,79***	0,77***	0,76***
BK*Bundespos.			0,09	0,10							0,08	0,10
Nähe*Bundespos.					-0,06	-0,06			-0,03	-0,01	-0,01	0,01
Erfolg*Bundespos							0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00
.												
Ost		-0,10		-0,10		-0,10		-0,14		-0,13		-0,14
Stadtstaat		-0,19		-0,20		-0,19		-0,19		-0,19		-0,20
R ²	0,68	0,69	0,68	0,69	0,68	0,69	0,66	0,68	0,66	0,68	0,66	0,68
N ¹¹⁶	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74

Quelle: Eigene Berechnung.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

¹¹⁵ Obwohl 79 Landtagswahlen im Untersuchungszeitraum stattfanden, liegen für die CDU im Politikfeld ASB nur 78 Positionen vor. Dies liegt darin begründet, dass die CDU in Brandenburg zur Landtagswahl 1990 kein Wahlprogramm verabschiedet hat. Die weitere Reduzierung der Fallzahl auf 74 folgt aus der Einbeziehung voriger Wahlergebnisse vor dem Untersuchungszeitraum zur Generierung des Erfolgs der Landespartei; da für die ostdeutschen Länder keine Wahlergebnisse aus dem Zeitraum vor 1990 verwendet werden können, fallen die ersten Wahlen in Ostdeutschland ab Modell 4 ebenfalls aus der Analyse heraus.

¹¹⁶ Obwohl 79 Landtagswahlen im Untersuchungszeitraum stattfanden, liegen für die SPD im Politikfeld ASB nur 78 Positionen vor. Dies liegt darin begründet, dass sich die SPD in ihrem Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl 1990 in Thüringen nicht mit dem Politikfeld ASB beschäftigt hat und daher keine Politikposition gemessen werden konnte. Die weitere Reduzierung der Fallzahl auf 74 folgt aus der Einbeziehung voriger Wahlergebnisse vor dem Untersuchungszeitraum zur Generierung des Erfolgs der Landespartei; da für die ostdeutschen Länder keine Wahlergebnisse aus dem Zeitraum vor 1990 verwendet werden können, fallen die ersten Wahlen in Ostdeutschland ab Modell 4 ebenfalls aus der Analyse heraus.

Modell 5 berücksichtigt die beiden im Falle der CDU signifikanten Interaktionsterme. Vorzeichen und Signifikanz der Koeffizienten bleiben hier sowohl im Falle der CDU als auch der SPD stabil. Bei der CDU kann das R^2 in Modell 5 auf 0,72 erhöht werden. Bei der SPD führt die Berücksichtigung der Interaktionsterme in Modell 5 hingegen nicht zu einer Verbesserung des Anteils der erklärten Varianz. Modell 6 berücksichtigt die Bundesposition und alle drei Interaktionsterme. Die Ergebnisse ändern sich gegenüber Modell 5 allerdings kaum. Aus Tabelle 22 kann daher geschlossen werden, dass bei beiden Parteien die Position der Bundespartei einen starken Einfluss auf die Positionierung der jeweiligen Landesparteien im Politikfeld ASB hat. Allein durch die Berücksichtigung der Bundesposition können 66 bzw. 68% der Varianz erklärt werden. Im Falle der CDU führt die zeitliche Nähe zu einer Bundestagswahl, unerwartet, zu einer Verringerung des Einflusses der Bundesposition. Ein höherer Status der Landespartei führt hingegen zu einer größeren Bindung an die Bundesposition, was vermutlich an der größeren Bedeutung der starken Landesparteien für die Außenwirkung der Gesamtpartei und damit auch die Bundespartei liegt. Der Einfluss der Bundes-SPD auf die Politikpositionen der Landesparteien scheint laut Tabelle 22 hingegen unabhängig vom Status der Bundes- oder Landesparteien und von der zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl zu sein.

Die jeweils mit dem Buchstaben A gekennzeichneten Modelle in Tabelle 22 wiederholen die oben beschriebenen Berechnungen unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen für Ostdeutschland und Stadtstaaten sowie im Falle der CDU für die CSU. Im Politikbereich ASB zeigt sich eine tendenziell rechttere Position der CSU im Vergleich zu den CDU-Landesverbänden. Dieser Effekt ist schwach signifikant auf dem 10%-Niveau. Außerdem zeigt die Berücksichtigung der Kontrollvariablen, dass die Landesverbände der CDU in Stadtstaaten eine eher linke Position im Vergleich mit den CDU-Landesverbänden aus Flächenstaaten einnehmen, was wohl in den unterschiedlichen Aufgaben und Anforderungen der Arbeits- und Sozialpolitik in Stadtstaaten begründet liegt. Dieser Effekt ist hochsignifikant. Keinen signifikanten Effekt haben hingegen die ostdeutschen Bundesländer. Die Politikpositionen der ostdeutschen Landesverbände der CDU unterscheiden sich im Politikfeld ASB nicht signifikant von den Politikpositionen der westdeutschen Landesverbände. Bezüglich des Einflusses der übrigen Variablen führt die Aufnahme der Kontrollvariablen lediglich im Hinblick auf den Einfluss des Interaktionsterms aus Erfolg einer Landespartei und der Bundesposition zu einer nennenswerten Änderung, nämlich dem Verlust der Signifikanz des Koeffizienten. Die Aufnahme der Kontrollvariablen für

Ostdeutschland und die Stadtstaaten hat bei der Untersuchung der Landesverbände der SPD keinerlei Einfluss auf die Koeffizienten oder ihre Signifikanz. Zudem ist auch kein Koeffizient der Kontrollvariablen signifikant. Sowohl bei der CDU als auch bei der SPD führt die Aufnahme der Kontrollvariablen lediglich zu einer geringen Verbesserung der erklärten Varianz.

Aufgrund der komplexen Datenstruktur wurden zur Absicherung der oben beschriebenen Modelle die gleichen Modelle mit anderen statistischen Verfahren geschätzt, um so die Robustheit der Analysen besser beurteilen zu können. Zunächst wurden die Analysen mit panelkorrigierten Standardfehlern wiederholt, um für Panelheteroskedastizität, das heißt unterschiedliche Varianzen der Fehler bei unterschiedlichen Fällen, und kontemporäre Korrelation, das heißt, Korrelation der Fehler im Querschnitt einer Periode, zu kontrollieren. Die in Tabelle 22 gefundenen Signifikanzniveaus bleiben jedoch stabil, sodass die Standardfehler durch Panelheteroskedastizität bzw. kontemporäre Korrelation anscheinend nicht in großem Maße verzerrt werden (vgl. Tabelle A 6 im Anhang). Die einzige nennenswerte Änderung ist, dass der Einfluss der Variable Stadtstaat im Falle der SPD durch die Berechnung der panelkorrigierten Standardfehler signifikant wird. Diese Modelle wurden zusätzlich unter Berücksichtigung einer seriellen Korrelation erster Ordnung geschätzt, um für eine Korrelation zwischen den Politikpositionen zum Zeitpunkt $t-1$ und t zu kontrollieren (vgl. Tabelle A 7 im Anhang). Auch hier ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

Da nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass sich die Positionen von CDU und SPD nicht gegenseitig beeinflussen und somit unabhängig voneinander sind, wird neben der getrennten Schätzung der Modelle für CDU und SPD auch ein Mehrgleichungssystem geschätzt, das eine mögliche Interdependenz der Politikpositionen von CDU und SPD berücksichtigt. Anhand der Kovarianz der Standardfehler kann dann beurteilt werden, ob und in welchem Maße die angenommene Interdependenz zwischen CDU und SPD vorliegt. Tabelle A 8 im Anhang zeigt die Ergebnisse der Schätzung der Modelle aus Tabelle 22 mit einem Mehrgleichungssystem. Die Ergebnisse entsprechen im Großen und Ganzen den Ergebnissen der einfachen OLS-Regression, lediglich bei Modell 6 und im Falle der SPD bei Modell 3 sind die Koeffizienten nicht mehr signifikant. Größe und Richtung der Koeffizienten sind hingegen in allen Modellen vergleichbar. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang allerdings die Erkenntnis, dass die Kovarianz der Standardfehler maximal einen Betrag von 0,14 aufweist und somit so klein ist, dass die Verwendung der einfachen OLS-Regression angemessen erscheint.

Tabelle 23 zeigt die gleichen Analysen wie Tabelle 22, beschäftigt sich allerdings mit dem Politikfeld Kultus. Bereits auf den ersten Blick fällt auf, dass sich der Zusammenhang zwischen der Bundesposition und den Politikpositionen der Länder stark zwischen den Politikfeldern ASB und Kultus unterscheidet. Während allein die Position der Bundespartei im Politikfeld ASB ca. 2/3 der Varianz der Landespositionen erklärt, scheint im Politikfeld Kultus bei der CDU kein signifikanter und bei der SPD ein deutlich geringerer Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen zu bestehen. Auch die Interaktionsterme, die im Fall der CDU im Politikfeld ASB zumindest teilweise einen signifikanten Einfluss haben, zeigen im Politikfeld Kultus keine signifikanten Koeffizienten. Hingegen scheint im Fall der SPD der Status der Bundespartei und die Nähe zur Bundestagswahl den Zusammenhang zwischen Bundes- und Landesposition zu beeinflussen, allerdings im Fall des Status der Bundespartei nicht in der erwarteten Richtung und auch nur in Modell 2. Der Einfluss der Bundespartei auf die Kultuspositionen der Landesverbände der SPD nimmt hingegen, wie erwartet, zu, je größer die zeitliche Nähe der Landtagswahl zur Bundestagswahl ist.

Die Aufnahme der Kontrollvariablen CSU, Stadtstaat und Ostdeutschland ist wiederum in den mit A gekennzeichneten Modellen in Tabelle 23 dargestellt. Im Falle der CDU ist im Politikbereich Kultus, wie auch im Politikbereich ASB, eine signifikant rechttere Position der CSU zu erkennen. Anders als im Politikbereich ASB zeigt sich hier allerdings kein signifikanter Unterschied zwischen Flächen- und Stadtstaaten. In den ostdeutschen Ländern gibt es in einigen Modellen hingegen einen signifikanten positiven Koeffizient, der eine tendenziell konservativere Kultuspolitik in den ostdeutschen Ländern vermuten lässt. Bezüglich der Haupteffekte führt die Aufnahme der Kontrollvariablen dazu, dass der negative Einfluss des Interaktionsterms aus zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl und der Bundesposition teilweise signifikant wird und somit der Erwartung eines größeren Einflusses der Bundesposition im unmittelbaren zeitlichen Umfeld einer Bundestagswahl widerspricht. Für die CDU führt die Aufnahme der Kontrollvariablen dennoch zu einer deutlichen Verbesserung der erklärten Varianz. Insbesondere die Unterschiede zwischen echten CDU-Landesverbänden und der CSU müssen folglich berücksichtigt werden. Der zweite Teil der Tabelle, der sich der Untersuchung der Kultuspositionen der Landesverbände der SPD widmet, wird durch die Aufnahme der Kontrollvariablen kaum verändert. Lediglich die Kontrollvariable für Ostdeutschland hat teilweise signifikante Koeffizienten, die, wie auch im Falle der CDU, positiv sind.

Tabelle 23: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	-0,21	-0,22	-0,21	-0,21	-0,08	0,03	-0,24	-0,22	-0,09	0,02	-0,11	0,01
BK*Bundespos.			-0,07	-0,12							-0,04	-0,04
Nähe*Bundespos.					-0,20	-0,37**			-0,24	-0,37**	-0,21	-0,34*
Erfolg*Bundespos.							0,04	0,00	0,05	0,01	0,05	0,01
CSU		0,53***		0,57***		0,61***		0,53**		0,59***		0,59***
Ost		0,16		0,17		0,25**		0,16		0,24**		0,24**
Stadtstaat		0,02				-0,01		0,02		-0,01		-0,01
R ²	0,03	0,16	0,04	0,18	0,06	0,24	0,05	0,16	0,09	0,24	0,10	0,24
N ¹¹⁷	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62
SPD												
Bundesposition	0,43***	0,42***	0,59***	0,60***	-0,32	-0,39	0,42**	0,41**	-0,25	-0,29	0,00	-0,04
BK*Bundespos.			-0,50**	-0,53**							-0,30	-0,29
Nähe*Bundespos.					1,02**	1,12**			0,90*	0,93**	0,66	0,70
Erfolg*Bundespos.							-0,03	-0,04	-0,01	-0,02	0,01	-0,00
Ost		0,16		0,18		0,20*		0,27**		0,27**		0,27**
Stadtstaat		0,06		0,04		0,05		0,06		0,06		0,05
R ²	0,17	0,19	0,22	0,24	0,23	0,26	0,13	0,18	0,18	0,23	0,19	0,24
N ¹¹⁸	77	77	77	77	77	77	73	73	73	73	73	73

Quelle: Eigene Darstellung.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

¹¹⁷ Da die Bundes-CDU sich in ihrem Wahlprogramm aus dem Jahre 1990 nicht zum Politikfeld Kultus geäußert hat, ist die Fallzahl im Vergleich zum Politikfeld ASB hier deutlich niedriger. Hinzukommt, dass die CDU im Saarland 1994 das Politikfeld Kultus in ihrem Wahlprogramm ebenfalls nicht thematisiert hat.

¹¹⁸ Im Politikfeld Kultus ist die Fallzahl bei der SPD im Vergleich zum Politikfeld ASB zunächst um einen Fall (keine Aussage der SPD in Sachsen-Anhalt 1994 zu Kultus) reduziert. Die weitere Reduktion der Fallzahl auf 73 folgt aus der Einbeziehung voriger Wahlergebnisse vor dem Untersuchungszeitraum zur Generierung des Erfolgs der Landespartei; da für die ostdeutschen Länder keine Wahlergebnisse aus dem Zeitraum vor 1990 verwendet werden können, fallen die ersten Wahlen in Ostdeutschland ab Modell 4 ebenfalls aus der Analyse heraus

Die Berücksichtigung der panelkorrigierten Standardfehler (vgl. Tabelle A 9 im Anhang) führt bei der SPD zu einem Verlust des signifikanten Einflusses des Status der Bundespartei. Abgesehen davon sind die Ergebnisse allerdings auch mit panelkorrigierten Standardfehlern mit den Ergebnissen der einfachen Regression vergleichbar. Dies ändert sich auch nicht durch die Berücksichtigung eines autoregressiven Prozesses erster Ordnung (vgl. Tabelle A 10 im Anhang). Die Berechnung der Modelle aus Tabelle 23 mit einem Mehrgleichungsmodell zeigt nur geringe Kovarianzen zwischen den Standardfehlern; die Ergebnisse ändern sich teilweise jedoch erheblich, weshalb die Ergebnisse hier kurz besprochen werden (vgl. Tabelle 24).

Im Falle der CDU verändern sich die Ergebnisse im Vergleich zur OLS-Regression kaum. Im Falle der SPD verlieren die Koeffizienten der Bundesposition jedoch ihre Signifikanz, sodass lediglich die Kontrollvariable Ost noch einen signifikanten Einfluss hat. Die Analysen im Politikfeld Kultus sind folglich weniger robust und eindeutig als die Ergebnisse im Politikfeld ASB, was sich jedoch auch schon beim Vergleich der verschiedenen Modelle der linearen Regression gezeigt hat. Dies kann dadurch erklärt werden, dass der Zusammenhang zwischen der Bundesposition und den Landespositionen im Politikfeld Kultus deutlich schwächer ausgeprägt und insgesamt instabiler ist als der Zusammenhang im Politikfeld ASB. Dies entspricht wiederum der grundsätzlichen Erwartung, dass die Landesparteien in ihrem Kernkompetenzfeld Kultus in der Regel sehr viel unabhängiger agieren können als im Politikfeld ASB und bestätigt somit den angenommenen Einfluss der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern auf die politische Positionierung der Parteien.

Tabelle 24: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	-0,19	-0,22	-0,19	-0,21	-0,05	0,03	-0,24	-0,23	-0,09	0,02	-0,10	0,01
BK*Bundespos.			-0,09	-0,10							-0,04	-0,02
Nähe*Bundespos.					-0,22	-0,36**			-0,23	-0,36**	-0,21	-0,35**
Erfolg*Bundespos.							0,04	0,01	0,05	0,01	0,05	0,01
CSU		0,59***		0,58***		0,60***		0,56***		0,58***		0,58***
Ost		0,19*		0,19*		0,27**		0,18*		0,26**		0,26**
Stadtstaat		0,03		0,01		-0,01		0,03		-0,01		-0,01
R²	0,03	0,16	0,04	0,18	0,05	0,24	0,06	0,16	0,09	0,24	0,09	0,24
SPD												
Bundesposition	0,14	0,10	0,16	0,18	-0,29	-0,38	0,14	0,12	-0,38	-0,38	-0,49	-0,46
BK*Bundespos.			-0,03	-0,12							0,16	0,11
Nähe*Bundespos.					0,63	0,73			0,71	0,73	0,80	0,80
Erfolg*Bundespos.							-0,01	-0,02	0,01	-0,00	-0,01	-0,02
Ost		0,21*		0,22*		0,22*		0,22*		0,22*		0,22*
Stadtstaat		0,15		0,14		0,12		0,15		0,12		0,13
R²	0,01	0,06	0,01	0,06	0,05	0,10	0,01	0,06	0,05	0,10	0,05	0,10
Kovarianz	-0,08	0,07	-0,11	0,02	-0,09	-0,00	-0,00	0,07	-0,01	0,01	-0,04	-0,01
Standardfehler												
N	61	61	61	61	61	61	61	61	61	61	61	61

Quelle: Eigene Darstellung.

Anmerkung: Im Vergleich zu Tabelle 23 wurde hier keine lineare Regression, sondern ein Mehrgleichungsmodell berechnet.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

Insgesamt führen die in den Tabellen 22 und 23 dargestellten Analysen zu unterschiedlichen Ergebnissen für die einzelnen Politikfelder, aber auch für CDU und SPD. Hypothese 2 wird durch die vorliegenden Analysen eindeutig untermauert, der Einfluss der Bundes- auf die Landespositionen ist im Politikfeld ASB, in dem die Bundesebene über viele Kompetenzen verfügt, deutlich größer als im Politikfeld Kultus, das von der Landesebene dominiert wird. Bezüglich der übrigen Hypothesen sind so eindeutige Aussagen leider nicht möglich. Zwar konnten einzelne Hypothesen für einzelne Politikfelder und einzelne Parteien bestätigt werden, jedoch scheint es auf der vorliegenden Datenbasis nicht möglich, hier zu einem eindeutigen Ergebnis zu kommen. Die Bundespartei verfügt in beiden Politikfeldern über einen gewissen Einfluss auf die Positionen der Landesparteien, ein konstanter Einfluss der moderierenden Faktoren, die den Einfluss der Bundespartei verstärken oder abschwächen, konnte allerdings nicht festgestellt werden.

5.3. Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von regionalen Bedingungen

Nach der Untersuchung des Einflusses der Bundespartei auf die Politikpositionen der zugehörigen Landesparteien im vorigen Kapitel beschäftigt sich dieses Kapitel mit dem Einfluss der regionalen Bedingungen auf die Positionierung der Landesparteien. Die Politikpositionen der Bundesparteien, die im vorigen Kapitel den Schwerpunkt bildeten, werden hier folglich nicht berücksichtigt. Bevor die Analysen zum Zusammenhang zwischen regionalen Bedingungen und den Politikpositionen der Landesparteien vorgestellt werden, werden die unabhängigen Variablen allerdings auch hier auf große Korrelationen untereinander überprüft. Tabellen A 11, A 12, A 16 und A 17 im Anhang zeigen das Ergebnis dieser Überprüfung getrennt nach Politikfeldern und Parteien. Im Politikfeld ASB fallen insbesondere die hohen Korrelationen zwischen der Politikposition einer Partei zum Zeitpunkt $t-1$ und dem ideologischen Zentrum Land zum Zeitpunkt $t-1$ auf. Die starke Korrelation dieser Variablen ist nicht verwunderlich, da das ideologische Zentrum in einem Land maßgeblich durch die Politikpositionen der beiden großen Parteien geprägt wird. Die Aufnahme einer lagged dependent variable birgt jedoch unabhängig davon immer die Gefahr, dass durch sie bereits so viel erklärt wird, dass der Einfluss anderer Variablen verdeckt wird. Daher werden auch hier zunächst alle Variablen einzeln in ein Modell aufgenommen.

Tabelle 25: Der Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen im Politikfeld ASB

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A	Modell 7	Modell 7A	Modell 8	Modell 8A	Modell 9	Modell 9A	Modell 10	Modell 10A
CDU_ld	0,73**	0,73**							0,66**	0,64**	0,38*	0,15	0,66**	0,64**					0,4**	0,12
cog			0,71**	0,74**							0,39*	0,61**			0,62**	0,67***			0,23	0,53*
Erfolg*CDU_ld					0,56**	0,51**			0,27*	0,27*					0,19	0,14	0,43**	0,39***	0,22*	0,15
Koalitionsposition							0,32**	0,32**					0,09	0,10			0,25**	0,24***	0,06	0,03
CSU Ost		0,12		0,28*		0,16		0,41*		0,08		0,25		0,18		0,25		0,29		0,23
Stadtstaat		0,13		0,33**		0,22		0,08		0,19*		0,31**		0,16		0,36***		0,19		0,32**
R ²	0,55	0,57	0,56	0,66	0,24	0,31	0,27	0,34	0,59	0,62	0,59	0,66	0,57	0,60	0,57	0,67	0,39	0,45	0,61	0,67
N	62	62	59	59	58	58	61	61	58	58	59	59	60	60	57	57	58	58	57	57
SPD																				
SPD_ld	0,73**	0,73**							0,56**	0,49**	0,72**	0,72**	0,69**	0,70**					0,62**	0,61**
cog			0,77**	0,82**							-0,03	-0,03			0,47**	0,43***			-0,23	-0,32
Erfolg*SPD_ld					0,89**	0,98**			0,29*	0,44**					0,49**	0,61***	0,72**	0,84***	0,35*	0,52**
Koalitionsposition							0,25**	0,25**					0,03	0,02			0,16**	0,12**	0,07	0,06
Ost		0,05		0,33*		0,41**		-0,15		0,31**		0,14		0,06		0,43***		0,34***		0,22*
Stadtstaat		-0,13		0,07		-0,22		-0,22		-0,16		-0,15		-0,13		-0,09		-	-	-
R ²	0,60	0,61	0,49	0,54	0,39	0,54	0,18	0,20	0,64	0,72	0,62	0,65	0,59	0,60	0,52	0,64	0,47	0,58	0,63	0,73
N	62	62	59	59	58	58	62	62	58	58	59	59	61	61	57	57	58	58	57	57

Quelle: Eigene Darstellung.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

Tabelle 25 zeigt die Ergebnisse der linearen Regressionen für das Politikfeld ASB. Die getrennte Untersuchung der einzelnen unabhängigen Variablen in den ersten vier Modellen zeigt, dass jede dieser vier Variablen sowohl auf die Landespositionen der CDU als auch der SPD einen hochsignifikanten Einfluss in die erwartete Richtung hat. Einen großen Anteil der Varianz erklärt mit 55 bzw. 60 % erwartungsgemäß die vorherige Politikposition der jeweiligen Landespartei. Im Fall der CDU erklärt das ideologische Zentrum allerdings sogar 56% und somit einen Prozentpunkt mehr. Dadurch zeigt sich, dass die Parteien ihre Positionen zwar von Wahl zu Wahl verändern, aber dennoch eine grundsätzliche Linie dauerhaft vertreten und die vorherigen Positionen nicht vollkommen umstoßen. Dies entspricht der Erwartung, dass Parteien, um gegenüber dem Wähler glaubwürdig zu sein, zumindest in gewissem Umfang zu ihren einmal getroffenen Positionsentscheidungen stehen.

Die nächsten drei Modelle beziehen jeweils die lagged dependent variable und eine weitere unabhängige Variable in die Analyse mit ein. Hierbei zeigen sich erste Unterschiede zwischen den Parteien. Während bei der CDU weiterhin alle Koeffizienten das erwartete Vorzeichen aufweisen, wird der Koeffizient des ideologischen Zentrums eines Bundeslandes in Modell 6 und 9 im Falle der SPD negativ, ist dann aber auch nicht mehr signifikant. Der Einfluss der Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf die Politikposition einer Landespartei ist sowohl bei der CDU als auch bei der SPD bei Einbeziehung der lagged dependent variable nicht mehr signifikant. Das letzte Modell, das alle Variablen gleichzeitig berücksichtigt, zeigt wiederum, mit Ausnahme des politischen Zentrums bei der SPD, die erwarteten Vorzeichen bei allen Variablen. Die vorherige Position einer Partei und der Interaktionsterm aus der vorherigen Position und dem Erfolg einer Partei sind außerdem signifikant. Insgesamt können so 61 bzw. 63% der Varianz der Landespositionen erklärt werden, wobei die Steigerung der erklärten Varianz gegenüber Modell 1, das nur die vorherige Landesposition berücksichtigt, äußerst moderat ausfällt.

Wie im vorigen Kapitel wurden auch hier alle Analysen zusätzlich mit panelkorrigierten Standardfehlern berechnet, um für Panelheteroskedastizität und kontemporäre Korrelation zu kontrollieren. Dies führt hier sogar zu einer Verbesserung der Signifikanz der gezeigten Ergebnisse (vgl. Tabelle A 13 im Anhang), sodass hier wiederum nur die Ergebnisse der einfachen OLS Regression gezeigt werden. Auch die Berücksichtigung eines autoregressiven Prozesses ändert die Ergebnisse nicht nennenswert (vgl. Tabelle A 14 im Anhang). Ebenfalls wurden zusätzlich Mehrgleichungsmodelle (vgl. Tabelle A 15 im Anhang) berechnet, um eine eventuell auftretende gegenseitige Beeinflussung von CDU und SPD berücksichtigen zu

können. Auch hier bleiben die grundsätzlichen Ergebnisse stabil, teilweise kann jedoch eine deutlich höhere Kovarianz der Standardfehler festgestellt werden als bei der Analyse des Einflusses der Bundespartei auf die Landespositionen. Insgesamt ist die Kovarianz der Standardfehler allerdings nicht so hoch, dass die lineare Regression verworfen werden muss.

Im nächsten Abschnitt werden nun die gleichen Analysen für das Politikfeld Kultus durchgeführt. Zunächst wird allerdings auch hier ein Blick auf die Korrelationen der unabhängigen Variablen untereinander geworfen. Diese sind deutlich geringer als im Politikfeld ASB (vgl. Tabellen A 16 und A 17 im Anhang). Wie im Politikfeld ASB werden dennoch alle Variablen nacheinander in ein Gesamtmodell aufgenommen. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten wird davon ausgegangen, dass die regionalen Kontextfaktoren im Politikbereich Kultus stärker zur Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien beitragen als im Politikfeld ASB. Jedoch zeigt bereits ein erster Blick auf die R^2 -Werte in Tabelle 26, dass diese Erwartung nicht erfüllt wird. Zwar weisen die Koeffizienten in der Einzelbetrachtung der Modelle 1 bis 4 auch im Politikfeld Kultus alle das aufgrund der Hypothesen erwartete Vorzeichen auf, jedoch sind lediglich bei der SPD die gefundenen Einflüsse der vorherigen Politikposition und des Interaktionsterms aus der vorherigen Politikposition und dem Erfolg der Landespartei auch signifikant. Für die CDU ist in keinem der Modelle ein signifikanter Einfluss feststellbar, obwohl immerhin alle Koeffizienten das erwartete Vorzeichen aufweisen. Dementsprechend ist auch der Anteil der erklärten Varianz im Falle der CDU extrem niedrig. Bei der SPD ist dieser Anteil mit bis zu 43% zwar deutlich höher, allerdings hat das ideologische Zentrum eines Landes hier teilweise einen signifikant negativen Einfluss auf die Landespositionen, das heißt die Landesverbände der SPD reagieren auf ein linkes bzw. rechtes ideologisches Zentrum im Land mit einer Politikposition, die der jeweils anderen Richtung zuneigt.

Tabelle 26: Der Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen im Politikfeld Kultus

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A	Modell 7	Modell 7A	Modell 8	Modell 8A	Modell 9	Modell 9A	Modell 10	Modell 10A
CDU_ld	0,13	0,09							0,11	-0,02	0,02	-0,08	0,06	-0,02					0,07	-0,10
cog			0,13	0,12							0,11	0,20			0,12	0,07			0,00	0,03
Erfolg*CDU_ld					0,13	0,12			0,09	0,12					0,09	0,09	0,12	0,11	0,10	0,13
U_ld																				
Koalitionsposition							0,08	0,11*					0,07	0,10*			0,08	0,10*	0,07	0,10
CSU		0,48*		0,50**		0,49**		0,58**		0,50*		0,53*		0,58**		0,48*		0,54**		0,58**
Ost		0,17		0,26**		0,23*		0,21*		0,23*		0,27*		0,22*		0,25*		0,21*		0,25*
Stadtstaat		0,01		0,03		0,00		0,00		0,00		0,04		-0,01		0,02		-0,01		-0,01
R ²	0,03	0,14	0,01	0,17	0,04	0,18	0,03	0,20	0,05	0,18	0,01	0,18	0,03	0,20	0,05	0,19	0,07	0,23	0,07	0,24
N	58	58	55	55	54	54	60	60	54	54	55	55	56	56	53	53	54	54	53	53
SPD																				
SPD_ld	0,48**	0,46**							0,50**	0,48**	0,64**	0,62**	0,53***	0,52**					0,64***	0,62**
cog			0,01	0,10							-	-			-0,22	-0,15			-	-
Erfolg*SPD_ld					0,46**	0,39*			-0,06	-0,09					0,55**	0,45*	0,45**	0,40*	0,02	0,01
U_ld																				
Koalitionsposition							0,06	0,04					-0,05	-0,07			0,03	0,01	-0,03	-0,04
Ost		0,16		0,28**		0,23		0,17		0,16		0,07		0,18		0,26*		0,24		0,13
Stadtstaat		0,09		0,20		0,10		0,13		0,10		0,02		0,12		0,12		0,11		0,02
R ²	0,31	0,33	0,00	0,08	0,09	0,13	0,01	0,04	0,30	0,33	0,42	0,42	0,33	0,36	0,12	0,17	0,09	0,13	0,43	0,44
N	60	60	56	56	57	57	58	58	57	57	56	56	57	57	54	54	55	55	54	54

Quelle: Eigene Darstellung.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

In den Tabellen A 18 und A 19 im Anhang findet sich auch für diese Analysen eine Replikation mit panelkorrigierten Standardfehlern mit und ohne autoregressiven Prozess erster Ordnung. Diese führen jedoch auch hier, wie bereits bei den anderen Analysen, zu keiner grundsätzlichen Veränderung der Ergebnisse. Durch die gemeinsame Analyse von CDU und SPD und somit die Berücksichtigung einer möglichen gegenseitigen Beeinflussung der Parteien, ändern sich die Ergebnisse im Bereich Kultus ebenfalls kaum (vgl. Tabelle A 20 im Anhang).

Insgesamt kann somit festgehalten werden, dass die vorherige Politikposition in beiden Politikfeldern und bei beiden Parteien, mit Ausnahme der CDU im Politikfeld Kultus, einen großen Einfluss auf die aktuelle Politikposition ausübt. Trotz der Aufnahme der lagged dependent variable sind auch andere Variablen in den Modellen weiterhin signifikant. So scheint, entsprechend Hypothese 12, der Erfolg einer Landespartei die Bindung an diese erfolgreiche Position zu erhöhen. Besonders überraschend ist jedoch der negative Einfluss des ideologischen Zentrums im Politikfeld Kultus bei der SPD. Während sich die Parteien im Politikfeld ASB durchaus am ideologischen Zentrum und somit am Mainstream der politischen Meinung im jeweiligen Bundesland zu orientieren scheinen, versucht die SPD im Politikfeld Kultus durch eine Gegenbewegung sich eher von diesem ideologischen Zentrum zu unterscheiden. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang noch, inwieweit diese Ergebnisse mit dem erheblichen Einfluss der Bundespartei im Politikfeld ASB zusammenhängen.

5.4. Politikpositionen der Landesparteien in Abhängigkeit von der Bundespartei und regionalen Bedingungen

Nach der getrennten Analyse des Einflusses der Bundespartei und der regionalen Bedingungen auf die politische Positionierung der Landesparteien werden die Faktoren, die sich in der getrennten Analyse als besonders vielversprechend erwiesen haben, nun gemeinsam analysiert, um die Politikpositionen der Landesparteien insgesamt zu erklären. Bezüglich des Einflusses der Bundespartei wird lediglich die Bundesposition als Einflussvariable berücksichtigt, da ein Einfluss der weiteren Variablen, von denen angenommen wurde, dass sie den Einfluss der Bundespartei stärken bzw. schwächen, durch die Analysen nicht bestätigt werden konnte. Aus den Variablen zur Messung des Einflusses der regionalen Bedingungen wird aufgrund der obigen Ergebnisse die frühere Politikposition der Partei und der Interaktionsterm aus der früheren Politikposition der Partei und dem Erfolg

oder Misserfolg, den sie mit dieser Position bei Wahlen hatte, berücksichtigt. Die beiden anderen Einflussfaktoren, das ideologische Zentrum und die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, konnten bei der Analyse der regionalen Einflussfaktoren nicht überzeugen und werden, da die Analyse aufgrund der begrenzten Fallzahl möglichst schlank gehalten werden soll, nicht berücksichtigt.

Tabelle 27 bildet drei Modelle mit verschiedenen Kombinationen der genannten unabhängigen Variablen für das Politikfeld ASB ab. Auch hier wurden die Analysen wieder nach Parteien getrennt vorgenommen. Der Anteil der erklärten Varianz liegt zwischen 61 und 77% und ist damit insgesamt sehr hoch. Auch zeigen alle Koeffizienten das erwartete Vorzeichen und sind ohne Berücksichtigung der Kontrollvariablen, mit Ausnahme des Koeffizienten für den Interaktionsterm aus dem Erfolg der Landespartei und ihrer Politikposition im Falle der SPD im Gesamtmodell, signifikant. Die Analyse in Tabelle 27 bestätigt folglich die Analysen aus den beiden vorigen Kapiteln. Die Bundesposition hat im Politikfeld ASB einen großen Einfluss auf die Politikposition der Landesparteien. Auch die vorherige Politikposition einer Landtagspartei wirkt sich auf deren zukünftige Politikposition aus, somit wird Hypothese 11 auch durch diese Analysen bestätigt. Der Einfluss der vorherigen Politikposition auf die aktuelle Position wird darüber hinaus verstärkt, wenn die Partei mit dieser Position einen Wahlerfolg erzielen konnte. Konnte mit einer Politikposition hingegen kein Wahlerfolg erzielt werden, ist die Bindung an diese Position bei zukünftigen Wahlen schwächer ausgeprägt. Somit wird auch Hypothese 12 bestätigt. Die Aufnahme der Kontrollvariablen für die CSU, ostdeutsche Landesverbände und Stadtstaaten birgt kaum Überraschungen. Die Position der CSU ist im Politikfeld ASB tendenziell etwas konservativer als die Positionen der übrigen Landesverbände, wohingegen die Landesverbände aus Stadtstaaten eher links ausgerichtet sind. Die eher linke Ausrichtung der Landesverbände aus den Stadtstaaten zeigt sich auch bei der SPD. Die besonderen Gegebenheiten in Stadtstaaten, die teilweise auch in andere, eher kommunal geprägte Aufgaben für die „Landes“politik münden, können hier zur Erklärung beitragen.

Tabelle 27: Der Zusammenhang zwischen Landespositionen und dem Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen im Politikfeld ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
CDU						
Bundesposition	1,03***	1,16***	1,21***	1,22***	0,91***	1,00***
CDU_ld	0,27**	0,17			0,27**	0,19
Erfolg*CDU_ld			0,27***	0,21**	0,22**	0,19**
CSU		0,29*		0,28*		0,23
Ost		-0,00		0,02		0,05
Stadtstaat		-0,18*		-0,19*		-0,14
R ²	0,71	0,74	0,70	0,75	0,73	0,76
N	62	62	58	58	58	58
SPD						
Bundesposition	0,56***	0,56***	0,62***	0,52***	0,42***	0,34***
SPD_ld	0,47***	0,46***			0,42***	0,40***
Erfolg*SPD_ld			0,54***	0,65***	0,20	0,32**
Ost		-0,02		0,20		0,19*
Stadtstaat		-0,18		-0,24**		-0,18*
R ²	0,74	0,75	0,61	0,67	0,73	0,77
N	62	62	58	58	58	58

Quelle: Eigene Darstellung.

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

Auch die Analysen aus Tabelle 27 wurden zusätzlich mit panelkorrigierten Standardfehlern mit und ohne autoregressiven Prozess erster Ordnung berechnet. Wie den Tabellen A 22 und A 23 im Anhang zu entnehmen ist, führen diese Berechnungen jedoch zu den gleichen Ergebnissen wie die lineare Regression, sodass hier wiederum das einfachere Modell abgebildet wird. Des Weiteren wurden alle Analysen auch mit einem Mehrgleichungsmodell geschätzt. Die Ergebnisse zeigt Tabelle A 24 ebenfalls im Anhang. Die Kovarianz der Standardfehler ist so gering, dass die Analyse mit einer OLS-Regression weiterhin als angemessen betrachtet wird. Auch diese Analysen auf Basis des Mehrgleichungsmodells bestätigen die Ergebnisse aus Tabelle 27, sodass insgesamt von robusten Ergebnissen gesprochen werden kann.

Tabelle 28 zeigt die Ergebnisse für das Politikfeld Kultus. Bereits auf den ersten Blick zeigt sich, dass die unabhängigen Variablen hier deutlich weniger zur Erklärung der Varianz der Politikpositionen der Landesparteien beitragen können als im Politikfeld ASB. Besonders auffallend ist, dass der stärkste Erklärungsfaktor im Politikfeld ASB, nämlich die Politikposition der Bundespartei, im Politikfeld Kultus in keinem der Modelle einen signifikanten Einfluss auf die Positionierung der jeweiligen Landesparteien hat. Damit wird Hypothese 2, die davon ausgeht, dass der Einfluss der Bundespartei auf die politische Positionierung der Landesverbände mit der Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen zusammenhängt, zumindest für die Politikfelder Kultus und ASB bestätigt. Die

berücksichtigten regionalen Faktoren haben im Falle der CDU zwar immer das aufgrund der Hypothesen zu erwartende Vorzeichen, sind jedoch nicht signifikant. Im Falle der SPD können die regionalen Bedingungen im Politikfeld deutlich mehr erklären, die regionalen Einflussfaktoren haben hier mit Ausnahme des letzten Modells immer das erwartete Vorzeichen und sind mindestens auf dem 5%-Niveau signifikant. So können im Falle der SPD allein im ersten Modell 32 % der Varianz erklärt werden.

Tabelle 28: Der Zusammenhang zwischen Landespositionen und dem Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen im Politikfeld Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
CDU						
Bundesposition	-0,13	-0,16	-0,13	-0,14	-0,11	-0,15
CDU_ld	0,11	0,06			0,09	-0,05
Erfolg*CDU_ld			0,11	0,10	0,09	0,12
CSU		0,49**		0,49**		0,51**
Ost		0,17		0,23*		0,24*
Stadtstaat		0,01		0,00		0,00
R ²	0,04	0,15	0,05	0,20	0,06	0,20
N	58	58	54	54	54	54
SPD						
Bundesposition	0,11	0,11	0,09	0,10	0,12	0,12
SPD_ld	0,47***	0,46***			0,51***	0,49***
Erfolg*SPD_ld			0,44**	0,37*	-0,10	-0,13
Ost		0,16		0,24		0,17
Stadtstaat		0,07		0,09		0,08
R ²	0,32	0,34	0,10	0,14	0,32	0,34
N	60	60	57	57	57	57

Quelle: Eigene Darstellung.
Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1

Die Berechnung der panelkorrigierten Standardfehler mit und ohne autoregressiven Prozess erster Ordnung bestätigt die Ergebnisse aus Tabelle 28 (vgl. Tabellen A 25 und A 26 im Anhang). Die Überprüfung anhand der Analyse mit Mehrgleichungsmodellen (vgl. Tabelle A 27 im Anhang) führt ebenfalls zu einer Bestätigung der grundsätzlichen Ergebnisse aus Tabelle 28, weist jedoch einen deutlich stärkeren Einfluss der Bundesposition der CDU auf die Landesposition und auch einen signifikanten Einfluss der Interaktion aus Erfolg und vorheriger Landesposition aus. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass diese vermuteten Zusammenhänge existieren und evtl. durch die Kontrolle weiterer Variablen oder eine Ausweitung des Untersuchungszeitraumes besser untersucht werden können. Gleichzeitig zeigt Tabelle A 27 im Anhang aber auch, dass die Kovarianzen der Standardfehler auch in diesen Modellen eher gering sind, sodass die OLS-Regression auch hier als angemessen betrachtet werden kann.

5.5. Zusammenfassung

Die vorangehenden Analysen führten teilweise zu einer Bestätigung der aufgestellten Hypothesen, teilweise aber auch zu Überraschungen. Im Falle der Untersuchung der Salienzen der einzelnen Politikfelder konnte wie erwartet bestätigt werden, dass es entsprechend der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Land große Unterschiede zwischen den Bundes- und den Landesverbänden der Parteien gibt. Die in der Literatur häufig anzutreffende Hypothese der zunehmenden Regionalisierung der Landesverbände seit den 1990er Jahren konnte bezüglich der Salienzen hingegen nicht bestätigt werden. Bei der Untersuchung der Politikpositionen der Landesverbände von CDU und SPD konnte eine Regionalisierung im Sinne zunehmender Unterschiede zwischen Positionen der Bundes- und Landesparteien im Politikfeld ASB im Untersuchungszeitraum jedoch tendenziell bestätigt werden.

Ein Einfluss der Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesebene ist auch bei der Analyse der Politikpositionen erkennbar. Zum einen ist der Unterschied zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld Kultus deutlich größer als im Politikfeld ASB. Zum anderen wurde bei der Analyse des Einflusses der Bundespartei auf die Positionierung der jeweiligen Landesparteien mit verschiedenen Methoden deutlich, dass die Ergebnisse bezüglich des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landesposition im Politikfeld Kultus weniger robust sind als im Politikfeld ASB. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass dieser Zusammenhang im Politikfeld Kultus von geringerer Bedeutung ist und die Landesparteien demzufolge unabhängiger über ihre Politikpositionen entscheiden können. Der stärkere Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen im Politikfeld ASB hat sich auch bei der multivariaten Analyse bestätigt. Im Politikfeld ASB konnte auch bei diesen Analysen ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Positionen der Bundesparteien und den zugehörigen Landesparteien gezeigt werden. Im Politikfeld Kultus ist dieser Zusammenhang nur bei der SPD signifikant. Darüber hinaus ist der Anteil der erklärten Varianz im Bereich Kultus um ein Vielfaches geringer als im Politikfeld ASB.

Entsprechend wurde erwartet, dass der Einfluss der regionalen Bedingungen im Politikfeld Kultus stärker ausgeprägt ist als im Politikfeld ASB. Dies konnte durch die vorliegenden Analysen jedoch nicht bestätigt werden. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Positionen der Landesparteien von anderen als den in dieser Arbeit überprüften regionalen Bedingungen beeinflusst werden. Bei der Analyse des Einflusses der regionalen Bedingungen auf die

Politikpositionen der Landesparteien zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen SPD und CDU, sodass es lohnend sein könnte, diesen Unterschieden bei der Erklärung der politischen Positionierung der Landesparteien mehr Beachtung zu schenken und so möglicherweise unterschiedliche Erklärungsansätze für unterschiedliche Parteien bzw. Parteilfamilien zu entwickeln.

Die gemeinsame Überprüfung des Einflusses der Bundespartei und regionaler Faktoren auf die Positionierung der Landesparteien wurde im letzten Abschnitt dieses Kapitels durchgeführt. Auch hier zeigen sich wieder große Unterschiede zwischen den Politikfeldern. Insgesamt ist der Anteil der erklärten Varianz im Politikfeld ASB gegenüber dem Politikfeld Kultus deutlich erhöht. Der stärkere Einfluss der jeweiligen Bundespartei auf die Positionierung der Landesparteien im Politikfeld ASB wurde somit auch im Gesamtmodell, unter Berücksichtigung der Bundesposition und der regionalen Bedingungen, bestätigt. Interessant ist insbesondere, dass ein Einfluss der Bundespartei im Politikfeld Kultus kaum vorhanden ist. Hingegen konnte zumindest für die SPD ein signifikanter Einfluss der regionalen Kontextfaktoren, insbesondere der vorherigen Politikposition, nachgewiesen werden. Dass die vorherige Position einer Landespartei im Politikfeld Kultus bei der CDU keinen signifikanten Einfluss auf die aktuelle Politikposition hat, verwundert, da zeitverzögerte unabhängige Variablen häufig in dem Ruf stehen, durch ihren starken Einfluss alle übrigen Einflussfaktoren zu überdecken. Im Fall der CDU zeigen sich jedoch teilweise signifikante Einflüsse für Kontrollvariablen insbesondere für die CSU, aber auch für die ostdeutschen Länder. Basierend auf diesen Ergebnissen könnte es lohnend sein, sich intensiver mit den Unterschieden zwischen den Bundesländern sei es auf struktureller Ebene oder konkret im Bereich der Kultuspolitik auseinanderzusetzen und hier nach Erklärungsfaktoren für die politische Positionierung der Landesparteien zu suchen.

6. Zusammenfassende Betrachtung und Ausblick

Ziel dieser Arbeit ist es einen Beitrag zur Erklärung der Politikfeldsalienzen und der Politikpositionen der deutschen Landesparteien, genauer gesagt der Landesverbände von CDU und SPD, im Zeitraum zwischen 1990 und 2010 zu leisten. Zur Erklärung der politischen Programmatik auf Landesebene wurden verschiedene Faktoren herangezogen, die sich zum einen dadurch unterscheiden, auf welcher Ebene - national oder subnational - sie angesiedelt sind, und zum anderen danach unterschieden werden können, ob ihre Ausprägung zwischen den Parteien (CDU und SPD) differiert, es sich also um parteispezifische Faktoren handelt, oder nicht (Kontextfaktoren).

Bei der Erklärung der Politikfeldsalienzen stellt sich zunächst die Frage, ob sich diese von den Politikfeldsalienzen der jeweiligen Bundespartei unterscheiden, was ein erster Hinweis auf die programmatische Unabhängigkeit der Landesparteien wäre. Schon die erste deskriptive Analyse der Politikfeldsalienzen in Tabelle 11 zeigt große Unterschiede zwischen den Politikfeldsalienzen der Bundes- und Landesebene. Zwar gibt es auch Unterschiede zwischen CDU und SPD, diese fallen im Vergleich zu den Unterschieden zwischen den Ebenen jedoch verhältnismäßig gering aus. Zur Erklärung der Politikfeldsalienzen der Landesparteien werden zwei nationale Kontextfaktoren, die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bundes- und Landesebene sowie unter der Annahme einer zunehmenden Regionalisierung in Deutschland die Bundeslegislaturperioden, berücksichtigt.

Die Berücksichtigung der Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer kann in Tabelle 12 bereits über ein Drittel der Gesamtvarianz der Politikfeldsalienzen der Landesparteien erklären. Damit ist bereits eine gewisse programmatische Eigenständigkeit in der Programmgestaltung der Landesparteien nachgewiesen, sodass es lohnenswert ist, sich diese Unterschiede genauer anzusehen und die Landesparteien nicht als reines Spiegelbild der jeweiligen Bundespartei zu betrachten. Neben der Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen wird untersucht, wie sich die Ähnlichkeit der Politikfeldsalienzen zwischen Bundes- und Landesparteien im Untersuchungszeitraum entwickelt hat. Hier zeigt sich allerdings nicht wie vermutet eine Zunahme der Unterschiede zwischen Bundes- und Landesparteien im Zeitverlauf. Lediglich im Politikfeld Außen, Sicherheit und Europa können im Zeitverlauf zunehmende Unterschiede zwischen den Parteiebenen gezeigt werden (vgl. Tabelle 13). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die deutsche Wiedervereinigung zu Beginn des Untersuchungszeitraums ein bestimmendes Thema war, das von allen Parteiebenen,

unabhängig von der Zuständigkeit, berücksichtigt wurde. Daher ist davon auszugehen, dass die Zunahme der Unterschiede der Politikfeldsalienzen in diesem Politikfeld im Zeitverlauf lediglich einen Normalisierungsprozess nach der Wiedervereinigung darstellt. Zur Kontrolle von Unterschieden zwischen den Parteien, insbesondere im Hinblick darauf, dass die CDU häufig als dezentraler charakterisiert wird als die SPD, berücksichtigt Tabelle 13 auch die Zugehörigkeit der Landesparteien zu CDU oder SPD. Auch hier kann aber kein Zusammenhang bezüglich der Unterschiedlichkeit der Politikfeldsalienzen zwischen den Ebenen festgestellt werden. Die Annahme einer zunehmenden Regionalisierung der deutschen Parteipolitik wie auch der Einfluss unterschiedlicher Organisationsstrukturen bzw. -traditionen muss zumindest mit Blick auf die Politikfeldsalienzen von CDU und SPD auf Basis dieser Ergebnisse daher weiter untersucht und kritisch hinterfragt werden.

Inwieweit die These der zunehmenden Regionalisierung in Bezug auf die Politikpositionen der Landesparteien zutrifft, wurde im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls untersucht. Zur Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien wurden, wie Abbildung 1 aufgezeigt hat, zwei verschiedene Erklärungsansätze herangezogen. Zum einen wurde überprüft, wie stark die Landespositionen von der jeweiligen Bundesposition beeinflusst werden und welche moderierenden Faktoren diesen Einfluss abschwächen oder verstärken (oberer Teil von Abbildung 1). Zum anderen wurde untersucht inwieweit die regionalen Gegebenheiten in einem Bundesland die Positionierung der Landesparteien erklären können (unterer Teil von Abbildung 1).

Das deutlichste Ergebnis bezüglich des Einflusses der Bundesposition auf die politischen Positionen der Landesparteien ist die große Erklärungskraft der Bundesposition im Politikfeld ASB. Hier kann allein die Bundesposition ca. 2/3 der Varianz erklären und zwar bei CDU und SPD. Das bedeutet, dass es auch bezüglich der Politikpositionen zumindest im Politikfeld ASB keinen Hinweis auf eine stärkere Dezentralisierung der CDU im Vergleich zur SPD gibt. Im Politikfeld Kultus stellt sich der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen erwartungsgemäß anders dar. Zum einen ist der Anteil der durch die Bundesposition erklärten Varianz bei beiden Parteien im Vergleich zum Politikfeld ASB sehr viel niedriger. Das bestätigt die Annahme, dass die Landesparteien aufgrund der Kernkompetenz der Bundesländer im Politikfeld Kultus hier über einen deutlich größeren Spielraum bei der Festlegung ihrer Politikpositionen verfügen. Zum anderen zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. So kann die Bundesposition im Fall der CDU nur 3% der Varianz erklären, wohingegen es im Fall der SPD immerhin 17 % sind. Dies kann als

teilweise Bestätigung des zentraleren Aufbaus der SPD gewertet werden. Dieser vermeintlich zentralere Aufbau der SPD wirkt sich allerdings lediglich im Politikfeld Kultus aus.

Die Ergebnisse bezüglich der Bedeutung der moderierenden Faktoren, die den Einfluss der Bundesposition abschwächen oder verstärken sollen, sind insgesamt recht uneinheitlich. Lediglich die Nähe zur Bundestagswahl scheint den Einfluss der Bundesposition in verschiedenen Fällen zu moderieren. Allerdings sind die Vorzeichen dieses Einflusses verschieden, sodass Schlussfolgerungen schwierig sind. Diese uneinheitlichen Ergebnisse deuten insgesamt daraufhin, dass zwischen den Politikfeldern und auch den Parteien deutliche Unterschiede bestehen, die auf Basis der vorliegenden Hypothesen nicht vollständig erfasst werden können. Diese Unterschiede zeigen sich auch bei der Untersuchung der Koeffizienten der Kontrollvariablen. Als Kontrollvariablen aufgenommen wurde eine Variable für die neuen Bundesländer, eine Variable für Stadtstaaten und im Fall der CDU eine Variable für die CSU in Bayern. Bezüglich der CSU ist festzustellen, dass diese Variable in allen Modellen und in beiden Politikfeldern einen signifikanten positiven Einfluss hat, die CSU tendenziell also konservativere Positionen vertritt als die echten CDU-Landesverbände. Wobei auch festgehalten werden soll, dass die Besonderheiten der CSU im Politikfeld Arbeit und Soziales deutlich schwächer ausgeprägt sind als im Politikfeld Kultus. Anscheinend ordnet sich also auch die CSU im Politikfeld Arbeit und Soziales stärker der bundespolitischen Position unter. Die Kontrollvariable Stadtstaat wurde aufgenommen, weil Stadtstaaten, insbesondere im Politikfeld ASB, auch für kommunale Aufgaben zuständig sind und sich dies auch in ihrer politischen Positionierung niederschlagen sollte. Tatsächlich sind die Koeffizienten nur im Politikfeld ASB und auch nur im Fall der CDU signifikant. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Landesverbände der CDU über größere Freiheiten verfügen, sich an subnationale Gegebenheiten anzupassen als die Landesverbände der SPD. Die Kontrollvariable für die neuen Bundesländer ist hingegen nur im Politikfeld Kultus signifikant, hier allerdings im Fall von CDU und SPD. Dies kann als Hinweis darauf gesehen werden, dass die Landesparteien ihre politischen Programme an den Status Quo in einem Bundesland anpassen, der in den neuen Bundesländern bis heute durch die Politik in der ehemaligen DDR geprägt ist. In der Arbeits- und Sozialpolitik, die hingegen hauptsächlich auf Bundesebene stattfindet, sind diese Unterschiede hingegen nicht erkennbar.

Die Kontrollvariablen für CSU, Stadtstaaten und die neuen Bundesländer sind letztlich subnationale Faktoren. Die zumindest teilweise signifikanten Koeffizienten dieser Kontrollvariablen deuten insgesamt daraufhin, dass auch der subnationale Kontext die

Positionierung der Landesparteien beeinflusst. Dies sollte insbesondere im Politikfeld Kultus der Fall sein. Der Einfluss dieser Faktoren wird in Abbildung 1 im unteren Teil dargestellt. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung dieser Einflussfaktoren zeigen, dass die vorherige Politikposition der jeweiligen Landespartei im Politikfeld ASB einen Großteil der Varianz erklärt. Dies steht im Einklang mit der Annahme, dass Parteien aus Glaubwürdigkeitsgründen ihre Politikpositionen nicht zu stark verändern sollten. Im Politikfeld Kultus ist dies jedoch nicht der Fall. Die vorherige Politikposition kann hier im Fall der SPD zwar immerhin 31% der Varianz erklären, im Fall der CDU aber nur 3%. Bei der CDU zeigt sich im Politikfeld Kultus allerdings wie auch schon bei der Untersuchung des Einflusses der Bundesposition eine verhältnismäßig große Erklärungskraft der Kontrollvariablen für die CSU und die neuen Bundesländer. Wohingegen bei der SPD das ideologische Zentrum im Land einen teilweise signifikanten Einfluss auf die Politikposition der Landespartei ausübt. Allerdings ist dieser Einfluss entgegen der Erwartung negativ. Der Interaktionsterm aus vorheriger Politikposition und Wahlerfolg hat hingegen einen, wie erwartet, positiven Koeffizienten und ist, mit Ausnahme der CDU im Politikfeld Kultus, signifikant. Auch die Koalitionsposition einer vorherigen Regierung, an der die jeweilige Landespartei mitgewirkt hat, hat den erwarteten positiven Effekt in beiden Politikfeldern.

Die Bundesposition erklärt gemeinsam mit dem Interaktionsterm aus der vorherigen Position auf Landesebene und dem Erfolg bei der vorherigen Wahl im Politikfeld ASB 70% der Varianz der Politikpositionen der CDU-Landesverbände. Beide Koeffizienten sind hochsignifikant und haben das erwartete positive Vorzeichen. Durch die Aufnahme von Kontrollvariablen kann dies noch auf 75% gesteigert werden. Auch bei der SPD trägt die Bundesposition im Politikfeld ASB viel zur Erklärung der Varianz bei, hier erreicht sie gemeinsam mit der vorherigen Position der Landespartei einen Anteil von 74% erklärter Varianz. Von den Kontrollvariablen ist allenfalls die Variable für Stadtstaaten von Bedeutung. Die Ergebnisse unterscheiden sich folglich zwischen den Politikfeldern, sind in ihrer Grundaussage, Bundesposition und vorherige Position der Landespartei tragen einen Großteil zur Erklärung der Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld ASB bei, aber gleich. Auf dieser Basis ist auch eine Voraussage der zukünftigen Positionen der Landesparteien im Politikfeld ASB denkbar.

Im Politikfeld Kultus zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Im Vergleich zum Politikfeld ASB kann nur ein geringer Teil der Varianz erklärt werden. Die Bundesposition hat hier, erwartungsgemäß, da es sich um das Kernkompetenzfeld der Bundesländer handelt, keinen

signifikanten Einfluss. Im Fall der SPD kann immerhin die vorherige Politikposition der jeweiligen Landespartei einen nennenswerten Beitrag zur Erklärung der Varianz leisten. Bei der CDU haben diese Koeffizienten in der Regel zwar auch das richtige Vorzeichen, sind jedoch nicht signifikant. Im Fall der CDU sticht hingegen insbesondere die Bedeutung der Kontrollvariablen CSU und Ostdeutschland heraus.

So lässt sich abschließend festhalten, dass gerade im Bereich der politischen Positionierung der Landesparteien in Politikfeldern ohne starke Einwirkung durch die politische Positionierung der Bundespartei noch große Potentiale für zukünftige Arbeiten liegen. Insbesondere für diese Politikbereiche lässt sich jedoch auch festhalten, dass die Übertragung der Bundespositionen auf die Landesparteien der tatsächlichen Eigenständigkeit dieser Ebene nicht gerecht wird und die in Kapitel 4.1 vorgestellten computergestützten Methoden zur Gewinnung spezifischer Politikpositionen auf Landesebene einen wichtigen Beitrag auch in anderen Forschungsfeldern, beispielsweise bei der Erklärung der Koalitionsbildung auf Landesebene, leisten können. Im Hinblick auf die Erklärung der Politikpositionen der Parteien der subnationalen Ebene hat sich die Unterscheidung zwischen Politikfeldern mit nennenswerten Kompetenzen der subnationalen Ebene und Politikfeldern, in denen die subnationale Ebene kaum über legislative Kompetenzen verfügt, bewährt. Ein weiteres fruchtbares Politikfeld für die Analyse der politischen Positionierung der deutschen Landesparteien könnte daher das Politikfeld Inneres und Recht sein. Gefragt ist jedoch nicht nur eine Ausweitung auf andere Politikfelder, sondern insbesondere auch die Untersuchung weiterer Faktoren, die die Positionierung der Landesparteien unabhängig von der Bundespartei erklären können. Diese können beispielsweise auf der Wählerebene liegen und die sozialstrukturellen Charakteristika in den verschiedenen Bundesländern berücksichtigen oder sich stärker mit dem Status Quo der Politik, dem politischen Wettbewerb in den einzelnen Bundesländern oder auch der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern befassen. Hilfreich können hier auch qualitative Untersuchungen sein, die sich intensiv mit den Inhalten der Wahlprogramme auf Landesebene auseinandersetzen oder den Entstehungsprozess dieser Programme beleuchten. Darüber hinaus kann auch die Aufnahme weiterer Parteien interessante Einblicke in Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen Parteifamilien und auch zwischen großen Parteien mit einem breiten Themenspektrum und single-issue Parteien liefern. Letztlich kann auch die Ausweitung auf andere föderal organisierte Staaten weiterhelfen, die Prozesse der politischen Positionierung

auf der subnationalen Ebene in Abhängigkeit von der Form des Föderalismus und den Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den Ebenen zu verstehen.

7. Anhang

7.1. Verschlüsselungsschema

Tabelle A 1: Verschlüsselungsschema für Wahlprogramme

Geschäftsbereich	Politikfeld	Geschäftsbereich	Politikfeld
Ausländerintegration Behinderte Drogen Ehrenamt Familie Frauen Freiwilliges Soziales Jahr Generationen Gesundheit Gleichstellung Integration Jugend KITA/Kindergarten Betreuung/„Verwahranstalt“ Vereinbarkeit Familie/Beruf Mindestlohn Qualifikation Pflegeberuf Ausbildung Prostitution Senioren Wohlfahrt	Arbeit und Soziales 1	Aufbau Umsiedelung Wiederaufbau	Aufbau, Wiederauf- bau 2
Bau Baurecht öff. Arbeiten Wohnungswesen	Bau 3	Bafög / Studiengebühren etc. Berufliche Bildung Bildung Denkmalschutz Doping Ethik in Forschung Forschung Frühkindliche Bildung <i>Gentechnik (siehe Sonderregel)</i> Juristenausbildung Kirche Kultur Kunst Medienpolitik allg. Schule Sport Vorschuljahr Weiterbildung Wissenschaft	Kultus 4
Aufbau Ost Bundesangelegenheiten Europaangelegenheiten Föderalismus Länderfinanzausgleich Postwesen	Bund und Europa 5	Entnazifizierung Flüchtlinge Heimatvertriebene Kriegsgeschädigte Politische Befreiung Wiedergutmachung	Kriegsfolge n (bezüglich 2. WK, sonst Arbeit & Soziales) 6

<p>Ernährung Fischerei Forsten <i>Gentechnik (siehe Sonderregel)</i> Jagd Kleingärten ländliche Räume Tourismus Verbraucherschutz Weinbau</p>	<p>Landwirtschaft 7</p>	<p>Finanzen Steuern</p>	<p>Finanzen 8</p>
<p>§ 218 / Abtreibung Asyl Bankgeheimnis Bürgerrechte Datenschutz Frauenhaus Frauen-/Menschenhandel Gefängnis/Strafvollzug Gewalt gegen Frauen/Kinder Kriminalität Korruption Opferschutz Patientenverfügung Pressefreiheit Rechtsstaat Schwarzarbeit Verfassung</p>	<p>Justiz 9</p>	<p>Auswanderungswesen (Bezirks)verwaltung Bürgerbegehren Bürokratieabbau Demokratie Einwanderung Katastrophenschutz Kommunen (auch Haushalt) Kommunaler Finanzausgleich Öffentlich-rechtliche Medien Ordnung Organisation Planung Polizei Rechtsextremismus Sicherheit Verfassungsschutz</p>	<p>Inneres 10</p>
<p>Abfallwirtschaft Atommüll / Endlagerung Dörfer / Dorfentwicklung Elektrosmog Freiwilliges ökologisches Jahr Hochwasser-/Lärmschutz <i>Konversion / Rückbau</i> <i>Militärgelände</i> <i>(Beachte Sonderregel!)</i> Natur Reaktorsicherheit regionale Beziehungen Regionalpolitik Stadtentwicklung Stadtplanung Tierschutz Umweltbildung</p>	<p>Umwelt und Landesplanung 11</p>	<p>Atomausstieg Außenhandel Bahn Energie Existenzgründung Hafen Infrastruktur Innovation Kreditwesen, Banken Medienstandort (Infrastruktur) Mittelstand Neue Energien öffentliche Unternehmen Privatisierung Public Private Partnership Schifffahrt Technik überregionaler Verkehr Verkehrstote Vermögen Wettbewerb Wirtschaftsforschung</p>	<p>Wirtschaft und Verkehr 12</p>
	<p>ohne Geschäftsbereich/ Sonderaufgaben 13</p>	<p>Staatskanzlei Ministerpräsident</p>	<p>Staatskanzlei 14</p>
<p>Entwicklungshilfe Militär Verteidigung Wehrdienst, Wehrpflicht Zivildienst</p>	<p>Außen- und Sicherheitspolitik 15</p>		<p>Sonstiges (Einleitung, Präambel) 16</p>

Quelle: Seher und Pappi (2011).

7.2. Tabellen zur Absicherung der Analysen in Kapitel 5

7.2.1. Einfluss der Bundesposition auf die Landespositionen

Tabelle A 2: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB

CDU	Bundesposition	BK*Bundespos.	Nähe*Bundespos.	Erfolg*Bundespos.	Brat*Bundespos.	Bedeutung*Bundespos.
Bundesposition	1,00					
BK*Bundespos.	0,27 (0,01)	1,00				
Nähe*Bundespos.	0,53 (0,00)	0,41 (0,00)	1,00			
Erfolg*Bundespos.	0,46 (0,00)	0,35 (0,00)	0,29 (0,01)	1,00		
BLEG*Bundespos.	0,97 (0,00)	0,41 (0,00)	0,55 (0,00)	0,48 (0,00)	1,00	
Brat*Bundespos.	0,76 (0,00)	0,25 (0,03)	0,34 (0,00)	0,47 (0,00)	0,75 (0,00)	1,00
Bedeutung*Bundespos.	0,76 (0,00)	0,21 (0,06)	0,37 (0,00)	0,42 (0,00)	0,75 (0,00)	0,57 (0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 3: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus

CDU	Bundesposition	BK*Bundespos.	Nähe*Bundespos.	Erfolg*Bundespos.	Brat*Bundespos.	Bedeutung*Bundespos.
Bundesposition	1,00					
BK*Bundespos.	0,03 (0,82)	1,00				
Nähe*Bundespos.	0,55 (0,00)	0,40 (0,00)	1,00			
Erfolg*Bundespos.	0,15 (0,23)	0,13 (0,33)	0,22 (0,09)	1,00		
BLEG*Bundespos.	0,26 (0,04)	-0,53 (0,00)	0,07 (0,58)	0,12 (0,34)	1,00	
Brat*Bundespos.	0,74 (0,00)	0,08 (0,52)	0,41 (0,00)	0,23 (0,07)	0,20 (0,12)	1,00
Bedeutung*Bundespos.	0,55 (0,00)	-0,37 (0,00)	0,22 (0,09)	0,10 (0,43)	0,81 (0,00)	0,47 (0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 4: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB

SPD	Bundespo sition	BK*Bunde spos.	Nähe*Bund espos.	Erfolg*Bund espos.	Brat*Bund espos	Bedeutung*Bun despos
Bundesposition	1,00					
BK*Bundespos.	0,55 (0,00)	1,00				
Nähe*Bundespo s.	0,93 (0,00)	0,46 (0,00)	1,00			
Erfolg*Bundesp os.	0,73 (0,00)	0,51 (0,00)	0,68 (0,00)	1,00		
BLEG*Bundes pos.	0,93 (0,00)	0,39 (0,00)	0,86 (0,00)	0,65 (0,00)	1,00	
Brat*Bundespo s.	0,97 (0,00)	0,51 (0,00)	0,89 (0,00)	0,65 (0,00)	0,90 (0,00)	1,00
Bedeutung*Bun despos.	0,95 (0,00)	0,53 (0,00)	0,91 (0,00)	0,73 (0,00)	0,87 (0,00)	0,90 (0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 5: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus

SPD	Bundespo sition	BK*Bunde spos.	Nähe*Bund espos.	Erfolg*Bund espos.	Brat*Bund espos	Bedeutung*Bun despos
Bundesposition	1,00					
BK*Bundespos.	0,58 (0,00)	1,00				
Nähe*Bundespo s.	0,95 (0,00)	0,42 (0,00)	1,00			
Erfolg*Bundesp os.	0,74 (0,00)	0,57 (0,00)	0,66 (0,00)	1,00		
BLEG*Bundes pos.	0,84 (0,00)	0,57 (0,00)	0,78 (0,00)	0,58 (0,00)	1,00	
Brat*Bundespo s.	0,97 (0,00)	0,55 (0,00)	0,91 (0,00)	0,66 (0,00)	0,81 (0,00)	1,00
Bedeutung*Bun despos.	0,91 (0,00)	0,58 (0,00)	0,86 (0,00)	0,71 (0,00)	0,81 (0,00)	0,87 (0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 6: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	1,57***	1,57***	1,59***	1,60***	1,77***	1,78***	1,35***	1,41***	1,52***	1,61***	1,52***	1,61***
BK*Bundesposition			-0,04	-0,07							0,00	0,01
Nähe*Bundespos.					-0,32***	-0,35***			-0,27***	-0,33***	-0,27***	-0,34***
Erfolg*Bundespos.							0,05**	0,02	0,06**	0,02	0,06**	0,02
CSU		0,29**		0,29**		0,28**		0,25**		0,24**		0,24**
Ost		-0,15***		-0,15***		-0,08**		-0,03		0,02		0,02
Stadtstaat		-0,30***		-0,31***		-0,32***		-0,29***		-0,31***		-0,31***
R2	0,66	0,72	0,67	0,73	0,69	0,75	0,70	0,75	0,72	0,78	0,72	0,78
N	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74
SPD												
Bundesposition	0,78***	0,78***	0,75***	0,75***	0,82***	0,82***	0,77***	0,79***	0,79***	0,79***	0,77**	0,76**
BK*Bundesposition			0,09	0,10							0,08	0,10
Nähe*Bundespos.					-0,06	-0,06			-0,03	-0,01	-0,01	0,01
Erfolg*Bundespos.							0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00
Ost		-0,10		-0,10		-0,10		-0,14		-0,13		-0,14
Stadtstaat		-0,19***		-0,20***		-0,19***		-0,19***		-0,19		-0,20***
R2	0,68	0,69	0,68	0,69	0,68	0,69	0,66	0,68	0,66	0,68	0,66	0,68
N	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 7: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	1,56***	1,57***	1,57***	1,59***	1,77***	1,78***	1,34***	1,40***	1,55***	1,61***	1,55***	1,61***
BK*Bundesposition			-0,03	-0,06							0,02	0,03
Nähe*Bundespos.					-0,33***	-0,35***			-0,31***	-0,34***	-0,32***	-0,36***
Erfolg*Bundespos.							0,05**	0,02	0,05**	0,03	0,05*	0,02
CSU		0,29**		0,29**		0,28**		0,25*		0,23		0,23
Ost		-0,15***		-0,15***		-0,09		-0,03		0,03		0,04
Stadtstaat		-0,30***		-0,31***		-0,33***		-0,29***		-0,32***		-0,32***
R2	0,63	0,72	0,63	0,72	0,65	0,71	0,63	0,72	0,64	0,72	0,64	0,72
N	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74
Rho	0,09	0,02	0,09	0,03	0,11	0,11	0,17	0,09	0,25	0,19	0,25	0,19
SPD												
Bundesposition	0,75***	0,75***	0,72***	0,72***	0,81***	0,82***	0,74***	0,74***	0,77***	0,77***	0,75***	0,75***
BK*Bundesposition			0,10	0,10							0,07	0,07
Nähe*Bundespos.					-0,09	-0,09			-0,04	-0,04	-0,03	-0,03
Erfolg*Bundespos.							0,03	0,03	0,03	0,03	0,02	0,02
Ost		-0,06		-0,06		-0,06		-0,14		-0,14		-0,14
Stadtstaat		-0,20**		-0,20**		-0,20***		-0,20**		-0,20**		-0,20**
R2	0,64	0,65	0,64	0,65	0,64	0,65	0,64	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65
N	78	78	78	78	78	78	74	74	74	74	74	74
Rho	0,45	0,44	0,47	0,44	0,45	0,43	0,47	0,48	0,47	0,48	0,48	0,49

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 8: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - ASB

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
Bundesposition	1,51***	1,50***	1,52***	1,53***	1,70***	1,71***	1,30***	1,37***	1,48***	1,57***	1,47***	1,57***
BK*Bundesposition			-0,03	-0,06							-0,01	0,00
Nähe*Bundespos.					-0,29**	-0,34***			-0,27**	-0,32***	-0,26**	0,11***
Erfolg*Bundespos.							0,06**	0,03	0,06**	0,03	0,06**	0,02
CSU		0,33**		0,34**		0,32**		0,31**		0,29**		0,30**
Ost		-0,09		-0,09		-0,03		-0,02		0,03		0,03
Stadtstaat		-0,29***		-0,30***		-0,32***		-0,28***		-0,30***		-0,30***
R2	0,68	0,74	0,68	0,75	0,71	0,77	0,70	0,75	0,72	0,78	0,72	0,78
SPD												
Bundesposition	0,77***	0,76***	0,74***	0,73***	0,82***	0,84***	0,77***	0,78***	0,82***	0,82***	0,78***	0,78***
BK*Bundesposition			0,10	0,12							0,10	0,11
Nähe*Bundespos.					-0,08	-0,09			-0,06	-0,05	-0,03	-0,02
Erfolg*Bundespos.							0,00	0,00	0,00	0,00	-0,00	-0,00
Ost		-0,09		-0,10		-0,09		-0,13		-0,13		-0,13
Stadtstaat		-0,19		-0,20*		-0,19		-0,19		-0,19		-0,20*
R2	0,67	0,68	0,67	0,69	0,67	0,68	0,66	0,68	0,66	0,68	0,66	0,68
Kovarianz	0,06	0,09	0,07	0,10	0,04	0,07	0,14	0,14	0,12	0,12	0,13	0,13
Standardfehler												
N	77	77	77	77	77	77	74	74	74	74	74	74

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Seemingly unrelated regression.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 9: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	-0,21	-0,22	-0,21	-0,21	-0,08	0,03	-0,24	-0,22	-0,09	0,02	-0,11	0,01
BK*Bundesposition			-0,07	-0,12							-0,04	-0,04
Nähe*Bundespos.					-0,20	-0,37**			-0,24	-0,37**	-0,21	-0,34**
Erfolg*Bundespos.							0,04	0,00	0,05*	0,01	0,05*	0,01
CSU		0,53		0,57*		0,61*		0,53		0,59*		0,59*
Ost		0,16***		0,17***		0,25***		0,16***		0,24***		0,24***
Stadtstaat		0,02		0,01		-0,01		0,02		-0,01		-0,01
R2	0,03	0,16	0,04	0,18	0,06	0,24	0,05	0,16	0,09	0,24	0,10	0,24
N	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62
SPD												
Bundesposition	0,43*	0,42*	0,59***	0,60***	-0,32	-0,39	0,42***	0,41**	-0,25	-0,29	0,00	-0,04
BK*Bundesposition			-0,50	-0,53							-0,30	-0,29
Nähe*Bundespos.					1,02*	1,12*			0,90*	0,93*	0,66**	0,70*
Erfolg*Bundespos.							-0,03	-0,04	-0,01	-0,02	0,01	-0,00
Ost		0,16***		0,18***		0,20***		0,27***		0,27***		0,27***
Stadtstaat		0,06		0,04		0,05*		0,06		0,06*		0,05
R2	0,17	0,19	0,22	0,24	0,23	0,26	0,13	0,18	0,18	0,23	0,19	0,24
N	77	77	77	77	77	77	73	73	73	73	73	73

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 10: Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespositionen - Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A
CDU												
Bundesposition	-0,21	-0,22	-0,21	-0,21	-0,07	0,03	-0,24	-0,22	-0,08	0,02	-0,11	0,01
BK*Bundesposition			-0,07	-0,11							-0,04	-0,04
Nähe*Bundespos.					-0,22	-0,37**			-0,26	0,37**	-0,23	-0,34**
Erfolg*Bundespos.							0,04	0,00	0,05	0,01	0,05	0,01
CSU		0,54		0,57*		0,61**		0,53		0,59*		0,59**
Ost		0,16***		0,17***		0,25***		0,16***		0,24***		0,24***
Stadtstaat		0,02		0,01		-0,01		0,02		-0,01		-0,01
R2	0,03	0,14	0,06	0,17	0,05	0,26	0,04	0,14	0,08	0,25	0,08	0,25
N	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62
Rho	-0,00	0,03	-0,04	0,02	0,10	-0,06	0,08	0,04	0,12	-0,03	0,11	-0,03
SPD												
Bundesposition	0,33	0,33	0,50**	0,51**	-0,34	-0,38	0,31**	0,29**	-0,31	-0,33	-0,09	-0,11
BK*Bundesposition			-0,43	-0,44							-0,29	-0,28
Nähe*Bundespos.					0,94**	0,98**			0,85**	0,85**	0,66**	0,67**
Erfolg*Bundespos.							-0,01	-0,01	0,01	0,01	0,03	0,03
Ost		0,16*		0,18*		0,20***		0,28**		0,28***		0,27**
Stadtstaat		0,05		0,02		0,04		0,06		0,06		0,04
R2	0,19	0,20	0,25	0,27	0,26	0,28	0,14	0,18	0,20	0,24	0,22	0,26
N	77	77	77	77	77	77	73	73	73	73	73	73
Rho	0,39	0,39	0,42	0,42	0,40	0,42	0,37	0,38	0,38	0,41	0,40	0,42

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.

Quelle: Eigene Darstellung.

7.2.2. Einfluss regionaler Bedingungen auf die Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld ASB

Tabelle A 11: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB

	CDU	CDU_Id	cog	Erfolg*CDU_Id
CDU	1,00			
CDU_Id		1,00		
cog	0,88 (0,00)	0,88 (0,00)	1,00	
Erfolg*CDU_Id	0,39 (0,00)	0,39 (0,00)	0,49 (0,00)	1,00
Koalitionsposition	0,55 (0,00)	0,55 (0,00)	0,60 (0,00)	0,27 (0,04)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 12: Korrelation der unabhängigen Variablen - ASB

	SPD	SPD_Id	cog	Erfolg*SPD_Id
SPD	1,00			
SPD_Id		1,00		
cog	0,89 (0,00)	0,89 (0,00)	1,00	
Erfolg*SPD_Id	0,65 (0,01)	0,65 (0,01)	0,67 (0,00)	1,00 (0,00)
Koalitionsposition	0,52 (0,00)	0,52 (0,00)	0,55 (0,00)	0,40 (0,00)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 13: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 12	Modell 2A	Modell 13	Modell 3A	Modell 4	Modell 14A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A	Modell 7	Modell 7A	Modell 8	Modell 8A	Modell 9	Modell 9A	Modell 10	Modell 10A
CDU																				
CDU_Id	0,73**	0,73**							0,66**	0,64**	0,38*	0,15	0,66**	0,64**					0,40**	0,12
cog			0,71**	0,74**							0,39*	0,61**				0,67**			0,23	0,53**
Erfolg*CDU_Id					0,56**	0,51**			0,27**	0,27**					0,62**	0,14*	0,43**	0,39**	0,22**	0,15**
Koalitionssposition							0,32**	0,32**					0,09*	0,10*	0,19*		0,25**	0,24**	0,06	0,03
CSU		0,12		0,28*		0,16		0,41**		0,08		0,25		0,8		0,25*		0,29*		0,23
Ost		0,13*		0,33**		0,22		0,80*		0,19*		0,31**		0,16*		0,36**		0,19*		0,32**
Stadtstaat		-0,04		-0,01		-	0,17**	-	0,16**	-0,02		-0,01		-0,04		-0,01		0,11*		-0,00
R2	0,55	0,57	0,56	0,66	0,24	0,31	0,27	0,34	0,59	0,62	0,59	0,66	0,57	0,60	0,57	0,67	0,39	0,45	0,61	0,67
N	62	62	59	59	58	58	61	61	58	58	59	59	60	60	57	57	58	58	57	57
SPD																				
SPD_Id	0,73**	0,73**							0,56**	0,49**	0,72**	0,72**	0,69**	0,70**					0,62**	0,61**
cog			0,77**	0,82**							-0,03	-0,03			0,47*	0,43*			-	-0,32
Erfolg*SPD_Id					0,89**	0,98**			0,29*	0,44**					0,49**	0,61**	0,72**	0,84**	0,35*	0,52**
Koalitionssposition							0,25**	0,25**					0,03	0,02			0,16**	0,12*	0,07*	0,06
Ost		0,05		0,33**		0,41**		0,15*		0,31**		0,14		0,06		0,43**		0,34**		0,22*
Stadtstaat		-0,13		0,07		-	0,23**	-	0,22*	-	0,16**		-0,15		-0,13		-0,09		-	-
R2	0,60	0,61	0,49	0,54	0,39	0,54	0,18	0,20	0,64	0,72	0,62	0,65	0,59	0,60	0,52	0,64	0,47	0,58	0,65	0,73
N	62	62	59	59	58	58	62	62	58	58	59	59	61	61	57	57	58	58	57	57

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 14: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB

	Mode II 1	Mode II 1A	Mode II 2	Mode II 2A	Mode II 3	Mode II 3A	Mode II 4	Mode II 4A	Mode II 5	Mode II 5A	Mode II 6	Mode II 6A	Mode II 7	Mode II 7A	Mode II 8	Mode II 8A	Mode II 9	Mode II 9A	Mode II 10	Mode II 10A
CDU	0,76*	0,76*							0,68*	0,66*	0,38*	0,08	0,71*	0,67*					0,49*	0,15
CDU_id	**	**							**	**	*		**	**					**	0,15
cog			0,69*	0,73*							0,39*	0,66*			0,62*	0,67*			0,16	0,51*
Erfolg*CD U_id			**	**	0,57*	0,53*			0,28*	0,28*					0,19*	0,14*	0,43*	0,37*	0,24*	0,16*
Koalitions position					**	**	0,30*	0,31*	**	**			0,08*	0,09*			**	**	**	**
CSU		0,10		0,29*		0,16		0,43*		0,05		0,28*		0,16		0,25*		0,30*		0,22
Ost		0,13*		0,34*		0,22		0,09		0,18*		0,33*		0,16*		0,36*		0,19*		0,31*
Stadtstaat		-0,03		-0,02		0,16*		0,17*		-0,00		-0,02		-0,03		-0,01		0,12*		-0,00
Rho	-0,11	-0,12	0,18	0,09	-0,02	-0,04	0,25	0,18	-0,13	-0,15	-0,00	0,10	-0,15	-0,01	0,03	0,01	0,01	0,04	-0,13	-0,03
R2	0,63	0,65	0,43	0,60	0,26	0,35		0,15	0,68	0,72	0,60	0,60	0,68	0,67	0,55	0,66	0,38	0,42	0,70	0,69
N	62	62	59	59	58	58	61	61	58	58	59	59	60	60	57	57	58	58	57	57
SPD																				
SPD_id	0,74*	0,75*							0,54*	0,49*	0,74*	0,76*	0,70*	0,71*					0,60*	0,63*
cog	**	**	0,76*	0,81*					**	**	**	**	**	**	0,45*	0,43*			-0,22	-0,34
Erfolg*SP D_id			**	**	0,85*	0,94*			0,31*	0,44*					0,50*	0,59*	0,71*	0,83*	0,36*	0,52*
Koalitions position					**	**	0,21*	0,23*	*	**			0,03	0,03			**	**	**	**
Ost		0,05		0,33*		0,41*		0,14*		0,31*		0,13		0,06		0,43*		0,35*		0,21*
Stadtstaat		-0,12		0,06		0,22*		-0,22*		0,16*		-0,15*		-0,13		-0,09		0,22*		0,29*
Rho	-0,08	-0,11	0,11	0,11	0,27	0,17	0,20	0,13	0,08	0,02	-0,05	-0,10	-0,07	-0,09	0,20	0,16	0,13	0,06	0,04	-0,04
R2	0,63	0,65	0,46	0,50	0,33	0,49	0,09	0,14	0,62	0,72	0,64	0,68	0,62	0,64	0,48	0,60	0,44	0,57	0,64	0,75
N	62	62	59	59	58	58	62	62	58	58	59	59	61	61	57	57	58	58	57	57

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 15: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - ASB

CDU	Mode II 1	Mode II 1A	Mode II 2	Mode II 2A	Mode II 3	Mode II 3A	Mo dell 4	Mode II 4A	Mode II 5	Mode II 5A	Mode II 6	Mode II 6A	Mode II 7	Mode II 7A	Mode II 8	Mode II 8A	Mode II 9	Mode II 9A	Mode II 10	Mode II 10A
CDU_Id	0,73* **	0,72* **							0,65* **	0,64* **	0,26	0,05	0,63* **	0,60* **					0,33*	0,09
cog			0,71* **	0,74* **							0,49* **	0,70* **			0,63* **	0,67* **			0,30*	0,56* **
Erfolg*CDU_Id					0,47* **	0,44* **			0,26* *	0,26* **					0,18*	0,12	0,40* **	0,35* **	0,18*	0,13
Koalitionsposition							0,24	0,24* **					0,11*	0,12* *			0,23* **	0,24* **	0,06	0,04
CSU		0,19		0,47* **		0,34		0,68* **		0,13		0,33* *		0,25		0,36* *		0,41* *		0,29*
Ost		0,12		0,36* **		0,24*		0,16		0,19*		0,33* **		0,17*		0,37* **		0,21*		0,33* **
Stadtstaat R2	0,55	-0,04	0,56	0,02	0,23	-0,16	0,25	-0,15	0,59	-0,01	0,59	0,00	0,57	-0,04	0,57	0,01	0,39	-0,10	0,61	-0,00
SPD																				
SPD_Id	0,67* **	0,66* **							0,55* **	0,49* **	0,69* **	0,67* **	0,65* **	0,65* **					0,61* **	0,60* **
cog			0,77* **	0,82* **							0,00	0,03			0,50* **	0,47* **			-0,18	-0,26
Erfolg*SPD_Id					0,69* **	0,83* **			0,26*	0,41* **					0,43* **	0,54* **	0,65* **	0,77* **	0,31* *	0,47* **
Koalitionsposition							0,18	0,16* **					0,03	0,03			0,14* **	0,11* *	0,06	0,05
Ost		0,07		0,33* **		0,39* **		0,04		0,31* **		0,15		0,14		0,42* **		0,34* **		0,22* *
Stadtstaat R2		-0,14		0,07		-	0,22*	-0,21		-0,16		-0,13		-0,14		-0,07		-	0,22*	0,26* *
Kovarianz Standardfehler	0,59	0,39	0,49	0,54	0,37	0,53	0,20	0,22	0,34	0,72	0,62	0,65	0,63	0,66	0,52	0,64	0,47	0,37	0,65	0,73
N	0,33	0,33	0,34	0,35	0,36	0,25	0,42	0,50	0,24	0,14	0,32	0,33	0,26	0,25	0,31	0,19	0,21	0,18	0,24	0,17
	61	61	59	59	58	58	60	60	58	58	59	59	60	60	57	57	58	58	57	57

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Seemingly unrelated regression.

Quelle: Eigene Darstellung.

7.2.3. Einfluss regionaler Bedingungen im Politikfeld Kultus

Tabelle A 16: Korrelation der unabhängigen Variablen— Kultus

	CDU CDU_ld	CDU_ld	cog	Erfolg*CDU_ld
		1,00		
		0,72 (0,00)	1,00	
		0,46 (0,00)	0,43 (0,00)	1,00
		0,23 (0,08)	0,33 (0,01)	0,04 (0,78)

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 17: Korrelation der unabhängigen Variablen - Kultus

	SPD SPD_ld	SPD_ld	cog	Erfolg*SPD_ld
		1,00		
		0,52 (0,00)	1,00	
		0,59 (0,00)	0,31 (0,02)	1,00
		0,37 (0,00)	0,23 (0,08)	0,19 (0,16)

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 18: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A	Modell 7	Modell 7A	Modell 8	Modell 8A	Modell 9	Modell 9A	Modell 10	Modell 10A
CDU_Id	0,13	0,09							0,11	-0,02	0,02	-0,08	0,06	-0,02					0,07	-0,10
cog			0,13	0,12							0,11	0,20			0,12	0,07			0,00	0,03
Erfolg*CDU_Id					0,13	0,12			0,09	0,12*					0,09	0,09*	0,12	0,11	0,10	0,13*
Koalitionsposition							0,08*	0,11*					0,07	0,10**			0,08*	0,10**	0,07	0,10**
CSU		0,48		0,50		0,49		0,58		0,50		0,53		0,58*		0,48		0,54		0,58*
Ost		0,17**		0,26**		0,23**		0,21**		0,23**		0,27**		0,22**		0,25**		0,21**		0,25**
Stadtstaat		0,01		0,03		0,00		0,00		0,00		0,04		-0,01		0,02		-0,01		-0,01
R2	0,03	0,14	0,01	0,17	0,04	0,18	0,03	0,20	0,05	0,18	0,01	0,18	0,03	0,20	0,05	0,19	0,07	0,23	0,07	0,24
N	58	58	55	55	54	54	60	60	54	54	55	55	56	56	53	53	54	54	53	53
SPD																				
SPD_Id	0,48**	0,46**							0,50**	0,48*	0,64**	0,62**	0,53**	0,52**					0,64**	0,62**
cog			0,01	0,10							-	-			-0,22	-0,15			-	-
Erfolg*SPD_Id					0,46**	0,39*			-0,06	-0,09					0,55**	0,45	0,45**	0,40*	0,02	0,01
Koalitionsposition							0,06	0,04					-0,05	-0,07			0,03	0,01	-0,03	-0,04
Ost		0,16**		0,28**		0,23**		0,17**		0,16**		0,07*		0,18**		0,26**		0,24**		0,13*
Stadtstaat		0,09*		0,20**		0,10**		0,13**		0,10*		0,02		0,12*		0,12		0,11**		0,02
R2	0,31	0,33	0,00	0,08	0,90	0,13	0,01	0,04	0,30	0,33	0,42	0,42	0,33	0,36	0,12	0,17	0,09	0,13	0,43	0,44
N	60	60	56	56	57	57	58	58	57	57	56	56	57	57	54	54	55	55	54	54

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 19: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus

	Mode II 1	Mode II 1A	Mo dell 2	Mode II 2A	Mod ell 3	Mode II 3A	Mo dell 4	Mode II 4A	Mod ell 5	Mode II 5A	Mode II 6	Mode II 6A	Mode II 7	Mode II 7A	Mo dell 8	Mode II 8A	Mod ell 9	Mode II 9A	Mode II 10	Mode II 10A
CDU																				
CDU_Id	0,13	0,06							0,09	-0,12	0,01	-0,14	0,01	-0,06					-0,06	-0,13
cog			0,11	0,09						0,11	0,21				0,08	0,06			0,02	0,03
Erfolg*CDU_Id					0,09	0,09			0,09	0,12*					0,08	0,09*	0,08	0,11	0,10	0,13*
Koalitionsposition							0,08*	0,11*					0,07	0,10**			0,08*	0,10**	0,08	0,10**
CSU		0,49		0,50		0,49		0,58*		0,54		0,55		0,60		0,49		0,54		0,59*
Ost		0,16**		0,25**		0,22**		0,21**		0,24**		0,27**		0,21**		0,25**		0,22**		0,25**
Stadtstaat		0,00		0,02		-0,00		0,00		-0,00		0,04		-0,01		0,01		-0,01		-0,01
Rho	-0,01	0,06	0,03	0,04	0,12	0,10	0,03	-0,05	0,02	0,11	0,01	0,08	0,06	0,06	0,08	0,03	0,18	-0,02	0,13	0,03
R2	0,03	0,12	0,02	0,17	0,05	0,17	0,03	0,22	0,05	0,18	0,02	0,18	0,04	0,20	0,05	0,18	0,10	0,24	0,09	0,24
N	58	58	55	55	54	54	60	60	54	54	55	55	56	56	53	53	54	54	53	53
SPD																				
SPD_Id	0,45**	0,44**							0,47**	0,46*	0,61**	0,58**	0,49**	0,49**					0,61**	0,59**
cog			-0,01	0,06						-0,45**	-0,42**				-0,22	-0,16			-0,52**	-0,48*
Erfolg*SPD_Id					0,34**	0,30*			-0,05	-0,09					0,43*	0,37	0,32**	0,32*	0,02	0,01
Koalitionsposition							0,01	-0,00					-0,05	-0,07			0,01	-0,00	-0,03	-0,05
Ost		0,16**		0,27**		0,26**		0,20**		0,17**		0,08*		0,19**		0,26**		0,26**		0,14*
Stadtstaat		0,09*		0,17*		0,11**		0,14*		0,10*		0,03		0,12*		0,11		0,12**		0,03
Rho	0,09	0,04	0,32	0,28	0,22	0,18	0,32	0,33	0,09	0,05	0,10	0,10	0,10	0,08	0,20	0,17	0,22	0,15	0,13	0,12
R2	0,27	0,31		0,05	0,05	0,10		0,02	0,26	0,30	0,37	0,37	0,28	0,32	0,09	0,14	0,05	0,10	0,38	0,39
N	60	60	56	56	57	57	58	58	57	57	56	56	57	57	54	54	55	55	54	54

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 20: Zusammenhang zwischen Landesposition und regionalen Bedingungen - Kultus

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A	Modell 4	Modell 4A	Modell 5	Modell 5A	Modell 6	Modell 6A	Modell 7	Modell 7A	Modell 8	Modell 8A	Modell 9	Modell 9A	Modell 10	Modell 10A
CDU																				
CDU_Id	0,08	0,03							0,11	-0,02	-0,01	-0,15	0,06	-0,03					0,05	-0,13
cog			0,13	0,11							0,14	0,26			0,12	0,07			0,04	0,07
Erfolg*CDU_Id					0,12	0,10			0,09	0,11					0,09	0,08	0,12	0,09	0,07	0,09
Koalitionsposition							0,08	0,10*					0,07	0,11*			0,08	0,10*	0,08	0,11*
CSU		0,56**		0,56**		0,58**		0,62**		0,53**		0,60**		0,66**		0,58**		0,64**		0,65**
Ost		0,25*		0,27*		0,26*		0,26*		0,26*		0,29*		0,24*		0,26*		0,24*		0,26*
Stadtstaat		0,01		0,03		0,02		0,01		0,01		0,06		0,00		0,03		0,00		0,01
R2	0,01	0,16	0,01	0,17	0,04	0,19	0,03	0,21	0,05	0,19	0,01	0,17	0,03	0,20	0,05	0,19	0,07	0,23	0,07	0,23
SPD																				
SPD_Id	0,46**	0,43**							0,47**	0,43**	0,65**	0,62**	0,49**	0,48**					0,67**	0,63**
cog			-	0,08							-	-			-0,24	-0,17			-	-
Erfolg*SPD_Id			0,02		0,44**	0,36*			-0,04	-0,07					0,53**	0,44*	0,41*	0,36*	-0,00	-0,00
Koalitionsposition							0,06	0,03					-0,04	-0,06			0,04	0,00	-0,03	-0,04
Ost		0,20*		0,30*		0,30*		0,22		0,24*		0,08		0,23*		0,28*		0,30*		0,15
Stadtstaat		0,15		0,22		0,17		0,15		0,16		0,04		0,17		0,13		0,17		0,04
R2	0,30	0,34	0,00	0,09	0,08	0,16	0,02	0,06	0,28	0,34	0,42	0,43	0,31	0,36	0,11	0,18	0,08	0,16	0,43	0,45
Kovarianz																				
Standardfehler	0,04	0,11	-	0,08	0,01	0,12	-	0,04	0,03	0,07	0,11	0,19	0,07	0,17	0,04	0,14	-	0,14	0,12	0,18
N	55	55	55	55	53	53	56	56	53	53	55	55	55	55	53	53	53	53	53	53

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Seemingly unrelated regression

Quelle: Eigene Darstellung.

7.2.4. Einfluss der Bundespartei und regionaler Bedingungen

Tabelle A 21: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
Bund_cdu	1,03***	1,16***	1,21***	1,22***	0,91***	1,00***
ASB_cdu_ld	0,27**	0,17			0,27***	0,19
Erfolg_index_cdu_ld			0,27***	0,21*	0,22***	0,19*
CSU		0,29*		0,28*		0,23
Ost		-0,00		0,02		0,05
Stadtstaat		-0,18**		-0,19***		-0,14**
R2	0,71	0,74	0,70	0,75	0,73	0,76
N	62	62	58	58	58	58
SPD						
Bund_spd	0,56***	0,56***	0,62***	0,52***	0,42***	0,34**
ASB_spd_ld	0,47***	0,46***			0,42**	0,40**
Erfolg_index_spd_ld			0,54***	0,65***	0,20	0,32***
Ost		-0,02		0,20***		0,19***
Stadtstaat		-0,18**		-0,24***		-0,18***
R2	0,74	0,75	0,61	0,67	0,73	0,77
N	62	62	58	58	58	58

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 22: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
Bund_cdu	0,98***	1,14***	1,22***	1,22***	0,85***	0,97***
ASB_cdu_ld	0,31***	0,18			0,31***	0,21*
Erfolg_index_cdu_ld			0,25***	0,19*	0,23***	0,19*
CSU		0,28*		0,30*		0,22
Ost		0,00		0,02		0,05
Stadtstaat		-0,17**		-0,19***		-0,13**
Rho	-0,08	-0,03	0,09	0,12	-0,10	-0,04
R2	0,74	0,75	0,66	0,69	0,78	0,77
N	62	62	58	58	58	58
SPD						
Bund_spd	0,59***	0,58***	0,61***	0,54***	0,45***	0,38***
ASB_spd_ld	0,43***	0,44***			0,38**	0,36**
Erfolg_index_spd_ld			0,49***	0,59***	0,23**	0,33***
Ost		-0,02		0,18***		0,18***
Stadtstaat		-0,19**		-0,24***		-0,19***
Rho	0,13	0,06	0,34	0,21	0,15	0,11
R2	0,72	0,74	0,58	0,64	0,70	0,75
N	62	62	58	58	58	58

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 23: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - ASB

	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
CDU						
Bund_cdu	1,05***	1,21***	1,20***	1,21***	0,93***	1,02***
ASB_cdu_ld	0,28***	0,15	0,27***		0,26**	0,18*
Erfolg_index_cdu_ld				0,21**	0,22***	0,19**
CSU		0,38***		0,29**		0,27**
Ost		-0,00		0,02		0,05
Stadtstaat		-0,17*		-0,18**		-0,14
R2	0,71	0,74	0,70	0,75	0,73	0,76
SPD						
Bund_spd	0,52***	0,53***	0,62***	0,52***	0,41***	0,34***
ASB_spd_ld	0,49***	0,47***	0,53***		0,44***	0,41***
Erfolg_index_spd_ld				0,64***	0,17	0,30**
Ost		-0,00		0,20*		0,19**
Stadtstaat		-0,18*		-0,24**		-0,18*
R2	0,73	0,74	0,61	0,67	0,73	0,77
Kovarianz						
Standardfehler	0,22	0,27	0,03	0,03	0,13	0,11
N	61	61	58	58	58	58

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Seemingly unrelated regression.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 24: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus

	Modell 1	Modell 1 A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
CDU						
Bund_cdu	-0,13	-0,16	-0,13	-0,14	-0,11	-0,15
Kultus_cdu_ld	0,11	0,06			0,09	-0,05
erfolg_cdu_ld			0,11	0,10	0,09	0,12*
CSU		0,49		0,49		0,51
Ost		0,17***		0,23***		0,24***
Stadtstaat		0,01		0,00		0,00
R2	0,04	0,15	0,05	0,20	0,06	0,20
N	58	58	54	54	54	54
Kultus_spd						
Bund_spd	0,11*	0,11*	0,09	0,10	0,12**	0,12***
Kultus_spd_ld	0,47***	0,46***			0,51***	0,49***
erfolg_spd_ld			0,44**	0,37*	-0,10	-0,13
Ost		0,16***		0,24***		0,17***
Stadtstaat		0,07*		0,09***		0,08*
R2	0,32	0,34	0,10	0,14	0,32	0,34
N	60	60	57	57	57	57

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 25: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus

CDU	Modell 1	Modell 1 A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
Bund_cdu	-0,11	-0,17	-0,14	-0,15	-0,12	-0,20
Kultus_cdu_ld	0,16	0,02			0,05	-0,18
erfolg_cdu_ld			0,08	0,08	0,09	0,12*
CSU		0,51		0,50		0,58
Ost		0,17***		0,22***		0,25***
Stadtstaat		0,00		0,00		-0,00
Rho	-0,08	0,06	0,12	0,10	0,04	0,15
R2	0,07	0,14	0,06	0,18	0,05	0,21
N	58	58	54	54	54	54
SPD						
Bund_spd	0,13***	0,12***	0,12	0,13	0,13***	0,14***
Kultus_spd_ld	0,42***	0,42***			0,44**	0,43**
erfolg_spd_ld			0,30**	0,24*	-0,08	-0,11
Ost		0,16***		0,28***		0,19***
Stadtstaat		0,08*		0,10***		0,09*
Rho	0,15	0,11	0,24	0,25	0,17	0,14
R2	0,26	0,30	0,07	0,12	0,25	0,28
N	60	60	57	57	57	57

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Panelkorrigierte Standardfehler mit AR(1)-Prozess.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A 26: Zusammenhang zwischen Landesposition und Einfluss der Bundespartei sowie regionaler Bedingungen - Kultus

CDU	Modell 1	Modell 1A	Modell 2	Modell 2A	Modell 3	Modell 3A
Bund_cdu	-0,13	-0,20	-0,12	-0,14	-0,11	-0,16
Kultus_cdu_ld	0,06	-0,01			0,08	-0,06
Erfolg_index_cdu_ld			0,11	0,09	0,09	0,11
CSU		0,58***		0,56***		0,55***
Ost		0,25**		0,25**		0,26**
Stadtstaat		0,02		0,01		0,01
R2	0,02	0,17	0,05	0,20	0,05	0,20
SPD						
Bund_spd	0,14	0,12	0,14	0,12	0,15	0,15
Kultus_spd_ld	0,45***	0,42***			0,47***	0,43***
Erfolg_index_spd_ld			0,38*	0,32	-0,10	-0,13
Ost		0,20*		0,31**		0,25**
Stadtstaat		0,14		0,16		0,14
R2	0,32	0,36	0,10	0,18	0,31	0,36
Kovarianz	0,02	0,11	-0,02	0,09	0,00	0,05
Standardfehler						
N	55	55	53	53	53	53

Signifikanzniveau: *** 0,01 **0,05 *0,1. Seemingly unrelated regression.

Quelle: Eigene Darstellung.

8. Literaturverzeichnis

- Abedi, A. und A. Siaroff. 1999. "The Mirror has Broken: Increasing Divergence Between National and Land Elections in Austria." *German Politics* 8: 207-28.
- Abresch, Mirko und Sven Leunig. 2012. "1962-1969: Dominanz föderaler Konflikte." In *Parteilpolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 79-106.
- Abromeit, Heidrun. 1992. *Der verkappte Einheitsstaat*. Opladen: Leske + Budrich.
- Achen, Christopher H. 2000. "Why Lagged Dependent Variables can Suppress the Explanatory Power of Other Independent Variables." Paper presented at the Annual Meeting of the Political Methodology Section of the American Political Science Association, UCLA, 20.-22.-07.2000.
- Adams, James, Michael Clark, Lawrence Ezrow und Garrett Glasgow. 2004. "Understanding Change and Stability in Party Ideologies: Do Parties Respond to Public Opinion or to Past Election Results?". *British Journal of Political Science* 34: 589-610.
- Adams, James und Somer-Topcu. Zeynep. 2009. "Policy Adjustment by Parties in Response to Rival Parties' Policy Shifts: Spatial Theory and the Dynamics of Party Competition in Twenty-Five Post-War Democracies." *British Journal of Political Science* 39: 825-46.
- Agasøster, Bodil. 2001. "A Framework for Analyzing Local Party Policy Emphases in Scotland." In *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, Hrsg. Michael Laver. London: Routledge. 76-89.
- Agranoff, Robert, Hrsg. 1999. *Accommodating Diversity: Assymetry in Federal States*. Baden-Baden: Nomos.
- . 2004. "Autonomy, Devolution and Intergovernmental Relations." *Regional and Federal Studies* 14: 26-65.
- Aldrich, John H. 1983. "A Downsian Spatial Model with Party Activism." *The American Political Science Review* 77: 974-90.
- Aldrich, John H. und Richard D. McKelvey. 1977. "A Method of Scaling with Application to the 1968 and 1972 Presidential Elections." *American Political Science Review* 71: 111-30.
- Alemann, Ulrich von. 2000. *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.
- Alesina, A. und H. Rosenthal. 1989. "Partisan Cycles in Congressional Elections and the Macroeconomy." *American Political Science Review* 83: 373-98.
- Alexa, Melina und Cornelia Zuell. 2000. "Text Analysis Software: Commonalities, Differences and Limitations: The Results of a Review." *Quality & Quantity* 34: 299-321.
- Alvarez, R. Michael, Geoffrey Garrett und Peter Lange. 1991. "Government Partisanship, Labor Organization, and Macroeconomic Performance." *American Political Science Review* 85: 539-56.
- Anderson, Christopher J. und Daniel S. Ward. 1996. "Barometer Elections in Comparative Perspective." *Electoral Studies* 15: 447-60.
- Anderson, George. 2008. *Föderalismus*. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Ashworth, Rachel E. 2000. "Party Manifestos and Local Accountability: A Content Analysis of Local Election Pledges in Wales." *Local Government Studies* 26: 11-30.
- Ashworth, Rachel E. und George A. Boyne. 2000. "Pledges and Performance: An Empirical Analysis of the Relationship between Manifesto Commitments and Local Services." In *Citizen Responsive Government*, Hrsg. Keith Hoggart und Terry Nichols Clark. Amsterdam: Elsevier Science.

- Bäck, Hanna. 2003. *Explaining Coalitions: Evidence and Lessons from Studying Coalition Formation in Swedish Local Government*. Uppsala: Acta Universitatis Upsaliensis.
- . 2008. "Intra-Party Politics and Coalition Formation: Evidence from Swedish Local Government." *Party Politics* 14: 71-89.
- Bäck, Hanna, Marc Debus, Jochen Müller und Henry Bäck. 2013. "Regional Government Formation in Varying Multi-Level Contexts: A Comparison of Eight European Countries." *Regional Studies* 47: 363-87.
- Bakker, Ryan, Catherine de Vries, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Garry Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco R. Steenbergen und Milada Vachudova. im Erscheinen. "Measuring Party Positions in Europe: The Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2010." *Party Politics*.
- Baltagi, Badi H. 2008. *Econometric Analysis of Panel Data*. Chichester: John Wiley & Sons Ltd.
- Bara, Judith. 2001. "Tracking estimates of public opinion and party policy intentions in Britain and the USA." In *Estimating the policy positions of political actors*, Hrsg. Michael Laver. London: Routledge. 217-36.
- Baron, David B. 1994. "Electoral Competition with Informed and Uninformed Voters." *American Political Science Review* 88: 33-47.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair. 1990. *Identity, Competition, and Electoral Availability*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Baum, Christopher F. 2006. *An Introduction to Modern Econometrics Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Baumgartner, Frank R. und Bryan D. Jones. 1993. *Agendas and Instability in American Politics*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Beck, Nathaniel. 2001a. "From Statistical Nuisance to Serious Modeling: Changing How We Think About the Analysis of Time-Series-Cross-Section Data." *Political Analysis* 15: 97-100.
- . 2001b. "Time-Series-Cross-Section Data: What have we Learned in the Past Few Years?". *Annual Review of Political Science* 4: 271-93.
- Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz. 1995. "What to Do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data." *American Political Science Review* 89: 634-47.
- . 1996. "Nuisance vs. Substance: Specifying and Estimating Time-Series Cross-Section Models." *Political Analysis* 6: 1-36.
- . 2007. "Random Coefficient Models for Times-Series-Cross-Section Data: Monte Carlo Experiments." *Political Analysis* 15: 182-95.
- Beck, Nathaniel, Jonathan N. Katz, R. Michael Alvarez, Geoffrey Garrett und Peter Lange. 1993. "Government Partisanship, Labor Organization, and Macroeconomic Performance: A Corrigendum." *American Political Science Review* 87: 943-48.
- Bélanger, Paul und Munroe Eagles. 2006. "The Geography of Class and Religion in Canadian Elections Revisited." *Canadian Journal of Political Science* 39: 591-609.
- Bender, Bruce und Timothy C. Haas. 1996. "Electoral Equilibria with Entry: Some Simulations." *Public Choice* 87: 303-14.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver. 2003. "Estimating Irish Party Positions Using Computer Wordscoring: The 2002 Elections." *Irish Political Studies* 17: 97-107.
- , Hrsg. 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. London: Routledge.
- . 2007a. "Benchmarks for Text Analysis: A Response to Budge and Pennings." *Electoral Studies* 26: 130-35.
- . 2007b. "Estimating Party Policy Positions: Comparing Expert Surveys and Hand-Coded Content Analysis." *Electoral Studies* 26: 90-107.

- Benoit, Kenneth, Michael Laver und Slava Mikhaylov. 2009. "Treating Words as Data with Error: Uncertainty in Text Statements of Policy Positions." *American Journal of Political Science* 53: 495-513.
- Benz, Arthur. 1999. "Rediscovering Regional Economic Policy: New Opportunities for the Länder in the 1990s." In *Recasting German Federalism. The Legacies of Unification*, Hrsg. Charlie Jeffery. London: Pinter. 177-96.
- . 2002. "Themen, Probleme und Perspektiven der vergleichende Föderalismusforschung." In *Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive*, Hrsg. Arthur Benz und Gerhard Lehbruch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 9-50.
- . 2003. "Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union." In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch. Opladen: Leske + Budrich. 317-51.
- . 2009. *Politik in Mehrebenensystemen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berelson, B., P. Lazarsfeld und W. McPhee. 1954. *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler, Hrsg. 1987. *Politische Kultur ind Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Vol. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Bernauer, Julian und Thomas Bräuninger. 2000. "Intra-Party Preference Heterogeneity and Faction Membership in the 15th German Bundestag. A Computational Text Analysis of Parliamentary Speeches." *German Politics* 18: 385-402.
- Best, H. und S. Jahr. 2006. "Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland." *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37: 63-79.
- Biegelbauer, Peter. 2007. "Ein neuer Blick auf politisches Handeln: Politik-Lernansätze im Vergleich." *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36: 231-47.
- Biehl, Heiko. 2005. *Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bille, Lars. 1997. "Leadership Change and Party: The Case of the Danish Social Democratic Party, 1960-1995." *Party Politics* 3: 379-90.
- Blake, Donald E. 1978. "Constituency contexts and Canadian elections: An exploratory study." *Canadian Journal of Political Science* 11: 279-305.
- Blancke, Susanne. 2004. *Politikinnovationen im Schatten des Bundes. Policy-Innovationen und Diffusionen im Föderalismus und die Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer*. Wiesbaden.
- Blum, Sonja und Klaus Schubert. 2009a. *Politikfeldanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- . 2009b. "Ursachen und Erklärungen für politische Veränderungen." In *Politikfeldanalyse*, Hrsg. Sonja Blum und Klaus Schubert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 141-89.
- Bochsler, Daniel. 2009. "Neighbours or Friends? When Swiss Cantonal Governments Cooperate with Each Other." *Regional and Federal Studies* 19: 349-70.
- Boll, Bernhard und Everhard Holtmann, Hrsg. 2001. *Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland. Das Beispiel Sachsen-Anhalt*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bolleyer, Nicole und Tanja A. Börzel. 2010. "Non-Hierarchical Policy Coordination in Multilevel Systems." *European Political Science Review* 2: 157-85.
- Bolleyer, Nicole und Evelyn Bytzek. 2009. "Government Congruence and Intergovernmental Relations in Federal Systems." *Regional and Federal Studies* 19: 371-97.

- Borchert, J. und K. Stolz. 2003. "Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland." *Politische Vierteljahresschrift* 44: 148-73.
- Born, R. 1990. "Surge and Decline, Negative Voting and the Midterm Loss Phenomenon." *American Journal of Political Science* 34: 615-45.
- Börzel, Tanja A. 2001. "Föderative Staaten in einer entgrenzten Welt: Regionaler Standortwettbewerb oder gemeinsames Regieren jenseits des Nationalstaates." In *Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive*, Hrsg. Arthur Benz und Gerhard Lehmbruch. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 363-88.
- . 2006. "Europäisierung der deutschen Politik?" In *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Hrsg. Manfred G. Schmidt und Reimut Zohlnhöfer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 491-509.
- Bowman, Ann. 2004. "Horizontal Federalism: Exploring Interstate Interactions." *Journal of Public Administration* 14: 535-46.
- Bräuninger, Thomas. 2009. "Responsivität und strategische Adaption im Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern." In *Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Urban Pappi*, Hrsg. Christian Henning, Eric Linhart und Susumu Shikano. Baden-Baden: Nomos. 27-46.
- Bräuninger, Thomas und Marc Debus. 2008. "Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern." *Politische Vierteljahresschrift* 49: 309-38.
- . 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bräuninger, Thomas, Thomas Gschwend und Susumu Shikano. 2010. "Sachpolitik oder Parteipolitik. Eine Bestimmung des Parteidrucks im Bundesrat mittels bayesianischer Methoden." *Politische Vierteljahresschrift* 49: 309-38.
- Bräuninger, Thomas und Thomas König. 1999. "The Checks and Balances of Party Federalism: German federal Government in a Divided Legislature." *European Journal of Political Research* 36: 207-34.
- Brede, Falko und Rainer-Olaf Schultze. 2008. "Das politische System Kanadas." In *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika*, Hrsg. Klaus Stüwe und Rainer-Olaf Schultze. 315-41.
- Broschek, Jörg. 2004. "Collaborative Federalism" in Kanada: Eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Bund und Provinzen." *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 35: 428-48.
- Budge, Ian. 1994. "A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally." *British Journal of Political Science* 24: 443-67.
- . 2000. "Expert Judgements of Party Policy Positions: Uses and Limitations in Political Research." *European Journal of Political Research* 37: 103-13.
- Budge, Ian und Judith Bara. 2001. "Manifesto-Based Research : A Critical Review." In *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, Hrsg. Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum. Oxford: Oxford University Press. 50-73.
- Budge, Ian, Lawrence Ezrow und Michael D. McDonald. 2010. "Ideology, Party Factionalism and Policy Change: An Integrated Dynamic Theory." *British Journal of Political Science* 40: 781-804.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum, Hrsg. 2001. *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.

- Budge, Ian und Paul Pennings. 2007. "Do they work? Validating computerised word frequency estimates against policy series." *Electoral Studies* 26: 121-29.
- Buelens, J. und Kris Deschouwer. 2007. "Torn Between Two Levels. Political Parties and Incongruent Coalitions in Belgium." In *Politics Beyond the State*, Hrsg. Kris Deschouwer und M. T. Jans. Brussels: VUB University Press. 71-90.
- Burgess, Michael. 2006. *Comparative Federalism. Theory and Practice*. New York: Routledge.
- Burgess, Michael und Franz Gress. 1999. "Symmetry and Asymmetrie Revisited." In *Accommodating Diversity: Asymmetry in Federal States*, Hrsg. Robert Agranoff. Baden-Baden: Nomos. 43-56.
- Burkhart, Simone. 2005. "Parteilpolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976-2002." *Politische Vierteljahresschrift* 46: 14-38.
- Bürklin, Wilhelm, Viola Neu und Hans-Joachim Veen. 1997. "Die Mitglieder der CDU." *Interne Studien, Band 148. Sankt Augustin*.
- Busch, Andreas. 1995. *Preisstabilitätspolitik. Politik und Inflationsraten im internationalen Vergleich*. Opladen.
- Busemeyer, Marius R. 2007. "Determinants of Public Education Spending in 21 OECD Democracies, 1980-2001." *Journal of European Public Policy* 14: 582-610.
- Cameron, David R. 1978. "The Expansion of the Public Economy: A Comparative Analysis." *American Political Science Review* 72: 1243-61.
- Caramani, Daniele. 2004. *The Nationalization of Politics: The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*, Cambridge studies in comparative politics. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Carruba, Clifford J., Matthew Gabel, Lacey Murrhah, Ryan Clough, Elizabeth Montgomery und Rebecca Schambach. 2006. "Off the Record: Unrecorded Legislative Votes, Selection Bias and Roll-Call Vote Analysis." *British Journal of Political Science* 36: 691-704.
- Castles, Francis G. 1989. "Explaining Public Education Expenditure in OECD Nations." *European Journal of Political Research* 17: 431-48.
- Castles, Francis G. und Peter Mair. 1984. "Left-Right Political Scales: Some "Expert" Judgements." *European Journal of Political Research* 12: 73-88.
- Chandler, William. 1987. "Federalism and Political Parties." In *Federalism and the Role of the State*, Hrsg. Herman Bakvis und William Chandler. Toronto: University of Toronto Press. 149-70.
- Chandler, William M. und Marsha A. Chandler. 1987. "Federalism and Political Parties." *European Journal of Political Economy* 3: 87-109.
- Chhibber, Pradeep und Ken Kollman. 2004. *The Formation of National Party Systems: Federalism and Party Competition in Canada, Great Britain, India and the United States*. Princeton: Princeton University Press.
- Clinton, Joshua, Simon Jackman und Douglas Rivers. 2004. "The Statistical Analysis of Roll Call Data." *American Political Science Review* 98: 355-70.
- Conger, Kimberly H. 2010. "Party Platforms and Party Coalitions: The Christian Right and State-Level Republicans." *Party Politics* 16: 651-68.
- Cotter, P. R. und J. G. Stovall. 1992. "Party Identification and Level of Government: the Validity of Mixed Party Identification." *Midsouth Journal of Political Science* 13: 515-34.
- Crotty, William J. 1968. "The Party Organization and Its Activities." In *Approaches to the Study of Party Organization*, Hrsg. William J. Crotty. Boston: Allyn and Bacon. 247-306.

- Daalder, Hans. 1983. "The Comparative Study of European Parties and Party Systems: An Overview." In *Western European Party Systems: Continuity & Change*, Hrsg. Hans Daalder und Peter Mair. London: Sage Publications. 1-27.
- Darmofal, David. 2008. "The Political Geography of the New Deal Realignment." *American Politics Research* 36: 934-61.
- Däubler, Thomas und Marc Debus. 2009. "Government Formation and Policy Formulation in the German States." *Regional and Federal Studies* 19: 73-95.
- Davidson-Schmich, Louise K. 2005. "The Development of Party Discipline in New Parliaments: Eastern German State Legislatures 1990-2000." In *Cohesion and Discipline in Legislatures. Political Parties, Party Leadership, Parliamentary Committees and Governance*, Hrsg. reuven Y. Hazan. New York: Routledge. 88-101.
- Davis, Otto A., Melvin J. Hinich und Peter C. Ordeshook. 1970. "An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process." *The American Political Science Review* 64: 426-48.
- Dawson, Richard E. und James A. Robinson. 1963. "Inter-Party Competition, Economic Variables, and Welfare Policies in the American States." *Journal of Politics* 25: 265-89.
- De Swaan, Abraham. 1973. *Coalition Theories and Cabinet Formations. A Study of Formal Theories of Coalition Formation Applied to Nine European Parliaments after 1918*. Amsterdam: Elsevier.
- De Vries, Miranda, Daniela Giannetti und Lucy Mansergh. 2001. "Estimating policy positions from the computer coding of political texts." In *Estimating the policy positions of political actors*, Hrsg. Michael Laver. London: Routledge. 193-216.
- De Winter, Lieven und Huri Türsan, Hrsg. 1998. *Regionalist Parties in Western Europe*. London: Routledge.
- Debus, Marc. 2007. "Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. ." In *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse.*, Hrsg. Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Barbara Pfetsch und Bernhard Weßels. Wiesbaden. 43-63.
- . 2008a. "Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern." In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 57-78.
- . 2008b. "Party Competition and Government Formation in Multilevel Settings: Evidence from Germany." *Government and Opposition* 43: 505-38.
- . 2010. "Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62: 731-49.
- Deschouwer, Kris. 2003. "Political Parties in Multi-Layered Systems." *European Urban and Regional Studies* 10: 213-26.
- . 2006. "Political Parties as Multi-Level Organizations." In *Handbook Party Politics*, Hrsg. Richard S. Katz und William Crotty. London: Sage. 291-300.
- . 2009. "Coalition Formation and Coongruence in a Multi-layered Setting: Belgium 1995-2008." *Regional and Federal Studies* 19: 13-35.
- Detterbeck, Klaus. 2010. "Parteien in föderalen Systemen." In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren. München: Oldenbourg. 197-224.
- Detterbeck, Klaus und Charlie Jeffery. 2009. "Rediscovering the Region: territorial politics and party organizations in Germany." In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 63-85.

- Detterbeck, Klaus und Wolfgang Renzsch. 2003. "Multi-Level Electoral Competition: The German Case." *European Urban and Regional Studies* 10: 257-69.
- . 2008. "Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb." In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dinas, Elias und Kostas Gemenis. 2010. "Measuring Parties' Ideological Positions with Manifesto Data: A Critical Evaluation of the Competing Methods." *Party Politics* 16: 427-50.
- Dinkel, Reiner. 1977. "Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen." *Politische Vierteljahresschrift* 18: 348-59.
- Dinkel, Reiner H. 1989. "Landtagswahlen unter dem Einfluß der Bundespolitik. Die Erfahrungen der letzten Legislaturperioden." In *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. J.W. Falter, H. Rattinger und K.G. Troitzsch. Frankfurt: Lang. 253-62.
- Dodd, Lawrence C. 1976. *Coalitions in Parliamentary Government*. Princeton: Princeton University Press.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Downs, William M. 1998. *Coalition Government, Subnational Style: Multiparty Politics in Europe's Regional Parliaments*. Columbus: Ohio State University Press.
- Druckman, James N. 1996. "Party Factionalism and Cabinet Durability." *Party Politics* 2: 397-407.
- Dunn, Christopher, Hrsg. 1996. *Provinces. Canadian Provincial Politics*. Peterborough: Broadview Press.
- Duverger, Maurice. 1962. *Political Parties*. London: Lund Humphries.
- . 1963. *Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State*. New York: Wiley.
- Dyck, Rand. 1991. "Links between Federal and Provincial Parties and Party Systems." In *Representation, Integration and Political Parties in Canada*, Hrsg. Herman Bakvis. Toronto: Dundurn Press. 129-77.
- Dye, Thomas R. 1972. *Understanding Public Policy*. Englewood Cliffs.
- . 1984. "Party and Policy in the States." *Journal of Politics* 46: 1097-115.
- Eilfort, Michael. 2006. "Landes-Parteien: Anders, nicht verschieden." In *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder*, Hrsg. Herbert Schneider und Hans Georg Wehling. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 207-24.
- Elazar, Daniel J. 1987. *Exploring Federalism*. Tuscaloosa: University of Alabama Press.
- Elkins, David J. und Richard Simeon. 1980. *Small Worlds. Provinces and Parties in Canadian Political Life*. Toronto: Methuen.
- Emmert, Thomas und Dieter Roth. 1995. "Zur wahlzoologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland." *Historical Social Research* 20: 119-60.
- Enderlein, Henrik, Sonja Wälti und Michael Zürn, Hrsg. 2010. *Handbook on Multi-level Governance*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- Engel, Andreas. 1984. "Parteienwettbewerb und Strukturmerkmale des Basisbezugs. Bericht über eine Untersuchung lokaler Parteiorganisation von SPD und CDU." *Forschungsgruppe Parteiendemokratie. Analysen und Berichte* 10.
- Epstein, Leon D. 1967. *Political Parties in Western Democracies*. New York: Frederick A. Praeger.
- Erikson, R. S. und Mikhail Filippov. 2001. "Electoral Balancing in Federal and Sub-national Elections: the Case of Canada." *Constitutional Political Economy* 12: 313-32.
- Erikson, Robert S. 1988. "The puzzle of mid-term loss." *Journal of Politics* 50: 1011-29.

- Erikson, Robert S., Gerald C. Jr. Wright und John P. McIvor. 1989. "Political parties, public opinion and state policy in the United States." *American Political Science Review* 83: 729-50.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton.
- Fabre, Eloide. 2008. "Party Organization in a Multi-level System: Party Organizational Change in Spain and the UK." *Regional and Federal Studies* 18: 309-29.
- Fabre, Eloide und Mónica Méndez-Lago. 2009. "Decentralization and Party Organizational Change: The British and Spanish State-Wide Parties Compared." In *Territorial party politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 102-18.
- Falke, Wolfgang. 1982. *Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971-1977*. Berlin.
- Filippov, Mikhail, Peter Ordeshook und Olga Shvetsova. 2004. *Designing Federalism: A Theory of Self-Sustainable Federal Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Flick, Martina und Adrian Vatter. 2007. "Bestimmungsgründe der Parteienvielfalt in den deutschen Bundesländern." *Politische Vierteljahresschrift* 48: 44-65.
- Forschungsgruppe Wahlen, e.V. 2010. *Wahlergebnisse in Deutschland 1946-2010*. Mannheim.
- Franzmann, Simon und André Kaiser. 2006. "Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data." *Party Politics* 12: 163-88.
- Frendreis, John, AR Gitelson, S. Jenkins und FDD Roscoe. 2003. "Testing Spatial Models of Elections: The Influence of Voters and Elites on Candidate Issue Positions." *Legislative Studies Quarterly* 28: 77-101.
- Frevel, Bernhard und Hermann Groß. 2008. "'Polizei ist Ländersache!' - Politik der Inneren Sicherheit." In *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*, Hrsg. Achim Hildebrandt und Frieder Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 67-88.
- Früh, Werner. 2007. *Inhaltsanalyse*. Konstanz: UVK.
- Funk, Albert. 2010. *Föderalismus in Deutschland. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gabel, Matthew und John D. Huber. 2000. "Putting Parties in Their Place: Inferring Party Left-Right Ideological Positions from Party Manifestos Data." *American Journal of Political Science* 44: 619-34.
- Gabriel, Oscar W. 1989. "Federalism and Party Democracy in West Germany." *Publius* 19: 65-80.
- Gallagher, Michael, Michael Laver und Peter Mair. 2006. *Representative Government on modern Europe. Institutions, Parties, and Governments*. New York: McGraw-Hill.
- Gallagher, Michael und Michael Marsh, Hrsg. 1988. *Candidate Selection in Comparative Perspective. The Secret Garden of Politics*. London: Sage.
- Gamson, William A. 1961. "A Theory of Coalition Formation." *American Sociological Review* 26: 373-82.
- Garry, John. 2001. "The Computer Coding of Political Texts: Results from Britain, Germany, Ireland and Norway." In *Estimating the policy positions of political actors*, Hrsg. Michael Laver. London: Routledge. 183-92.
- Gerlinger, Thomas. 2008. "Wettbewerbsiduzierte Unitarisierung - Der Wandel der Bundesländer-Beziehungen in der Gesundheitspolitik." In *Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern*, Hrsg. Henrik Scheller und Josef Schmid. Baden-Baden: Nomos. 242-63.
- Geys, Benny. 2006. "District Magnitude, Social Heterogeneity and Local Party System Fragmentation." *Party Politics* 12: 281-91.

- Gibbins, Roger. 1987. "Federal Societies, Institutions, and Politics." In *Federalism and the Role of the State*, Hrsg. Herman Bakvis und William. M. Chandler. Toronto: University of Toronto Press. 15-31.
- Giger, Nathalie, Jochen Müller und Marc Debus. 2011. "Die Bedeutung des regionalen Kontexts für die programmatische Positionierung von Schweizer Kantonalparteien." *Swiss Political Science Review* 17: 259-85.
- Göbel, Uwe und Winfried Schlaffke, Hrsg. 1991. *Bildungssituation und Bildungsaufgaben in den neuen Bundesländern*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Golosov, Grigorii V. und Edward Ponarin. 1999. *Regional Bases of Party Politics: A Measure and its Implications for the Study of Party System Consolidation in New Democracies*, EUI working papers : Robert Schuman Centre ; 99,25. Badia Fiesolana, San Domenico (FI): European Univ. Institute.
- Grabow, Karsten. 2008. "Das Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns." In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 265-90.
- Gray, Virginia und Russell L. Hanson, Hrsg. 2004. *Politics in the American States: A Comparative Analysis*. Washington: CQ Press.
- Grofman, Bernard. 2004. "Downs and Two-Party Convergence." *Annual Review of Political Science* 7: 25-46.
- Gross, Donald A. und Lee Sigelmann. 1984. "Comparing Party Systems. A Multidimensional Approach." *Comparative Politics* 16: 463-79.
- Grotz, Claus-Peter. 2004. "Die CDU." In *Parteien in Baden-Württemberg*, Hrsg. Michael Eilfort. Stuttgart: W. Kohlhammer. 37-74.
- Haas, Christoph M. 2010. "Sein oder nicht sein: Bikameralismus und die Funktion Zweiter Kammern." In *Zweite Kammern*, Hrsg. Gisela Riescher, Sabine Ruß und Christoph M. Haas. München: Oldenbourg. 3-21.
- Haas, Melanie, Uwe Jun und Oskar Niedermayer. 2008. "Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer - Eine Einführung." In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 9-38.
- Hadley, C. und M. Morass. 1989. "Federalism and Party-interaction in West Germany, Switzerland and Austria." *Publius* 19: 81-97.
- Harmel, Robert, Uk Heo, Alexander Tan und Janda Kenneth. 1995. "Performance, Leadership, Factions, and Party Change: An Empirical Analysis." *West European Politics* 18: 1-33.
- Harmel, Robert und Kenneth Janda. 1982. *Parties and their Environments: Limits to Reform?* New York: Longman.
- . 1994. "An Integrated Theory of Party Goals and Party Change." *Journal of Theoretical Politics* 6: 259-87.
- Harrison, Kathryn, Hrsg. 2006. *Racing to the Bottom? Provincial Interdependence in the Canadian Federation*. Toronto: UBC Press.
- Haus, Michael. 2006. "Verwaltungs- und Kommunalpolitik der Länder." In *Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder*, Hrsg. Herbert Schneider und Hans Georg Wehling. Wiesbaden: VS Verlag. 270-94.
- Heath, A. und I. McLean. 1999. "Between First and Second Order: a Comparison of Voting Behaviour in European and Local Elections in Britain." *European Journal of Political Research* 35: 389-414.
- Hennis, Wilhelm. 2000. *Regieren im modernen Staat*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hepp, Gerd F. 2006. "Bildungspolitik als Länderpolitik." In *Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder*, Hrsg. Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 240-69.

- . 2011. *Bildungspolitik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hicks, Alexander M. und Duane H. Swank. 1992. "Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960-82." *American Political Science Review* 86: 658-74.
- Hildebrandt, Achim. 2009. *Die finanzpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesländer. Determinanten, institutionelle Defizite und Reformoptionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hildebrandt, Achim und Frieder Wolf, Hrsg. 2008. *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hodge, C. C. 1987. "The Supremacy of Politics: Federalism and Parties in Western Europe." *West European Politics* 10: 253-68.
- Hofferbert, Richard I. 1971. "The Nationalization of State Politics." In *State and Urban Politics: Readings in Comparative Public Policy*, Hrsg. Richard I. Hofferbert und Ira Sharkansky. Boston: Little, Brown. 463-74.
- Holbrook, Thomas M. und Emily Van Dunk. 1993. "Electoral Competition in the American States." *American Political Science Review* 87: 955-62.
- Holsti, Ole R. 1969. *Content Analysis for the Social Sciences and Humanities*. Reading: Addison-Wesley.
- Holtman, Everhard. 2008. "Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts." In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 409-29.
- Holzinger, Katharina. 2002. "Transnational Common Goods: Regulatory Competition for Environmental Standards." In *Common Goods. Reinventing European and International Governance*, Hrsg. Adrienne Héritier. Lanham: Rowman and Littlefield. 59-82.
- Hooghe, Liesbet, Ryan Bakker, Anna Brigevich, Catherine De Vries, Erica Edwards, Garry Marks, Jan Rovny, Jan Steenbergen und Milada Vachudoca. 2010a. "Reliability and validity of the 2002 and 2006 Chapel Hill expert surveys on party positioning." *European Journal of Political Research* 49: 687-703.
- Hooghe, Liesbet, Garry Marks und Arjan H. Schakel. 2008. "Measuring Regional Authority." *Regional and Federal Studies* 18: 111-21.
- Hooghe, Liesbet und Gary Marks, Hrsg. 2001. *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks und Arjan H. Schakel. 2010b. *The Rise of Regional Authority. A Comparative Study of 42 Democracies*. New York: Routledge.
- Hopkin, Jonathan. 2003. "Political Decentralization, Electoral Change and Party Organizational Adaption: A Framework for Analysis." *European Urban and Regional Studies* 10: 227-37.
- . 2009. "Decentralization and Party Organizational Change: The Case of Italy." In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 86-101.
- Hopkin, Jonathan und Jonathan Bradbury. 2006. "British Statewide Parties and Multilevel Politics." *Publius: The Journal of Federalism* 36: 135-52.
- Hough, Daniel und Charlie Jeffery. 2003a. "Introduction: Multi-Level Electoral Competition: Elections and Parties in Decentralized States." *European Urban and Regional Studies* 10: 195-98.
- . 2003b. "Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?". *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34: 79-94.
- , Hrsg. 2006a. *Devolution and Electoral Politics*. Manchester: Manchester University Press.

- . 2006b. "Germany: An Erosion of Federal-Länder Linkages." In *Devolution and Electoral Politics*, Hrsg. Dan Hough und Charlie Jeffery. Manchester: Manchester University Press. 119-39.
- Hough, Daniel und Michael Koß. 2009. "Territory and Electoral Politics in Germany." In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Houndmills: Palgrave Macmillan. 47-62.
- Huber, Evelyne, Charles Ragin und John D. Stephens. 1993. "Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State." *American Journal of Sociology* 99: 711-49.
- Huber, John und Ronald Inglehart. 1995. "Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies." *Party Politics* 1: 73-111.
- Huckshorn, Robert J., James L. Gibson, Cornelius P. Cotter und John F. Bibby. 1986. "Party Integration and Party Organizational Strength." *Journal of Politics* 48: 976-91.
- Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Jachtenfuchs, Markus und Beate Kohler-Koch. 2004. "Governance in der Europäischen Union." In *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen*, Hrsg. Arthur Benz. Wiesbaden: VS Verlag. 77-101.
- Janda, Kenneth, Robert Harmel, Christine Edens und Patricia Goff. 1995. "Changes in Party Identity: Evidence from Party Manifestos." *Party Politics* 1: 171-96.
- Jeffery, Charlie. 1999a. "From Co-operative Federalism to "Sinatra Doctrine"? The Differentiation of Länder Interests in the 1990's." In *Recasting German Federalism: the Legacies of Unification*, Hrsg. C. Jeffery. London: Pinter.
- . 1999b. "Party Politics and Territorial Representation in the Federal Republic of Germany." In *Compounded Representation in Western European Federations.*, Hrsg. J. Brzinski und T. Lancaster. London: Frank Cass. 130-66.
- . 2009. "New Research Agendas on Regional Party Competition." *Regional and Federal Studies* 19: 639-50.
- . 2010. "Multi-Level Party Competition in Federal and Regional States." In *Handbook on Multi-level Governance*, Hrsg. Henrik Enderlein, Sonja Wälti und Michael Zürn. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar. 136-52.
- Jeffery, Charlie und Daniel Hough. 2001. "The Electoral Cycle and Multi-Level-Voting in Germany." *German Politics* 10: 73-98.
- . 2003. "Regional Elections in Multi-Level Systems." *European Urban and Regional Studies* 10: 199-212.
- Jeffery, Charlie und Daniel Wincott. 2010. "The Challenge of Territorial Politics: Beyond Methodological Nationalism." In *New Directions in Political Science. Responding to the Challenges of an Interdependent World*, Hrsg. Colin Hay. Houndmills: Palgrave Macmillan. 167-88.
- Jennings, M. Kent und Richard G. Niemi. 1966. "Party Identification at Multiple Levels of Government." *American Journal of Sociology* 72: 86-101.
- Johnston, R. 1980. "Federal and Provincial Voting: Contemporary Patterns and Historical Evolution." In *Small Worlds: Provinces and Parties in Canadian Political Life*, Hrsg. D. J. Elkins und R. Simeon. Agincourt: Methuen. 106-30.
- Johnston, Richard. 1991. "The Geography of Class and Religion in Canadian Elections." In *The ballot and its message: Voting in Canada*, Hrsg. Joseph Wearing. Toronto: Copp Clark Pitman. 108-35.
- Johnston, Ron und Charles Pattie. 2006. *Putting Voters in Their Place: Geography and Elections in Great Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Keating, Michael. 1998a. *The New Regionalism in Western Europe. Territorial Restructuring and Political Change*. Cheltenham: Elgar.

- . 1998b. "What's Wrong with Asymmetrical Government?". *Regional and Federal Studies* 8: 195-218.
- . 1999. "Asymmetrical Government: Multinational States in an Integrating Europe." *Publius* 29: 71-86.
- Keating, Michael und Nicola McEwen. 2005. "Introduction: Devolution and public policy in comparative perspective." *Regional and Federal Studies* 15: 413-21.
- Keele, Luke und Nathan J. Kelly. 2006. "Dynamic Models for Dynamic Theories: The Ins and Outs of Lagged Dependent Variables." *Political Analysis* 14: 186-205.
- Kemp, Kathleen A. 1978. "Nationalization of the American States: A Test of the Thesis." *American Politics Quarterly* 6: 237-47.
- Kern, Holger Lutz und Jens Hainmueller. 2006. "Electoral Balancing, Divided Government and 'Midterm' Loss in German Elections". *Journal of Legislative Studies* 12: 127-49.
- Kim, Heemin und Richard C. Fording. 1998. "Voter Ideology in Western Democracies, 1946-1989." *European Journal of Political Research* 33: 73-97.
- . 2003. "Voter ideology in Western democracies: An update." *European Journal of Political Research* 42: 95-105.
- King, Gary, Robert O. Keohane und Sidney Verba. 1994. *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kingdon, John W., Hrsg. 1984. *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston: Little, Brown.
- Kitschelt, Herbert. 1994. *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- . 1995. *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kittel, Bernhard. 2005. "Pooled Analysis in der ländervergleichenden Forschung: Probleme und Potenziale." In *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Hrsg. Sabine Kropp und Michael Minkenberg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 96-115.
- Klein, Markus. 2011. "Was wissen wir über die Mitglieder der Parteien?" In *Parteimitglieder in Deutschland*, Hrsg. Tim Spier, Markus Klein, Ulrich Alemann von, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach. Wiesbaden: VS Verlag. 31-38.
- Kleinnijenhuis, Jan und Paul Pennings. 2000. "Die Messung der Parteipositionen auf der Basis von Parteiprogrammen, Medienberichterstattung und Wahrnehmung durch die Wähler." In *Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt*, Hrsg. Jan W. van Deth und Thomas König. Frankfurt, New York: Campus. 57-86.
- Klemmensen, Robert, Sara Binzer Hobolt und Martin Ejnar Hansen. 2007. "Estimating Policy Positions Using Political Texts: An Evaluation of the Wordscores Approach." *Electoral Studies* 26: 746-55.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1969. *Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung: Eine regionale Wahlanalyse*. Meisenheim am Glan: Hain.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert und Ian Budge. 1994. *Parties, Policies and Democracy*. San Francisco: Westview.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael McDonald, Hrsg. 2006. *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003*. New York: Oxford Press.
- Klöti, Ulrich. 1995. "Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien." In *Schweizer Wahlen 1995*, Hrsg. Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti. Bern: Verlag Paul Haupt. 45-72.
- Klüver, Heike. 2009. "Measuring Interest Group Influence Using Quantitative Text Analysis." *European Union Politics* 10: 535-49.

- Kohler, Ulrich. 2002. *Der demokratische Klassenkampf*. Edited by Franz Urban Pappi und Jan van Deth. Vol. Band 5, Mannheimer Beiträge zur politischen Soziologie und positiven politischen Theorie. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Kollman, Ken, John Miller und Scott Page. 1992. "Adaptive Parties and Spatial Elections." *American Political Science Review* 86: 929-37.
- Köllner, Patrick, Matthias Basedau und Gero Erdmann, Hrsg. 2006. *Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich*. Frankfurt: Campus.
- König, Thomas. 2001. "Bicameralism and party politics in Germany: an empirical social choice analysis." *Political Studies* 49: 411-37.
- König, Thomas, Till Blume und Bernd Luig. 2003. "Policy Change without Government Change? German Gridlock after the 2002 Election." *German Politics* 12: 86-146.
- König, Thomas und Bernd Luig. 2009. "German 'LexIconSpace': Policy Positions and their Legislative Context." *German Politics* 18: 345-64.
- . 2012. "Party ideology and legislative agendas: Estimating contextual policy positions for the study of EU decisio-making." *European Union Politics* 13: 604-25.
- Kramer, Larry. 1994. "Understanding Federalism." *Vanderbilt Law Review* 47: 1485-561.
- Kropp, S. und R. Sturm. 1999. "Politische Willensbildung im Föderalismus." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13: 37-46.
- Kropp, Sabine. 2001. *Regieren in Koalitionen: Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- . 2010. *Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kühr, Herbert, Hrsg. 1979. *Vom Milieu zur Volkspartei: Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich*. Königstein/Taunus: Hain.
- Laakso, Markku und Rein Taagepera. 1979. "'Effective' Number of Parties. A Measure with Application to West Europe." *Comparative Political Studies* 12: 3-27.
- Ladner, Anderas. 2004. *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in Schweizer Kantonen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle. 2001. *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen*. Zürich: Seismo Verlag.
- Laffin, Amrtin, Eric Shaw und Gerald Taylor. 2007. "The New-Subnational Politics of the British Labour Party." *Party Politics* 13: 88-108.
- Lago Penas, Ignacio. 2004. "Clevages and Thresholds: The Political Consequences of Electoal Laws in the Spanish Autonomous Communities, 1980-2000." *Electoral Studies* 23: 23-43.
- Landeszentrale für Politische Bildung, Baden-Württemberg, Hrsg. 1985. *Regionale politische Kultur*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson. 1994. *Politics and Society in Western Europe*. London.
- Lanzendorf, Ute und Pasternack Peer. 2008. "Landeshochschulpolitiken." In *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*, Hrsg. Achim Hildebrandt und Frieder Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 43-66.
- LaPalombara, Joseph und Myron Weiner. 1966. "The Origin and Development of Political Parties." In *Political Parties and Political Development*, Hrsg. Joseph LaPalombara und Myron Weiner. Princeton, NJ: Princeton University Press. 3-42.
- Laver, Michael. 1989. "Theories of Coalition Formation and Local Government Coalitions." In *Political Parties and Coalitions in European Local Government*, Hrsg. C. Mellors und B. Pijnenburg. London: Routledge. 15-34.
- . 2001. *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, Routledge ECPR studies in European political science ; 20. London [u.a.]: Routledge.

- . 2005. "Policy and the Dynamics of Political Competition." *American Political Science Review* 99: 263-81.
- Laver, Michael, Kenneth Benoit und John Garry. 2003. "Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data." *American Political Science Review* 97: 311-31.
- Laver, Michael, Kenneth R. Benoit und Slava Mikhaylov. 2011. "A New Expert Coding Methodology for Political Text." Paper presented at the New Methodologies and Their Applications in Comparative Politics and International Relations, Princeton University, 4.-5. Februar 2011.
- Laver, Michael und John Garry. 2000. "Estimating Policy Positions from Political Texts." *American Journal of Political Science* 44: 619-34.
- Laver, Michael und Ben W. Hunt. 1992. *Policy and Party Competition*. New York und London: Routledge.
- Laver, Michael und Norman Schofield. 1990. *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Lawson, Kay. 1976. *The Comparative Study of Political Parties*. New York: St. Martin's Press.
- Lazarsfeld, P., B. Berelson und H. Gaudet. 1944. *The People's choice*. New York: Duell-Sloan and Pearce.
- Leamer, Edward El. 1978. *Specification searches. Ad Hoc Inference with Nonexperimental Data*. New York u.a.: John Wiley & Sons, Inc.
- Lehmbruch, Gerhard. 2002. "Der unitarische Bundesstaat in Deutschland: Pfadabhängigkeit und Wandel." *MPIFG discussion paper* 02,2.
- Leonardy, Uwe. 2004. "Federalism and Parties in Germany: Organizational Hinges between Constitutional and Political Structures." In *Political Parties and Federalism*, Hrsg. Rudolf Hrbek. Baden-Baden: Nomos. 183-202.
- Leunig, Sven. 2009. "Einführung." In *Handbuch Föderale Zweite Kammern*, Hrsg. Sven Leunig. Opladen: Verlag Barbara Budrich. 15-18.
- . 2010a. "Der Bundesrat im politischen System der Bundesrepublik Deutschland." In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren. München: Oldenbourg Verlag. 87-114.
- . 2010b. "Intergouvernementale Beziehungen im Bundesstaat." In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren. München: Oldenbourg. 171-95.
- . 2012a. "1982-1991: Dissonanzen im Gleichklang." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 149-83.
- . 2012b. *Die Regierungssysteme der deutschen Länder*. Wiesbaden: Springer VS.
- Leunig, Sven und Hendrik Träger. 2012a. "1991-1998: neue Länder, alte Konflikte." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 185-224.
- . 2012b. "Einleitung." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 15-38.
- Levi, Margaret. 1997. "A Model, a Method, and a Map: Rational Choice in Comparative and Historical Analysis." In *Comparative Politics: Rationality, Culture, and Structure*, Hrsg. Mark Irving Lichbach und Alan S. Zuckerman. Cambridge: Cambridge University Press.
- Libbrecht, Liselotte, Bart Maddens, Wilfried Swenden und Eloïde Fabre. 2009. "Issue Salience in Regional Party Manifestos in Spain." *European Journal of Political Research* 48: 58-79.
- Lijphart, Arend. 1984. *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven, London: Yale University Press.

- Linhart, Eric und Susumu Shikano. 2007. "Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)." *MZES-Arbeitspapier* 98.
- Linhart, Eric und Jana Windwehr. 2012. "Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern." *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43: 579-97.
- Linnemann, Rainer. 1994. *Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen*. Münster: Waxmann.
- Lipset, Seymour M. 1960. *Political Man*. New York: Doubleday.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan. 1967a. "Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction." In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, Hrsg. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan. New York: The Free Press. 1-64.
- , Hrsg. 1967b. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, London: Collier-Macmillan.
- Lösche, P. und F. Walter. 1992. *Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lösche, Peter. 1992. "Zur Metamorphose der politischen Parteien in Deutschland." *Gewerkschaftliche Monatshefte* 9: 531-37.
- . 1993. "Lose verkoppelte Anarchie. Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43: 34-45.
- . 1996. *Die FDP. Richtungstreit und Zukunftszweifel*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lowe, Will. 2008. "Understanding Wordscores." *Political Analysis* 16: 356-71.
- Lowe, Will, Kenneth Benoit, Slava Mikhaylov und Michael Laver. 2011. "Scaling Policy Preferences from Coded Political Texts." *Legislative Studies Quarterly* XXXVI: 123-55.
- Luebbert, Gregory. 1986. *Comparative Democracy: Policy-making and Governing Coalitions in Europe and Israel*. New York: Columbia University Press.
- Lundell, Krister. 2004. "Determinants of Candidate Selection." *Party Politics* 10: 25-47.
- Maddens, Bart und Liselotte Libbrecht. 2009. "How Statewide Parties Cope with the Regionalist Issue: The Case of Spain; A Directional Approach." In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 204-28.
- Magin, Raphael, Markus Freitag und Adrian Vatter. 2009. "Clevage Structures and Voter Alignments within Nations. Explaining Electoral Outcomes in Germany's Counties, 1998 to 2005." *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 3: 231-56.
- Mair, Peter. 2001. "Searching for the Positions of Political Actors: A Review of Approaches and a Critical Evaluation of Expert Surveys." In *Estimating the Policy Positions fo Political Actors*, Hrsg. Michael Laver, Routledge/ECPR Studies in European Political Science. London und New York: Routledge. 10-30.
- Maisel, L. Sandy. 1993. "The Platform Writing Process: Candidate-Centered Platforms in 1992." *Political Science Quarterly* 108: 671-98.
- Manow, Philip. 2005. "Germany: Co-operative Federalism and the Over-Grazing of the Fiscal Commons." In *Federalism and the Welfare State: New World and European Experiences*, Hrsg. Herbert Obinger, Stefan Leibfried und Francis G. Castles. Cambridge: Cambridge University Press. 222-62.
- Martin, Christian W. und Thomas Plümper. 2005. "Number of Parties, Endogenous Partisan Preferences, and Electoral Turnout Rates: A Stochastic Equilibrium Analysis." *Social Science Computer Review* 23: 347-59.

- . 2006. "Instabilität von parteipolitischen Programmen: Der Einfluss der Zahl der Parteien." In *Jahrbuch der Handlungs- und Entscheidungstheorie*, Hrsg. Joachim Behnke und Thomas Bräuninger. Vol. 4. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 135-50.
- Massetti, E. 2009. "Explaining Regionalist Party Positioning in a Multi-Dimensional Ideological Space." *Regional and Federal Studies* 19: 501-31.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf. 1995. *Gesellschaftliche Selbstregulung und Politische Steuerung*. Frankfurt am Main.
- McLachlan, Geoffrey J. und Krishnan Thriyambakam. 1997. *The EM Algorithm and Extensions*. New York: Wiley.
- Mebane, W. R. und J. S. Sekhorn. 2002. "Coordination and Policy Moderation at Midterm." *American Political Science Review* 96: 141-57.
- Meyer, Thomas. 2010. *Party Competition Over Time: How Voters and Intra-Party Structure Constrain Party Policy Shifts*. Mannheim: Universität Mannheim.
- Michels, Robert. 1962. *Political Parties: A Sociological Study of the Oligarchical Tendencies of Modern Democracy*. New York: Collier Books.
- . 1989. *Zur Soziologie des Parteiwesens in modernen Demokratien*. Stuttgart.
- Mikhaylov, Slava, Michael Laver und Kenneth R. Benoit. 2012. "Coder Reliability and Misclassification in the Human Coding of Party Manifestos." *Political Analysis* 20: 78-91.
- Mintzel, Alf. 1975. *Die CSU: Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Müller, Jochen. 2009. "The Impact of the Socio-Economic Context on the Länder Parties' Policy Positions." *German Politics* 18: 365-84.
- . 2010. "Party Competition at the Sub-National Level. Different Game, Same Rules?" Paper presented at the 3rd ECPR Graduate Conference, Dublin.
- Müller, Walter. 1998. "Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 3-46.
- Müller, Wolfgang und Kaare Strøm, Hrsg. 1999. *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nagel, André und Sven Leunig. 2012. "1969-1982: Bedeutungszuwachs der Parteipolitik." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 107-48.
- Neu, Viola. 2007. "Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung." *Sankt Augustin/Berlin*.
- Niedermayer, Oskar. 1989. *Innerparteiliche Partizipation, Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung*; 116. Opladen: Westdt. Verl.
- . 2003. "Parteiensystem." In *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Hrsg. Eckhard Jesse und Roland Sturm. Opladen: Leske + Budrich. 261-88.
- . 2008. "Parteimitglieder in Deutschland: Version 2008." In *Arbeitshefte aus dem Otto-Stamer-Zentrum, Nr. 13, Berlin*.
- . 2011. "Regionalisierung des Wahlverhaltens und des Parteiensystems auf Bundesebene 1949 bis 2009." *PVS Sonderheft* 45: 134-56.
- Nullmeier, Frank, Tanja Pritzlaff und Achim Wiesner. 2003. *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt/New York.
- Núñez, José Reynoso. 2009. *Parteiendynamik im Föderalismus. Eine vergleichende Untersuchung des Föderalisierungsprozesses in Mexiko vor dem Hintergrund der Erfahrungen des deutschen Föderalismus*. Baden-Baden: Nomos.

- Oberndörfer, Dieter und Karl Schmitt, Hrsg. 1991. *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Olson, Mancur. 1985. *Aufstieg und Niedergang von Nationen*. Tübingen.
- Palfrey, Thomas R. und Howard Rosenthal. 1984. "Participation and the Provision of Discrete Public Goods: A Strategic Analysis." *Journal of Public Economics* 24: 171-93.
- Pallarés, Francesc und Michael Keating. 2003. "Multi-Level Electoral Competition. Regional Elections and Party Systems in Spain." *European Urban and Regional Studies* 10: 239-55.
- Pallarés, Francesc, Jose Ramon Montero und Francisco Jose Llera. 1997. "Non State-Wide Parties in Spain: An Attitudinal Study of Nationalism and Regionalism." *Publius: The Journal of Federalism* 27: 135-69.
- Panbianco, Angelo. 1988. *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pappi, Franz U., Axel Becker und Alexander Herzog. 2005. "Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern." *Politische Vierteljahresschrift* 46: 432-58.
- Pappi, Franz U., Nicole M. Seher und Anna-Sophie Kurella. 2011. "Das Politikangebot deutscher Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1976 im dimensionsweisen Vergleich. Gesamtskala und politikfeldspezifische Skalen." *MZES-Arbeitspapier* 142.
- . 2013. "Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien." *MZES - Arbeitspapier* 149.
- Pappi, Franz U., Michael F. Stoffel und Nicole M. Seher. 2009. "Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem." *MZES-Arbeitspapier* 129.
- Pappi, Franz Urban. 1986. "Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich." In *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag. 369-84.
- . 2002. "Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?" In *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan W. Van Deth und Edeltraud Roller. Opladen: Leske und Budrich. 25-46.
- Pappi, Franz Urban und Jens Brandenburg. 2010. "Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62: 459-83.
- Pappi, Franz Urban, Ralf Schmitt und Eric Linhart. 2008. "Die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen seit dem Zweiten Weltkrieg." *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2: 323-42.
- Pappi, Franz Urban und Nicole Michaela Seher. 2009. "Party Election Programs, Signalling Policies and Salience of Specific Policy Domains: The German Parties from 1990 to 2005." *German Politics* 18: 403-25.
- . 2014. "Räumliche Modelle in der Koalitionsforschung am Beispiel der Regierungsbildung in den deutschen Ländern." In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 8: Räumliche Modelle der Politik*. Wiesbaden: Springer VS. 171-205.
- Pappi, Franz Urban und Susumu Shikano. 2004. "Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002." *MZES-Arbeitspapier* 76.
- Parks, Richard. 1967. "Efficient estimation of a System of Regression Equations When Disturbances Are Both Serially and Contemporaneously Correlated." *Journal of the American Statistical Association* 62: 500-09.

- Patzelt, Werner J. und Karin Algasinger. 1996. "Das Parteiensystem Sachsens." In *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Hrsg. Oskar Niedermayer. Opladen. 237-62.
- Payk, Bernhard. 2009. *Deutsche Schulpolitik nach dem Pisa-Schock: Wie die Bundesländer auf die Legitimationskrise des Schulsystems reagieren*. Hamburg: Dr. Kovač.
- Pennings, Paul. 2011. "Assessing the 'Gold Standard' of Party Policy Placements: Is Computerized Replication Possible?". *Electoral Studies* 30: 561-70.
- Peterson, Paul E. 1995. *The Price of Federalism*. Washington D.C.: Brookings Institution.
- Pétry, François und Réjean Landry. 2001. "Estimating Interparty Policy Distances from Election Programmes in Quebec, 1970-89." In *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, Hrsg. Michael Laver. London: Routledge. 133-46.
- Picot, Georg. 2009. "Party Competition and Reforms of Unemployment Benefits in Germany: How a Small Change in Electoral Demand Can Make a Big Difference." *German Politics* 18: 155-79.
- Pierson, Paul. 2000. "Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics." *The American Political Science Review* 94: 251-67.
- Plümper, Thomas und Vera E. Troeger. 2009. "Fortschritte in der Paneldatenanalyse: Alternativen zum de facto Beck-Katz-Standard." In *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. neue Methoden und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth und Detlef Jahn. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 263-76.
- Pogorelis, Robertas, Bart Maddens, Wilfried Swenden und Eloide Fabre. 2005. "Issue Saliency in Regional and National Party Manifestos in the UK." *West European Politics* 25: 992-1014.
- Poguntke, Thomas. 1994. "Parties in Legalistic Culture: the Case of Germany." In *How Parties Organise. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies.*, Hrsg. Richard Katz und Peter Mair. London: Sage.
- . 1997. "Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt?" In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 257-76.
- Poirier, Johanne. 2001. "The Functions of Intergovernmental Agreements: Post-Devolution Concordats in a Comparative Perspective." *Public Law*: 134-57.
- Poole, Keith T. 2005. *Spatial Models of Parliamentary Voting*. New York: Cambridge University Press.
- Poole, Keith T. und Howard Rosenthal. 1985. "A Spatial Model for Legislative Roll Call Analysis." *American Journal of Political Science* 29: 357-84.
- . 1997. *Congress. A political-economic history of roll-call voting*. New York: Oxford University Press.
- Proksch, Sven-Oliver und Jonathan B. Slapin. 2009. "How to Avoid Pitfalls in Statistical Analysis of Political Texts: The Case of Germany." *German Politics* 18: 323-44.
- Ranney, Austin. 1981. "Candidate Selection." In *Democracy at the Polls. A Comparative Study of Competitive National Elections*, Hrsg. David Butler, Howard R. Penniman und Austin Ranney. Washington/London: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt. 1980. "Nine Second-order National Elections: a Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results." *European Journal of Political Research* 8: 3-44.
- Renzsch, Wolfgang. 2000. "Bundesstaat oder Parteienstaat: Überlegungen zum Entscheidungsprozessen im Spannungsfeld von föderaler Konsensbildung und parlamentarischem Wettbewerb in Deutschland." In *Zwischen Wettbewerbs- und*

- Verhandlungsdemokratie*, Hrsg. Everhard Holtman und Helmut Voelzkow. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Renzsch, Wolfgang, Klaus Detterbeck und Stefan Schieren. 2010. "Einleitung/Föderalismus." In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren. München: Oldenbourg. 1-5.
- Reuter, Konrad. 1996. *Föderalismus. Grundlagen und Wirkungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Heidelberg: Hüthig.
- Riker, William H. 1962. *The Theory of Political Coalitions*. New Haven: Yale University Press.
- Roberts, Geoffrey K. 1988. "The German Federal Republic: Two-Lane Route to Bonn." In *Candidate Selection in Comparative Perspective: The Secret Garden of Politics*, Hrsg. Michael Gallagher und Michael Marsh. London: Sage. 94-118.
- . 1989. "Party System Change in West Germany: Land-Federal Linkages." *West European Politics* 12: 98-113.
- Robertson, David. 1976. *A Theory of Party Competition*. London: John Wiley & Sons.
- Roemer, John E. 2001. *Political Competition: Theory and Applications*. Cambridge, Mass. ; London: Harvard Univ. Press.
- Rohe, Karl. 1991. "Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?" In *Parteien und regionale politische Traditionen in Deutschland*, Hrsg. Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt. Berlin: Duncker & Humblot. 17-37.
- Rokkan, Stein. 1970. *Citizens, Elections, Parties*. Oslo: Universitetsforlaget.
- . 1975. "Dimensions of state formation and nation building: A possible paradigm for research on variations within Europe." In *The Formation of National States in Western Europe*, Hrsg. Charles Tilly. Princeton: Princeton University Press.
- Rokkan, Stein und Peter Flora, Hrsg. 2000. *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Rokkan, Stein und Derek Urwin. 1983. *Economy, Territory, Identity. Politics of West European Peripheries*. London: Sage.
- Rose, Douglas D. 1973. "National and Local Forces in State Politics: The Implications of Multi-Level Policy Analysis." *American Political Science Review* 67: 1162-73.
- Rose, Richard. 1990. "Inheritance before Choice in Public Policy." *Journal of Theoretical Politics* 2: 263-91.
- . 1993. *Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning across Time and Space*. Chatham: Chatham House Publishers.
- Rose, Richard und Derek W. Urwin. 1975. "Regional Differentiation and Political Unity in in Western Nations." *Professional Papers in Contemporary Political Sociology* 1.
- Rössler, Patrick. 2010. *Inhaltsanalyse*. Stuttgart: UTB.
- Sabatier, Paul A. 1988. "An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning Therein." *Policy Sciences* 21: 129-68.
- Sack, Detlef. 2010. "Europäisierungsdruk und Parteiendifferenz in den deutschen Bundesländern." *Politische Vierteljahresschrift* 51: 629-42.
- Sahner, Heinz. 1972. *Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein: ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus*. Meisenheim am Glan: Hain.
- Salmon, Pierre. 1987. "Decentralisation as an Incentive Scheme." *Oxford Review of Economic Policy* 3: 24-43.
- Scharnagl, Wilfried. 2012. *Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat*. Berlin: Quadriga.
- Scharpf, Fritz W. 1995. "Federal Arrangements and Multi-Party Systems." *Australian Journal of Political Science* 30: 27-39.

- . 2000a. "Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities." In *Welfare and Work in the Open Economy*. , Hrsg. Fritz W. Scharpf und Vivien Schmidt. Vol. 1. Oxford: Oxford University Press. 21-124.
- . 2000b. *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Scharpf, Fritz W., Bernd Reissert und Fritz Schnabel. 1976. *Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg: Scriptor.
- Schattschneider, Elmer E. 1942. *Party Government*. New York: Rinehart.
- Scheller, Henrik und Josef Schmid, Hrsg. 2008. *Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern*. Baden-Baden.
- Schieren, Stefan. 2008. "Sozialpolitische Aufgabenerfüllung als Merkmal und Triebfaktor des unitarisierten Bundesstaats." In *Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern*, Hrsg. Henrik Scheller und Josef Schmid. Baden-Baden: Nomos. 216-41.
- Schlesinger, Joseph A. 1968. "Party Units." In *International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York: Macmillan. 428-36.
- Schlüter, Karen. 2010. "Föderale Kompetenzverteilung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland." In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren. München: Oldenbourg. 53-86.
- Schmid, Josef. 1989. "Parteien im Föderalismus. Organisationsstrukturen, Funktionsweisen und Politiken am Beispiel der CDU." *Der Bürger im Staat* 39: 259-63.
- . 1990. *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*. Opladen: Leske & Budrich.
- . 2001. "Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat in Bundesstaaten." In *Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive*, Hrsg. Arthur Benz und Gerhard Lehmbruch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 279-305.
- . 2002. "Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat in Bundesstaaten." In *Föderalismus. Analysen in entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Perspektive*, Hrsg. Arthur Benz und Gerhard Lehmbruch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 279-305.
- . 2003. "Referenzstaaten, Politikdiffusion und das Auflösen von Reformblockaden." *Der Bürger im Staat*: 203-08.
- Schmid, Josef und Susanne Blancke. 2006. "Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den Bundesländern." In *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder.*, Hrsg. Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling. Wiesbaden. 295-315.
- Schmid, Josef und Horst Hedrich. 2008. "Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den Bundesländern: Differenzierungen und Differenzen." In *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich.*, Hrsg. Achim Hildebrandt und Frieder Wolf. Wiesbaden. 193-214.
- Schmidt, Manfred G. 1980. *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*. Frankfurt/New York.
- . 1982. *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt am Main/New York.
- . 1993. "Theorien der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung." In *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Hrsg. Adrienne Héritier. Opladen. 371-93.
- . 1995. *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- . 1996. "When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy." *European Journal of Political Research* 30: 155-83.

- Schmitt, Karl. 1991. "Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung." In *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt. Berlin: Duncker & Humblot. 5-13.
- Schmitt, Ralf. 2008. "Die politikfeldspezifische Auswertung von Wahlprogrammen am Beispiel der deutschen Bundesländer." *MZES Working Paper* 114.
- Schmitt, Ralf, Franz U. Pappi, Nicole M. Seher, Eric Linhart und Susumu Shikano. 2008. "Politikfeldspezifische Auswertung von Wahlprogrammen." Paper presented at the Inhaltsanalytische Verfahren zur Messung der Präferenzen politischer Akteure, MZES, Mannheim, 12. Juni 2008.
- Schneider, Herbert. 2001. "Parteien in der Landespolitik." In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 385-405.
- Schneider, Herbert und Hans-Georg Wehling, Hrsg. 2006. *Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, Rainer und Ulrich Kohler. 1995. "Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47: 634-57.
- Schofield, Norman und Itai Sened. 2006. *Multiparty Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Schreurs, Miranda A. 2010. "Multi-Level Governance the ASEAN Way." In *Handbook on Multi-level Governance*, Hrsg. Henrik Enderlein, Sonja Wälti und Michael Zürn. Cheltenham: Edward Elgar. 308-20.
- Schüttemeyer, Suzanne S. 1999. "Fraktionen und ihre Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik." In *Parteien und Fraktionen: Ein internationaler Vergleich*, Hrsg. Ludger Helms. Opladen: Leske + Budrich. 39-66.
- Seeger, Bertram. 2003. *Umweltpolitik in den 16 Ländern: Wahlprogramme und Regierungshandeln ein Bundesländervergleich*. Heidelberg: Universität Heidelberg.
- Seher, Nicole M. 2010. "Die Politikpositionen der Landesparteien im Politikfeld Kultus." In *Koalitionsregierungen in den Ländern und Parteienwettbewerb*, Hrsg. Julia Oberhofer und Roland Sturm. München: Allitera Verlag.
- Seher, Nicole Michaela und Franz Urban Pappi. 2011. "Politikfeldspezifische Positionen der Landesverbände der deutschen Parteien." *MZES-Arbeitspapier* 139.
- Shamir, Michael. 1984. "Are Western European Party Systems "frozen"? A Comparative Dynamic Analysis." *Comparative Political Studies* 17: 35-79.
- Sharman, Campbell. 1987. "Second Chambers." In *Federalism and the Role of the State*, Hrsg. Herman Bakvis und William M. Chandler. Toronto: University of Toronto Press. 82-100.
- Shaw, Eric. 2002. "New Labour in Britain: New Democratic Centralism?." *West European Politics* 25: 147-70.
- Sheingate, Adam D. 2009. "Federalism and the Regulation of Agricultural Biotechnology in the United States and European Union." *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 11: 477-97.
- Shikano, Susumu. 2009. "Die Positionierung von adaptiven Parteien im ideologischen Raum." In *Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Urban Pappi*, Hrsg. Christian Henning, Eric Linhart und Susumu Shikano. Baden-Baden: Nomos. 13-26.
- Siavelis, Peter M. 2006. "Party and Social Structure." In *Handbook of Party Politics*, Hrsg. Richard S. Katz und William Crotty. London: Sage Publications. 359-70.

- Simeon, Richard. 1972. *Federal-Provincial Diplomacy: The Making of Recent Policy in Canada*. Toronto: University of Toronto Press.
- . 2010. "Postscript: Many Small Worlds." *Regional and Federal Studies* 20: 545-48.
- Simeon, Richard und Miller E. Robert. 1980. "Regional Variations in Public Policy." In *Small Worlds: Provinces and Parties in Canadian Political Life*, Hrsg. David J. Elkins und Richard Simeon. Toronto: Methuen. 242-84.
- Sinnott, Richard. 1989. "Locating Parties, Factions and Ministers in a Policy Space: A Contribution to Understanding the Party-Policy Link." *European Journal of Political Research* 17: 689-705.
- Slapin, Jonathan B. und Sven-Oliver Proksch. 2009. "A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts." *American Journal of Political Science* 52: 705-22.
- Smiley, Donald V. 1987. *The Federal Condition in Canada*. Toronto: McGraw-Hill.
- Smiley, Donald V. und Ronald L. Watts. 1985. *Intrastate Federalism in Canada*. Toronto: University of Toronto Press.
- Snyder, James M. und Michael M. Ting. 2002. "An Informational Rationale for Political Parties." *American Journal of Political Science* 46: 90-110.
- Spiegel, Der. 1976. "Eine bundesweite CSU ist keine Ideallösung." 29-31.
- Spier, Tim. 2011. "Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien." In *Parteimitglieder in Deutschland*, Hrsg. Tim Spier, Markus Klein, Ulrich Alemann von, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach. Wiesbaden: VS Verlag. 121-37.
- Spier, Tim, Markus Klein, Ulrich Alemann von, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach, Hrsg. 2011. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Stecker, Christian. 2010. "Causes of Roll-Call Votes Supply: Evidence from the German Länder." *Journal of Legislative Studies* 16: 438-59.
- Ştefuriuc, Irina. 2009a. "Explaining Government Formation in Multi-level Settings: Coalition Theory Revisited - Evidence from the Spanish Case." *Regional and Federal Studies* 19: 97-116.
- . 2009b. "Governing Strategies in Multilevel Settings: Coordination, Innovation or Territorialization?" In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 183-203.
- . 2009c. "Introduction: Government Coalitions in Multi-level Settings - Institutional Determinants and Party Strategy." *Regional and Federal Studies* 19: 1-12.
- Stern, Jutta. 2000. *Programme versus Pragmatik. Parteien und ihre Programme als Einfluss- und Gestaltungsgröße auf bildungspolitische Entscheidungsprozesse*. Frankfurt.
- Stewart, M. C. und H. D. Clarke. 1998. "The Dynamicity of Party Identification in Federal Systems: the Canadian Case." *American Journal of Political Science* 42: 97-116.
- Stimson, James A. 1985. "Regression in Space and Time: A Statistical Essay." *American Journal of Political Science* 29: 914-47.
- Stolz, K. 2003. "Moving Up, Moving Down: Political Careers across Territorial Levels." *European Journal of Political Research* 42: 223-48.
- Stonecash, Jeffrey M., Mark D. Brewer und Mack D. Mariani. 2003. *Diverging Parties: Social Change, Realignment and Party Polarization*. Boulder: Westview.
- Strøm, Kaare. 1990. "A Behavioral Theory of Competitive Political Parties." *American Journal of Political Science* 34: 565-98.
- Strøm, Kaare und Wolfgang C. Müller. 1999. "Political Parties and Hard Choices." In *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Choices*, Hrsg. Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm. Cambridge. 1-35.

- Sturm, Roland. 1999. "Party Competition and Federal System: the Lehmbruch Hypothesis Revisited." In *Recasting German Federalism. the Legacies of Unification*, Hrsg. Charlie Jeffery. London: Pinter. 197-216.
- , Hrsg. 2001. *Föderalismus in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sturm, Roland und Petra Zimmermann-Steinhart. 2005. *Föderalismus. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.
- Swenden, Wilfried. 2002. "Asymmetric Federalism and Coalition-Making in Belgium." *Publius: The Journal of Federalism* 32: 67-87.
- . 2010. "Subnational Participation in National Decisions: The Role of Second Chambers." In *Handbook on Multi-level Governance*, Hrsg. Henrik Enderlein, Sonja Wälti und Michael Zürn. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar. 103-23.
- Theil, Henri. 1969. "The Desired Political Entropy." *American Political Science Review* 63: 521-25.
- Thorlakson, Lori. 2000. "Government building and political development in federations: Applying Canadian theory to the German case." *Regional and Federal Studies* 10: 129-48.
- . 2002. "Federalism and Party Competition: A Comparative Analysis of Canada, Australia, Switzerland, Austria, Germany and the United States." London: London School of Economics.
- . 2006. "Party Systems in Multi-level Contexts." In *Devolution and Electoral Politics*, Hrsg. Dan Hough und Charlie Jeffery. Manchester: Manchester University Press. 37-52.
- . 2007. "An Institutional Explanation of Party System Congruence: Evidence from Six Federations". *European Journal of Political Research* 46: 69-95.
- . 2009. "Patterns of Party Integration, Influence and Autonomy in Seven Federations." *Party Politics* 15: 157-77.
- . 2010. "Party Organizational Strategy in Multi-Level Systems." Paper presented at the Canadian Political Science Association Annual Conference, Montreal.
- . 2011. "Measuring Vertical Integration in Parties with Multi-Level Systems Data." *Party Politics*: Online First.
- Tiemann, Guido. 2009. "Zwei Verfahren zur Analyse heterogener Kausalität: Time-Series-Cross-Section- und Mehrebenenmodelle." In *Methoden der Vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth und Detlef Jahn. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 213-32.
- Tóka, Gábor. 1998. "Party Positions." In *Comparative politics. The problem of equivalence*, Hrsg. Jan W. van Deth. London: Routledge. 180-204.
- Träger, Hendrik. 2012. "1949-1962: Starke Landesfürsten, schwache Parteien." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 39-78.
- Träger, Hendrik und Susanna Thiel. 2012a. "1998-2005: Revival der Parteipolitik im Bundesrat." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 225-60.
- . 2012b. "2005-2009: Sachkonflikte zwischen Regierungsparteien." In *Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949-2009*, Hrsg. Sven Leunig und Hendrik Träger. Berlin: LIT. 261-88.
- Tsebelis, George. 1995. "Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism." *British Journal of Political Science* 25: 289-325.
- Tucker, Harvey J. 1982. "It's About Time: The Use of Time in Cross-Sectional State Policy Research." *American Journal of Political Science* 26: 177-96.

- Tucker, Harvey J. und Eric B. Herzik. 1986. "The Persisting Problem of Region in American State Policy Research." *Social Science Quarterly* 67: 84-97.
- Turner, Ed. 2011. *Political Parties and Public Policy in the German Länder: When Parties Matter*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Urwin, Derek W. 1973. "Political Parties, Societies, and Regimes in Europe: Some Reflections on the Literature." *European Journal of Political Research* 1: 179-204.
- Van Biezen, Ingrid und Jonathan Hopkin. 2006. "Party Organisation in Multi-level Contexts." In *Devolution and Electoral Politics*, Hrsg. Dan Hough und Charlie Jeffery. Manchester: Manchester University Press. 14-52.
- Van der Eijk, C. 1987. "Testing Theories of Electoral Cycles." *European Journal of Political Research* 15: 253-70.
- Van der Eijk, C., M. Franklin und M. Marsh. 1996. "What Voters Teach us about Europe-Wide Elections: What Europe-Wide Elections Teach us about Voters." *Electoral Studies* 15: 149-66.
- Van Deth, Jan W., Hrsg. 1998. *Comparative Politics. The Problem of Equivalence*. London: Routledge.
- Van Houten, Pieter. 2009a. "Authority in Multilevel Parties: A Principal-Agent Framework and Cases from Germany and Spain." In *Territorial Party Politics in Western Europe*, Hrsg. Wilfried Swenden und Bart Maddens. Houndmills: Palgrave Macmillan. 167-82.
- . 2009b. "Multi-level Relations in Political Parties: A Delegation Approach." *Party Politics* 15: 137-56.
- Vatter, Adrian. 2002. *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Wiesbaden: Leske + Budrich.
- . 2003. "Legislative Party Fragmentation in Swiss Cantons: A Function of Cleavage Structures or Electoral Institutions." *Party Politics* 9: 445-61.
- Volken, Andrea. 2002a. "Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland." *Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung* FS III 02-203.
- . 2002b. "Manifesto Coding Instructions." *WZB Discussion Paper* FS III 02-201.
- Warwick, Paul V. 2000. "Coalition Policy in Parliamentary Democracies: Who gets How Much and Why?." *Comparative Political Studies* 34: 1212-36.
- Watts, Ronald L. 2004. "The Interaction of Political Parties and Federal Institutions." In *Political Parties and Federalism: an international comparison*, Hrsg. Rudolf Hrbek. Baden-Baden: Nomos. 203-07.
- . 2010. "Federal Second Chambers Compared." In *Legislatures in Federal Systems and Multi-Level Governance*, Hrsg. Rudolf Hrbek. Baden-Baden: Nomos. 33-45.
- Wehling, Hans Georg. 1985. "Regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung." In *Regionale politische Kultur*, Hrsg. Baden-Württemberg Landeszentrale für Politische Bildung. Stuttgart: W. Kohlhammer. 7-14.
- Weßels, Bernhard. 2000. "Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik." In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr. Opladen: Westdeutscher Verlag. 129-58.
- Wiesendahl, Elmar. 1998. *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wilensky, Harold T. 1975. *The Welfare State and Equality*. Berkeley: University of California Press.

- Wilson, Sven E. und Daniel M. Butler. 2007. "A Lot More to Do: The Sensitivity of Time-Series Cross Section Analyses to Simple Alternative Specifications." *Political Analysis* 15: 101-23.
- Wittman, Donald A. 1973. "Parties as Utility Maximizers." *The American Political Science Review* 67: 490-98.
- Wolf, Frieder. 2006. *Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. Welche Faktoren erklären ihre beträchtliche Variation?* Münster.
- . 2008. "Die Schulpolitik - Kernbestand der Kulturhoheit." In *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*, Hrsg. Achim Hildebrandt und Frieder Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 21-41.
- Wolf, Frieder und Christian Henkes. 2007. "Die Bildungspolitik von 2002 bis 2005: Eine Misserfolgsgeschichte und ihre Ursachen." In *Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Hrsg. Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wright, Deil S. 1988. *Understanding Intergovernmental Relations*. Pacific Grove: Brooks-Cole.
- Wüst, Andreas M. und Andrea Volkens. 2003. "Euromanifesto Coding Instructions." *MZES - Arbeitspapier* 64.
- Zellner, Arnold. 1962. "An Efficient Method of Estimating Seemingly Unrelated Regression and Tests for Aggregation Bias." *Journal of the American Statistical Association* 57: 348-68.
- Zohlnhöfer, Reimut. 2008. "Stand und Perspektiven der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung." In *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, Hrsg. Frank Janning und Katrin Toens. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 157-74.
- . 2010. "Wirtschaftspolitische Gesetzgebung nach der Föderalismusreform I: Schluss mit dem Reformstau?" In *Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Klemens H. Schrenk und Markus Soldner. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 389-400.
- Zöllner, Detlev. 1963. *Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich*. Berlin: Duncker & Humblot.

Erklärung zur Urheberschaft

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Stuttgart, den 17.12.2014

Nicole Michaela Seher